

Texte

dietz berlin

Friedrich Burschel (Hrsg.)



Stadt – Land – Rechts

Brauner Alltag in der deutschen Provinz

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Texte 63

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Friedrich Burschel (Hrsg.)

Stadt – Land – Rechts

Brauner Alltag in der deutschen Provinz

Karl Dietz Verlag Berlin

Friedrich Burschel (Hrsg.)

Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz

(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Band 63)

Berlin: Karl Dietz Verlag 2010

ISBN 978-3-320-02201-3

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2010

Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung eines Fotos von
Heinrich Burschel, gesehen auf einer Weide bei Salta, Argentinien

Satz: Stephan Rosenthal

Druck und Verarbeitung: MediaService Druck und Kommunikation

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
<i>Friedrich Burschel</i> Verlorene Landstriche	10
<i>Herausforderungen in den »Entleerungsräumen«: rechter Mainstream und rechtsextreme Verankerung in der Provinz</i>	
<i>Martin Endemann/Gerd Dembowski</i> Die wollen doch nur spielen	22
<i>Fußballfanszenen und Fußballvereine als Andockpunkte für neonazistische Einflussnahme im ländlichen Raum</i>	
<i>Andrea Röpke</i> Die braune Elite von morgen	52
<i>Der ungestörte Aufwuchs einer völkischen HJ-Nachfolgeorganisation bis zum späten Verbot</i>	
<i>Heike Kleffner</i> Zwischen individuellen Erfolgen und politischer Ohnmacht	64
<i>Eine Zwischenbilanz aus der Beratungsarbeit für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt</i>	
<i>Christian Schmidt/Doris Liebscher</i> Verwischte Ziele	83
<i>Warum die Bemühungen gegen Nazi-Strukturen seit knapp 20 Jahren immer wieder scheitern.</i>	
<i>Ulli Jentsch</i> Über die Kommunen in den Bundestag	93
<i>Zum Profil der »Kommunalpolitischen Vereinigung« (KPV) der NPD bei der Professionalisierung brauner Kommunalpolitik</i>	
<i>Susanne Lang/Knut-Sören Steinkopf</i> Die Unterstützung der letzten Mohikaner	100
<i>Erfahrung und Perspektiven antifaschistischer Jugendbildung in Brandenburg</i>	

<i>Robert Andreasch</i>	
Notizen aus Ostbayern	113
<i>Traditionsbewusstsein und Heimatverbundenheit</i>	
<i>Michael Klarmann</i>	
Tombola in Stolberg	124
<i>Nazis im Großraum Aachen zwischen Scheinbürgerlichkeit und Nationalsozialismus</i>	
<i>Michael Weiss</i>	
Kampf um die Dörfer	137
<i>Aufstieg und Fall der hessischen NPD unter Marcel Wöll</i>	
<i>Friedemann Bringt/Michael Nattke</i>	
Mustergau Sachsen	152
<i>»Moderne Nazis« im Freistaat und die besondere Problematik des ländlichen Raums</i>	
<i>Martina Renner</i>	
»They live«	165
<i>Neonazis in der Kommune: alltäglich – akzeptiert – aktiv</i>	
<i>Andreas Speit</i>	
Rechts im hohen Norden	176
<i>Neonazis in Schleswig-Holstein zwischen behördlicher Verharmlosung und bürgerschaftlicher Gegenwehr</i>	
Autorenverzeichnis	187

Vorwort

»Ich bezeichne diese unparteiische Toleranz insofern als ›abstrakt‹ und ›rein‹, als sie davon absteht, sich zu einer Seite zu bekennen – damit freilich schützt sie in Wirklichkeit die bereits etablierte Maschinerie der Diskriminierung.« *Herbert Marcuse*

Dieses Buch, »Stadt – Land – Rechts« kann vorerst nur einen Problemaufriss leisten, einen sich ständig wandelnden Ist-Zustand 2009/2010 beschreiben und damit ein Bewusstsein dafür schaffen, dass noch viel zu tun ist und dazu auch neue Wege beschritten werden müssen, um brauchbare Mittel zur Bekämpfung menschenfeindlicher Weltanschauungen, rechtsextremer Ideologie und neonazistischer Formierung dorthin zu verbreiten, wo sie bitter nötig sind. Die uns leitende Frage ist die nach den besonderen Strukturen in der Provinz, in der wir zunehmend regressive Entwicklungen beobachten, die rechtsextreme Umtriebe begünstigen und einen enormen Konformitätsdruck auf Andersdenkende und Nonkonforme ausüben. Räume entstehen, in denen menschenfeindliches, rassistisches, chauvinistisches, autoritäres bis hin zu offen rechtsextremem Denken die Regel sind und eine Wahrnehmung von der damit verbundenen Problematik schon mangels Alternativen ausbleibt. Uns geht es zum einen darum, wie organisierte Neonazis aus Parteien und Kameradschaften versuchen, aus genau diesem Mangel an demokratischer Kultur Kapital für sich und ihre Ideologie zu schlagen. Dabei verschließen wir uns auch nicht der Einsicht, dass die Dimension des neonazistischen Potenzials durchaus nicht ausreicht, den braunen Trend auf dem flachen Land zu erklären. Was tun aber in Gegenden, in denen pluralistische Korrektive fehlen und eine hermetisch rechtsextreme Stimmung vorherrscht, ohne dass irgendwelche Nazis in der Nähe sind. Aus vielen der hier versammelten Aufsätze geht – zum Teil nur implizit – hervor, wie hilflos eine menschenrechtlichen Standards verpflichtete »Zivilgesellschaft« oft ist, wie langsam »bürgerschaftliches Engagement« lernt und auf wie auch immer organisiertes rechtsextremes Raumbegreifen zu reagieren vermag. Die Frage am Ende ist, wie einem selbstbewussten, libertär-freiheitlichen und emanzipativen Ansatz im Kommunalen auf die Sprünge geholfen werden kann und unsichere, unentschlossene Kommunalverantwortliche zu entschlossenem Auftreten und entschiedenem Streiten ermutigt werden können.

Und da spielen der ländliche Raum, das strukturschwache Gebiet, die braune Provinz und die »national befreite Zone« eine besondere Rolle, wie die Beiträge zu diesem Band verdeutlichen. Und mit Provinz meinen wir nicht nur die von

allen guten Geistern verlassenen, von Menschen ausgedünnten und infrastrukturell verödeten Landstriche in Ostdeutschland und (noch nur) punktuell in Westdeutschland, sondern auch kleine und mittlere Städte, wo etwa Halberstadt zu den größten, Mügeln in Sachsen oder Lauscha in Thüringen zu den kleinen zählen. Provinz ist damit mehr eine Art Befund, weniger eine statistische Dimension von Einwohnerzahl, ICE-Bahnhof, Verwaltungsstandort und Schulnetz.

In diesem Buch sind Reportagen, Analysen, Problembeschreibungen und Reflexionen enthalten, die – das war uns besonders wichtig – das gesamte Bundesgebiet umfassen und mit Beiträgen über Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein auch einen deutlichen Akzent in Westdeutschland setzen. Ostdeutschland ist mit Beiträgen über die Entwicklungen in Thüringen und Sachsen mit zwei der drei »Problemstaaten« vertreten. Die nach wie vor erschütternden Erlebnisse von Opfern rechter und rassistischer Gewalt sind mit Beispielen aus Sachsen-Anhalt ebenso in diesem Buch enthalten wie ein schockierender Bericht aus dem Innenleben der unterdessen verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ), der eine über Jahre entstandene neonazistische Normalität »mitten unter uns« beschreibt. Ein Aufsatz über die oft erfolglosen Mühen von Jugend- und Jugendbildungsarbeit in ausgedünnten Regionen und in einer »feindlichen Umgebung« kommt aus Brandenburger Zusammenhängen, eine ausführliche Analyse und Beschreibung des Amateur-Fußballs als »beliebter« Tummelplatz Rechtsextremer ist ebenso enthalten wie eine kritische Bilanz dessen, was staatlicherseits auf Bundesebene, etwa im Kontext mit den einschlägigen Bundesprogrammen, häufig am Problem vorbei initiiert worden ist. Hier war uns auch der Hinweis wichtig, welche Politik uns mit der neuen schwarz-gelben Regierung und ihrem schauerlichen Totalitarismusansatz ins Haus steht.

Für die lesenswerten und engagierten Aufsätze möchte ich den AutorInnen dieses Buches sehr herzlich danken: Martina Renner, Andrea Röpke, Heike Kleffner, Ulli Jentsch, Michael Klarmann, Doris Liebscher und Christian Schmidt, Susanne Lang und Knut-Sören Steinkopf, Robert Andreasch, Andreas Speit, Michael Weiss, Friedemann Bringt und Michael Nattke, Gerd Dembowski und Martin Endemann.

Wir freuen uns auf fruchtbare Streits über unser Buch und Auseinandersetzungen darüber, wie sich selbstbewusste demokratische Kultur und streitbare humane Orientierung gegen die starken menschenfeindlichen und neonazistischen Strömungen durchsetzen können, vor allem auch damit sich Menschen, die von rechtsextremer und rassistischer Gewalt und Diskriminierung oder sozialer Ausgrenzung in ihrem (ländlichen) Gemeinwesen betroffen sind, sicher fühlen und mit dem Schutz ihrer Mitmenschen rechnen können.

Ein Wort noch zu formalen, aber wichtigen Fragen: Die erbitterte Diskussion über den »Extremismus«-Begriff im Gefolge der Totalitarismus-Doktrin, der dem Diskurs im Lande seitens des Verfassungs- und Staatsschutzes und zuarbeitender

Forschungsstätten wie dem Hannah-Arendt-Institut an der TU Dresden übergestülpt wird und der es in den zurückliegenden fünfzehn, zwanzig Jahren geschafft hat, hegemonial zu werden, hat gerade wieder begonnen, nicht zuletzt befeuert von den im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP enthaltenen diesbezüglichen nicht nur begrifflichen Grausamkeiten. Und doch: der Begriff Extremismus, wie er beim Thema Rechtsextremismus auch von achtbaren WissenschaftlerInnen noch verwendet wird, ist auch in diesem Buch enthalten und appelliert an die kritisch Lesenden, ihn nicht im Sinne geheimdienstlicher oder repressiver Auslegung zu verstehen. In Ermangelung wirklich stichhaltiger Alternativen und angesichts der wieder entflammten Debatte haben wir darauf verzichtet, den Begriff im Buch zu tilgen. Dafür ist es zu früh, wir wollen die Diskussion erst weiterführen, ehe wir neue Begriffe einführen.

Nicht leicht war auch die Entscheidung, inwieweit wir das Buch »gendern«, wie das heute heißt, inwieweit wir also im Sinne einer Geschlechtergerechtigkeit, die Wortformen für Männer und Frauen verwenden. Folgende Alternativen gibt es: neuerdings lassen viele auch linke Publikationen das »Gendern« im Sinne »besserer Lesbarkeit« einfach; oft werden beide Geschlechterformen in voller Länge genannt; dann gibt es das unterdessen vielfach anerkannte Binnen-I, das sich trotz vieler logischer Probleme und problematischer grammatikalischer Konstellationen durchgesetzt hat; und es gibt neuerdings auch die Forderung vor allem aus queeren Kreisen, eine Aufkündigung der Hetero-Normativität, dem binären Mann-Frau-Schema, ein offenes System der vielen Geschlechter entgegensetzen und den Raum zwischen der männlichen und der weiblichen Geschlechterausprägung im Schriftlichen durch einen Unterstrich zu symbolisieren, um alle Leser_innen zu erreichen. Obwohl gerade Letzteres vieles für sich hat, haben wir uns diesmal doch für das Binnen-I entschieden, uns dabei bewusst, dass auch diese Form Lücken lässt und letztlich unbefriedigend ist.

Wir wünschen unseren LeserInnen eine spannende und kritische Lektüre, die uns in unseren Diskussionen weiterbringen möge. Es täte dringend not!

*Friedrich Burschel
Berlin im November 2009*

Verlorene Landstriche

Herausforderungen in den »Entleerungsräumen«: rechter Mainstream und rechtsextreme Verankerung in der Provinz

»Es sind die strukturschwachen Regionen im Osten und im Westen, in denen derzeit über Stärke und Schwäche des modernen Rechtsextremismus entschieden wird«, schreibt Dierk Borstel vom Zentrum für Demokratische Kultur in Berlin in Folge 6 der »Deutschen Zustände«¹. Beim Erscheinen, bezogen auf das Jahr 2007, könnte er mit dieser Feststellung für das Jahr 2009 immer noch recht behalten, immerhin deutet das Ergebnis von acht Kommunalwahlen² darauf hin, dass die extreme Rechte die Ernte gezielter kommunaler Strategien der Verstetigung und Verankerung eingefahren hat. Zumindest die NPD hat die Zahl ihrer Mandatsträger auf nunmehr fast 400 nahezu verdoppeln können und dort, wo sie ohnehin schon gewisse Verstetigungserfolge verzeichnen konnte (Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern), ihre Position trotz Verlusten behauptet.³

Im vorliegenden Band aber soll der Fokus gar nicht so sehr auf der notorischen NPD liegen. Bei der Frage, wie sich ein brauner Mainstream im ländlichen Raum etabliert und verfestigt, kann es keinesfalls nur um parteimäßig oder in Kameradschaften organisierte Personen gehen – eine vergleichsweise winzige Klientel –, sondern mal wieder und mit besonderem Augenmerk um die Mitte jener ländlichen Gesellschaften, die extrem rechte Haltungen, positive Anknüpfungspunkte an den historischen Nationalsozialismus und rassistische Weltbilder zum normativen Grundkonsens werden lassen. Besonders wichtig ist es, in diesem Kontext klarzustellen, dass es zur Durchsetzung solcher autoritären und menschenfeindlichen Tendenzen durchaus nicht der Anwesenheit und des Agierens von neonazistischen Gruppen und Mitgliedern extrem rechter Parteien bedarf.

Die entscheidende Rolle, die dem kommunalen Aktionsfeld in der Frage beigemessen wird, ob sich ein brauner Mainstream oder eine rechtsextreme Bewegung verstetigen und durchsetzen kann, wird von einigen AutorInnen sehr deutlich erkannt und mit Bezug auf die Spezifik des Ländlichen beschrieben. In einer Analyse der brandenburgischen Kommunalwahl 2008 etwa schreibt Axel Krumrey für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zutreffend: »Das was Mitte der 1990er Jahre als ›normale‹ subkulturelle ›Bushaltestellenbewegung‹ in vielen Dörfern galt, die zwar anpolitisiert, aber keineswegs ideologisch gefestigt war, tritt heute als wei-

1 Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a. M. 2008, S. 270.

2 Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen am 7. 6. 2009 und in Nordrhein-Westfalen am 30. 8. 2009.

3 Vgl. Friedrich Burschel: Ergebnisse neonazistischer Parteien bei den Kommunalwahlen am 7. 6. 2009, <http://www.rosalux.de/index.php?id=19252>; Ders., Gerd Wiegel: Die extreme Rechte bei den Landtagswahlen vom 30. 8. 2009, <http://www.rosalux.de/index.php?id=19725>.

testgehend unorganisierte, aber durchaus politisch überzeugte Jugendclique auf, deren Köpfe nicht selten die Schulungsangebote der NPD durchlaufen haben. Eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit bildet dabei den Kitt der Szene und bindet auch alteingesessene Ortsbewohner ein.«⁴ Wie weit der Organisationsgrad der rechtsextrremen Szene tatsächlich ist, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, und doch kann festgehalten werden, dass aus den Nazi-Schlägern der 1990er Jahre inzwischen erwachsene Kader, oft mit eigener Familie und ebenfalls politisch aktiver Partnerin, geworden sind, deren Agieren weit über die betrunkene und für potenzielle Opfer u. U. lebensgefährliche Präsenz an Bushaltestelle und Marktplatz hinausgeht und bedeutende Professionalisierungsprozesse durchlaufen hat. Leider ist die geschilderte gefährliche Präsenz gewaltbereiter Neonazis im öffentlichen Raum gerade in der Provinz deswegen nicht verschwunden: Auch hier hat es Nachwuchs gegeben, und auch für die erwachsenen NPD- und Kameradschaftsleute gilt, dass ihr Verzicht auf martialisches und gewalttätiges Auftreten nur taktische Gründe hat, die einmal mehr die strategische Ausrichtung jüngerer Formierungsprozesse der Rechtsextrremen belegen.⁵ Warum aber gelingt es den Rechtsextrremen, die in ihrem Gemeinwesen mehr oder weniger offen als Neonazis auftreten, dennoch oft sich als politische Kraft zu verankern? Ein Grund ist in jedem Falle das, was Krumrey als Kitt und der Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke wie folgt beschreibt: »... [dass] die Wahlerfolge der NPD [...] nicht denkbar sind ohne die Bereitschaft zu fremdenfeindlichen beziehungsweise rechtsextrremistischen Einstellungen in mindestens einem Drittel der deutschen Bevölkerung.«⁶ Die Ergebnisse der einschlägigen Studien mit ihren erschreckenden Ergebnissen⁷ sollen hier nicht referiert werden. Es soll nur darauf hingewiesen werden, dass die seit einigen Jahren festgestellte Korrespondenz zwischen rechtsextrremistischen Erfolgen und Einstellungen bei einer Mehrheit der BürgerInnen dieses Landes wissenschaftlich

4 Axel Krumrey: Rotes Brandenburg mit »braunen« Flecken. Analyse der Kommunalwahlen in Brandenburg 2008, in: standpunkte 22/2008, S. 8.

5 Eine jüngere Tendenz zu neuer, aggressiver Gewaltbereitschaft, die vor allem von »Autonomen Nationalisten« (AN) ausgeht und in brutalen Überfällen auf GewerkschafterInnen mit Schwerverletzten im Jahr 2009 kulminierte, betreffen zum einen mehr den städtischen Raum und können als neue Erscheinung hier nur am Rande erwähnt werden.

6 Hajo Funke: Welchen Stellenwert hat der kommunale Kontext?, in: Fabian Virchow, Christian Dornbusch (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach 2008, S. 281.

7 Eine bundesweite repräsentative Studie ist die auf zehn Jahre angelegte des Bielefelder Konfliktforschers Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, a. a. O.; diese Reihe, die den interessanten Begriff der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« (GMF) einführt, ist für Leute, die in die Thematik tiefer eingestiegen wollen, unverzichtbar, gut gemacht und mit Hintergrundartikeln lesbar aufgelockert; eine weitere Studie, »Vom Rand zur Mitte. Rechtsextrreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland« (Berlin 2006), wurde vom Leipziger Institut für medizinische Psychologie von Prof. Elmar Brähler und Dr. Oliver Decker erarbeitet und von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben; im Verlag Westfälisches Dampfboot erschien eine solche Studie zu »Gewerkschaften und Rechtsextrremismus«, herausgegeben u. a. von den Berliner Politik-Professoren Richard Stöss und Bodo Zeuner; und z. B. für Thüringen erscheint kontinuierlich eine repräsentative Untersuchung, die seit 2000 der Thüringer Landtag bei der Friedrich-Schiller-Universität in Jena in Auftrag gibt: <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm/>.

erwiesen und für den ländlichen Raum besonders signifikant ist. Denn in der Provinz werden auch nicht organisierte »RechtsextremistInnen (...) als »normale«, unauffällige manchmal sogar geschätzte Bürgerinnen und Bürger gesehen und akzeptiert (...). Besorgniserregend sind gerade die Alltagserfolge rechtsextremer Parteien und Gruppierungen, die dazu führen, dass die alltägliche Lebenswelt von immer mehr Menschen rechtsextrem geprägt wird. Rechtsextreme können an die oftmals unterschätzten und verharmlosten rechtsextremen Einstellungen der Normalbevölkerung anknüpfen.«⁸

Und es gibt ländliche und kleinstädtisch-provinzielle Strukturbedingungen, die diese Korrespondenz begünstigen. »Es gibt ganze Regionen, wo es eigentlich nichts mehr gibt. Keine Arbeitsplätze, keine Schule, keine Einkaufsmöglichkeiten, keine Kultur- und Jugendeinrichtungen, ... Und keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Menschen, die dort leben, sind geblieben. Ihr Lebensumfeld wird von der Politik mit Umschreibungen wie »Entleerungsräume« bedacht. Es handelt sich um im Wortsinne abgeschriebene Regionen, wo niemand mehr etwas investiert. Wer die Möglichkeit hat, zieht weg. Eine funktionierende Zivilgesellschaft sucht man vergebens, sie besteht längst nicht mehr.«⁹ Dieser trostlosen Beschreibung aus der sächsischen Provinz aus der Feder der Linken-Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz ist im Grunde nur hinzuzufügen, dass solche »Entleerungsräume« zunehmend auch im Westen, u. a. an ehemaligen Industriestandorten oder in strukturschwachen Gebieten wie den einstigen »Zonenrandgebieten« der BRD¹⁰ entstehen und eine entsprechende Angleichung derart abgehängter und gesellschaftlich verödender Räume zu erwarten ist. »Auch wenn es keine monofaktoriellen Zusammenhänge zwischen Armut und anderen Formen der sozialen Benachteiligung und dem Entstehen von Rechtsextremismus gibt, finden die Bündelungsprozesse, die gemeinhin mit dem Begriff »strukturschwach« umschrieben werden, ihren Niederschlag in Radikalisierungsprozessen. Dimensionen dieser Strukturschwäche sind nach herkömmlichem Verständnis: äußerst niedrige Bevölkerungsdichte, mangelhafte Versorgung mit (verkehrs)technischer und sozialer Infrastruktur, Defizite bei Erhalt und Pflege privater und öffentlicher Immobilien, hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung, schwache Investitionstätigkeit und unterdurchschnittliche Geburtenrate«, fasst der Magdeburger FH-Professor Titus Simon die Kriterien zusammen¹¹ und zitiert zustimmend den Professor an der Evangelischen Hochschule Dresden, Uwe Hirschfeld: »Man findet die »strukturgeschwächten Räume« in Sachsen auch ohne die Lektüre ökonomischer Kennziffern. Ein Blick auf die Landkarte der NPD-Stimmanteile führt zu Identifizierung solcher Gebiete.«¹² So

8 Lesenswerte tiefgründige Analyse: Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.): Es wächst nicht einfach Gras darüber. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Berlin 2009, S. 13.

9 Kerstin Köditz: Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen. Berlin 2009, S. 188 f.

10 Zum Beispiel im fränkischen Zonenrandgebiet um Wunsiedel oder im Wendland, aber auch etwa in Völklingen im Saarland usw.

11 Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.): a. a. O., S. 40.

12 Ebenda zitiert Uwe Hirschfeld: Ländlicher Raum – Nährboden für Rechtsextremismus. o. O. 2004.

einfach wie in Sachsen ist das jedoch in anderen Bundesländern zumal im Westen nicht. Aber diese Beobachtung unterstreicht nochmals, was als Problem der kommenden Jahre und als Herausforderung auf uns zukommt, nämlich der Zusammenhang ökonomischer Verelendung und struktureller Verödung mit Wahlerfolgen organisierter Neonazis.

Warum aber schlagen diese Einstellungsmuster gerade im dörflich-kleinstädtischen Bereich oft so enorm durch? Doris Liebscher und Christian Schmidt, die in diesem Band mit einem Beitrag über die Bundesprogramme gegen Rechts vertreten sind, benennen als das wesentliche Problem und Spezifikum des ländlichen Raums in ihrer Studie »Grenzen lokaler Demokratie« das »besondere Näheverhältnis« auf dem flachen Land, bei dem »die lokale Verankerung der Nazi-Kader als akzeptierte Mitglieder der Gemeinden eine wichtige Rolle [spielt]«. ¹³ In diesem Nahraum Dorf/Kleinstadt sind der Konformitätsdruck und die »Selbstverständlichkeit« bestimmter Denk- und Vorurteilsstrukturen wesentlich bedeutender als in städtischen Umgebungen. In der Langzeitstudie »Deutsche Zustände« finden wir dazu erhellende Hinweise: »In ländlichen Regionen hingegen ist eher von verhaltensbezogenen homogenen Sozialräumen auszugehen, in denen interne Einstellungsunterschiede aufgrund höheren normativen Drucks und Konformität eher verdeckt bleiben. Etwaige Differenzen zeigen sich also eher weniger in öffentlichem Verhalten. Hier besteht die besondere Gefahr der lokalen Monopolsituation einer Gruppe und der undialektischen Bewegungslosigkeit in der ›Weltauslegung‹ der kommunalen Öffentlichkeit.« ¹⁴ Mit Bezug auf neonazistische Unterwanderungs-, Verankerungs- und Normalisierungsstrategien ist diese Beobachtung alles andere als harmlos: »Das ist besorgniserregend, zumal gerade in ländlichen Gebieten und in den neuen Bundesländern ein überdurchschnittlich hohes Ausmaß an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu beobachten ist.« ¹⁵ Die AutorInnen des Essays bestätigen in ihrer Analyse auch die weithin akzeptierte These, dass bestimmte gesellschaftliche Prozesse diesen Effekt u. U. enorm verstärken können: Abwanderung, soziale Desintegration aus unterschiedlichen Gründen und daraus erwachsende weitere Homogenisierung auch der Ansichten und Einstellungen: »Die [...] These ist, dass mit der Abwanderung ein systematischer Selektionseffekt verbunden ist, der dazu führt, dass in den betroffenen Gemeinden vor allem Menschen zurückbleiben, die [...] anfälliger sind für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. [...] Speisen sich die Alternativen an Bezugspersonen zunehmend lediglich aus menschenfeindlich Eingestellten, werden auch vergleichsweise liberale Individuen zu Normkonformitäten [...] neigen, können sie sich doch eine Ablehnung seitens der Gruppe aufgrund vielfach mangelnder Alterna-

13 Bündnis 90/Die Grünen (Bundestagsfraktion) (Hrsg.): Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum. Berlin 2007, insbesondere S. 61–75 u. 128 ff.

14 Martin Petzke, Kerstin Endrikat, Steffen Kühnel: Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, S. 60.

15 Ebenda, S. 60.

tiven kaum leisten.«¹⁶ Dabei nehmen sie Bezug auf die Ereignisse in der sachsen-anhaltinischen Gemeinde Pretzien, wo Neonazis im Rahmen einer Sonnenwendfeier Mitte 2006 zunächst eine US-Flagge und dann das Tagebuch der Anne Frank »den Flammen übergaben«, ohne dass die versammelte Dorfgemeinschaft nebst PDS-Bürgermeister eingriff noch überhaupt die Ungeheuerlichkeit des Geschehens erkannte. »Die Sonnenwendfeier in Pretzien muss kein Einzelfall bleiben«, schließen die AutorInnen wenig zuversichtlich.

Es ist also nicht einmal notwendig, dass die als »gesellschaftliche Akteure« anerkannten NPD-Leute und Kameradschaften »Spitzenkandidaten [...] aus dem kleinbürgerlichen Milieu« rekrutieren müssen, um ganze Dorfgemeinschaften auf ihre Seite zu ziehen und jede Widerrede zu verunmöglichen, wie es die Landtagsabgeordnete der Linken und Mitautorin dieses Buches, Martina Renner, für Thüringen beobachtet hat. Dennoch sind es aber genau diese wohlhabenden SpitzenkandidatInnen, die für »traumhafte« Ergebnisse für die Rechtsextremisten bei Wahlen sorgen. Sie stehen dann wie der Juwelier Udo Pastörs aus dem mecklenburg-vorpommerschen Lübbtheen, der (unterdessen verstorbene) Fahrlehrer Uwe Leichsenring im sächsischen Königstein und der Handwerksmeister Michael Jacobi im benachbarten Reinhardsdorf-Schöna, der einstige Maschinenschlosser Alfred Zutt und seine Frau, die Altenpflegerin Doris Zutt, die über zwei Jahrzehnte im hessischen Ehringshausen für die NPD im Stadtrat saßen, der »berühmte« Bezirksschornsteinfeger Lutz Battke im sachsen-anhaltinischen Laucha oder der DVU-Stadtrat Uwe Bäß-Dölle im thüringischen Lauscha im medialen Fokus.¹⁷

Die Strategien organisierter Neonazis in der Provinz jedoch sind vielfältig. Sie können je nach Stimmungslage und Grad demokratischer Verwurzelung dosiert entweder als Kreide fressende Kümmerer, honorige BürgerInnen, alerte KommunalpolitikerInnen oder eben auch als martialisch auftretende Gewalt in Erscheinung treten und Prozesse gesellschaftlicher Erosion für sich vereinnahmen. Flächendeckend in kommunalen Gremien vertreten, arbeitet v. a. die NPD auch an einer Aus- und Weiterbildung ihrer MandatsträgerInnen entsprechend dieser strategischen Erfordernisse. Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD versucht hier seit einigen Jahren nicht ohne Erfolg Standards zu entwickeln.¹⁸

Wie sich diese Strategien kommunaler Verankerung auch und gerade im ländlichen Raum und kleinstädtischen Kontext auswirken, mögen ein paar Beispiele

16 Ebenda, S. 63.

17 Ein Einbruch des NPD-Ergebnisses im sächsischen Königstein um über die Hälfte von 21 auf nur noch 8,9 Prozent nach dem Tod des honorigen Leichsenring unterstreicht die Bedeutung solcher Einzelpersonen ebenso wie der Erfolg des Bundesvorstandsmitglieds Thorsten Heise im thüringischen Fretterode eine verbreitete Akzeptanz auch für rechtsextreme Militanz: Heise erhielt trotz zahlreicher Polizei-Razzien gegen seinen Szene-Musik-Versandhandel, den er in seinem Haus betreibt, und obwohl bekannt ist, dass er mehrfach einschlägig wegen schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung und Volksverhetzung sowie Verwendung verfassungswidriger Symbole vorbestraft ist, ganze 6 Prozent in der kleinen Gemeinde im Eichsfeld, wo man von jeher mehr Probleme mit bürgerschaftlichen Protesten gegen Heise als mit dessen militanter Vergangenheit und neonazistischen Betätigung heute hat.

18 Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz), Monitor, Nr. 42, Oktober 2009, S. 4.

aus Thüringen veranschaulichen. Ob es sich um Bürgerinitiativen zum Stopp der Salzeinleitung in die Werra handelt, um den Schulnetzplan, Müllverbrennungsanlagen, den Bau von Moscheen und Schwimmbädern, den Erhalt von Kleinbahnhöfen oder um Großmarktansiedlungen – junge, sympathisch auftretende, einwandfrei gekleidete NPD-Leute sind, wenn nicht an vorderster Front, so doch auf jeden Fall dabei, ob sich nun offen als Neonazi bekennend oder gemäß der Unterwanderungsstrategie klandestin. Auf einmal tauchen sie als interessierte, besorgte BürgerInnen in Stadtratssitzungen, Bürgersprechstunden, bei Gemeindeversammlungen oder bei der Gründung von Wahlvereinigungen auf und gehen je nach allgemeiner Stimmung gezielt zu Werke, um die Versammlung in ihrem Sinne umzudrehen, zumindest aber zu stören. Oder sie schleichen sich als freundliche Nachbarn und MitbürgerInnen ein, in Elternbeiräte, Kindergartenvorstände, Heimat- und Sportvereine, Mittelstandsvereinigungen und Gewerbeverbände, in den Kirchenchor oder die Freiwillige Feuerwehr. Sie übernehmen Ehrenämter und organisieren Ferienfreizeiten, Hausaufgabenhilfe, Konzert-Fahrten und Kinderfeste. Sie kommen dabei nie unvorbereitet oder mit leeren Händen, sie haben mehr oder minder offen das Ziel, die Themen und Besorgnisse, den Unmut und politische Aktivität ihrer MitbürgerInnen im Sinne ihrer Politik zu instrumentalisieren, zumindest aber die Profilierung ihrer Leute als zuverlässige und kompetente MitstreiterInnen zu erreichen.¹⁹ Derartige Unterwanderungsstrategien sind nicht nur in Thüringen zu beobachten. So musste 2007 in Bayern ein Ortsverband aus dem fränkischen Jungbauernverbands ausgeschlossen werden, weil er komplett in Nazi-Hand war. Im erwähnten Pretzien beauftragte der Bürgermeister den neonazistischen »Heimat Bund Ostelbien e.V.« nicht nur mit der Ausrichtung von Dorffesten, sondern auch mit dem Aufbau eines Infozentrums für RadtouristInnen.²⁰

Und so kommen wir zurück nach Thüringen, wo in der Glasbläserstadt Lauscha dem DVU-Mann Böz-Dölle bei der Bürgermeisterwahl 2006 18 Prozent der BürgerInnen die Stimme gaben und der bei den Kommunalwahlen 2009 mit 11,8 Prozent einen weiteren Sitz für seine Partei holen konnte. Er stützt sich vor allem auf die örtliche Neonazi-Kameradschaft, die eher durch bürgerschaftliches Engagement denn durch lautes Nazi-Getöse auffällt. Sie gründete den »Verein zur Pflege deutscher Denkmäler in Thüringen« und kümmert sich um den Erhalt von Wanderhütten, pflanzt Bäume und gibt eine Postille namens »Pappenheimer« heraus, in der regelmäßig mehrere örtliche Handwerksbetriebe inserieren, obwohl die braune Hetze im Blatt unübersehbar ist. SPD-Bürgermeister und die BürgerInnen des knapp 4000 EinwohnerInnen zählenden Lauscha haben mit alldem offenbar wenig Probleme: Sie genehmigten den braunen Kameraden sogar, auf einem Gehweg

19 Martina Renner: Graswurzelstrategien – Die Unterwanderung der demokratischen Gesellschaft von Rechts, Vortrag u. PP-Präsentation vom 6. 12. 2008, Jena; vgl. Beitrag Martina Renners in diesem Band.

20 Astrid Geisler: Die Jungs, das Dorf und die Schuld, in: »tageszeitung« v. 8. 7. 2006; vgl. Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.): Es wächst nicht einfach Gras darüber. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Berlin 2009, S. 67.

eine Gedenkplatte anzubringen – gewissermaßen die Parodie eines Stolpersteins – für einen im wahrsten Sinne des Wortes »gefallenen Kameraden«, der vermutlich im Suff aus dem Fenster stürzte und starb. In Lauscha, so könnte man sagen, ist die politische Durchdringung und kommunale Verankerung mustergültig gelungen.²¹

Aber nicht nur in Lauscha sind braune Kameraden mit bürgerlichem Anstrich aktiv. In Gotha organisieren sie eine Bachreinigung, in Geraberg beteiligen sie sich mit Original-Wehrmachts-Uniformen und -gerät an einem Bürgerfest, ohne dass irgendjemand etwas auffällt. Sie geben Regionalzeitungen heraus mit jeweils bis zu 20000 Exemplaren Auflage²². Sie gründen Tarnvereine, die arglose BürgerInnen nicht auf den ersten Blick als klebrige Nazi-Vereinigungen erkennen können. Ein besonders rühriger Vereinsmeier ist dabei Kai-Uwe Trinkaus aus Erfurt, der u. a. mit »Schöner Leben in Erfurt e.V.«, »Alleinerziehende in Not e.V.« und »Pro Kid e.V.« in Erscheinung getreten ist.²³ »Die kommunale Verankerung schaffen wir nur über Vereine: entweder selbst gründen oder bestehende übernehmen«, so das Credo von Trinkaus.²⁴ Die immer besser organisierten Kameradschaften und NPD-Verbände verfügen über fleißige FlugblattverteilerInnen, organisieren im Wahlkampf flächendeckend Infostände und sorgen für eine kontinuierliche öffentliche Präsenz ihres geschulten und »gepflegten« Personals.²⁵

Trotz dieser Fülle zum Teil überaus erfolgreicher rechtsextremer Unterwanderungsversuche nach dem Graswurzelprinzip muss doch vor Alarmismus gewarnt werden. Nicht überall, wo die Nazis derartige Taktiken anwenden, geht ihr Plan auch auf. Häufig werden sie rechtzeitig enttarnt, und es formiert sich zivilgesellschaftlicher Protest gegen diese Vereinnahmungsversuche. Trotz dieser Fülle an Beispielen ist zu fragen, inwieweit diese Strategie der »kommunalen Verankerung« tatsächlich flächendeckend und im Sinne der Rechtsextremen erfolgreich Wirkung entfalten kann, zumal das Reservoir an MitstreiterInnen im organisierten Umfeld durchaus begrenzt ist. Und die Frage muss gestattet sein, wie sie der Journalist Carsten Hübner zutreffend formuliert hat, ob die Tatsache, dass »uns ausnahmslos jedes NPD-Kinderfest der zurückliegenden Jahre in Deutschland bekannt ist«, nicht eher den Schluss zulässt, dass es sich um ein übersichtliches Problem handelt, dessen strategische Durchschlagkraft bezweifelt werden darf. Es ist zu vermuten, dass rechtsextreme Unterwanderungsstrategien nur dann funktionieren und eine gefährliche Dynamik entfalten können, wenn sie im Gemeinwesen entsprechenden Widerhall finden. Dass das gerade im ländlichen Raum in durch-

21 Martina Renner, a. a. O.

22 Z. B. »Wartburgkreis Bote«, »Rennsteig Bote«, »Blickpunkt Vogtland«, »Bürgerstimme für Erfurt u. Arnstadt«.

23 Weitere ausgesprochene Nazi-Vereine in Thüringen: Toringi-Verein zur Thüringer Brauchtumpflege e.V., Verein zur Pflege deutscher Denkmäler in Thüringen e.V., Deutsch-Russische Friedensgesellschaft europäischen Geistes e.V., Bismarckturmverein e.V., Inferno Windisch, Eastfight e.V., SG Germania e.V., Deutscher Jugendbund Hildburghausen e.V.

24 <http://npd-blog.info/index.php?s=trinkaus> ; unterdessen hat Trinkaus die NPD verlassen.

25 Martina Renner: Graswurzelstrategien – Die Unterwanderung der demokratischen Gesellschaft von Rechts, Vortrag u. PP-Präsentation vom 6. 12. 2008, Jena ; Martina Renner: Aus der Mitte des Dorfes. Zum Beispiel Thüringen: Wie Neonazis die Kommunalpolitik entdeckten, in: »Junge Welt« v. 14. 6. 2007, S. 10.

aus besorgniserregender Weise und immer häufiger geschieht, ist Ausgangspunkt dieser Erörterung.

Dennoch, auch ohne diese Wahl-Leuchttürme und auch ohne das dezidierte Zutun mehr oder minder organisierter Neonazis entstehen landauf, landab in vielen strukturschwachen ländlichen Gebieten »national befreite Zonen«, die für Menschen nichtkonformer Erscheinung ein hohes Maß an Diskriminierung und durchaus auch körperlicher Gefahr, sicher jedoch eingeschränkte Lebensqualität bereithalten, also faktisch »No go areas«. Vielleicht lässt sich anhand einiger aktueller Beispiele die Problematik umreißen, um dann auf die kardinale Frage zu kommen, welche kommunalen Akteure es denn in der Hand hätten, diese Besorgnis erregende gesellschaftliche Regression zu stoppen.

»Was sind die ganzen »Gesicht zeigen«-Kampagnen eigentlich wert, wenn der Erkenntnisprozess jedes Mal aufs Neue derart mühsam anlaufen muss? Wenn der Verweis des Bürgermeisters – »das war keiner von hier« – dankbar begriffen wird als: Dann ist es ja auch halb so wild«, fragte »Tagesspiegel«-Reporter Axel Vornbäumen kurz nach der sogenannten Mügeln Hetzjagd am 19. August 2007²⁶, in deren Verlauf 50 Besucher des örtlichen Altstadtfestes sich an einer pogromartigen Jagd auf eine Gruppe von Indern beteiligte, von denen einer in der sächsischen 5000-Einwohner-Kleinstadt eine Pizzeria betrieb. Nur mit viel Glück und durch das Eintreffen von Polizeiverstärkung konnte verhindert werden, dass der rassistische Parolen grölende Mob unter Beifall zahlreicher Schaulustiger in das Haus eindringen und seiner Opfer habhaft werden konnte. Die zentrale Figur dieser Geschichte taucht jedoch erst nach dem Pogrom auf. Es ist der FDP-Bürgermeister der Stadt Mügeln, Gottfried Deuse, der dann geradezu idealtypisch durchexerziert, was zu beobachten ist, wenn es in einem Gemeinwesen zu rassistischer Gewalt kommt und das Gemeinwesen sich gegen jede Art von Kritik, kritische Aufarbeitung und Empathie für die Opfer einigelt. Deuse verharmlost: »Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen«²⁷; Deuse bestreitet: »Das ist ja auch tatsächlich, dass die Mügeln Bürger nicht ausländerfeindlich sind, denn ich fahre auch gern ins Ausland in Urlaub und viele Mügeln genauso«; Deuse stilisiert Mügeln zum Opfer, indem er der neurechten »Jungen Freiheit« ein Interview gibt, in dem von der »Hetzjagd der Journalisten« und »Rechts-Hysterie« die Rede ist; und er dreht den Spieß um, indem er nachweislich wahrheitswidrig behauptet, es habe vorher im Festzelt eine »an sich unpolitische Schlägerei« gegeben, an der die Inder nicht unschuldig gewesen seien; weil sie sich »fremdartig und gockelhaft« verhalten und »Frauen Luftküsse zugeworfen« hätten²⁸.

Der Ort ist unschuldig in die Schlagzeilen geraten, die Schlagzeilen auswärtiger Sensationsreporter sind reine Übertreibung und Hetze, der Tathergang ganz anders gewesen, die Täter nicht »von hier« und die Betroffenen im Grunde sel-

26 »Der Tagesspiegel« v. 21. 8. 2007.

27 Tagesschau v. 23. 8. 2007.

28 »Junge Freiheit« v. 31. 8. 2007.

ber schuld an den unschönen Szenen, die nun auf dem an sich so guten Image des Ortes lasten, was all diese Fremden – die Täter, die Journalisten, die nicht-deutschen Opfer und sonstige Auswärtige – zu verantworten haben, die damit die wahren Schuldigen sind: So einfach sieht die Welt der meisten MügelnInnen aus. Die Reaktionen vor Ort lassen sich gut in die oben beschriebenen Mechanismen einordnen, die in kleinstädtisch-ländlichen Orten wie Mügeln einen derartig regressiven Konformitätsdruck erzeugen, der Andersdenkenden bei Strafe der kommunalen »Exkommunikation« keinen Platz und keine Luft lässt.²⁹ Wer einen Bürgermeister wie Deuse hat, braucht keine Kameradschaft mehr vor Ort.

Eine ganz ähnliche Geschichte ereignete sich 1999 im brandenburgischen Guben an der polnischen Grenze. Dort verblutete der junge algerische Asylsuchende, Farid Guendoul³⁰, in einem Hauseingang im Gubener Plattenbau-Viertel Obersprucke an schweren Verletzungen, die er sich bei der Flucht vor einer Meute von rund 15 rechtsgerichteten jungen Männern zugezogen hatte. In einem viel beachteten Prozess über 83 Verhandlungstage gegen elf der Täter wurden relativ milde Haft- und Bewährungsstrafen ausgesprochen.³¹ Es gibt eine ganze Reihe von Pa-rallelen zu Mügeln: Von Anfang an stilisiert sich das Gemeinwesen als eigentliches Opfer, weist den drei Betroffenen, Guendoul und seinen zwei ebenfalls von der Hetzjagd betroffenen Freunden, Schuld zu, weil sie zum einen längst in ihrem Asylbewerberheim hätten zurück sein müssen und sie zum anderen selbst vorher in einer Disko tötlich geworden seien und provoziert hätten. Und schließlich – so heißt es fast wortgleich wie in Mügeln acht Jahre später – sei das keine Hetzjagd gewesen, sei der zurückgelegte Weg doch dafür viel zu kurz gewesen.³² Alles Schlechte sah der in einer diskursiven Wagenburg versammelte größere Teil der BürgerInnen von außen auf sich und sein an sich tadelloses Selbstbild einstürmen und die vermeintliche Idylle Guben gefährden: Antifas aus Berlin, Medienmeuten von überall, rechtsextreme Täter (»nicht von hier«) und die ausländischen Opfer; wären diese Gruppen alle nicht da gewesen, dann wäre Guben das Idyll geblieben, für das es sich hält.³³ Der relativ gemäßigte damalige Bürgermeister der Stadt, Gottfried Hain, wurde schon 2001 durch einen neuen abgelöst: den FDP-Mann Klaus-Dieter Hübner.³⁴ In einem Interview zehn Jahre nach der Tat

29 Eine ausgezeichnete und lesenswerte Analyse der Mügeln Schuldbabwehr: Franziska U. Mogelin: Rechter Konsens in Mügeln. Über Stigmatisierung, Gewalt und Normalität in der sächsischen Provinz, in: Antifaschistisches Infoblatt (aib), Nr. 83, Sommer 2009, S. 28–31.

30 Farid Guendoul lebte als Deserteur aus der algerischen Armee zu seinem eigenen Schutz unter dem Decknamen Omar ben Noui – bis heute wird er deshalb von interessierter Seite als »Asylbetrüger« verdächtigt, als würde das seinen Tod ein wenig rechtfertigen.

31 Der Bundesgerichtshof in Leipzig hat im Revisionsverfahren im Oktober 2002 in einer richtungweisenden Entscheidung die Fahrlässigkeit durch »versuchte Körperverletzung mit Todesfolge« ersetzt für die selbst die Angeklagten voll mitverantwortlich gewesen seien, die im Auto warteten.

32 Vgl. aib, a. a. O., S. 30.

33 Ausführlich: Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hrsg.): »Nur ein Toter mehr ...« Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben. Münster 2001.

34 Klaus-Dieter Hübner ist bei der Gubener Bürgermeisterwahl am 15. November 2009 mit 64,5 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt worden.

wiederholt Hübner im Grunde alle Phrasen der Abwehr und Schuldumkehr und dokumentiert so, dass die hier für Mügeln und Guben geschilderten Mechanismen auch eine negative Tradition und Identität der Leugnung, Verharmlosung und Verdrehung generieren, die konstitutiv für das Gemeinschaftsgefühl werden können. Auch hier dominiert das Stadtoberhaupt die Deutung des Geschehens, in der für ein würdiges Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt kein Platz ist und stets der Generalbass narzisstischen Gekränktheits durch den imageschädlichen Tod des Opfers mitschwingt.³⁵ Fast will es scheinen, als sei Hübner genau deswegen damals gewählt worden, weil er die Welt der Gubener »Opfer« geradezurücken imstande zu sein versprach.

Nun sind Mügeln und Guben zweifellos drastische Beispiele rassistischer Gewalt und inadäquater bürgerschaftlicher Reaktion darauf, die jedoch so oder so ähnlich mit allen Facetten der Abwehrmechanismen immer wieder zu beobachten sind, und zwar auch unterhalb der Schwelle von schweren Körperverletzungen und Tötungsdelikten. Wo dann noch gezielte Strategien der Vereinnahmung oder Unterwanderung seitens einschlägiger rechtsextremer Gruppen oder Parteien dazu kommen, treiben Neonazis oft die Bürgerschaft vor sich her, und wo die ideologischen Prädispositionen miteinander in Einklang stehen, lässt sich die Bürgerschaft das häufig gern gefallen. Ein jüngeres Beispiel aus der sächsischen Provinz soll das an dieser Stelle erhellen. Das »Antifaschistische Infoblatt« schildert die haarsträubenden Ereignisse im Sommer 2009 so: »Die NPD sammelt daher nicht nur die Früchte ihrer eigenen Arbeit, ihr Erfolg fußt zu wesentlichen Teilen auf einem gesellschaftlichen Klima, das sich dem Kampf gegen Rechts in weiten Teilen entzieht und in einer Vielzahl insbesondere ländlicher Regionen aktiv zu rassistischen Haltungen beiträgt. Beispielhaft steht dafür die mittelsächsische Region mit dem beschaulichen Städtchen Colditz. Statt die Initiative ›Meine Stimme gegen Nazis‹ zu unterstützen, wurde ein antirassistisches Fußballturnier seitens des Bürgermeisters vor der Landtagswahl mit der Auflage belegt, für alle Schäden, die zwei Wochen vor und nach dem geplanten Turnier am Sportplatz entstehen, zu haften. Die Polizei hatte erklärt, die Veranstaltung, die zwei Monate im Voraus angemeldet worden war, aufgrund der Kurzfristigkeit nicht schützen zu können. Als die Initiative schließlich eine Kundgebung mit Konzert am Marktplatz durchführte, wurde der Platz von Neonazis dominiert. Offene Drohgebärden führten schließlich dazu, dass nach Ende der Veranstaltung die Teilnehmenden unter Polizeischutz aus der Stadt herausgefahren werden mussten. Die Politik bestimmen dort inzwischen die Rechten.«³⁶ Mehr noch, sie können auf eine mehr oder minder offene Kumpanei oder Sympathie seitens der Verwaltung und der Behörden rechnen. Einen menschen- und bürgerrechtlichen, einen demokratischen Grundkonsens sucht man hier vergeblich. Das Motto lautet: »Der heimische Nazi ist mir näher als das ›linksextremistische‹ Pack von außerhalb.«

35 Friedrich Burschel: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit, in: »Neues Deutschland« v. 13.2.2009.

36 Sachsen rechts unten, in: aib, Nr. 84, Herbst 2009, S. 11.

Die Landstriche nehmen zu, in Ostdeutschland galoppierend, in Westdeutschland aufholend, die verloren sind für demokratische Kultur und die vielzitierte »bunte Vielfalt«. Unterdessen schwant der Forschung auf diesem Gebiet, welche bedeutende Rolle »kommunale Diskursführer« in dem Moment spielen, in dem ein Gemeinwesen droht, in einen rechten Konsens abzudriften und der Anpassungsdruck auf Nonkonforme zunimmt. »Diese müssen nicht mit den gewählten politischen RepräsentantInnen übereinstimmen (...). Manchmal wird eher dem Schulleiter, dem Bäcker oder dem Vorsitzenden des Faschingsvereins zugehört.«³⁷ Häufig aber sind diese Diskursführer die Stadtväter, wie in den Fällen von Guben, Mügeln und Colditz, flankiert von den RätInnen der Gemeinde oder Stadt, der Pfarrer mag eine bedeutende Rolle spielen, aber auch der Kneipenwirt, der »Dorfpolizist« oder ein angesehener Einzelbürger.

Welche positive Rolle einzelne Bürgermeister spielen können, die sich des Problems bewusst sind und entschlossen, ihre Stadt/Gemeinde nicht der politischen Dominanz und kulturellen Hegemonie von Neonazis zu überlassen, zeigen einige Beispiele. In Wunsiedel beteiligte sich Bürgermeister Karl-Willi Beck (CSU) an einer Blockade gegen den Heß-Marsch in seiner Stadt, in Jena wirbt Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) für friedliche Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Nazi-Aktivitäten, in Weimar stellte sich Alt-OB Volkhardt Germer (parteilos) mit »Nur über meine Leiche!« einem Nazi-Aufmarsch entgegen.

Diese Positiv-Beispiele können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die allermeisten BürgermeisterInnen und RätInnen selber unter einem subtilen kommunalen Konformitätsdruck stehen oder weder Charisma noch Mut aufbringen, braunen Tendenzen in ihrem Gemeinwesen entgegenzutreten. Sie sind oft ebenso wenig wie die meisten RätInnen ansprechbar für diejenigen, die einem derartigen Treiben neonazistischer Gruppierungen nicht taten- und sprachlos zusehen wollen. Die Forderung vieler ExpertInnen also nach einer »Förderung lokaler Demokratie« und Unterstützung »dissidenter Gruppen« verkennt, wie weit viele Gemeinwesen von Formen pluraler Auseinandersetzung, von Streitkultur und humaner Orientierung entfernt sind und wie der Anspruch und Anschein von Dorffrieden diktiert, welche Konflikte benannt und ausgetragen werden. »KommunalpolitikerInnen und andere örtliche Autoritäten müssen sich ihrer hervorgehobenen Rolle und ihrer besonderen Verantwortung als VorreiterInnen für ziviles Engagement bewusst sein«, fordern etwa der Verein »miteinander« und die Fachhochschule Magdeburg-Stendal in einer gemeinsamen Studie über die Altmark in Sachsen-Anhalt.³⁸ Was aber, wenn gerade die örtlichen Eliten mit autoritärem Gebaren und mehr oder minder offener Sympathie für braune Umtriebe oder aus Ignoranz und Unsicherheit nicht Teil der Lösung, sondern eher des Problems sind? Ob derart allgemein gehaltene, sicher nicht falsche Förder- und Forder-Appelle geeignet sind,

37 Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.), a. a. O., S. 50.

38 Zitiert in Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.), a. a. O., S. 98.

bereits verloren gegebenes Terrain – im kulturellen und geografischen Sinne – zurückzugewinnen, scheint fraglich.

Eine Herausforderung der kommenden Jahre wird es also sein, dieses Problemfeld noch intensiver analytisch zu durchdringen, zu verstehen und Praxis-Ansätze für derart prekäre Gemeinwesenarbeit und Kommunalentwicklung, ja einer durchschlagenden Demokratieentwicklung zu finden.

Unterdessen gibt es eine schier unübersehbare Flut von Broschüren, Handreichungen, Arbeitshilfen, Fachartikeln und Sachbüchern zum Umgang mit Rechtsextremismus und Erscheinungen neonazistischer Formierung im Lande. Sie sind von unterschiedlicher Qualität und Praxistauglichkeit, viele mit durchaus fragwürdigen Inhalten oder untauglichen Rezepturen. Besonders viel Material aus der Herausgeberschaft etwa von Verfassungsschutzbehörden und Kriminalämtern sind hier mit der gebotenen zivilgesellschaftlichen Distanz zu lesen. Aber auch ein an sich ausgezeichnetes »Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« aus der bewährten Produktion der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung³⁹ hält gleich in der Einführung Formulierungen feil, die als verharmlosend gelesen werden können: »Trotz dieser erschreckenden Formen rechtsextremer Gewalt möchten wir die These aufrechterhalten, dass einzelne Vorkommnisse wie andere Normabweichungen und Verbrechen zur Normalität einer pluralistischen Gesellschaft gehören«, heißt es da.

Aber mehr noch – es ist die Frage, wie auch das reichliche gute Material und wirklich ausgezeichnete Broschüren und Handbücher dort ankommen, wo »der Hund begraben liegt«. Eine interessierte Klientel aus Antifas, Leuten von Bürgerbündnissen gegen Nazis, WissenschaftlerInnen, KommunalpolitikerInnen, PädagogInnen und MultiplikatorInnen weiß sich vor dieser Fülle kaum zu retten und ist stets auf der Suche nach kommentierten Bibliografien zum Thema. Diejenigen aber, die dieser Lektüre so dringend bedürften, Gemeinde- und StadträtInnen, Stadt- und Bezirksverordnete, Angehörige lokaler Eliten sind meist weit entfernt davon, auch nur das Problem zu erkennen, geschweige denn Literatur dazu zu kennen. Aufgabe der politischen Bildung, pädagogischer Angebote und thematischer Qualifizierung wird es also sein, sich Strategien zu überlegen, wie das gute Wissen darüber, wie man organisierten Neonazis und rechtsextrem dominierten Gemeinwesen heimleuchtet, unter die richtigen Leute kommt.

39 Dietmar Molthagen, Lorenz Korgel (Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin 2009.

Die wollen doch nur spielen

Fußballfanszenen und Fußballvereine als Andockpunkte für neonazistische Einflussnahme im ländlichen Raum

Sollen Anknüpfungspunkte für Neonazis¹ und ihre SympathisantInnen bzw. Diskriminierung im Fußball gefasst werden, müssen nicht nur dem Sport immanente, sondern auch gesellschaftliche Wechselwirkungen mit dem Fußball als Grundlage betrachtet werden. Dazu zählen Zusammenhänge zwischen Spiel und Sport sowie die Rolle von ritualisierten, sublimierten Handlungen.²

Im und über den seit 1863³ sich entwickelnden modernen Fußball erfahren Industriekulturen und Nationengebilde eine symbolische Stabilisierung. Die Herausbildung von Fankulturen während einer zunehmenden Industrialisierung und Urbanisierung lässt erkennen, wie Menschen in expressiver Weise die neu gewonnene Freizeit zur Verarbeitung ihrer Lebenssituationen nutzen. Angesichts einer auf den Rängen möglichen Anonymität in der Masse zeigen sich seit der Verbreitung des Fußballsports auf dem europäischen Kontinent in und um die Stadien Aussagen, Meinungen und Energien, die im zivilisierten (Arbeits-)Alltag eher unterdrückt werden. Aggressive Gesänge und gewalttätige Auswüchse spielen hier schon früh eine markante Rolle. Das Fußballstadion wirkt also wie ein Brennglas, unter dem gesellschaftliche Zustände verstärkt sichtbar werden.

Es ist interessant genug, dass Fußball mit seinen Ritualen eine viel gefestigtere, gesellschaftliche Bindung der Menschen erzeugt hat als alle technischen, politischen und bürokratischen Zusammenhänge. Während in England, dem Entstehungsland des modernen Fußballs, bis zur Verregelung 1863 das Spiel zur Vermittlung von Tugenden wie Disziplin, Teamgeist, Arbeitsteilung, Ehrenhaftigkeit in den Public Schools der »upper class« genutzt wurde, konnten danach immer mehr Menschen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten, auch durch Zuschauen, am Spiel und solchen Wertevermittlungen und -bestätigungen teilnehmen.

Theodor W. Adorno sieht die Entwicklung der Freizeit als Verdinglichung von Muße, die dazu da ist, Individuen wieder in den Arbeitsalltag einzugliedern: »In ihr verlängert sich Unfreiheit, den meisten der unfreien Menschen so unbewusst, wie ihre Unfreiheit selbst.«⁴ Freizeit bzw. Hobbys sieht er als Pseudoak-

1 Die Autoren benutzen nachfolgend durchgängig den Begriff »neonazistisch« und verzichten auf politisch wie wissenschaftlich dehnbare Begriffe wie »rechtsextrem«. Zitate bleiben davon unberührt. Wenn von konkreten Personen und Parteien die Rede ist, wird »rechtsextrem« in Anführungszeichen verwendet.

2 Vgl. Gunther Gebauer, Christoph Wulf: Spiel, Ritual, Geste. Mimetisches Handeln in der sozialen Welt. Reinbek 1998, S. 40 ff., S. 151 ff., S. 189 ff.

3 Festlegung einheitlicher Regeln in England.

4 Theodor W. Adorno: Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt a. M. 1969, S. 69.

tivität und fehlgeleitete Spontaneität: »Organisierte Freiheit ist zwanghaft. (...) Solcher Zwang ist keineswegs nur einer von außen. Er knüpft an Bedürfnisse der Menschen angesichts ihres Lebens in einem funktionalen System an.«⁵ Alexandre Fernandez Vaz beschreibt, was für den Sport so empfänglich macht: »Das verdinglichte Bewusstsein findet im Sport ein besonders günstiges Umfeld, weil das Vergnügen des Sportzuschauers nicht nur bedeutet, Leiden zu vergessen, sondern es zu feiern.«⁶

Der Fußballsport bietet angesichts seiner historischen Entwicklung⁷ in männlich tradiert, heteronormativer Weise sowie auf der Basis einer »eingefrorenen Adoleszenz« (Gerhard Vinnai) ein Ventil für unterdrückte Triebenergien und latente, auf eigener Sozialisation basierende Ausrichtungen an. Er lässt eine Kompensation von Alltagsfrust und Entfremdung erhoffen. Dies kann zu einer oberflächlichen, temporären und deshalb stets erneuerungsbedürftigen Katharsis beitragen.

Nicht unbeachtet bleiben darf, dass der Fußballsport durch sein starres Regelwerk mit Befehl, Gehorsam und Bestrafung auch ein Präsentationsfeld für konventionelle, patriarchale Wertvorstellungen und autoritäre Charaktere schaffen kann. Das ihm zugrunde liegende männliche Weltbild kann autoritäre Charakterstrukturen, Identitätsdenken, Nationalismus, Rassismus, Homophobie, Sexismus verstärken. Hier sind Angebote zur Einübung und Manifestierung einer Ellbogenmentalität, wie sie in gegenwärtigen neoliberalen Verhältnissen anerkannt ist: sich durchsetzen um jeden Preis, gewinnen statt schön spielen, etc. Hier kann vom Fußball als binärem System mit einem ausgeprägten Freund-Feind-Schema⁸ und somit von einem Einigungsgefüge durch Bildung einer Pseudogemeinschaft mit verschärftem Opponentenbild gesprochen werden.

Im Fußballsport werden archaische, kriegerische Potenziale zivilisiert, die in einer scheinmodernisierten Form tradierter Maskulinität⁹ griffbereit bleiben. Der Fußballsport sowie seine Zuschauerkulturen lernen als sich stets erneuernde »Bastion der Männlichkeit« (Gunter Gebauer) bzw. als »Männerreservat« (Almut Sülzle) zur Selbsterhaltung »weichere« Facetten einzuschließen. Das bezieht sich vor allem auf klassisch männlich geprägte Verhaltensweisen in Zuschauerkulturen, ihre immanenten Identitäts- und Hierarchiestrukturen. So können Fußballfans je nach Situation innerhalb unterschiedlicher Männerfacetten umschalten. Besonders jugendliche Fans versuchen, über Gruppenanschluss Heimat, Halt, Männlichkeit, kollektive Identität und Macht zu konstruieren. Frauen, die sich in den männlich geprägten Fanszenen durchsetzen wollen, entwickeln weniger eine selbstbestimm-

5 Ebenda, S. 60.

6 Alexandre Fernandez Vaz: Sport und Sportkritik im Kultur- und Zivilisationsprozess. Analysen nach Adorno, Horkheimer, Elias und Da Matta. Butzbach 2004, S. 52.

7 Vgl. Fabian Brändle, Christian Koller: Goal! Kultur- und Sozialgeschichte des modernen Fußballs. Zürich 2002.

8 Vgl. Jonas Gabler: Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Köln 2009, S. 18 ff.

9 Gerd Dembowski, Dieter Bott: Stichworte zu Fußball, Männlichkeit, deutschem Nationalismus und Herrschaft, in: Eva Kreisky, Georg Spitaler (Hrsg.): Arena der Männlichkeit. Über das Verhältnis von Fußball und Geschlecht. Frankfurt a. M./New York 2006, S. 218–234.

te Identität, weil das Vorfinden tradiert männlicher Strukturen sie zwingt, diese zu durchlaufen, um Anerkennung zu finden.

Niklas Luhmann erläutert dies mit Blick auf den Fußball auch am Beispiel des Nationalismus: »Die artifiziellen Nationenbildungen der frühen Neuzeit, die sich dem Buchdruck und der für ihn geschaffenen Einheitssprache verdanken, verlieren an Integrationskraft und externer Souveränität. Offenbar kann man aber auf die Schwere und Bodenständigkeit nationaler Zugehörigkeiten nicht so leicht verzichten. Hydraartig bilden sie sich neu, für einen gefallenen Kopf viele andere.«¹⁰

Solche scheinbar modernisierenden Aspekte führen kumuliert dazu, dass im Fußballstadion und seinem Umfeld eine Atmosphäre herrscht, die nicht nur Wechselwirkungen mit Nationalismus und Rassismus befördert, sondern oftmals auch einen »kleinsten gemeinsamen Diskriminierungsenner« als Ausgangspunkt für weitere Devianzen schaffen kann. Das kann mit in Fußballfanszenen weit verbreiteten, oft in expressiver Weise zur Schau gestellten sozialdarwinistischen Einstellungsmustern beginnen, die sich mit einem häufig antistaatlich gerierenden Aufrührergestus und Sloganismus¹¹ verbinden. Dies und die politisch schwammig bis politikverdrossene Selbstverortung zahlreicher Fangruppierungen sowie der unorganisierten Zuschauermasse wiederum bietet Anknüpfungspunkte für Neonazis und ihre SympathisantInnen, die vermeintlich einfach gestrickte Lösungen zu komplexen Problemen der Gegenwart artikulieren und auf das Trittbrett gesellschaftspolitischer Themen aufspringen.

Als Einfallstor für rechtes Gedankengut und neonazistische Fans kann die in vielen Fankreisen postulierte Losung »football without politics« gewertet werden, nach der Personen mit neonazistischen Denkmustern und Einstellungen geduldet werden, wenn sie sich im Stadion mit ihrer Meinung zurückhalten. Dabei werden z. B. vorhandene Männerbündelei und männliche Härteideale unter dem Signum der Heteronormativität als unpolitisch ignoriert. »Dadurch, dass Fans ›Keine Politik im Stadion‹ krakeelen und antirassistische Töne als störende, fußballfremde Einmischung einordnen«, so Michael Eichener, »bestätigen und stabilisieren sie vorhandene rassistische Tendenzen und entsprechende Akteure. Sie stellen sich auch selbst einen Freibrief aus, nicht auf rechte Rufe oder die Gegenwart von Neonazis und Mitläufern reagieren zu müssen.«¹²

Weitere Andockstellen in Fankulturen können ein Konglomerat aus z. B. vor-modernen, antikapitalistischen Tendenzen, der Sicherung von Etabliertenrechten, der Diffamierung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen, Antiintellektualismus und einer historisch eingeschriebenen Gewaltakzeptanz sein. Neben den vielfach zitierten integrativen Potenzialen des Fußballs liegen hier psychologische und

10 Niklas Luhmann: Der Fußball, in: Ders.: Short Cuts, hrsg. von Peter Gente u. a., Frankfurt a. M. 2002, S. 88 f.

11 Sloganismus meint hier, dass die Zuschauerschaft einfache Ausdrucksformen ausgebildet hat (Banner, Rufe, Kurzgespräche, u. a.), die anfällig sind für einfache Lösungen komplexer politische Zusammenhänge.

12 Michael Eichener: Keine Politik im Stadion? Über das Politische im sogenannten Unpolitischen, in: Bündnis Aktiver Fußballfans (Hrsg.): Ballbesitz ist Diebstahl. Fußballfans zwischen Kultur und Kommerz. Göttingen 2003, S. 162.

philosophische Kernelemente verborgen, die den Boden für diverse Ausdrucksformen »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« (Wilhelm Heitmeyer) im Fußball bereiten.

Es liegt nahe, dass den institutionalisierten Strukturen des Fußballs sowie den Zuschauerkulturen trotz Globalisierung eine dominierende Perspektive des Weißseins¹³ eingeschrieben ist, mit der sich Rassismen ständig neu und auf ökonomisch ausgrenzender und Etabliertenrechte sichernder Grundlage formieren können. Auf der Basis des Weißseins als Überlegenheitskonstrukt besteht in den Zuschauerkulturen eine männlich tradierte, historisch gewachsene Hierarchie der Diskriminierungen weiter, in der z. B. Homophobie häufiger und massenakzeptierter vorkommt als Rassismus.

Fußballfanszenen setzen sich oftmals aus diffusen Zusammenschlüssen von Leuten zusammen, die nicht nur in der jeweiligen Stadt ihres Stammvereins leben, sondern in vielen Fällen besonders im jeweiligen ländlichen Umland. Auch zur Selbstaufwertung des Individuums bzw. einer Clique gehen viele aktive Fans aus dem ländlichen Raum – womöglich neben dem Interesse für einen wohnörtlichen, unterklassig spielenden Verein – zu einem »großen« Club (und/oder sie besuchen bevorzugt Spiele der deutschen Nationalmannschaft). In einer globalisierten Welt, in der Bilder von Urbanität Leerformeln wie »Fortschrittlichkeit« bzw. »Überlegenheit« symbolisieren, kann die Anhängerschaft zu einem Verein in einer größeren Stadt bzw. die Fahrten zu entsprechenden Spielen speziell für Fans mit einem ländlichen Background bzw. Wohnort besondere Kompensations- und Identitätsmomente freisetzen. Wenn sie vom Land zum Fußball in die »große« Stadt fahren, sehen sie sich als temporärer Teil solcher Urbanität, in der sie wie auf einer Bühne geballt ausleben und präsentieren können, dass auch sie existieren.

Dies ließe sich mit einem genauen Blick auf vermeintlich (groß-)städtische Fanszenen wie Dortmund, Aachen, Bremen oder Chemnitz nachweisen, wo es aktuell personelle und inhaltliche Überschneidungen von Fangruppen mit neonazistischen Partei- und Kameradschaftsstrukturen sowie den sogenannten Autonomen Nationalisten gibt. Dort kommen entsprechende Personen nicht nur aus den genannten Städten, sondern auch aus dem Umland. Um nicht den Rahmen dieses Essays zu sprengen und weil ein öffentlicher wie medialer Blick auf solche großen Vereine ohnehin eher erfolgt, ist es an dieser Stelle sinnvoller, wenn sich die nachfolgenden Fallbeispiele auf Vereinsumfelder beziehen, die sich im ländlichen Raum befinden und nicht nur Fanzusammenhänge berücksichtigen.¹⁴ Zunächst jedoch einige grundlegende Stichworte zur Befindlichkeit einiger Fußballfanszenen.

13 Zur Vertiefung sei hier verwiesen auf Maureen Maisha Eggers, Grada Kilomba u. a.: *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster 2005.

14 Nachfolgende Dokumentation lässt keine übergreifenden Schlüsse auf den Einfluss von neonazistischen Organisationen und Einzelpersonen auf den Fußball in ganz Deutschland zu. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Beispiele, die an dieser Stelle auch hätten dokumentiert werden können.

Gewaltförmigkeit und Zweckbündnisse

Als tonangebende und äußerst aktive Fangruppen im Stadion haben sich seit Mitte/Ende der 1990er Jahre die Ultras entwickelt, die laut Michael Gabriel von der Koordinationsstelle der Fanprojekte (KOS) inzwischen die »größte und attraktivste jugendliche Subkultur darstellen und immer mehr fußballferne Jugendliche, die die über den Fußball hinausgehenden kulturellen Ausformungen der Szene attraktiv finden«¹⁵, erreichen. Für Jugendliche, die beginnen, sich für den Besuch eines Stadions als kulturelle Freizeitaktivität zu interessieren, sind sie mit ihren vielfältigen Aktivitäten (etwa aufwendige Choreografien, Organisation von Auswärtsfahrten, Herstellung von eigenem Merchandising) meist die erste Anlaufstelle.¹⁶

Ultras fallen durch ausgeprägtes, identitäres Gruppendenken mit einem stets innewohnenden »Freund-Feind-Schema«¹⁷ und oftmals strikte, hierarchische Strukturen auf. Angesichts des zuvor beschriebenen gesellschaftlichen Kontextes des Fußballsports sind Teile von ihnen durchaus interessant für Rekrutierungsversuche durch Neonazis bzw. aus sich selbst heraus anfällig für solche Ideologien. Jonas Gabler formuliert, dass Ultraszenen »durchaus Elemente enthalten, die Berührungspunkte mit einer eher rechten Orientierung aufweisen. Ultras orientieren sich stark an Traditionen und Regionalismen. Lokalpatriotismus hat einen enormen Stellenwert. (...) Darüber hinaus gehört zur Ultrakultur (...) die Vorstellung von der eigenen Kurve als eigenem Territorium. Diese Betonung des eigenen Territoriums, das durch Kämpfe verteidigt werden muss und wo dem ›Recht des Stärkeren‹ Geltung verschafft werden muss, bietet nach Heitmeyer/Peter eine ›Einbruchmöglichkeit für rechtsextreme Orientierungen‹.«¹⁸

In einigen beobachteten Fällen des ländlichen Raumes bzw. mit Beteiligung von Personen, die in ländlichen Räumen leben, aber zu Großstadtvereinen tendieren, ist – zumindest situativ – eine Verbindung zwischen Fan- und neonazistischer Szene, vor allem bei den sogenannten Hooligans¹⁹, erkennbar. Ebenso trifft dies

15 Michael Gabriel: Eine Fankurve ohne Nazis und Rassisten – Möglichkeiten und der sozialpädagogischen Fanprojekte, in: Michaela Glaser, Gabi Elverich (Hrsg.): Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball. Erfahrungen und Perspektiven der Prävention. Halle 2008, S. 39.

16 Wichtig ist, dass Ultraszenen in Deutschland keine homogene Gruppe bilden. Historische Entwicklungen der jeweiligen Fanszene, persönliche Einstellungen und Entwicklungen der »Anführer« der jeweiligen Gruppen spielen eine große Rolle für die Herausbildung eines Gruppenselbstverständnisses zu elementaren Fragen wie Gewalt und Politik. Die Ultraszene unterliegt einem ständigen Wandel. Leider kann an dieser Stelle nur angedeutet werden, dass es zahlreiche Ultras und ganze Ultragruppierungen gibt, die sich als explizit antidiskriminierend verstehen, in demokratischer Weise erheblich zur Selbstregulierung in den Fanszenen beitragen, sich gegen Aushöhlungstendenzen von Bürgerrechten einsetzen und konstruktiv gegen bestimmte Auswüchse der Kommerzialisierung des Fußballs agieren.

17 Gabler, S. 18 ff.

18 Gabler, S. 102.

19 Wichtig ist festzuhalten, dass sogenannte Hooligans nicht per se neonazistisch sind. Zunächst einmal sind sie autoritär-gewaltfasziniert. Sicher gibt es viele, die sich als »rechtsradikal« bezeichnen würden. Ihre sozialdarwinistische Sichtweise und das Aufgreifen einzelner Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Melange mit den o. g. historisch eingeschriebenen Merkmalen des Fantums und des Fußballs, bietet Anknüpfungsmuster für Menschen mit neonazistischen Sichtweisen bzw. Versatzstücken. In diesem Text

auf diejenigen der Ultras zu, die sich in einem nicht immer abgeschlossenen Entwicklungsprozess von einer Ultra- hin zu einer quasi posthooliganistischen Szene befinden, die ihre Herausforderung besonders in fangruppenspezifischen Feindschaften und der als willkürlich handelnd und repressiv wahrgenommenen Polizei sieht.

Auch wenn Hooligans vielerorts nur noch äußerst temporär und anlassbezogen in den Stadien präsent sind bzw. ihrem gewalttätigen Hobby außerhalb der Stadien nachgehen, üben sie an einigen Standorten nach wie vor einen gewissen Einfluss aus und sind in Diskussionen oder als personeller Machtfaktor im Hintergrund erkennbar. Dies funktioniert über die Ausstrahlung eines Mythos, der sich um ihre ehemals kontinuierliche Präsenz gebildet hat. Tauchen Hooligans z. B. zu einem speziellen Anlass (Regionalderby, fanhistorisch eingeschriebener »Erzfeind«, sportlicher Erfolg) kurzzeitig wieder auf, führt dies zur Mythosverstärkung und situativer Mobilisierung in der jüngeren Generation gewaltaffiner Fans.

Gewaltförmigkeit wird sceneintern bis auf Ausnahmen als »reaktive Gewalt auf staatliche Interventionen, Gewalt als ›Mittel zum Zweck‹ zur Verteidigung des Reviers«²⁰ betrachtet. Als Ausdruck unterdrückter Aggressionen und Triebenergien spielt sie in jeder Hinsicht eine zentrale Rolle, sowohl was den Erfolg der Rekrutierung von Nachwuchs, als auch den Nutzen für die jeweils handelnden Akteure betrifft, die in einigen Fällen neonazistisches Gedankengut transportieren. Die Action-Orientiertheit wird hierbei ausgenutzt, indem man Jugendliche aus dem Ultramilieu zu Auseinandersetzungen mitnimmt oder Auseinandersetzungen provoziert, in denen man situativ beisammensteht. Der Nutzen für Hooligans und jugendliche Ultras – ob neonazistisch orientiert oder nicht – ist hierbei durchaus beiderseitig. Erstere können Nachwuchs aufbauen, der ihnen sowohl ein Überleben als Faktor innerhalb einer Fanszene sichert, die anderen profitieren von dem Schutz und bekommen neue Angebote für ihre Erlebnis- und Gewaltorientiertheit.

Augenfällig bei zahlreichen dokumentierten, z. B. rassistischen Übergriffen ist, dass es meist einzelne Neonazis in Hooligangruppierungen sind, die den Ton angeben und nachkommende Generationen von Fans, Ultras und Hooligans beeinflussen. Beim Regionalligisten Eintracht Trier kann das beispielsweise Martin Auler sein, aktiv im Kreisverband Trier²¹ der NPD. Als ein «Anführer» der dortigen Hooligangruppe Moselfront kann er seine Vorbildrolle für jugendliche Ultras nutzen.

Hinzu kommt, dass »fußballfremde« Neonazis bei bestimmten Fußballspielen auftauchen, wenn z. B. Fanszenen mit einem explizit antirassistischen Ruf beim örtlichen Club oder in regionaler Nähe antreten. Auch zu bestimmten Auswärts-

beziehen sich die Autoren auf Hooligangruppierungen, in denen neonazistisches Gedankengut vorhanden ist bzw. auf einzelne Hooligans in Hooligangruppierungen, die neonazistisch sind und sich z. T. entsprechend politisch engagieren.

20 Sabine Behn, Gunter A. Pilz u. a.: Ultraszene in Deutschland, in: Ders. (Hrsg.): Wandlungen des Zuschauerhaltens im Profifußball, S. 14.

21 Vgl. <http://www.npd-rlp.de/archivauswahl.php?Archiv&ID=416>, Download 20. 2. 2009.

fahrten zu Clubs mit antirassistischem Fangefolge lassen sich temporäre neonazistisch orientierte Bündnisse herstellen.

Neonazis und ihre SympathisantInnen – ob aus dem Hooliganmilieu oder nicht – zielen mit niedrig schwelligen Angeboten meist auf den Erlebnishunger vieler Fußballfans ab. Beispielsweise bauen sie auf gezielte Personenansprachen, Konzerte, versprechen schnelle Erfolgsgefühle und Selbstwertsteigerung durch gemeinsame Aktionen, wie z.B. Demonstrationsteilnahmen, Veranstaltungsschutz, Aufgaben bei Festlichkeiten, strukturelle Hilfe oder gemeinsamen Kampfsport. Rekrutierungsversuche erfolgen meist subtil. Den Jugendlichen und Jungerwachsenen werden von Angehörigen gewalttätiger und militanter Kameradschaften rechtsgerichtete Erlebniswelten eröffnet, die über eine hohe Anziehungskraft verfügen. Nur so lässt sich erklären, warum zahlreiche Zweckbündnisse entstehen, die sich in der teilweise regelmäßigen Teilnahme von Fußballfans an neonazistischen Demonstrationen in unterschiedlichen Städten ablesen lässt.

Sehr schwierig ist die Frage zu beantworten, ob es sich bei den nachfolgend aufgezeigten Fällen um eine Unterwanderung im Sinne von Infiltrierung eines Innen durch neonazistische Personen von außen handelt. Die meisten Akteure, die sich auch im neonazistischen Spektrum bewegen, sind parallel zu ihrer politischen Karriere auch schon im Fußball aktiv, z. B. im Hooliganmilieu. Wenn Unterwanderung also impliziert, dass Neonazis sich zunächst zurückhaltend in eine Fanszene bzw. in ein Fußballvereinsumfeld begeben, um diese/s sukzessive inhaltlich oder personell quasi »zu übernehmen«, dann kann nach den Recherchen der Autoren nicht zwingend davon die Rede sein. Wenn Neonazis und ihre Sympathisanten in diversen Städten versuchen, stadtsoziale Bereiche, wie z.B. Feuerwehr, Freiwilligenarbeit etwa bei Flut, Betreuung im Altenheim zu besetzen, liegt es nahe, dass auch Fußballvereine im Fokus dieser Bemühungen stehen. Gerade in Gegenden, in denen sich außerhalb des Fußballs ohnehin eine rechtsorientierte Hegemonie herausgebildet hat, in der Neonazis und ihre SympathisantInnen »normalisiert« bzw. in den entsprechenden gesellschaftlichen Mikrokosmos integriert sind, erscheint eine Unterwanderung obsolet. Fußball und die Fanszenen sind demnach oftmals ein Ausdruck einer bereits mehr oder weniger manifesten Alltagsstruktur und fungieren als reger Kontakthof.

Neonazistischer Einfluss auf Amateurvereine

In Amateurligen tragen die meisten Vereine ihre Spiele vor einer minimalen Kulisse mit zweistelliger Zuschauerzahl aus. Dennoch finden sich bei einigen von ihnen kleinere Fanggruppierungen, die ihren Vorbildern im Profifußball naheiefen. Neben der Entscheidung, den eigenen »Dorfverein« zu unterstützen, hat der Besuch unterklassiger Spiele durchaus praktische Gründe: Im Unterschied zum Profifußball, wo sich Fans oftmals einem hohen Aufgebot an Polizei und Sicherheitskräften gegenübersehen, treffen sie dort meist auf geringe Aufmerksamkeit

durch die zuständigen Vereine, bundesweite Stadionverbote haben keine Gültigkeit.²² Schnell ist durch Präsenz und Lautstärke eine Situation entstanden, in der gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit offener zur Schau getragen werden kann. Hinzu kommt, dass anders orientierte Fangruppen fehlen, die eine Selbstregulierung fördern.

Zum einen sind vorkommende rassistische Manifestationen bei einer kleinen Menge an Zuschauern viel augenfälliger und der Einfluss solcher Gruppen auf den Rest der BesucherInnen ist größer, zum anderen werden sie häufiger ignoriert, da die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass solche Vorfälle öffentlich werden. Es sei denn, eine der beteiligten Mannschaften macht solche Vorfälle öffentlich, wie im Falle des Spieles VSG Altglienicke II gegen TUS Makkabi Berlin II im Jahre 2007.²³ Oder die Menge derer, die neonazistische Verhaltensweisen an den Tag legen, ist so groß, wie in den beiden folgenden Beispielen. Ein Verfassungsschützer erklärte den Autoren gegenüber, dass derartige Vorfälle mit Erreichen einer »kritischen Masse« zu erklären seien.²⁴

Fallbeispiel: SV Windischholzhausen

Nach den Ereignissen vom 13. 5. 2007 geriet der SV Windischholzhausen (SVW)²⁵, der in der zweiten Erfurter Stadtklasse spielt, in die Schlagzeilen der regionalen Medien. Zeitungen berichteten, dass an diesem Tag zur Partie gegen Atzmannsdorf »150 Neonazis und Hooligans«²⁶ als Anhang des SVW angereist seien. »Wir waren völlig überrascht von dieser Heimsuchung«, so Vereinspräsident Frank Schalles, gleichzeitig SPD-Landtagsabgeordneter.²⁷

Nun spricht einiges dafür, dass diese »Heimsuchung« weder überraschend noch ausgelöst durch eine Gruppe »Vereinsfremder« geschah. Bereits im September 2006 gründete sich der Fanclub »Inferno Windisch«, ein Zusammenschluss von 15 bis 25 Personen, die laut Eigenaussage »zu jedem Spiel unserer Mannschaft« fahren, »um sie lautstark zu unterstützen«²⁸. Laut Antwort des Thüringischen Innenministeriums auf eine Anfrage der Partei Die Linke war dieser Fanclub in Atzmannsdorf beteiligt. Auch die Zugehörigkeit einzelner Mitglieder des Fanclubs zu »rechtsextremen« Organisationen wird erwähnt: »Durch Personen

22 Bundesweite Stadionverbote gelten in Deutschland in den ersten drei Ligen und in einigen vierten Ligen. Daher unterstützen viele Ultragruppen, die in besonders großem Maße von Stadionverboten betroffen sind, vermehrt die Amateureteams ihrer jeweiligen Mannschaften. Die »Sektion Stadionverbot« von Dynamo Dresden trifft sich gar bei den Spielen der eigenen 3. Mannschaft.

23 Bei besagtem Spiel verließ die Mannschaft des TUS Makkabi den Platz, nachdem sie von Zuschauern permanent antisemitisch beschimpft wurde und weder Schiedsrichter noch gegnerische Mannschaft darauf reagiert hatten. Vgl. u. a. »Der Tagesspiegel« v. 6. 10. 2006.

24 Interview von Martin Endemann mit dem Verfassungsschutz Brandenburg, Potsdam, 29. 1. 2009.

25 Windischholzhausen ist ein Stadtteil von Erfurt.

26 »Thüringer Allgemeine« v. 15. 6. 2007.

27 Zitiert nach »Freies Wort« v. 2. 12. 2008.

28 <http://www.iw06.de/default.php?view=view/ueberuns&ID=NONE>, Download 10. 2. 2009.

der Fanggruppierung ›Inferno Windisch‹, welche zum Teil der örtlichen rechten Szene (NPD und NJ) angehören, sollen u. a. neonazistische Parolen gerufen sowie Feuerwerkskörper, Flaschen und Rauchbomben auf das Spielfeld geworfen worden sein.«²⁹

Laut Thüringischem Innenministerium wurden seitdem zahlreiche Gegenmaßnahmen ergriffen: »Daraufhin fand zwischen den Vertretern des Vereins, des Landessportbundes, dem Fanbeauftragten des FC Rot-Weiß Erfurt sowie der Polizei eine Besprechung statt. Es wurden Strafverfahren u. a. wegen des Verdachtes gemäß § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) eingeleitet. Des Weiteren erhielt der Verein Handlungsempfehlungen zum weiteren Umgang mit diesem Problemfanzpotential durch die Polizei und den Landessportbund. Zudem wurden bei den darauf folgenden Fußballspielen begleitende Maßnahmen der Polizei durchgeführt. Erneute Vorfälle sind nach dem 13. Mai 2007 nicht bekannt geworden.«³⁰

Nachdem im Februar 2009 der Verein wieder in die Schlagzeilen geriet, als seine Anhänger bei einem Hallenturnier »Naziparolen« gerufen hatten, behauptete auch Schalles, dass man vom »Mai 2007 bis Dezember 2008 (...) Ruhe gehabt«³¹ habe. Es mag sein, dass offen rassistische und antisemitische Sprechchöre, wie im Mai 2007, in der Zwischenzeit nicht mehr (oder nicht mehr in dieser Lautstärke) bei den Spielen des SVW vorgekommen sind, doch das heißt nicht, dass die handelnden Personen eineinhalb Jahre lang verschwunden waren. Die Gruppe »Inferno Windisch« begleitete den Verein regelmäßig. Auf den StudiVZ-Onlineprofilen der einzelnen Mitglieder sind Bilder der verschiedenen Spiele abrufbar, bei denen sie als geschlossene Gruppierung anwesend waren.³² Auf weiteren Fotos tragen Mitglieder des »Inferno Windisch« Shirts mit neonazistischer Symbolik oder posieren mit »Keltenkreuz«-Fahnen. »Fußball bleibt Fußball, Politik bleibt Politik«³³, steht auf einem ihrer Transparente. Auf ihrer Homepage danken sie »unserer Vereinsführung, dem Trainergespann Jens ›Sigi‹ Detlef, dem Bürgermeister & allen Personen, die den Verein so tatkräftig unterstützen.«³⁴

Auf ihrer Homepage grüßen sie auch den Jungsturm EF.³⁵ Jungsturm ist eine Gruppe aus dem Hooligan-Umfeld des FC Rot-Weiß Erfurt. In diesem gibt es Verbindungen zum militanten Neonazismus, besonders in den Gruppen Jungsturm EF und der Kategorie EF (kurz KEF). Das Innenministerium in einer Antwort auf eine weitere Anfrage der Linken über die Kategorie EF: »Sie gelten als ›Nachwuchshooligans‹ des Erfurter Fanklientels. In der Vergangenheit wurden Angehörige dieser Gruppe bei Veranstaltungen der NPD angetroffen. Es liegen Erkenntnisse

29 Thüringischer Landtag: Drucksache 4/4414, 2008.

30 Ebenda.

31 Zitiert nach »Thüringer Allgemeine« v. 4. 2. 2009

32 Vgl. <http://studivz.net>, Gruppe: Ha Ho He Inferno W!, Download 4. 2. 2009.

33 Ebenda.

34 <http://www.iw06.de/default.php?view=view/ueberuns&ID=NONE>, Download 10. 2. 2009.

35 Vgl. ebenda.

vor, dass die Mitglieder der ›KEF‹ den Kontakt zu den sogenannten autonomen Nationalisten suchen.«³⁶ Anlass dieser Anfrage war der Überfall auf eine Gruppe alternativer Jugendlicher in Erfurt, an dem Erfurter Hooligans beteiligt waren.

Offensichtlich hat sich in den letzten Monaten und Jahren eine Gruppe von neonazistischen Jugendlichen gefunden, die sich regelmäßig im Rahmen von Fußballspielen, sowohl bei Spielen des FC Rot-Weiß Erfurt als auch des SVW trifft und diese als Kontakthof nutzt.

Neu ist diese Entwicklung für örtliche AntifaschistInnen nicht: »Ab 2005 versuchten Nazi-Kader wieder kontinuierlich Strukturen in Erfurt aufzubauen, und es gelang allmählich auch ein Hineinwirken in die Erfurter Fanszene. Als die Erfurter NPD 2007 fast zweimonatlich Infostände in der Erfurter Innenstadt anmeldete, organisierten Hooligans den Schutz und gingen teilweise gewalttätig gegen protestierende Antifaschisten vor. Zur den Gruppierungen der sogenannten Nachwuchshooligans gehören die ›Kategorie EF‹ und der ›Jungsturm EF‹ (...) Hinzuzuzählen sind auch die Gruppen ›Inferno Windisch‹ und ›Windisch Supporter‹, die sich im Umfeld des SV Windischholzhausen bewegen. Die Übergänge sind jedoch bei allen Gruppierungen fließend. Die ›KEF‹ ist vor allem als ein Sammelsurium erlebnisorientierter Jugendlicher zu verstehen. Sie fahren zusammen zu Fußballturnieren und nehmen an Nazi-Demos teil. (...) Zwischen rechten Hooligans, ›Freien Kameraden‹ und ›Autonomen Nationalisten‹ gibt es in Erfurt personelle Überschneidungen und aktionistische Zusammenarbeit.«³⁷ Eigentlich müssten solche Tendenzen auch den Vereinsverantwortlichen auffallen, nicht umsonst bestätigte Schalles im Frühjahr 2009, dass mehrere der letzten Heimspiele unter Polizeischutz stattfanden.³⁸

Fallbeispiel: FFC Viktoria Frankfurt/Oder

Landesligist Viktoria Frankfurt/Oder tritt bei seinen Spielen zwar quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit an³⁹, doch existiert seit einigen Jahren eine zahlenmäßig relativ konstante Fangruppe. Die »FCV-Ultras«⁴⁰ begleiten den Verein regelmäßig. Sie selbst bezeichnen sie als »systemkritisch«⁴¹. Bei manchen Heimspielen stellen sie laut eigener Aussage »mit 40 Jugendlichen die Hälfte der Zuschauer«⁴². Nach eigenen Angaben besitzen sie für besondere Spiele ein Mobilisierungspotenzial von bis zu 110 Personen, teilweise erweitert durch angereiste Unterstützer befreundeter Vereine (Union Berlin, Energie Cottbus)⁴³. Besondere Spiele mit ho-

36 Thüringischer Landtag, Drucksache 4/4407, 2008.

37 <http://ag17.antifa.net/Startseite/Alerta2.pdf>, Download 10. 2. 2009.

38 Vgl. »Thüringische Allgemeine« v. 4. 2. 2009.

39 Der Zuschauerschnitt liegt bei etwa 120 Personen.

40 FCV in Anlehnung an den früheren Namen des Vereins »FC Vorwärts Frankfurt (Oder)«.

41 Vereinübergreifendes Fanzine »Blickfang Ost« Nr. 8, Hinrunde 2007/2008, S. 20.

42 Ebenda, S. 21.

43 Vgl. »Blickfang Ost« Nr. 9, Rückrunde 2007/2008, S. 35.

hem Mobilisierungsgrad sind vor allem solche gegen den von ihnen als »linker Zeckenverein« bezeichneten SV Babelsberg 03. Ein Babelsberger Ultra berichtet: »Und bei Punktspielen kommt so was auch öfter mal vor, dass sowohl die vorhandenen rechten Fans des anderen Vereines, z. B. in Frankfurt/Oder dann besonders heiß sind; als auch dass zusätzlich Leute zum Fußball kommen, die eigentlich nichts mit Fußball zu tun haben.«⁴⁴

Regional bekannt in den Stadien wurden die »FCV-Ultras« nicht durch ultraspezifische Aktionen, sondern vor allem durch Angriffe auf gegnerische Fans, alternative Jugendzentren und Wohnprojekte sowie durch die Präsentation von neonazistischer Symbolik und regelmäßiges Skandieren rassistischer und antisemitischer Parolen. Dies ist nicht verwunderlich, gehört doch ein Großteil der Gruppe der neonazistischen Szene in Frankfurt/Oder an. 2006 deckte eine antifaschistische Gruppe aus Frankfurt minutiös die personellen Überschneidungen zwischen der Ultragruppe und neonazistischer Szene auf.⁴⁵ Sie schrieb in ihrer Veröffentlichung: »Schon länger fällt es schwer, überhaupt noch zwischen dem rechtsextremen Anhang des FFC Viktoria und der Frankfurter Neonazi-Szene eine Trennlinie zu ziehen. Kaum eine wichtige Figur der lokalen Szene gehört nicht zum Stammpublikum bei Heim- und Auswärtsspielen. Der in den letzten Jahren wohl aktivste lokale Kader, der 30-jährige Andreas Bressel, kann ohne Zweifel zum harten Kern des gewaltbereiten FFC-Anhangs gezählt werden.«⁴⁶ Seit 2006 berichtet auch der brandenburgische Verfassungsschutz von Überschneidungen zwischen »Rechtsextremismus« und »Hooliganszene« bei Viktoria und listet eine Vielzahl gewalttätiger Ausschreitungen mit neonazistischem Hintergrund auf, für die sich die »FCV-Ultras« verantwortlich zeichneten.⁴⁷

Die Recherchegruppe Frankfurt/Oder hielt 2007 fest: »Es ist zu konstatieren, dass sich weder Gewaltbereitschaft noch ideologische Ausrichtung der »FCV-Ultras« gemäßigt haben. Trotz des rechtsextremen Stigmas ist es den Ultras gelungen, ihren harten Kern personell zu festigen.«⁴⁸ So sollen laut Polizei etwa 30 bis 50 rechte Problemfans von Viktoria Frankfurt⁴⁹ an neonazistischen Ausschreitungen im Rahmen des Länderspiels Deutschland – Polen während der Fußball-EM 2008 beteiligt gewesen sein.

Die »FCV-Ultras« sind zu Redaktionsschluss dieses Textes noch aktiv, haben es aber aufgrund von Maßnahmen wie Stadionverboten, Überwachung durch den Verfassungsschutz, ständige Begleitung durch zivile und uniformierte Beamte inzwischen schwerer, ihre Aktivitäten im Rahmen von Fußballspielen auszuleben. Auswärtsspiele stehen im Fokus, weil polizeiliche Kontrolle dort weniger greift.

44 Interview von Martin Endemann mit einem Ultra aus Babelsberg, 29. 1. 2008.

45 Vgl. Recherchegruppe Frankfurt/O.: Recherche Output Nr.1, Herbst 2006, einsehbar unter: http://www.inforiot.de/material/rechercheoutput_ffo.pdf, Download 22. 1. 2009.

46 Ebenda.

47 Vgl. Land Brandenburg, Ministerium des Inneren (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007, Potsdam 2008, S. 81.

48 Recherchegruppe Frankfurt/O. 2006.

49 Zitiert nach »Der Tagesspiegel« v. 10. 6. 2008.

Treffpunkt Amateurverein

Problematisch stellt sich die Situation in Gegenden dar, in denen es eine vielfältig aktive neonazistische Szene gibt. Dort kann es zu Situationen kommen, in denen gleich auf mehreren Ebenen innerhalb eines Vereins Personen aus dem neonazistischen Milieu wirken. Es kann sich um Fans, Spieler, Trainer oder um Gäste der meist an Vereine angeschlossenen Lokalitäten handeln. Fußballvereine und auch das Sportlerheim oder die Vereinsgaststätte sind in ländlichen Gegenden und kleineren Gemeinden seit Langem etablierte Treffpunkte der Bevölkerung und wichtiger Veranstaltungsort für Festivitäten.

Fallbeispiel: Zella-Mehlis

In wenigen Fällen ist eine personelle Übereinstimmung zwischen lokaler neonazistischer Szene und Fußballverein so klar darstellbar wie im Falle der WSG Zella-Mehlis, die in der Kreisliga Werra/Rennsteig spielt. In Zella-Mehlis gibt es seit Jahren eine aktive neonazistische Szene. Besonders hervorzuheben ist hierbei die 2003 gegründete »Kameradschaft Zella-Mehlis«, deren Mitglieder für mehrere Angriffe auf MigrantInnen, Punks und »nicht-rechte« Jugendliche verantwortlich waren. Die Kameradschaft beteiligte sich an bundesweiten Neonazi-Events (Halbe, Wunsiedel, Dresden). Kontinuierliche Nachwuchsarbeit, gemeinsame Konzertbesuche oder »Kulturausflüge«, die vom politisch gefestigten Gruppenkern von zirka zehn Personen organisiert wurden, machten die Kameradschaft in Teilen der Jugend von Zella-Mehlis beliebt. In der Folge wuchs ihre Anhängerschaft auf bis zu 40 Personen, deren Einfluss diese Zahl bei Weitem übertraf. Laut antifaschistischen Gruppen wurden in der Folge öffentliche Plätze, Jugendklubs und ganze Stadtteile von rechten Jugendlichen dominiert.⁵⁰

Die »Kameradschaft Zella-Mehlis« unterhielt auch Kontakte zum NPD-Kader Tommy Frenck, der kurzzeitig als Ansprechpartner im Impressum der Kameradschafts-Homepage genannt war. Regen Austausch pflegt die Kameradschaft auch zum aus Zella stammenden Multifunktionär Kurt Hoppe (DVU, Republikaner, Deutsche Partei), der bei der Bundestagswahl 2005 in seinem Wahlkreis 3,5 Prozent der Stimmen als NPD-Kandidat auf sich vereinen konnte. Die Einigung von rechten Parteien und Freien Kameradschaften, auch überregional, ist sein Ziel.⁵¹

Um gegen diese Normalität rechter Gewalt und die Akzeptanz neonazistischer Jugendlicher in der Stadt zu protestieren, rief die »Antifaschistische Gruppe Südthüringen« (AGST) im Sommer 2006 zu einer Demonstration durch Zella-Mehlis auf. Im Demonstrationsaufruf mit der Überschrift »Willkommen in der ›No-Go-Area‹ Zella-Mehlis!« erwähnte die AGST explizit die WSG und schrieb: »Auf dem Sportplatz von Zella-Mehlis gehören die lokalen Neonazis mehr als nur gele-

50 Vgl. Infoladen Arnstadt (Hrsg.): »... den Wald vor lauter Bäumen nicht«. Arnstadt 2007, S. 24.

51 Vgl. ebenda, S. 25.

gentlich zu den Gästen. Seit vielen Jahren schon sind nicht nur junge Nazi-Skins, sondern ebenfalls regionale Kader wie Kurt Hoppe unter den Gästen gerne gesehen. Die WSG, in welcher Nationalbewusstsein selbstverständlich zum guten Ton gehört, bietet so die besten Voraussetzungen für ein Annähern der Generationen sowie Kontaktpunkte zu den enorm großen unpolitisierten Teilen der Gesellschaft. (...) So hat es hier die Kameradschaft Zella-Mehlis geschafft, fast grenzenlos mit dem Verein zu verschmelzen. Sei es direkt im Verein oder bei den WSG-Ultras. (...) Die WSG und deren WebseitengestalterInnen präsentieren problemlos ihre Fans, SpielerInnen und sogar TrainerInnen mit Shirts der Kameradschaft auf ihrer Website. (...) Der Kreis der Beziehungen von Kameradschaft und Verein schließt sich bis zum Trainerstatus. Drei Kameradschaftsmitglieder haben mittlerweile diesen Status und dürfen auf die örtliche Jugend losgelassen werden.«⁵²

Derart bloßgestellt durch den Aufruf zur Demonstration, reagierte der Verein, indem er sich als Opfer einer Hetzkampagne stilisierte. Der WSG-Pressesprecher veröffentlichte eine Erklärung, in der er sowohl die AntifaschistInnen als auch die berichtende Lokalpresse scharf angriff: »Linksradikale Personen versuchen mit aller Macht ihre Ziele durchzusetzen. Sie verleumdend unseren Verein sowie andere Vereine des Rechtsradikalismus. (...) Die WSG Zella-Mehlis ist ein Sportverein und ist in keiner Richtung politisch orientiert. Wir verbitten uns deswegen, solch ein schlecht recherchierten Journalismus zu betreiben. Solch eine Zeitung sorgt dafür, dass die Zukunft sowie das kulturelle Leben zunichte gemacht wird.«⁵³

Die antifaschistische Gruppe hatte allerdings Belege für ihre Vorwürfe und veröffentlichte kurz darauf eine detaillierte Dokumentation über Verbindungen von Fans, Spielern und Jugendtrainern der WSG zur Kameradschafts- und Neonazi-Szene. Auf ihrer Homepage veröffentlichte die Initiative Fotos von Jugendtrainer und Spielern der ersten Mannschaft in Kameradschaftsshirts und als Teilnehmer von Neonazi-Demonstrationen.⁵⁴ Dies zwang den Stadtrat, sich der »Causa WSG« anzunehmen. Er tagte in nichtöffentlicher Sitzung und schickte den Beigeordneten des Bürgermeisters zur WSG. Jens Voigt von »Freies Wort« dokumentierte die unwilligen Reaktionen seitens des Vereins: Beigeordneter Nehring besuchte die WSG, drang auf Reaktion, mit spärlichem Ergebnis. Die WSG selbst wies jegliche Vorwürfe zurück, wehrte sich gegen »Unterstellungen«, sah »Verleumdung« am Werk. Erschrockenen Eltern erklärte die WSG kurz darauf, keinesfalls mit den Braunen im Boot zu sein und jegliche Nazi-Aktivität zu unterbinden. Im Übrigen seien die beklagten »Kameraden« bereits nicht mehr als Trainer tätig beziehungsweise hätten der ungeistigen Truppe abgeschworen. Was die WSG nicht sagte: Trainer Chris H. war vor zwei Jahren gegangen worden, weil Hauptamtsleiter Richard Rossel mit dem Abzug seiner Söhne drohte: »Wir hatten keine Ahnung, was einige unserer Mitglieder machen, ob die in der Kameradschaft sind oder

52 <http://www.agst.antifa.net/archiv/033/aufruf.htm>, Download 22. 1. 2009.

53 Zitiert nach http://agst.antifa.net/archiv/036/weis_pm.htm, Download 22. 1. 2009.

54 Vgl. <http://agst.antifa.net/archiv/text036.htm>, Download 22. 1. 2009.

sonst wo«, räumt WSG-Sprecher Andreas Schmidt ein, »wir sind kein politischer Verein«. ⁵⁵ Im selben Artikel wird Bürgermeister Karl-Uwe Panse in Erwiderung der Frage, ob seine Stadt ein »rechtsextremes« Problem habe, mit folgenden Worten zitiert: »Hat sie, aus meiner Sicht, gegenwärtig nicht; jedenfalls nicht so wie andere Kommunen oder Regionen in Thüringen.« ⁵⁶

Als Reaktion auf den Artikel im »Freien Wort« kündigte die Kameradschaft an, »Tausende Flugblätter an die Bevölkerung Zellas verteilen zu wollen« ⁵⁷, da sie »durch die ›demokratische‹ Zensur dieses Staates und der dazugehörigen Presse« keine andere Möglichkeit habe, als sich auf diesem Weg zu äußern. Unter der Überschrift »Hinschauen – Aufschreien – Mitdenken!« hieß es auf den von Kurt Hoppe unterzeichneten Flugblättern: »Nein sagen: Wenn ‚freies wort‘ wieder einmal in Tradition seiner Vergangenheit durch widerwärtige Hetztiraden versucht Bürger gegen Andersdenkende zum Haß aufzurufen. Wenn linksextreme Antifaschisten versuchen Sportvereine, wie die WSG in den Dreck zu ziehen, weil einige Mitglieder angeblich zu DEUTSCH denken würden. Wenn Schreiberlinge wie Jens Voigt versuchen einer wunderschönen Kleinstadt wie Zella-Mehlis ein Problem nachweisen zu wollen, welches nicht vorhanden ist.« ⁵⁸ Weiter versichert die Kameradschaft: »Die Kameradschaft Zella-Mehlis hatte nie, vor Vereine zu unterwandern oder gar zu übernehmen. Wir sind junge Deutsche die es sich zum Ziel gesetzt haben etwas gegen die Misstände in unserem Land zu tun.« ⁵⁹

Einigen Mitgliedern der Kameradschaft sei nahegelegt worden, nicht mehr im Umfeld des Vereins aufzutreten. ⁶⁰ Inzwischen findet sich auf der Vereinshomepage der WSG ein »Positionspapier« mit Zielen, denen sich die »WSG stellen will und wird«. ⁶¹ Von einer Distanzierung von neonazistischem Gedankengut findet sich dort jedoch nichts. Stattdessen gibt die WSG dort das Ziel der »Integration von In-/Ausländern« aus und schreibt, dass »Vereine ein gesellschaftlicher Stabilisationsfaktor« ⁶² seien. Stabil scheinen nur die neonazistischen Strukturen innerhalb der WSG zu sein. Wie auf Bildern auf der Homepage der WSG erkenntlich, tauchen zwar einige der Kameradschaftsmitglieder nicht mehr als Trainer und Spieler auf, besuchen aber weiterhin die Spiele der WSG als Fans. Auch spielen 2009 in der 1. und 2. Mannschaft mehrere Spieler, die bereits 2006 von der AGST als Teilnehmer neonazistischer Demonstrationen und Angehörige der lokalen Neonazi-Szene geoutet worden waren. ⁶³

55 »Freies Wort« v. 12. 12. 2006.

56 Zitiert nach ebenda.

57 <http://www.kameradschaftz-m.de/neuigkeiten.htm>, Download 22. 1. 2009.

58 Zitiert nach http://www.kameradschaftz-m.de/webpace/flugblaetter/hinsehen_aufschreien_mitdenken.pdf, Download 22. 1. 2009, Fehler im Original.

59 Ebenda, Fehler im Original.

60 Vgl. ebenda.

61 <http://wsg-zella-mehlis.de/hauptseite.htm>, Download 22. 1. 2009.

62 Ebenda.

63 Vgl. <http://wsg-zella-mehlis.de/vereinsleben.html>, Download 22. 1. 2009.

Fallbeispiel: Hornburg

Der Fall der WSG Zella-Mehlis ist sicherlich kein Einzelfall. In ganz Deutschland gibt es laut Verfassungsschutzbericht 2007 »rund 160 Kameradschaften«. ⁶⁴ Dazu kommen unzählige unorganisierte Jugendcliquen rechtsorientierter Heranwachsender, die vielerorts aktiv am Vereinsleben teilnehmen. Angelika Ribler, Referentin für Jugend- und Sportpolitik bei der Sportjugend Hessen, z.B. berichtet: »Wir wissen von einigen rechtsextremen Jugendcliquen in Hessen, die jetzt nicht so allgemein bekannt sind. Insofern ist die Wahrscheinlichkeit, dass Vereine aus dem Umfeld von diesen rechten Jugendcliquen betroffen sind, recht hoch.« ⁶⁵

Eine solche Jugendclique existiert seit Jahren auch in Hornburg, einer kleinen Stadt im Landkreis Wolfenbüttel in Niedersachsen. Zwar hatte die »Braunschweiger Zeitung« bereits 2002 die Existenz einer solchen Clique für beendet erklärt ⁶⁶, doch konstatiert die »Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braunschweig« (ARUG) in einer 2009 erscheinenden Broschüre im Kreis Goslar: »Aus den rechten Jugendlichen sind inzwischen junge Männer geworden. Sie sind in das Dorfleben integriert, sind bei Dorffesten zugegen, organisieren gemeinsame Freizeitaktivitäten. Einige spielen im örtlichen Fußballverein, dem »FC Hornburg von 1912 e.V.«, oder besuchen mit dem Fanclub »Hornburger Jungs« Spiele von Eintracht Braunschweig.« ⁶⁷ Die Herausgebenden zeichnen das Bild eines Umfelds, das aus Fußballfans, rechtsorientierten jungen Erwachsenen und einzelnen organisierten »Rechtsextremisten« besteht, die sich im Vereinsleben bewegen. Dazu gehören NPD-Kreistagsabgeordnete auf Vereinsfesten und Spieler, die im Vereinsheim und der Umkleide neonazistische Symbolik zur Schau stellen und regelmäßige Besucher neonazistischer Aufmärsche sind.

Unter sich: Neonazistische Fußballturniere

Fußballturniere als Teil einer neonazistischen Erlebniswelt sind kein neues Phänomen. Schon in den 1980er und 1990er Jahren gab es in einschlägigen Skinhead- und Nazi-Fanzines wie »White Supremacy« und »United Skins« Berichte von Turnieren mit Teams aus dem neonazistischen Spektrum. Solche Turniere, von denen einige Anziehungspunkte für neonazistische Gruppen aus ganz Deutschland sind, finden regelmäßig statt. Oft unter politischen Mottos stehend, dienen solche Turniere vor allem der stärkeren Bindung einzelner Szenemitglieder und erlebnisorientierter Jugendlicher an die neonazistische Szene sowie der deutsch-

64 Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 52.

65 Interview von Martin Endemann mit Angelika Ribler, Frankfurt a. M., 23. 11. 2008.

66 Vgl. »Braunschweiger Zeitung« v. 27. 11. 2002. Die Überschrift lautete »Wie Hornburg den Braunen Spuk beendet hat«.

67 Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braunschweig: Dorfleben, Fußball, Neonazis – Das Beispiel Hornburg, in: Ders. (Hrsg.): Rechtsextremismus im Kreis Goslar. Bei Redaktionsschluss dieses Artikels noch nicht veröffentlicht.

landweiten, teils auch europaweiten, Kontaktpflege und Vernetzung.⁶⁸ »Aktivisten aus Leipzig« berichten über ein nationales Turnier im Februar 2008: »So spielte man kurzerhand unter dem Motto ›Das System wegschießen‹ von früh bis spät, und man sah Kameraden nach langer Zeit wieder, lernte neue kennen, was die ganze Veranstaltung abrundete. Da so weit mit der Organisation alles sehr gut lief und der Tag viel Freude bereitete, werden in nächster Zeit weitere Turniere stattfinden, um neue Kraft zu sammeln, für den täglich politischen Kampf um eine sichere Zukunft in unserer Heimat.«⁶⁹ Analog zu Rechtsrock-Konzerten finden die Turniere meist unter konspirativen Umständen statt. Außenstehenden bleibt der Zutritt verwehrt.

Gespielt wird in kleinen Ortschaften und Gemeinden, genaue Spielorte werden oft erst kurzfristig bekannt gegeben. Oftmals nutzt man öffentlich zugängliche Plätze, wie im Juli 2008, als sich rund 50 Neonazis auf einem Bolzplatz im brandenburgischen Zossen unter Mitwirkung freier Kameradschaften aus Teltow-Fläming, Königs Wusterhausen und Potsdam zu einem »Nationalen Turnier« trafen.⁷⁰ In einigen Fällen werden Sportplätze regulärer Vereine angemietet und die Veranstaltungen als private Feierlichkeit oder Geburtstagsfest deklariert.

Neben dem kleineren Turnier in Zossen oder dem »antiimperialistischen Fußballturnier« im September 2008, das vom »JN-Stützpunkt Oranienburg« und »Freien Kräften« ausgerichtet wurde, gab es in den letzten Jahren auch größere mit bis zu zwanzig Teams und mehr als 200 Teilnehmenden.⁷¹ Nach einem Turnier in Pennewitz (Ilmkreis)⁷² ist das bis 2008 fünfmal in Folge abgehaltene Rudolf-Heß-Gedenkturnier« eine der größten derartigen Veranstaltungen in Deutschland. Organisiert wird es seit 2004 in wechselnden Orten im Vogtland von der neonazistischen Vereinigung »Braune Teufel Vogtland« und anderen lokalen Strukturen aus dem Umkreis des rechten Szeneladens »Ragnar« in Mylau.⁷³

Nicht nur lokale Kameradschaften sind aktiv, wenn es darum geht, unter sportlichem Deckmantel neonazistische Treffen zu organisieren. Vermehrt organisieren auch die NPD und ihre Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) Turniere für die neonazistische Szene. Im Zuge der erweiterten Anbindung an »Freie Kräfte« und Kameradschaften werden im Vergleich zu den o. g. Turnieren nahezu identische Teilnehmerfelder eingeladen. So veranstaltete die NPD Nordrhein-Westfalen im August 2007 das »Nationale Fußballturnier NRW« im Großraum Mönchengladbach. Laut NPD traten dort insgesamt 14 Teams an, neben mehreren

68 Hier wäre etwa der »Swastika Cup« zu nennen, der von französischen und süddeutschen Kameradschaften 2005 im elsässischen Hipsheim veranstaltet wurde.

69 <http://www.widerstand.info/2090/erfolgreiches-fussballturnier>, Download 22. 1. 2009.

70 Vgl. »Märkische Allgemeine« v. 29. 7. 2008.

71 Vgl. http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=255&Itemid=33, Download 22. 1. 2009.

72 Vgl. <http://www.agst.antifa.net/archiv/text030.htm>, Download 22. 1. 2009.

73 Vgl. Max Holz: Plauener Spitzen – Nazistrukturen in Plauen/Vogtland, in: Der Rechte Rand, Nr. 105, März/April 2007, S. 10.

NPD-Ortsverbänden auch die »Freien Nationalisten Neuss« die »Kameradschaft Aachener Land«, »Skinheadfront Dortmund/Dorstfeld«, die »Sektion Westwall« und der »Nationale Widerstand Leverkusen«.74 Über dieses im August 2008 zum zweiten Mal ausgetragene Turnier schrieb die NPD Düren: »Der sehr gelungene Samstag erfreute nicht nur alle Teilnehmer und mitgereisten Besucher, auch zahlreiche Bürger aus Krefeld, welche dort spazierten und verweilten, waren sehr überrascht, wie harmonisch und von sportlichen Höhepunkten geprägt dieses Turnier vonstatten ging, als man natürlich erfuhr, dass dort die ›bösen‹ Leute der nationalen Bewegung ihre Freizeit gestalteten.«75

In mindestens einem Fall gelang es, ein Team aus dem regulären Fußballbetrieb zur Teilnahme an einem solchen Turnier zu bewegen. Das von einer Kameradschaft im Februar 2006 in Zittau organisierte Turnier hatte ein damaliger Spieler des Vereins Lok Zittau angemeldet.76 Prompt nahm Kreisligist Lok teil, zusammen mit Teams wie »Jungsturm Löbau/Zittau«, »Legion of Hate«, »Kameradschaft Oberlausitz« und »Jägermeister 88«.

Die Taktik, sich als »normale Sportler« und betont harmlos zu geben, hat vielerorts Erfolg. Ein Mitarbeiter des Brandenburger Verfassungsschutz stellt fest: »Die Erfahrungen der jüngeren Zeit sind schon, dass es eher um Unauffälligkeit geht. Gerade dann, wenn versucht wird, Sportstätten anzumieten.«77 Solange es nicht zu Ausfällen seitens der Teilnehmenden kam oder die Treffen in den Fokus einer öffentlichen Debatte gerieten, sahen Gemeinden und Kommunen z. T. jahrelang keine Gründe, derartige Veranstaltungen nicht zu genehmigen.

Unauffälligkeit spielte auch in Braunschweig die entscheidende Rolle, als dort die Burschenschaft Thormaniam im März 2009 auf dem Bolzplatz Bärenkamp in Volkmarode ein Turnier mit Teams der NPD Braunschweig, »Autonomen Nationalisten Wunstorf«, der »Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg«, »Autonomen Nationalisten Ostfriesland« und »Freien Kräfte Gifhorn« bzw. 50 Teilnehmenden veranstaltete.78 Udo Sommerfeld, Fraktionschef der Linken im Rat der Stadt Braunschweig, kommentierte: »Die Rechtsextremisten aus Ostfriesland schwärmen auf ihrer Homepage sogar schon vom nächsten Mal.«79

Vor der fünften Ausgabe des o. g., auf dem Gelände des örtlichen Fußballvereins im thüringischen Pennewitz stattfindenden Neonazi-Turniers im Jahre 2006 erreichten antifaschistische Gruppen, dass sich Verein und Stadtverwaltung positi-

74 Vgl. http://www.npd-nrw.net/index.php?sek=0&pfad_id=12&cmsint_id=1&detail=301, Download 22. 1. 2009.

75 http://pohl-markus.de/dueren/meldungen_dueren/nationales_fussballturnier_bei_bestem_wetter.htm, Download 22. 1. 2009.

76 Markus Kemper, Petra Schickert: Rechtsextreme Aktionsformen und Strategien in Sachsen, in: Kulturbüro Sachsen (Hrsg.): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Dresden 2008, hier zitiert nach: <http://www.gefaehrliche-liebschaften.info/inhaltsverzeichnis.html>, Download 23. 7. 2009.

77 Interview von Martin Endemann mit dem Verfassungsschutz Brandenburg, Potsdam, 29. 1. 2009.

78 Vgl. <http://www.newsclick.de/index.jsp/menuid/2048/artid/10098830>, Download 27. 6. 2009.

79 Zitiert nach ebenda.

onierten.⁸⁰ Problematisiert wurden aber vornehmlich die durch das Publikmachen der Veranstaltung möglichen Konfrontation zwischen neonazistischen und linken Gruppen. Die Teilnehmenden des Turniers wurden von den städtischen Behörden als unauffällige Jugendliche dargestellt, die man spielen lassen solle. So wurde der Pennewitzer Bürgermeister im »Freien Wort« zitiert: »Ich will in dieser Gemeinde keinen ausgrenzen, dafür gibt es keinen Grund.«⁸¹ Die Mitglieder der entsprechenden Organisationen bezeichnete er als »feine Kerle«, er selbst bliebe politisch neutral.⁸²

Ebenso in den Fällen, in denen die NPD ein solches Turnier veranstaltete, fiel es den Behörden schwer, adäquat zu reagieren. Ein Beispiel ist das Verhalten der Stadt Goslar, nachdem die NPD Braunschweig dort im August 2008 ein Turnier unter dem Motto »Kicken gegen Links« veranstaltete. Da eine Partei als Veranstalter aufgetreten sei, sei die rechtliche Handhabung schwierig. Eine Benutzung der Sportplätze könne der NPD nicht verboten werden.⁸³ Das Fehlen von Konzepten im Umgang mit solchen Turnieren werden dadurch deutlich, dass die Stadt Schilder aufstellen wollte, die darauf hinweisen sollten, dass der örtliche Bolzplatz nur den Einwohnern der Stadt Goslar zur Verfügung stehe⁸⁴ – als gäbe es in Goslar keine Neonazis.

Ein formaljuristischer Vorteil bei der Anmietung städtischer Sportanlagen zeigte sich auch, als die NPD im Frühjahr 2007 ein Fußballturnier im örtlichen Sport- und Freizeitzentrum von Reinhardtsdorf-Schöna (Sächsische Schweiz) veranstalten wollte. Da andere Parteien in der Vergangenheit die Halle bereits genutzt hatten, sollte sie auch der NPD zur Verfügung gestellt werden.⁸⁵

»Nationale Vereine«

Während die Teilnahme regulärer Mannschaften an neonazistischen Turnieren selten ist, versuchen neonazistische Teams verstärkt an regulären Turnieren teilzunehmen und so eine Brücke in die Gesellschaft zu schlagen. Der Verfassungsschutz Brandenburg etwa berichtet vom »SSV Neuschwabenland«, der an einem städtischen Turnier im brandenburgischen Treuenbrietzen teilnahm.⁸⁶

Neonazis und ihre SympathisantInnen testen Grenzen gesellschaftlicher Akzeptanz aus und präsentieren sich im Falle einer Ablehnung als Opfer der »Scheindemokraten«, deren Toleranzbegriff sie an den Pranger stellt. Während der Großteil

80 Die Diskussion um das Pennewitzer Turnier 2006 inklusive eines ausführlichen Pressespiegels findet sich unter: <http://www.agst.antifa.net/archiv/text030.htm>, Download 22. 1. 2009.

81 Zitiert nach »Freies Wort« v. 11. 8. 2006.

82 Zitiert nach »Thüringische Allgemeine« v. 10. 8. 2006.

83 Vgl. »taz« v. 16. 8. 2008.

84 Vgl. ebenda.

85 Vgl. Kemper/Schickert 2008.

86 Vgl. Interview von Martin Endemann mit dem Verfassungsschutz Brandenburg, Potsdam, 29. 1. 2009. Zur mythischen Bedeutung Neuschwabenlands für die neonazistische Szene siehe <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,475772,00.html>, Download 22. 1. 2009.

solcher Teams nur einmalig in Erscheinung tritt, gibt es auch Zusammenschlüsse neonazistischer Fußballer, die über einen längeren Zeitraum existieren. So gab es z. B. seit 2003 den »FC Hardcore Weimar«, einen Zusammenschluss von Mitgliedern der »Braunen Aktionsfront – Sektion Weimar«. ⁸⁷ Geleitet wurde er vom einschlägig vorbestraften, zeitweiligen NPD-Kreisvorsitzenden Martin Rühlemann ⁸⁸. Die Teilnahme an mehreren Turnieren wurde ihnen verwehrt bzw. in einigen Fällen unter Auflagen gestattet. ⁸⁹ Nach einer Ablehnung fragte die zweite Weimarer Kameradschaft »Nationaler Widerstand Weimar« per Flugblatt: »Was ist denn so schlimm daran, wenn sich ›rechtsgerichtete‹ Jugendliche sportlich betätigen und sich in die Gesellschaft integrieren?« ⁹⁰

Weiter nahmen die »Weißen Wölfe«, eine vom NPD-Kader Tommy Frenck gegründete Mannschaft, in Schleusingen an einem Jugendzentrums-Turnier teil, das vom Kreissportbund mitgetragen wurde. »Wir wollten keinen ausgrenzen und mit allen ins Gespräch kommen«, sagte eine Veranstalterin der lokalen Tageszeitung und ergänzte: »Wir haben ihr [der Mannschaft – d.A.] allerdings auch klipp und klar zu verstehen gegeben, dass wir ihre Ideologie nicht tolerieren und diese beim Turnier nicht verbreitet werden darf.« ⁹¹ Obwohl die Mannschaft während des Turniers politisch eindeutige Transparente schwenkte, durfte sie weiterhin teilnehmen. Erst nachdem ein Ball gestohlen wurde, mussten die »Weißen Wölfe« das Turnier verlassen. ⁹²

Aus den Medien sind mehrere Beispiele von rechten Sportprojekten bekannt, die sich als eingetragene Vereine registrieren ließen und somit den Versuch starteten, in den regulären Spielbetrieb der jeweiligen Fußballverbände zu gelangen. Die Gründung eines eigenen Vereins bringt viele Vorteile: Die Strukturen verbessern sich, und eine Gemeinnützigkeit schafft steuerliche Vorteile. Mit unverfänglichem Namen, vermeintlich entkoppelt von Partei und Ideologie könnte die Akzeptanz in der Bevölkerung steigen. »Die kommunale Verankerung schaffen wir nur über Vereine: entweder selbst gründen oder bestehende übernehmen«, sagt der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende Erfurts, Kai-Uwe Trinkaus, der angeblich bereits über 25 Vereine selbst gegründet hat, gegenüber »Der Zeit«. ⁹³ Für Trinkaus seien Vereine eine effiziente Methode, um der eigenen Ideologie ein gesellschaftlich akzeptiertes Ventil zu verschaffen. Mit geringem Aufwand und nahezu ohne Kosten könnten die Voraussetzungen geschaffen werden, um Fördergelder zu beantra-

87 Vgl. Thüringer Landtag, Drucksache 4/1171, 2005.

88 Martin Rühlemann hat als 17-Jähriger Ende der 1990er Jahre in Weimar einen vietnamesischen Gemüsehändler niedergestochen und lebensgefährlich verletzt; er saß für die Tat eine mehrjährige Jugendhaftstrafe ab, siehe »Thüringische Landeszeitung« v. 29. 9. 1997, 27. 9. 1997 und 21. 5. 1998.

89 Vgl. Martina Renner: Leichtes Spiel, in: Der Rechte Rand 100, Mai/Juni 2006, S. 5 f.

90 Zitiert nach ebenda.

91 Zitiert nach ebenda.

92 Vgl. ebenda, S. 6.

93 Zitiert nach Steffen Dobbert: Gemeinnützige Nazis, in: »Die Zeit«-Online <http://www.zeit.de/online/2008/20/rechtsextreme-vereine?page=1>, Download 22. 1. 2009.

gen. Trinkaus versicherte »Der Zeit« weiterhin, dass jeder Verein eine politische Dimension habe und seine Mitglieder automatisch mit nationalem Gedankengut konfrontiert werden.⁹⁴

Im Fußball gab es laut »Der Spiegel« schon in der Saison 2000/2001 einen Club namens FC Germania Templin (Brandenburg) mit zahlreichen Mitgliedern aus der neonazistischen Szene, der in der 2. Kreisklasse der Westuckermark spielte. Ermittler vermuteten hinter dem als gemeinnützig eingestuften Sportclub eine getarnte Organisationsbasis für Neonazis. Ein gutes Dutzend der rund 20 Gründungsmitglieder war laut »Der Spiegel« wegen Körperverletzung, Propagandadelikten oder Volksverhetzung vorbestraft. »Was die Jungs in ihrer Freizeit machen, ist ihre Sache, aber der Verein ist sauber und unpolitisch«, verkündete »Germanias« Vereinspräsident kurz nachdem die Polizei ein von ihm veranstaltetes Fest aufgelöst hatte, bei dem Spieler des Vereins neonazistische Lieder gesungen hatten.⁹⁵ Auf der Mailbox des Mobiltelefons des Vizepräsidenten war eine Bandansage von »Blood & Honour« zu hören.⁹⁶ Die Homepage des Vereins wird allerdings seit Beginn 2001 nicht mehr aktualisiert, und so scheint es, als sei der Auftritt »Germanias« ein einjähriges Gastspiel im regulären Ligabetrieb geblieben. Im letzten Interneteintrag klagte der Verein über mangelnde Sponsoren und stellte fest: »Es war auch zu erfahren, dass es an jungen Spielern für den FC Germania nicht mangeln würde. Diese bekommen aber von ihren Eltern leider nicht die Erlaubnis, beim FC Germania Templin zu spielen. Dies ist sicherlich auf die Unwahrheiten zurückzuführen, die vor Jahresfrist von der Zeitschrift »Der Spiegel« und in anderen bundesweiten Tagesblättern verbreitet wurden. (...) Vielleicht sollten die Eltern dieser Spieler sich selbst ein Bild vom Verein machen und somit ihre Vorurteile abbauen.«⁹⁷

Im uckermärkischen Prenzlau nahm der »FC Einheit 06«, dessen Logo »zur Hälfte aus einem Fußball und dem Reichsadler mit Eichenkranz besteht« am Spielbetrieb der Freizeitliga teil.⁹⁸ »Sponsor des Vereins ist die Firma »Textildruck Eberswalde«. Der Besitzer des Unternehmens, Gordon Reinholz, war früher Mitglied der Neonazi-Kameradschaft »Märkischer Heimatschutz«. Derzeit betreibt Reinholz den »NMV-Versand«. Dort werden unter anderem Reichskriegsflaggen angeboten. Zudem präsentierte sich der Fußballverein auf seiner Homepage als Teil des »Bündnisses Uckermark«, in dem sich verschiedene neofaschistische Gruppierungen, etwa der »Heimatschutz Germania«, organisiert haben. Es ist daher wenig überraschend, dass sich die NPD mit »Einheit 06« solidarisierte, als erste Proteste gegen dem Verein laut wurden.«⁹⁹ Ein Bündnis aus Stadtverwaltung und Stadtsportring, das u. a. beschloss, zukünftig Spiele unter dem Motto »Gegen

94 Vgl. ebenda.

95 Zitiert nach »Der Spiegel« 4/2000.

96 Vgl. ebenda.

97 <http://www.germania-templin.de/>, Download 22. 1. 2009.

98 »Junge Welt« v. 25. 3. 2009

99 Ebenda.

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus« stattfinden zu lassen, führte dazu, dass sich »FC Einheit 06« im März 2009 aus dem Spielbetrieb zurückzog.¹⁰⁰

Zwei weitere Beispiele für Versuche, politische Arbeit durch das Medium Fußball zu verbessern, indem am regulären Spielbetrieb teilgenommen wird, sind das »Sportvolk/Sportfreunde Rathenow 06 e.V. i.G.« und die »SG Germania Hildburghausen«.

Fallbeispiel: »Sportvolk/Sportfreunde Rathenow 06 e.V. i.G.«

Die Kameradschaft »Hauptvolk« entstand im Jahre 2000 aus einem Zusammenschluss langjähriger Führungspersonen und Aktivisten der neonazistischen Szene in Rathenow und Premnitz. Sie entwickelte sich mit etwa 60 Personen zur mitgliederstärksten und aktivsten Kameradschaft Brandenburgs. Ein nicht unerheblicher Teil ihrer Mitglieder war durch rechte Propaganda- und mehrere neonazistische Gewaltdelikte auffällig geworden. Die in diesem Kontext zu nennende Gruppierung »Sturm 27« ging 2003 aus neonazistischen Jugendcliquen der Region Rathenow hervor. Ihr Name wurde in Anlehnung an die während der Zeit des Nationalsozialismus in der Region Rathenow aktive SA-Brigade 27 gewählt. Bald nach ihrer Gründung ordnete sich die Gruppierung der Kameradschaft »Hauptvolk« unter. Im April 2005 wurden sowohl »Hauptvolk« als auch »Sturm 27« vom brandenburgischen Innenministerium verboten.¹⁰¹

Während der Verfassungsschutzbericht noch 2005 besagt, dass »das Verbot die öffentlichen rechtsextremistischen Aktivitäten der ehemaligen Mitglieder weitgehend zum Erliegen gebracht«¹⁰² habe, fanden viele der Mitglieder beider Gruppierungen einen neuen Weg in die Öffentlichkeit: den Sport. Schon seit den 1990er Jahren hatten Mitglieder der »Kameradschaft Rathenow«, eines Vorläufers von »Hauptvolk«, an sogenannten nationalen Fußballturnieren teilgenommen.¹⁰³ Im März 2000 veranstaltete »Hauptvolk« ein »Antikomunistisches Fußballturnier«¹⁰⁴ mit sieben Teams in Kletz bei Rathenow. Und zum Start der Saison 2004/2005 meldeten Angehörige von »Hauptvolk« und »Sturm 27« unter dem Namen »Sturmtruppen«, später »Sportvolk«, eine Mannschaft für die zweite Stadtliga, die unterste Freizeitfußballliga in Rathenow, an.¹⁰⁵

Ein von der »taz« befragter Spieler des gegnerischen Teams namens »Party-san«, erklärte, »Sportvolk« habe der Turnierleitung »nie einen Anlass gegeben, zu

100 Vgl. ebenda.

101 Zur Geschichte und zum Verbot von »Hauptvolk« und »Sturm 27« siehe Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2005, S. 54 ff.

102 Ebenda, S. 56.

103 Vgl. Antifaschistische Gruppen im Westhavelland (Hrsg.): (Neo)Nazis im Westhavelland, Jahresrückblick 2006. Rathenow 2007, S. 12.

104 »Hauptvolk« Nr. 1, 2000 (Fehler im Original).

105 Eine Auflistung aller Spiele von »Sportvolk« sowie eine Übersicht der neonazistischen Umtriebe ihrer Spieler findet sich unter http://westhavelland.antifa.net/who_is_who%20sv.htm, Download 22. 1. 2009.

sagen – ihr dürft hier nicht mehr mitspielen. (...) Die wollen doch nur kicken.«¹⁰⁶ Auch die Behörden hätten nichts unternehmen können, da das Team »nur zum Teil personenidentisch¹⁰⁷ mit dem »Hauptvolk« sei. Die umfangreiche Recherche der »Antifaschistischen Aktion Westhavelland« konnte dies jedoch widerlegen.¹⁰⁸

Ohne nennenswerte Gegenwehr spielte das »Sportvolk« in der folgenden Saison in der 2. Stadtliga. »Diese Leute haben natürlich auch ein bestimmtes Bestreben gehabt, dann eben über den Weg des Fußballes zu sagen: ›Ihr könnt uns nicht verbieten! Wir machen weiter, und sei es jetzt im Fußball.«¹⁰⁹ Erst nach einer weiteren Saison wurde »Sportvolk« im Frühjahr 2006 aus der Rathenower Stadtliga ausgeschlossen.

Nach dem Freizeitliga-Ausschluss von »Sportvolk« versuchte die NPD an dessen Taktik anzuknüpfen. Bereits nach dem Kameradschaftsverbot hatte die Partei mehreren Angehörigen derselben als Auffangbecken gedient.¹¹⁰ Mehrere NPD-Mitglieder gründeten am 12. Juni 2006 einen Fußballverein mit dem unverdächtigen Namen »Sportfreunde 06 Rathenow e.V.i.G.« Als 1. Vorsitzender fungierte dabei Stephan Herbst, NPD-Kreisvorsitzender Havel-Nuthe.¹¹¹ Als Spieler traten in der Folgezeit u. a. der NPD-Pressesprecher des Kreises sowie der Vorsitzende des NPD-Stadtverbandes Rathenow in Erscheinung.¹¹²

Am 2. September 2006 organisierten die »Sportfreunde« ihr erstes Hallenfußballturnier mit dem Namen »Turnier für Toleranz«, um damit den Ausschluss von »Sportvolk« von der Stadtmeisterschaft zu thematisieren. Fünf Teams nahmen an dem Turnier teil, darunter »Sportvolk«, »KdF Nauen« und eine Auswahl des NPD-Kreisverbandes Oderland. Während des Turniers wurde neben der Fahne Brandenburgs die NPD-Flagge geschwenkt.¹¹³ Unter den Spielern befand sich bei diesem Turnier auch Klaus Beier, damaliger brandenburgischer Landesschef der NPD, später Pressesprecher der Bundespartei, der im Trikot der Parteiauswahl antrat.

Dem Turnier war ein Rechtsstreit vorausgegangen, weil die Stadt versucht hatte, den Mietvertrag für die Havellandhalle rückgängig zu machen. Damit war sie vor dem Rathenower Amtsgericht jedoch gescheitert. Rathenows Bürgermeister Ronald Seeger sagte gegenüber der »Märkischen Allgemeinen«: »Als die ›Sportfreunde 06‹ Anfang Juli den Mietvertrag über die Nutzung der Havellandhalle mit der Stadt geschlossen hatten, war nicht zu erkennen, wer sich hinter dem Namen verbirgt.«¹¹⁴

106 Zitiert nach »taz« v. 19. 4. 2005

107 Zitiert nach ebenda.

108 Vgl. http://westhavelland.antifa.net/who_is_who%20sv.htm, Download 22. 1. 2009.

109 Interview von Martin Endemann mit dem Verfassungsschutz Brandenburg, Potsdam, 29. 1. 2009.

110 Vgl. http://www.bpb.de/themen/B4QS9N,0,Strategie_und_Taktik_der_NPD_in_Brandenburg_vor_den_Kommunalwahlen_2008.html, Download 22. 1. 2009.

111 Vgl. »Märkische Allgemeine« v. 6. 9. 2006.

112 Spielerliste einsehbar unter http://westhavelland.antifa.net/who_is_who%20sf.htm, Download 22. 1. 2009.

113 Vgl. »Märkische Allgemeine« v. 6. 9. 2006.

114 Zitiert nach ebenda.

In den Folgemonaten wurde ihnen die Nutzung aller Hallen und Sportanlagen im Westhavelland untersagt. Daher versuchten die »Sportfreunde«, in weiter entfernt liegenden Regionen an Turnieren teilzunehmen, in einem Fall erfolgreich: Im Januar 2007 spielten sie bei einem Freizeitturnier in Spremberg (Landkreis Spree-Neiße). Laut RBB war den dortigen Veranstaltern der neonazistische Hintergrund der Mannschaft nicht bekannt.¹¹⁵ Inzwischen liegen die Aktivitäten der »Sportfreunde Rathenow« scheinbar auf Eis. Nach Auskunft lokaler antifaschistischer Gruppen ist die Mannschaft seit 2008 nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Einige Angehörige der neonazistischen Szene in Rathenow waren und sind jedoch bei regulären unterklassigen Mannschaften aktiv; so etwa beim BSC Rathenow 94, wo einige »Hauptvolk«-Mitglieder von 1998 bis 2000 in der 2. Mannschaft spielten. Dort fanden sich immer wieder größere Gruppen neonazistischer und sympathisierender Jugendlicher ein, die den Spielen ihrer »Kameraden« beiwohnten. Damaliger Vorsitzender des BSC war der bereits erwähnte Pressesprecher des NPD-Kreisverbandes Havel-Nuthe, der danach als Mannschaftsbetreuer und Spieler der »Sportfreunde Rathenow« fungierte.¹¹⁶ Nach dessen Rücktritt als Vorsitzender im Jahre 2000, spielten Angehörige von »Hauptvolk« vor allem bei der BSG Einheit Bamme/Gränigen. Einem Verein, bei dem 2007 einige jüngere Neonazis der »Freien Kräften Westhavelland« aktiv waren.¹¹⁷

Fallbeispiel: SG Germania Hildburghausen

Der zuvor bereits erwähnte einschlägig wegen einer rassistischen Attacke vorbestrafte Tommy Frenck, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Hildburghausen-Suhl, stammt ursprünglich aus dem nahe gelegenen Schleusingen. Neben seinem Auftritt mit dem Neonazi-Team »Weiße Wölfe« bei Fußballturnieren suchte Frenck bereits zu Schleusinger Zeiten in örtlichen Vereinen Anschluss. Sein Versuch, der Freiwilligen Feuerwehr beizutreten, scheiterte allerdings daran, dass alle Feuerwehrleute für diesen Fall ihren Austritt ankündigten.¹¹⁸ Auch im Fußballverein wurde Frenck abgewiesen: »Das zeigt halt einmal mehr, was diese Leute unter Demokratie verstehen. Wenn man missliebige Leute nicht in Vereine und Feuerwehren und so weiter reinlässt. Nur aus irgendwelchen Gründen.«¹¹⁹

Nachdem er in seiner Heimatstadt im öffentlichen Leben keinen Fuß fassen konnte, zog Frenck nach Themar, wo er beim örtlichen Fußballverein TSV 1911 Themar spielte, bevor es ihn nach Hildburghausen verschlug.¹²⁰ Beobachter kon-

115 Vgl. Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) am 4. 4. 2007, Sendeprotokoll unter http://www.rbbonline.de/_fernsehen/magazine/beitrag_jsp/key=rbb_beitrag_5695949.html, Download 22. 1. 2009.

116 Vgl. Antifaschistische Gruppen im Westhavelland (Hrsg.): ebenda, S. 73 f.

117 Vgl. ebenda.

118 Vgl. MDR, »Himmel und Erde«, Erstaussstrahlung am 2. 8. 2007, Sendeprotokoll unter http://www.rbbonline.de/_fernsehen/magazine/beitrag_jsp/key=rbb_beitrag_6234007.html, Download 12. 1. 2009.

119 Zitiert nach ebenda.

120 Vgl. »Freies Wort« v. 4. 5. 2006

statierten, dass seit seinem Zuzug neonazistische Aktivitäten in Hildburghausen deutlich zugenommen hätten.¹²¹ Frencck organisierte Liederabende, politische Veranstaltungen, Winter- und Sommer-Sonnenwendfeiern oder Wanderungen. Des Weiteren beschaffte er jungen Neonazis und ihren Sympathisanten Räumlichkeiten für Treffen. »Die Szene ist durch Tommy Frencck aktiver geworden«, bestätigte auch Bürgermeister Steffen Harzer, der gleichzeitig Präsident des größten Fußballvereins der Stadt, des FSV Eintracht 06 Hildburghausen, ist.¹²²

Zu Frenccks Versuchen, den Jugendlichen verschiedene Freizeitaktivitäten anzubieten, gehören auch Fußballspiele. So trafen sich etwa zwei Dutzend Hildburghäuser Neonazis monatelang regelmäßig sonntags zum Kicken auf dem örtlichen Bolzplatz. Im Juli 2007 gründete Frencck gemeinsam mit weiteren Fußballinteressierten Neonazis einen Sportverein, die Sportgemeinschaft Germania Hildburghausen e.V., um den ohnehin stattfindenden Kameradschaftstreffen auf dem Bolzplatz einen gefestigten Rahmen zu geben. Beim Erstellen der Satzung soll laut eigener Aussage auch der bereits erwähnte »Vereinsgründer« Kai-Uwe Trinkaus beteiligt gewesen sein.¹²³ Frencck fungierte in der Folge als stellvertretender Vereinsvorsitzender der SG Germania.

Bei vielen Jugendlichen kommt Frenccks Verein gut an. Auch einige Eltern haben kein Problem, ihre Kinder bei der SG Germania mitspielen zu lassen. Im Interview mit dem WDR berichtete Frencck von zahlreichen »Zuschriften und Anrufen von Leuten, die (...) unterstützen wollen« sowie von »Eltern, die sagen: ›Wir machen dann die Bratwürste oder Getränke.«¹²⁴ Frencck plante, seine Aktivitäten auch auf andere sportliche Bereiche auszudehnen: »Der Verein wurde extra Sportgemeinschaft genannt, weil er nicht nur Fußball beinhaltet, sondern auch Handball, Volleyball, aber das können wir erst spielen, wenn wir die Hallen haben.«¹²⁵

Die in Interviews von Frencck mehrfach als Ziel ausgegebene Aufnahme in den Thüringer Fußballverband konnte bisher verhindert werden. Dass im Falle der Vereinsauflösung u. a. die einschlägig bekannte »Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene e.V.« (HNG) begünstigt werden soll, war die juristische Hintertür, dem Verein die Aufnahme sowie den Status der Gemeinnützigkeit bisher zu verweigern.¹²⁶ Inzwischen hat Germania Hildburghausen seine Satzung den Anforderungen des Thüringischen Fußballverbandes angepasst. Der kritisierte Passus wurde dahingehend geändert, das bei Vereinsauflösung vorhandene Vermögen nun zugunsten der Stadtverwaltung Hildburghausen zu verwenden.¹²⁷

121 Vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/dein-haus-wird-brennen>, Download 12. 1. 2009.

122 Zitiert nach ebenda.

123 Vgl. Dobbert, Gemeinnützige Nazis.

124 Zitiert nach Westdeutscher Rundfunk (WDR) »Inside«, Erstaussstrahlung am 28. 8. 2007. Aufzeichnung liegt den Autoren vor.

125 Zitiert nach <http://www.dradio.de/download/84280/>, Download am 22. 1. 2009.

126 Vgl. Dobbert, Gemeinnützige Nazis, in: »Die Zeit«-Online, <http://www.zeit.de/online/2008/20/rechtsextremevereine?page=1>, Download 22. 1. 2009.

127 Vgl. <http://gruppearchivhibu.net/40845/48101.html>, Download 22. 1. 2009.

Frenck und der Vorsitzende Oliver Voigt, der sich innerhalb der Subkultur der NS-Black-Metal-Szene bewegt, wurden durch unbekanntere Namen aus der rechten Szene im Vorstand ersetzt. Formaljuristisch könnten diese Änderungen den Fußballverband dazu zwingen, dem Verein den Zutritt zum regulären Spielbetrieb genehmigen zu müssen. Auch die Gemeinnützigkeit soll so erlangt werden. Falls dies nicht geschähe, kündigte Frenck bereits eine Klage an.

Bei einem von Germania veranstalteten Turnier im Juli 2008 wurde Bürgermeister Harzer von Neonazis tätlich angegriffen, als er versuchte, das von ihm ausgesprochene Hausverbot für den örtlichen Sportplatz durchzusetzen.¹²⁸ Doch bei Redaktionsschluss dieses Textes wurde aus antifaschistischen Kreisen bekannt, dass die Aktivitäten des Vereins auf Eis liegen. Ein Grund hierfür könnte mangelnde Unterstützung durch die Partei sein. Frenck hatte sich mehrfach im schon Monate lang schwelenden Machtstreit innerhalb Thüringens NPD auf die Seite von Trinkaus und gegen den Landesvorstand gestellt. Dieser wurde inzwischen aus der Partei ausgeschlossen und trat bei den Landtagswahlen 2009 mit seiner eigenen Partei »Pro Erfurt« an. Dies könnte das Verhältnis Frencks zu seiner Partei durchaus belastet haben.

»Rechtsextreme« Funktionsträger bei Amateurvereinen

Neben Versuchen mit eigenen Vereinen am Ligabetrieb oder Turnieren außerhalb der eigenen Szene zu partizipieren, gibt es auch Bestrebungen einiger hochrangiger Mitglieder »rechtsextremer« Parteien und neonazistischer Vereinigungen, in regulär bestehenden Vereinen mitzuwirken. Dieses Engagement entspringt durchaus strategischen Überlegungen. Bereits 1999 hieß es in einem Artikel der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme«: »Das Betätigungsfeld reicht hierbei von der Freiwilligen Feuerwehr über die verschiedensten Sportarten, wobei sich insbesondere die Volkssportarten anbieten, wie Fußball und Boxen.«¹²⁹

Vor allem in bevölkerungs- und strukturschwachen Gegenden sind Vereine auf jeden Freiwilligen angewiesen, der bereit ist, ein Ehrenamt zu übernehmen und Freizeit in den Verein zu investieren, ungeachtet seiner politischen Überzeugungen. Genau darauf spekulieren Neonazis und ihre Sympathisanten. Ein Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes sagt dazu: »Das passt natürlich genau in das Konzept der NPD, im vopolitischen Raum aktiv erfolgreich zu sein. Für dieses Konzept braucht es Leute, die in der Zivilgesellschaft, zu dem der Sport gehört, ›ihren Mann oder ihre Frau stehen‹ und dass die Leute dann sagen: ›Ja, den kenne ich, der macht im Verein gute Arbeit und jetzt kandidiert der zur Kommunalwahl, den wähle ich. Ich weiß, dass der organisieren kann, dass der sich einsetzt

128 Vgl. »Freies Wort« v. 16. 6. 2008, <http://www.freieswort.de/nachrichten/regional/hildburghausen/hildburghausenlokal/art2480,825576>, Download 22. 1. 2009.

129 Zitiert nach Toralf Staud: *Moderne Nazis. Die Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln 2006, S. 135.

und seine sonstigen Sachen, na ja, das ist mir dann egal.«¹³⁰ So sind an einigen Orten »Rechtsextremisten« schon seit Jahren ins Vereinsleben integriert.

Es folgen nur einige der bekannteren Beispiele. Bei über 26 000 Fußballvereinen in Deutschland muss angenommen werden, dass es weitere Fälle gibt, in denen »Rechtsextremisten« Ehrenämter oder Sponsoring in Fußballvereinen übernehmen.

Pro KZ: Klaus Petri

Erster Vorsitzender und Mitsponsor von Teutonia 08 im westfälischen Lippstadt war bei Redaktionsschluss dieses Textes der angesehene Anwalt Klaus Petri. Petri kandidierte im Jahre 2005 auf der rheinland-pfälzischen Landesliste der NPD auf Listenplatz 2 für den Bundestag.¹³¹ Mit ihm auf einer Liste standen bundesweit bekannte Neonazis wie der neonazistische Liedermacher Frank Rennicke sowie die aus dem neonazistischen Hooligan- und Kameradschaftsumfeld stammenden Christian Hehl und Sascha Wagner.

Revisionistisches und neonazistisches Gedankengut hatte Petri allerdings schon zu seiner Studentenzeit verbreitet. Wie »Der Spiegel« 1957 berichtete, wurde Petri damals aus der Marburger Burschenschaft »Germania« ausgeschlossen, nachdem er in einem Artikel für das »Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft« u. a. Folgendes schrieb: »Ich bin durchaus der Meinung, dass die nationalsozialistischen Konzentrationslager (...) als politische Maßnahme am Platze waren (...). Ich akzeptiere die nationalsozialistischen Maßnahmen, weil sie dem heißen Wunsch der damaligen Führung entsprangen, des deutschen Volkes Einigkeit und Recht und Freiheit zurückzugewinnen. Diesem großen Ziel musste die persönliche individuelle Freiheit einiger weniger untergeordnet werden, denen man dadurch die Möglichkeit nahm, in Versammlungen oder Journaille für ihre dem Nationalsozialismus feindlichen Ziele zu werben.«¹³² Nach seinem Studium in Marburg eröffnete Petri 1962 eine Anwaltskanzlei in Lippstadt und war in den 1990er Jahren Mittelstandssprecher der CDU. Im Jahr 2001 trat er aus der Partei aus, um sich den Republikanern anzuschließen, für die er als nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender für den Bundestag kandidierte.¹³³

Im Juni 2008 machte die Stadtratsfraktion der Grünen aus Anlass des 100-jährigen Vereinsjubiläums Teutonias Petris NPD-Kandidatur öffentlich und forderte den Verein auf, sich von seinem Vorsitzenden zu trennen.¹³⁴ Der Kreisverband

130 Interview von Martin Endemann mit dem Verfassungsschutz Brandenburg, Potsdam, 29. 1. 2009.

131 <http://npd.de/medien/pdf/landesliste-rlp.pdf>, Download 10. 1. 2009.

132 Zitiert nach »Der Spiegel«, 34/1957, <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=41758330&top=SPIEGEL>, Download 11. 1. 2009.

133 Vgl. »Berliner Zeitung« v. 8. 2. 2000, <http://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/bin/dump.fcgi/2000/0208/none/0101/index.html>, Download 11. 1. 2009.

134 Vgl. <http://www.gruenelippstadt.de/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=181&mode=thread&order=0&thold=0>, Download 11. 1. 2009.

der Linken schloss sich dieser Forderung an. Die Vereinsbasis reagierte prompt: Mehrere Mitglieder stellten sich via Leserbrief an die Lokalzeitung »Der Patriot« hinter ihren Vorsitzenden. Sie schrieben: »Die Aufforderung der Lippstädter Grünen gegenüber dem Sportverein Teutonia 08, sich von seinem 1. Vorsitzenden Klaus Petri zu trennen, hat bei uns Empörung ausgelöst und ist an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten. (...) Ein Ratsherr und die Sprecherin des Ortsvereins der Grünen haben offenbar nicht begriffen, dass Sport und Politik in dieser Form nicht vermischt werden sollten und wohlweislich zu trennen sind. Die Forderung der Grünen, dass wir – fast 600 Teutonen-Mitglieder – uns wegen der früheren politischen Ambitionen von unserem 1. Vorsitzenden trennen sollen, ist anmaßend, überzogen und wird von uns zurückgewiesen! Für uns Sportler zählt nur seine jahrzehntelange, unermüdliche und erfolgreiche Arbeit als Vereinsvorsitzender von Teutonia 08!«¹³⁵ In den folgenden Tagen und Wochen entbrannte eine Debatte um Petri, die vor allem auf den »Patriot«-Leserbriefseiten ausgetragen wurde.¹³⁶ Im Laufe dieser Diskussion stellte sich eine Vielzahl Lippstädter Bürger hinter den Verein und seinen Präsidenten. »Klaus Petri war und ist für mich immer ein korrekter Demokrat und Mensch, wenn auch nicht immer bequem, der auch für Lippstadt viel geleistet hat«, schrieb ein Lippstädter.¹³⁷ Andere Bürger beschwerten sich über »politisch motivierte Meinungsunterdrückung«, die »kommunistische Einheitsfront zwischen Grünen und den Linken« und sprachen von einer »Gesinnungsjagd auf einen Bürger, dem der Lippstädter Sport (und nicht nur der) viel zu verdanken hat.«¹³⁸ Die Grünen-Sprecherin des Ortsverbandes Lippstadt, Anja Walecki, konstatierte in einer E-Mail an die Autoren resigniert: »In Lippstadt sitzt man so was grundsätzlich aus. Petri war und ist ein geachteter Anwalt und Notar, er lebt in der Mitte der Gesellschaft und wird als großer Förderer des Sports akzeptiert.«

»Fußballpapa« Thomas Hantusch

In Hessen war jahrelang Thomas Hantusch als ehrenamtlicher E- und F-Jugendtrainer bei einem Verein in Wetzlar tätig.¹³⁹ In einer der Jugendmannschaften des Vereins spielte zu Redaktionsschluss dieses Textes auch sein Sohn. Hantusch ist langjähriger hoher Funktionär der NPD in Hessen. Er wurde u. a. im Jahr 2000 zum Landesvorsitzenden gewählt, zuvor war er bereits Vorsitzender der Jungen

135 Zitiert nach »Der Patriot« v. 26. 6. 2008, http://www.derpatriot.de/index.php?content=lokal_artikel&ID=PT-329347&RESSORT=LP, Download 11. 1. 2009.

136 Eine vollständige Übersicht über die Debatte findet sich unter <http://www.aktion-gegen-rechts.de/index.php?name=News&file=article&sid=22>, Download 11. 1. 2009.

137 Zitiert nach »Der Patriot« v. 27. 6. 2008, http://www.derpatriot.de/index.php?content=lokal_artikel&ID=PP-329512&RESSORT=LP, Download 11. 1. 2009.

138 Zitiert nach »Der Patriot« v. 28. 6. 2008, http://www.derpatriot.com/index.php?content=lokal_artikel&ID=aa-329649&RESSORT=LP, und 30. 6. 2008 http://www.derpatriot.com/index.php?content=lokal_artikel&=aP-329954&RESSORT=LP, Download 11. 1. 2009.

139 Vgl. <http://www.rsv-bueblingshausen.de/verein-terme-veranstaltungen.htm>, Download 22. 12. 2008.

Nationaldemokraten. Hantusch trat mehrere Male im Kreis Gießen zu Bundes- und Landtagswahlen für die NPD an. Obgleich seine politischen Aktivitäten einzelnen Vereinsmitgliedern, zumindest aber dem Vereinsvorsitzenden bekannt waren, durfte er die ehrenamtliche Tätigkeit mit Jugendlichen über Jahre ausüben. Der Vorsitzende wurde mit den Worten zitiert: »Hantusch hatte uns erklärt: ›Ich bin Mitglied der NPD, werde aber meine politische Tätigkeit und den Fußballsport trennen.« Er ist dem Vorstand gegenüber nie in irgendeiner Form auffällig geworden und hat weder in mündlicher noch schriftlicher Form rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet, sondern sich ausschließlich auf die Trainertätigkeit beschränkt.«¹⁴⁰ Ein weiteres Vorstandsmitglied des Vereins fügte hinzu, die NPD sei eine erlaubte Partei, und Hantusch habe in all den Jahren dem Verein keinen Schaden zugefügt.¹⁴¹

Nachdem der Hessische Fußballverband durch eine besorgte Mutter türkischer Herkunft auf den Fall aufmerksam gemacht wurde, schaltete sich Angelika Ribler, Referentin für Jugend- und Sportpolitik bei der Sportjugend Hessen, ein. Ribler, die den Verein ein Jahr im Umgang mit dem NPD-Funktionär betreute, sagt, sie habe nicht das Gefühl gehabt, dass Hantuschs Tätigkeit Teil einer Unterwanderungsstrategie gewesen sei.¹⁴² Gleichzeitig schränkt sie ein: »Ich habe bei dem Fall eher den Eindruck, dass der einerseits natürlich Rechtsextremist war, auf der anderen Seite einfach ein Fußballpapa. Dass der bestimmt an einigen Stellen was gesagt hat zu Spielern mit Migrationshintergrund oder generell über Ausländer, das vermute ich schon stark, aber ich weiß es nicht. Wir haben da aber auch ein bisschen im Trüben gefischt. Von seinen Kollegen haben wir auch nichts herausbekommen. Wir haben den Verein gefragt, was er denn so von sich gegeben hat, aber da gibt es dann eben auch ›Schutzmechanismen.«¹⁴³

Während seitens der Sportjugend und des Vereins ein Weg gesucht wurde, Hantusch Hürden aufzuerlegen, um die Verbreitung seiner Ideologie zu verhindern, veröffentlichte der Verein auf seiner Homepage einen Artikel, in dem Hantusch für seine langjährige Arbeit als Jugendtrainer geehrt wurde. Antifaschistische Gruppen wurden so auf den Fall aufmerksam und machten ihn publik.¹⁴⁴ Nachdem in der Folge mehrere Zeitungen über die Geschehnisse berichtet hatten, wurde dem Verein der öffentliche Druck zu groß und er vereinbarte eine Auflösungserklärung mit dem Jugendtrainer. Auch wenn Hantusch nicht mehr im Verein aktiv ist, so hat seine langjährige Tätigkeit dennoch Spuren hinterlassen. »Er ist natürlich nach wie vor in diesem Sozialbeziehungsgeflecht des Vereins und dort auch ein anerkannter Mann«, so Ribler.¹⁴⁵

140 Zitiert nach http://www.hronline.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_document_34195068&msg=15662, Download 22. 12. 2008.

141 Vgl. ebenda.

142 Interview von Martin Endemann mit Angelika Ribler, Frankfurt a. M., 23. 11. 2008.

143 Ebenda.

144 Vgl. <http://antifa-r4.blogspot.com/2008/04/npd-funktionr-trainiert.html>, Download 22. 12. 2008.

145 Interview von Martin Endemann mit Angelika Ribler, Frankfurt a. M., 23. 11. 2008.

»Barde«, *Anwalt und Sponsor Steffen Hammer*

Steffen Hammer ist Sänger der neonazistischen Band »Noie Werte« und als Rechtsanwalt in Reutlingen zugelassen.¹⁴⁶ Die seit 1991 existierende Band hat mehrere Alben veröffentlicht, die allesamt von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert wurden, und ist auch mit einem Song auf der sogenannten Schulhof-CD der NPD vertreten. Auf der Homepage seiner Kanzlei ist unter der Rubrik »Soziales Engagement« zu lesen: »Wir spenden regelmäßig für gemeinnützige Einrichtungen und Kinderheime und sponsern regionale und überregionale Sportvereine.«¹⁴⁷ Die Vereine werden nicht genannt, auf einer Indexseite seiner Homepage sind allerdings Mannschaftsfotos des SV Gniebel und des SKV Eningen zu sehen, die laut Aussagen örtlicher AntifaschistInnen in der Vergangenheit auch namentlich auf Hammers Seite gelistet waren.¹⁴⁸ Die Tatsache, dass auf einer Homepage der Mädchenmannschaft des SV Gniebel die Spielerinnen Trikots mit Werbeaufdruck von Hammers Internetportal »www.internet-scheidung.de« tragen, scheint diese Annahme zu bestätigen.¹⁴⁹

Ob die entsprechenden Vereine von Hammers musikalischer Karriere wissen, ist den Autoren dieser Zeilen nicht bekannt. Die örtlichen Medien jedenfalls berichteten regelmäßig über die neonazistischen Aktivitäten Hammers.

Wolfram Nahraths Familientradition

Eine Debatte entspann sich nicht nur aufgrund der Teilnahme von Wolfram Nahraths Kindern am Spielgeschehen des Birkenwerder Ballspiel Clubs 1908. Nahraths Kinder sind gleich in mehreren Sportvereinen aktiv. Er selbst übernahm ein Ehrenamt beim brandenburgischen Verein in Birkenwerder und war dort eine Zeit lang als Schiedsrichter tätig.¹⁵⁰ Die Tätigkeit Nahraths in einem Fußballverein, dem viele Jugendliche angehören, ist besonders pikant, da Nahrath sich für »rechtsextreme« Organisationen betätigt, die ein besonderes Augenmerk auf die »nationale Erziehung« von Kindern und Jugendlichen legen. Bis zu ihrem Verbot 1994 war Nahrath Bundesführer der sich nicht nur durch den Namen an der Hitlerjugend orientierenden Organisation Wiking-Jugend, in der schon sein Vater Wolfgang und sein Großvater Raoul aktiv gewesen waren.¹⁵¹ Bis zu ihrem Verbot 2009 bewegte er sich im Umfeld der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ),

146 Vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/hammer-steffen>, Download 20. 1. 2009.

147 <http://www.kanzleihammer.de/engagement/engagement.php>, Download 20. 1. 2009.

148 Vgl. <http://www.kanzleihammer.de/engagement/?C=M;O=D>, Download 20. 1. 2009.

149 Vgl. <http://home.arcor.de/andreas.morlock/>, Download 20. 1. 2009.

150 Vgl. Gespräch mit Gordian Meyer-Plath in »Der Tagesspiegel« v. 24.5.2008, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Brandenburg-Rechtsextremismus;art128,2536766>, Download 30. 1. 2009.

151 Für eine Übersicht Nahraths neonazistischer Karriere siehe <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/nahrath-wolfram>, Download 22. 12. 2008.

hatte dort aber keine offizielle Funktion inne und wird in ihren Publikationen nur als »unser Anwalt«¹⁵² bezeichnet. Es ist zu vermuten, dass dies vor allem geschah, um den Eindruck einer personellen und inhaltlichen Kontinuität zwischen der HDJ und der verbotenen Wiking-Jugend zu vermeiden. ExpertInnen zählten ihn dennoch zu den einflussreichsten Unterstützern der Organisation.¹⁵³ Andrea Röpke beschreibt, wie die HDJ bereits kleinen Kindern eine soldatische Erziehung angeeignet lassen wollte und zitiert einen im Umfeld der HDJ häufig gehörten Satz: »Die Kinder sollen abgehärtet werden!«¹⁵⁴ Dies deckt sich mit den Beobachtungen des brandenburgischen Amtes für Verfassungsschutz: »Diese Leute (Mitglieder der HDJ – d. A.) haben in der Regel viele Kinder, die auch auf Sport, Körper und Leistung gedrillt sind. Das heißt, die Kinder sollen in Sportvereine und sind dort in der Regel auch gleich die absoluten Leistungsträger.«¹⁵⁵

152 Zitiert nach Andrea Röpke: »Soldatische Kindererziehung«, in: Andrea Röpke, Andreas Speit: Neonazis in Nadelstreifen – Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Berlin 2008, S. 143.

153 Vgl. ebenda.

154 Zitiert nach ebenda, S. 134.

155 Interview von Martin Endemann mit dem Verfassungsschutz Brandenburg, Potsdam, 29. 1. 2009.

Andrea Röpke

Die braune Elite von morgen

Der ungestörte Aufwuchs einer völkischen HJ-Nachfolgeorganisation bis zum späten Verbot

Die Beamten kamen im Morgenrauen. Sie überreichten Sebastian Rübiger, dem »Bundesführer« der »Heimattreuen Deutschen Jugend«, genannt HDJ, die Verbotsverfügung des Innenministeriums in Berlin. Nicht zuletzt auf Druck von Medienberichten, Öffentlichkeit und bevorstehenden Parteiverbotsanträgen im Bundestag war im Sommer 2008 ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die militante Erziehertruppe in Gang gesetzt worden, das in einem Verbot mündete.

Jahrelang hatten Verfassungsschutz- und Polizeibehörden das braune Treiben mit Wehrsport, Zeltlagern, Geländeübungen, Ideologieschulungen, Auslandsreisen, Mutproben und Gewaltmärschen ignoriert. Nur die Landesämter in Berlin und Brandenburg erachteten es in den Jahren zuvor für nötig, in ihren Verfassungsschutzberichten vor der »frühzeitigen« Indoktrination von Kindern und Jugendlichen mit NS-Ideologie und Wehertüchtigung durch die HDJ zu warnen. In deren Visier gerieten vor allem 7- bis 29-Jährige, aber auch »Kleinstkinder« würden eingebunden, wie Bundesführer Rübiger der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« berichtete.

Auch auf Anfragen von LokalpolitikerInnen und JournalistInnen wurde deren Bedeutung von den Innenministerien der Länder immer wieder heruntergespielt. 2007 behauptete ein Sprecher des Bundesinnenministeriums gegenüber der »taz« noch, die HDJ sei keine bundesweit aktive Organisation. Erst erschreckendes Bildmaterial strammstehender Kinder in Uniform, geheimer Sommerlager mit wehender Reichsfahne und »Führerbunker«-Schild in Fromhausen oder vom Pfingstlager mit rund 200 TeilnehmerInnen im niedersächsischen Eschede 2007 nötigte die Behörden endlich zum offiziellen Handeln. Immer unverhohlener hatte die neonazistische Nachwuchselite zudem ihre Affinität zu Gewalt, Militanz und Waffen offenbart. Der Begriff »Kampf« durchzog ohnehin deren soldatisch geprägte Ideologie. Zudem waren vier HDJ-ler 2006 an einem paramilitärischen Lager an der holländischen Grenze beteiligt. Dort wurden auch scharfe Waffen verwendet, sowie Hinrichtungen nachgestellt. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück nahm Ermittlungen wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe auf. Jetzt galt es für die Bundesbehörden, Versäumnisse aufzuholen.

Wiederholt kam es zu Pannen. So schienen Polizeidienststellen nach der Durchsetzung eines Uniformverbotes für die AnhängerInnen der HDJ nur unzulänglich informiert. Von einem Osterlager in einer Herberge der Arbeiterwohlfahrt

im sächsischen Vogtland erfuhr die zuständige Polizeidienststelle erst durch JournalistInnen, und den geheimen Ort des letzten großen Winterlagers kannte offiziell niemand in den Pressestellen der Landesämter für Verfassungsschutz. Die Neonazis nutzten die Ignoranz routiniert, ihre jugendlichen Anführer trafen sich weiterhin in dunkelblauer Vereinskluft, wie beim genannten Osterlager der Einheiten Schwaben und Franken mit 50 Kleinkindern. Die Polizei griff nicht ein – für sie war die HDJ-Kluft nicht als deren Uniform erkennbar. Das Bundesinnenministerium hatte eine Anweisung an die zuständigen Dienststellen herausgegeben, scheinbar ohne genauer über die verbotenen Uniformteile zu informieren. Selbstbewusst unterliefen die Heimattreuen Sperren und Grenzen. Mit Provokation stellten sie sich einem drohenden Verbot entgegen, und ihr Motto lautete: »BRD – Ihr könnt uns mal!«.

Sie gründeten neue Einheiten in »Niederschlesien« und Thüringen, beteiligten sich gemeinsam mit der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« am Aufmarsch Tausender Neonazis in Dresden, starteten zum Wandermarsch im Gedenken an NS-Märtyrer Horst Wessel nahe Neubrandenburg und hielten ihr geheimes Winterlager in Ostsachsen ab.

Anfang August 2008 hatten erstmalig Polizei und Jugendamt gemeinsam in der Nähe von Güstrow ein HDJ-Camp mit 42 Kindern im Alter zwischen 8 und 14 Jahren aufgelöst. Viele der Kinder und Jugendlichen trugen verbotene Uniform. Überhaupt sei das Lager, angeführt von einem Studenten aus dem baden-württembergischen Rottenburg, ein »jugendgefährdeter Ort« gewesen, hieß es in der Presseerklärung der Einsatzleitung. Doch auch hier gab die HDJ nicht klein bei: Sie führte die abgebrochene Veranstaltung heimlich im Landkreis Ludwigslust zu Ende – diesmal ohne Störung. Als es im Oktober 2008 dann zu Hausdurchsuchungen bei 88 Anhängern aus dem HDJ-Umfeld kam, wurde ausgerechnet eine der rührigsten Gruppen des Vereins im Landkreis Ludwigslust nicht aufgesucht – obwohl die Familien des NPD-Landtagsabgeordneten Stefan Köster, des Kreisvorsitzenden Andreas Theißen und der Landtagsmitarbeiter Torgai Klingebiel und Michael Grewe zu den aktivsten in der »Einheit Mecklenburg und Pommern« zählten.

Nach monatelangen Ermittlungen sah es das Schäuble-Ministerium im März 2009 endlich als erwiesen an, dass die rund 500 Mitglieder starke »Heimattreue Deutsche Jugend – Bund für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.« sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte und den Strafgesetzen zuwiderlaufe. Das Vermögen des bundesweit aktiven Vereins wurde beschlagnahmt, Konten gesperrt. In der Verbotsverfügung des Bundes hieß es: Die HDJ sei ein Jugendverband »mit einer dem Nationalsozialismus wesensverwandten Ideologie«, ihre Bekenntnisse zu gemeinnütziger Jugendarbeit und zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland »sind Fassade«. Eigentliche Zielsetzung des Vereins sei die »Heranbildung einer neonazistischen Elite«.

Potenzial und Ideale

Mit dem offiziellen Aus der größten neonazistischen Kinder- und Jugendorganisation verschwand auch das Thema »organisierte braune Kindererziehung« aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Rund 30 000 junge Frauen und Männer zählen zurzeit zum rechtsextremen Spektrum, so die offiziellen Zahlen. Viele von ihnen gründen Familien, nicht selten mit vielen Kindern. Manche von ihnen haben sich in ländlichen Regionen wie dem Raum Westmecklenburg, Franken, Ostvorpommern oder Westthüringen gemeinsam angesiedelt. Deren Nachwuchs soll geschützt durch die »Bewegung« herangezogen werden. Vor dem Verbot übernahmen HDJ-Führer und Führerinnen für zahlreiche Kinder, die sogenannte Sippenerzieherische Verantwortung. Am Wochenende oder in den Ferien wurden die Kinder betreut. Selbstbewusst versuchten die Heimattreuen auch an neue Familien außerhalb des gewohnten Spektrums heranzutreten und deren Kinder anzulocken. Mit mehreren im Internet veröffentlichten Werbevideos gingen sie gezielt auf Nachwuchsfang. An jedem zweiten bis dritten Wochenende fanden in der Bundesrepublik Lager der »Heimattreuen Deutschen Jugend« oder befreundeter Organisationen statt. Deren zweifelhafte pädagogische Ziele wurden im Kalender »Unser Leben 2008« offengelegt: »Volksbewusstsein in jedem Einzelnen zu formen« habe oberste Priorität.

Ebenso wichtig waren für die Neonazi-ErzieherInnen die »Ideale der soldatischen Erziehung«. Schon Kinder wurden als »Kameraden« bezeichnet, mit »Heil Dir« begrüßt und zu Disziplin und Gehorsam genötigt. »Wir verachten den schwächlichen, erniedrigenden Pazifismus«, hieß es in der Selbstdarstellung, »ihm stellen wir ein stolzes und wehrhaftes Mannestum entgegen.« Die selbst ernannten jungen HDJ-PädagogInnen griffen ins Leben nationalistischer Familien ein, um deren Kinder fester und nachhaltig an die »NS-Bewegung« zu binden und dem staatlichen Bildungsmonopol entgegenzuwirken. Sie selbst stammten aus den Reihen von NPD, Freien Kräften, heidnisch-rassistischen oder völkisch-orientierten Gruppen.

Nur wenige Jahre nach Kriegsende und dem Verbot von »Hitlerjugend« (HJ) und »Bund Deutscher Mädel« (BDM) bauten Altnazis bereits wieder neue Organisationen auf. Vereine wie die »Wiking-Jugend« oder »Bund Heimattreuer Jugend« nahmen jahrzehntelang unbeachtet von der Öffentlichkeit im »inner circle« ihren gefährlichen pädagogischen Auftrag wahr. Nicht zuletzt deshalb sind sich Experten einig: Die organisierte braune Kindererziehung mit geheimen Zeltlagern, Schulungen und »Wehrertüchtigung« wird es auch nach dem Verbot der HDJ weiterhin geben.

Einer der einflussreichsten völkisch-orientierten Neonazis, Manfred Börm, Leiter des Bundesordnungsdienstes der NPD, schloss sich bereits in jungen Jahren der militanten »Wiking-Jugend« an. Bis zum Verbot 1994 brachte er es zum »Gaulleiter« für Niedersachsen und Bremen. Im Gespräch mit dem neonazistischen »Netzradio Germania« plauderte Börm Anfang 2009 über seine »soldatische Ein-

stellung« und die familiären Wurzeln in Schleswig-Holstein. So sei sein Großvater bereits 1929 in die NSDAP eingetreten und die Söhne später in der SS aktiv gewesen. Börm's eigene berufliche Laufbahn begann bei der Bundeswehr als Ausbilder bei den Fallschirmjägern mit Einzelkämpferausbildung. Heute betreibt der achtfache Vater ein Baugeschäft in Handorf, einem kleinen Ort nahe Lüneburg. Kundschaft und Auszubildende scheinen vor allem eins zu sein, nämlich national eingestellt. Einer seiner Söhne hatte es in der HDJ zum Unterführer gebracht, nebenher ist er in der Handorfer Feuerwehr aktiv. Wie die meisten Nachwuchskräfte des Vereins studiert er, Maschinenbau in Mecklenburg-Vorpommern.

Börm Senior unterscheidet zwischen Jugend- und Parteiarbeit. Denn das seien, so der Neonazi, »zwei Paar Schuhe«. Über staatliche Verbote höhnt er, denn es »werden neue Strömungen entstehen, die alle erst mal neu sondiert und bekämpft werden müssten im Einzelnen«. Das Verbot der »Wiking-Jugend« 1994 habe gezeigt, dass »alle die damals dabei waren, heute auch zum großen Teil aktiv sind«. Im Hinblick auf die HDJ, prophezeite Börm bereits Monate vor dem Aus der Organisation, es werde immer eine Jugendorganisation geben, »die eine nationale Einstellung vertritt und versucht, sie an die Kinder weiterzugeben«.

Auch der thüringische NPD-Kandidat Peter Nürnberger prahlte beim neonazistischen »Rock für Deutschland« vor rund 4000 Anhängern im Sommer 2009 in Gera: »Und wenn die Heimattreue Deutsche Jugend zehnmal verboten wird, an elf Ecken stehen neue deutsche junge Burschen und Mädels auf, um endlich wieder unsere Heimat in den Vordergrund zu rücken.«

Neue Strukturen erschließen

Nach dem Verbot seines Vereins richtete auch der ehemalige HDJ-Bundesführer Sebastian Rübiger seine Stimme im Interview mit »Netzradio Germania« an die Kameraden. Der selbstständige Dachdecker aus dem brandenburgischen Reichenwalde wetterte: »Unsere Tage waren von Anfang an gezählt, als wir uns entschlossen, nationale Jugendarbeit zu machen.« Sie seien aber »Vollgas gefahren« die ganzen Jahre, betont er stolz. Immer wieder hätte das verhasste »System versucht uns in die Knie zu zwingen und fertigzumachen«, aber man habe sich bis zuletzt nicht beeindruckt gezeigt und gewehrt. Rübiger beklagte zahlreiche »Repressalien« wie Steuerprüfungen bei seinen selbstständigen Führern, Kontenkündigungen, Androhung des Entzugs von Gewerbescheinen und Postkontrollen. Außerdem seien HDJ-ler aus allen möglichen Ehrenämtern geflogen und Ausbilderscheine zu Meisterprüfungen sollten entzogen werden. Großspurig machte Rübiger sich über den »zusammengekritzelten Schwachsinn« der Verbotsverfügung lustig. Er bestätigte, dass Klage dagegen eingereicht worden sei, das Ganze aber keine aufschiebende Wirkung habe und er auch nicht an einen Erfolg glaube. Auf die Fragen des Moderators nach einer Weiterbetätigung konterte er schlitzohrig: »Wir ignorieren

das Verbot nicht«, denn jeder wisse, »dass Jugendarbeit in der Illegalität überhaupt nicht zu machen ist.« Ausweichend antwortete er: »Wir werden alle älter, wachsen aus der Jugendarbeit heraus.« Von »solchen Wahnvorstellungen einer Wiederbetätigung« würden nur Presse und Verfassungsschutz profitieren, insistierte er. Räume aber ein, es werde auch »wieder Gruppen oder Organisationen geben, denen man in Zukunft eine Wiederbetätigung nachsagen oder in die Schuhe schieben wird«. Ihm selber könne man nicht verbieten, eine politische Einstellung zu haben, betonte er. »Ich kann mich da als Mitglied einbringen, wo ich der Meinung bin, dass da meine Mitgliedschaft von Vorteil wäre. Ich bin nicht verdammt dazu, zu Hause zu sitzen und nur noch die Wand anzustarren.« Rübiger weiß: »Es gibt gute Geister in unseren Reihen. Es gibt Führungspersönlichkeiten, die die Dinge ähnlich ernst nehmen wie wir.«

Mit Führerhandbuch und Hakenkreuzfahne

Ausdrücklich wird in der 31-seitigen Verbotsverfügung des Innenministeriums auf die kritiklose Glorifizierung von Adolf Hitler, die Würdigung der Waffen-SS »als Verpflichtung«, auf Tests zur Rassenkunde, sowie die Verwendung von antisemitischen NS-Kinderbüchern, wie etwa »Der Giftpilz« oder »Pudelmopsdackelpinscher« aus dem Jahre 1940, innerhalb der HDJ-Reihen eingegangen. Die Organisation habe vor, »nationalpolitische Kadergruppen« aufzubauen, die »nach dem Führerprinzip geleitet werden sollen«, lautet die eindringliche Warnung aus Berlin. Dabei beschränkten sich die Aktivitäten keineswegs auf die eigene »Bewegung«. Deren Ideologie sollte »kompromisslos« verbreitet werden, die Organisation sei »auf breiter Front zu einer direkten Konfrontation mit ihren Gegnern bereit«, heißt es.

Für diesen Zweck habe es Führerhandbücher und Führerbriefe gegeben, Veranstaltungsräume seien mit der Büste von Adolf Hitler und der Hakenkreuzfahne geschmückt worden. Die Demokratie wurde als »Herrschaft der Minderwertigen« bekämpft. In dem internen Brief an eine »Einheitsführerin« offenbarte der junge »Leitstellenführer Nord« aus Greifswald: »Ich will keine bessere BRD, ich will ein neues Reich auf den Trümmern dieses verkommenen Systems errichten« – und spiegelte damit die allgemeine Haltung wider.

Das Bundesinnenministerium bestätigte, was bereits befürchtet worden war: Bei der HDJ handelte es sich keinesfalls um eine sektenähnliche Struktur, die sich ausschließlich auf die eigene geschlossene Parallelwelt konzentrierte. Jugendliche seien, laut Verbotsverfügung, mit einem »eindeutigen Appell« aufgefordert worden »in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf mit Ehrgeiz und Ausdauer entscheidende Positionen zu besetzen«. Demzufolge sollten sie einerseits fester Bestandteil einer auf Stabilität bedachten verschworenen Gesinnungsgemeinschaft werden, sich andererseits im Sinne neonazistischer Graswurzelarbeit als

nach außen gerichtete Sympathieträger an einer Strategie der Akzeptanz beteiligen und so die gesellschaftliche Ausgrenzung unterwandern.

Dabei muss der psychische Druck für viele Kinder und Jugendliche unerträglich gewesen sein. Mit so hohen Erwartungen konfrontiert, sollten sie sowohl gegenüber Eltern und Verein als auch in der Schule »funktionieren«. Die Aussteigerin Tanja Privenau berichtete 2005, dass es »zum guten Ton« innerhalb des eigenen Spektrums gehört habe, die Kinder ab dem siebten Lebensjahr der HDJ zu übergeben. »Jeder, der in der Szene was auf sich hält«, so Privenau, »der schickt seine Kinder dorthin.« In der Regel leben viele der braunen »Sippen« eher in der Abgeschlossenheit. Kontakte »nach außen« finden meistens in der Form statt, dass die Kinder SchulfreundInnen zu sich einladen. Gegenbesuche ihrer Kinder werden nicht gern gesehen. Die Kinder wachsen so im Kreise Gleichgesinnter auf. Betroffene Eltern von MitschülerInnen und PädagogInnen aus Mecklenburg-Vorpommern berichten vom eingeschüchterten Grundschulnachwuchs der Neonazis. Nicht selten wirken die Kinder unsicher, aber auch aggressiv auf ihre Außenwelt. Sie tragen altmodische Kleidung, die Mädchen oft Zöpfe wie die Mütter, Jeans sind verpönt. Nicht selten mischen sich die Eltern in den schulischen Alltag ein. Intervenieren, wenn ihnen pädagogische Inhalte nicht passen. Zivilgesellschaftlichen Zugang zu den Kindern gibt es selten. Für Prävention sind sie kaum noch erreichbar, weiß auch Reinhard Koch von der »Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt« in Braunschweig. »Wenn man sieht, wie die Aktivisten der HDJ menschenverachtende Erziehungsideale jahrelang ausleben konnten, dann ist zu befürchten«, so Koch, »dass in den Köpfen ihrer heranwachsenden Kinder Gewalt und Ungleichwertigkeit schon vorprogrammiert sind.« Der Experte fordert, endlich Präzedenzgrundlagen und Handlungsempfehlungen zu schaffen, um der braunen Pädagogik zu begegnen. Diese Entwicklung geht alle an, warnt Koch, denn »die HDJ-Kinder werden später an gefährlichen politischen Schaltstellen eingesetzt. Sie stellen dann Kader dar, die perspektivisch mit extrem rechten Gedankengut in die Gesellschaft eindringen.«

Leben für die NS-Volksgemeinschaft

Wichtiger noch als Hintergrundinformationen über den demokratiefeindlichen Verein »Heimattreue Deutsche Jugend« sind Erkenntnisse über die Erziehungsmerkmale ihrer neonazistischen Ideologie. In einschlägigen Internetforen diskutieren Neonazis die Schwierigkeiten zwischen ihrer politischen Grundeinstellung als Eltern und der praktischen, erzieherischen Umsetzung der Ideale im Alltag. Nicht alle sind sich so sicher, den Nachwuchs zu »Kämpfern von fanatischer Besessenheit« heranzuziehen, wie es die HDJ forderte.

Dennoch scheinen gerade deren selbstbewusste Praxis und Herangehensweise an eine eigene Pädagogik im Sinne der NS-Ideologie der Szene Auftrieb gegeben

zu haben. Schienen in den 1980er und 1990er Jahren national gesinnte Eltern oft noch darauf bedacht, Druckschriften, Propagandamaterial oder Versammlungen vor dem Nachwuchs geheim zu halten, um ihnen keine Schwierigkeiten mit der Außenwelt zu bereiten, wird heute offensiver damit umgegangen. Das mag vor allem auch der stärkeren Einbindung junger Frauen und Mütter geschuldet sein. Zudem haben die Bemühungen um gesellschaftliche Akzeptanz in einigen ländlichen Regionen bereits Früchte getragen. Dadurch, dass sich viele junge HDJ-Anführer in Fußball- oder Kampfsportvereinen, Tanzgruppen, Feuerwehren oder dem Technischen Hilfswerk einbrachten, fiel es ihnen weniger schwer, zu unpolitischen Gleichaltrigen Kontakt zu finden und unauffällig politisch zu agieren. Junge Neonazis engagieren sich als Elternvertretungen an den Krippen und Schulen ihrer Zöglinge, aus ihrer politischen Gesinnung machen sie dabei oft keinen Hehl mehr.

Unter den strengen Fittichen der HDJ-Führer sollte der Nachwuchs die deutsche Heimat kennenlernen. Kinder und Jugendliche wurden nach Schulschluss oder in den Ferien eingesammelt und rund um die Uhr beschäftigt, mit Sport, Geländespiel, Wettkampf, Tanz, Volksliedern und theoretischen Schulungsstunden, in denen Runenkunde oder die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 auf dem Stundenplan standen. Das Gelehrte wurde in Tests abgefragt, zum Beispiel mussten junge »Unterrichter« in der Rubrik »Volk und Rasse« Rede und Antwort stehen, warum »Rassenmischung Volkstod« bedeute. Dieses Wissen sollten sie dann an die ihnen untergebenen Kleinkinder weitertragen.

Den Jüngsten wurde eingetrichtert, Fremdsprachen möglichst zu vermeiden. Sie sollten reines Deutsch sprechen. Aus Pizza wird im Neonazi-Jargon Gemüsekuchen und aus Internet Weltnetz mit Heimatseiten statt Homepages. Dafür lernten Kinder Schimpfworte für die verhasste Demokratie, zum Beispiel »krankes System«, »Gesellschaft der Umerzieher« oder »BRDisten«. In eigens entworfenen Kreuzworträtseln tauchten vorrangig Fragen auf wie: »Hauptstadt Schlesiens« oder »Führer des letzten Deutschen Reiches«.

Die HDJ bekannte sich intern zum historischen Nationalsozialismus und stellte die NS-Zeit als »vorbildlich« dar, heißt es in der Verbotserfügung des Bundesinnenministeriums. Sie wolle den demokratischen Verfassungsstaat durch ein »neues Reich« ablösen. Bücher wie »Kleine Rassenkunde« des NS-Ideologen Dr. Hans F. K. Günther dienten als Vorlage für »kindgerechtes Ausbildungsmaterial zu Schulungszwecken«. Bei einer Heldengedenkfeier während des Pfingstlagers 2006 sei Adolf Hitler als »Held unserer Geschichte« gewürdigt worden, heißt es in den Verbotspapieren. Insgesamt kämpfe die HDJ »für eine Reinwaschung und Erneuerung des Nationalsozialismus«. Kinder lernten früh die »Kampf- und Pflichtlieder« der NS-Zeit zu singen. Sie sah sich in der Tradition von Hitlerjugend und Waffen-SS, »ist doch ihr Erbe unsere Verpflichtung«.

In einer »Grundlagenschulung« behauptete die HDJ indes, die Weltanschauung der nationalistischen Bewegung sei keineswegs Ideologie, sondern beruhe auf naturwissenschaftlicher Erkenntnis, warnen die Berliner Ermittler. »Selektion« sei

daher »naturgesetzliche Auslese – das Starke überlebt, das Schwache stirbt«. Auf einer Folie mit dem Titel »Was bringt die Zukunft?« wurde für junge Zuhörer plakativ ein Bild einer blonden jungen Frau, die eine Hakenkreuzbrotsche trägt, ein Foto von Michel Friedman gegenübergestellt. Beide Bilder seien mit dem Wort »oder« verknüpft gewesen. Durch diese Gegenüberstellung, heißt es in der Verfügung, solle den Schulungsteilnehmern vermittelt werden, »dass ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Rassen, Ethnien und Religionen nicht möglich« sei. Die HDJ habe gefordert »das Erbgut rein zu halten«.

In internen »Wegweisern« wurden den Jugendlichen praktische Hinweise zur »Couvrierung nationalsozialistischer Inhalte« vermittelt. So hieß es im »Wegweiser: Gestalt und Erscheinungsbild«: »Nachfolgend erhaltet ihr eine Liste von Wörtern, die ihr entsprechend durch die Wörter auf der rechten Seite ersetzen solltet.« Dabei ging es um geschickte Verschleierung radikaler Ideologie. So sollten aus Wörtern wie »völkisch und nationalistisch« »heimattreu oder volkstreu« werden. Begriffe wie Odin und Walhalla sollten am besten ganz vermieden werden. Bezüge zum Dritten Reich sollten »neutral und sachlich« formuliert werden. Die neonazistische Gruppe sah sich in ihrer Außendarstellung als »volkstreue Jugendbewegung«.

»Du bist nichts – dein Volk ist alles!«

»Wer auf Lagern Zeit zum Lesen findet, tut mir wirklich aufrichtig leid«, schrieb die ehemalige Bundesführerin der HDJ im »Funkenflug«, der Zeitschrift der Organisation. Sie lehnte es ausdrücklich ab, dass Jugendliche sich aus der Gemeinschaft ausklinken, um zwischendurch mal für sich allein mit Kopfhörern Musik zu hören, weil damit »das Band zu den Kameraden« durchschnitten werde. Ihrer Meinung nach bestünde in den Lagern die beste Möglichkeit, »für kurze Zeit ein Leben nach unserer Art« zu führen, da bewirke Musik aus der Konserve einen »zerstörenden Bruch«. Auch galt der bei Jugendlichen beliebte Hip-Hop in der HDJ als »schwarze Un-Kultur«. Man glaubte fest daran, dass »diese Entartung« sich – wie viele andere Erscheinungen der amerikanischen Gesellschaft auch – »erledigen« werde, »sobald die Jugend wieder erkennen wird, wo ihre kulturelle Wurzel liegt, wird sie nicht nur die Symptome beseitigen, sondern den ganzen Virus«. Die ErzieherInnen der HDJ überließen nur ungern etwas dem Zufall. Sie beschäftigten sich intensiv mit Kindergarten und Schule und erstellten Regeln »wie man kritisch und sachlich im Unterricht mit linken Lehrern und Gehirn gewaschenen Mitschülern umgeht«. HDJ-Kinder wurden ab einem gewissen Alter aufgefordert, in der Schule offen die Konfrontation zu suchen und Gegenpositionen zu vertreten. Sie sollten LehrerInnen und MitschülerInnen mit Gegenfragen »aus der Reserve locken« und so aus »speziellen Themen Grundsatzdiskussionen« machen. Toleranz gilt bei Neonazi-Erziehern als ein Begriff für »Feige, Schwache und Menschen

ohne wirkliche Überzeugungen«. Vorrangiges Ziel war es, die Kinder als Teil der »Volksgemeinschaft« im NS-Sinne zu integrieren.

»Mein Glaube ist Kampf« war einer der Leitsätze der »Heimattreuen Deutschen Jugend«, wie sie im »Funkenflug« Jahr für Jahr veröffentlicht wurden. Die HDJ pflegte einen militärischen Umgang mit Kindern. AnwohnerInnen im nordrhein-westfälischen Detmold berichteten von Exerzierübungen mit Jugendlichen in einem Waldstück. Beim dortigen Sommerlager 2006 mussten ein Mädchen und ein Junge in Uniform neben einer großen Lebensrunne aus Holz strammstehen. Die Staatsschutzabteilung der Polizei im unterfränkischen Aschaffenburg hatte Kenntnis von »Wehrübungen« im Landkreis Miltenberg. Dort lebt die Familie des ehemaligen »Gauführers Franken« der verbotenen »Wiking-Jugend«, Dirk Nahrath. Dessen Kinder waren führend in der HDJ aktiv.

Dem Geschäftsführer einer Herberge in der fränkischen Burg Hohenberg waren beim Winterlager der HDJ Ende 2006 die uniformierten Wachen am Eingang vor dem Tor aufgefallen. »Ich bin ja ein grundkonservativer Mensch, aber das ging zu weit«, sagt der Betreiber, »das hatte einen militärischen Charakter.« »Halt! Stehen bleiben!«, hätten ihn die jugendlichen Wachen aufgefordert. »Und das Schlimmste war, sie hatten alle genau denselben Ton drauf«, berichtet er. Als der Hausherr sich vorstellte und nachhakte, was das solle, bekam er zu hören: »Sie sind nicht berechtigt, uns eine Frage zu stellen!« Er informierte die Polizei, aber die Beamten hoben nur die Schultern und sagten: »Da könne man nichts machen.« Die HDJ war zu dem Zeitpunkt kein verbotener Verein.

Am meisten erschütterten den Herbergsbetreiber und seine Mitarbeiter die Bilder von den Kindern, die frierend in Uniform hätten Fahnenwache schieben müssen und trotz der Kälte nicht hätten reinkommen dürfen. »Die wollten ihre Kinder eindeutig abhärten«, erinnerte er sich.

Dieser Herbergsbetreiber aus Bayern war einer der wenigen, die nicht nur tatenlos zugeschaut, sondern auch die Polizei informiert hatten. Hingegen hatte die sächsische Arbeiterwohlfahrt (AWO) weniger Probleme mit einem Osterlager der Neonazis mit etwa 50 Kleinkindern. Obwohl die verantwortlichen Anführerinnen sich getarnt als »Pfadfindergruppe« angemeldet hatten und die Jugendlichen auch verbotene Uniformen trugen, sahen weder der zuständige AWO-Geschäftsführer noch die Landeschefin Margit Weihert Anlass zum Einschreiten. Dies wäre »ohne größere Schwierigkeiten möglich gewesen, da sich die Neonazis unter Vortäuschung falscher Tatsachen eingemietet haben«, kommentierte Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im sächsischen Landtag, die Wegguck-Haltung der Arbeiterwohlfahrt. Köditz bescheinigt der HDJ »eine besonders gefährliche Form von Kindesmissbrauch« und versteht die Ignoranz mancher Vermieter nicht. Auch im westmecklenburgischen Lübbüchen wusste man seit Jahren von »Kinderlagern« auf dem Privatgelände des NPD-Funktionärs Andreas Theißen. Gemeinsam mit seiner Frau, die nebenher eine Krabbelgruppe im Nachbarort betreibt, beherbergte der als gewaltbereit geltende Neonazi und fünf-

fache Familienvater befreundete Familien aus dem Umfeld der HDJ. Vom abgelegenen Ortsteil bis in die Stadtverwaltung sprach es sich schnell herum, dass dort Kinder gedrillt wurden. Auch wussten vereinzelt Lehrer und Eltern davon, dass Theißen mit seinen Kindern in spezielle »Camps« fuhr – aber niemand unternahm etwas. Man schaute weg, wollte keinen Ärger. »Eine ruhige Nachbarschaft war vorrangig«, gibt einer zu, der auch heute noch anonym bleiben möchte. Denn obgleich die HDJ verboten wurde, treffen sich die Neonazis aus dem Raum Ludwigslust weiterhin auch in Lübtheen.

Anders verlief es in dem kleinen Dörfchen Quaal im Nordwesten Mecklenburg-Vorpommerns. Dort veranstaltete die HDJ 2006 ein Zeltlager zur Sommer Sonnenwende. Zwei Anwohner wurden beim Anblick uniformierter Kinder und Jugendlicher argwöhnisch, sie befragten die Verantwortlichen kurz nach dem Aufbau der Zelte nach ihrer Herkunft. Einer von denen habe dann auf den Wimpel am Fahnenmast gezeigt und gesagt: »Wir sind von der HDJ«, erinnert sich der empörte Anwohner. Als er daraufhin die Polizei informierte, geschah zunächst nichts. Er versuchte es erneut, doch die Beamten rückten nur widerwillig an und hätten sich dann vor Ort auch nicht lange aufgehalten.

Im fränkischen Obersinn hatten entrüstete Ortsbewohner mit ihrer Beschwerde gegen Neonazis mehr Erfolg. Dort besitzt die HDJ-nahe Familie Ringmayer ein Ferienhaus. Die Eltern standen bereits früh der hessischen NPD vor, die Kinder gehörten zum Führungskreis der HDJ-Einheiten »Franken« und »Hessen«. Auf dem Privatgrundstück im Landkreis Main-Spessart soll im November 2004 ein »Herbstseminar« für Jugendliche stattgefunden haben, die Themen hießen: »Menschenführung, Rhetorik, Lagersicherheit«. Ein Jahr später gab es in dem kleinen Ort ein »Winterseminar« der HDJ mit »Funkschulung und Schulung in Kfz-Kolonnenfahren«. Ein Anwohner erstattete 2005 Anzeige, weil im Ferienhaus der Ringmayers Symbole der Neonazi-Szene zur Schau gestellt worden seien, so u. a. die Odalrune, das Symbol der Hitler-Jugend und der verbotenen Wiking-Jugend. Polizisten entdeckten daraufhin auch ein Hitlerbild im Haus. 2006 kam es zur Verhandlung gegen Sven Ringmayer, bei der er zu einer Geldstrafe von 2 700 Euro verurteilt wurde. In der Urteilsbegründung betonte der verhandelnde Richter: »Ein Bild von Adolf Hitler in Ihrer Küche bringt Ihre Gesinnung ganz gut zum Ausdruck.«

Avantgarde der nationalen Bewegung

Die HDJ war mehr als eine Erziehertruppe – sie war Gesinnungsgemeinschaft nach dem nationalsozialistischen »Lebensbundsprinzip«. Von bündischen oder christlichen Gruppen grenzte sie sich ab, aber immer wieder gab es regionale Kontakte. Ältere Mitglieder konnten sich in Familienkreisen oder als SponsorInnen und UnterstützerInnen in die Arbeit einbringen. Neugeborene erhielten fast ausschließlich

germanisch oder nordisch klingende Namen wie Bernhard, Gerhild, Wolf oder Runhild. Brauchtumsfeste und heidnische Ritualfeiern wurden gemeinsam mit Anhängern befreundeter Organisationen wie der »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft« begangen. Die HDJ glaubte zu wissen, wie junge Menschen »begeistert werden«, nämlich beim »gemeinsamen Lied, vom gemeinsamen Marsch und vom gemeinsamen Erlebnis«. Im Sinne nationalsozialistischer »Volksgemeinschaft« ist die Erziehung in der Szene auch heute noch Gemeinschaftssache, denn so hieß es in der HDJ: »Wo keine Führung, da keine Gemeinschaft, da keine Erziehung.« Nach der Parole »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« wurde in den Zeltlagern des Vereins gelebt.

Nach dem Verbot

Hunderte von jungen Frauen und Männern aus der deutschen und österreichischen Neonazi-Szene betätigten sich als ErzieherInnen und AufpasserInnen beim Kinderdrill. Unter ihnen waren Männer aus der NPD-Führungsebene wie Tino Müller aus Ueckermünde, Jörg Hähnel aus Berlin oder Ulrich Pätzold aus Deggendorf in Bayern. Unterstützt wurden sie von zahlreichen Parteikameraden und Kadern der Freien Kräfte. Die Weitergabe politischer Ideale an die nächste Generation bedeutet ihnen viel. Bei Strafe ist es jedoch verboten, Ersatzorganisationen für die HDJ zu bilden oder sie in bestehenden Gruppen weiterzuführen, heißt es in der 31-seitigen Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums. Dennoch bietet das breit gefächerte neonazistische Spektrum einiges an Möglichkeiten, um Kinder und Jugendliche auch weiterhin in Zeltlager und zu Schulungen zu schicken. 2009 zum Beispiel organisiert ein »Arbeitskreis für Lebenskunde« aus Schleswig-Holstein mehrere Ferienlager von den Alpen über den Teutoburger Wald und das Steinhuder Meer bis hin zur Ostsee. Hinter dem Arbeitskreis verbirgt sich die rassistische Sekte »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.«, der auch traditionell Anhänger aus NPD und HDJ eng verbunden sind. Einige HDJ-ler waren auch parallel in der heidnisch-rassistischen »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft« des (unterdessen verstorbenen) Hamburger NPD-Chefs Jürgen Rieger aktiv. Sie treffen sich seit Jahrzehnten zu Brauchtumsfeiern, Schulungen und »Arbeitseinsätzen« an verborgenen Orten oder auf dem »Heisenhof« von Rieger in der Nähe von Verden an der Aller. Andere finden Betätigung in Volkstanzkreisen. Ende April lud der »Tanz- und Spielkreis Mitteldeutschland« aus dem Umfeld der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« zum konspirativen Treffen.

Als dezentrales Auffangbecken für ehemalige AktivistInnen aus den Reihen der Heimattreuen scheint zurzeit jedoch die Jugendorganisation der NPD, die »Jungen Nationaldemokraten« (JN), an Einfluss zu gewinnen. Nicht ungewöhnlich, bereits Mitte der 1990er Jahre bot sie den Jüngern der »Wiking-Jugend« nach erfolgtem Verbot eine Rückzugsbasis. Heute gründen ehemalige HDJ-ler scheinbar neue JN-

Stützpunkte wie in Niedersachsen mit oder erfüllen brachliegende Strukturen wie in Baden-Württemberg mit neuem Leben. Sie organisieren JN-Brauchtumsfeste und Wanderungen wie zu Zeiten der HDJ. Die Themen bleiben die gleichen. Die Uniform jedoch ist eine andere: weiße Hemden und schwarze Hosen. Auch der militärische Jargon ist nicht neu. Aufbau und Ablauf des JN-Pfingstlagers Ende Mai 2009 in der Pfalz ähneln denen der Heimattreuen unheimlich. Ein Bericht des JN-»Stützpunktes Hohenlohe« offenbart die übliche Zeltlagermischung aus Früh-sport, Rauferei, Morgenfeier mit Appell und politischen Schulungen. Gelobt wird der »kameradschaftliche Umgang von Führung und Gefolgschaft«.

Heike Kleffner

Zwischen individuellen Erfolgen und politischer Ohnmacht

*Eine Zwischenbilanz aus der Beratungsarbeit für Opfer rechter,
rassistischer und antisemitischer Gewalt*

Opfer politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt zu unterstützen, zu beraten und zu begleiten, das sind die zentralen Aufgaben der Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt, die seit 2001 in den neuen Bundesländern durch staatliche Fördergelder aus dem Bundesfamilienministerium tätig sind. Die Ziele sind: Durch aufsuchende, parteiliche, kostenlose, freiwillige – und falls nötig oder gewünscht – auch anonyme Beratung und Unterstützung die Betroffenen politisch rechts motivierter Gewalttaten in die Lage zu versetzen, die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu überwinden und ihre Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Die Betroffenen, die neben der Gewalterfahrung oftmals als Angehörige von gesellschaftlichen Minderheiten zudem mit Diskriminierung und Ausgrenzung konfrontiert sind, sollen die Möglichkeit zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Partizipation erhalten. Und die Perspektive der Betroffenen rechter Gewalt sollte als ein wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses – sowohl in den lokalen und regionalen Öffentlichkeiten – als auch bundesweit verankert werden.

Damit verbunden war und ist die Hoffnung, dass durch gesellschaftliche Solidarisierungsprozesse mit den Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt den Tätern und ihrem Umfeld Grenzen gesetzt werden – und dass somit die individuelle Hilfe zusätzlich einen präventiven Aspekt hat.

Acht Jahre, nachdem angelehnt an das Modell des Brandenburger Vereins Opferperspektive e.V. aufsuchende Beratungsstellen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin ihre Arbeit aufnahmen, soll hier eine Zwischenbilanz gezogen werden.¹ Und die fällt – nicht nur vor dem Hintergrund der weiterhin steigenden Zahlen rechter Gewalt und eines schwankenden, schwer bestimmbareren Konjunkturs unterworfenem medialen und politischen Interesse an Rechtsextremismus insgesamt und an den Opfern rechter und rassistischer Gewalt insbesondere – zwiespältig aus.

1 Der Brandenburger Verein Opferperspektive e.V. hatte bereits Ende der 1990er Jahre mit ehrenamtlichem Engagement begonnen, Betroffene rechter und rassistischer Angriffe zu unterstützen. Dabei handelte es sich zunächst um eine Fortentwicklung von Konzepten unabhängiger AntifaschistInnen zur Stärkung von alternativen und nicht-rechten Jugendgruppen und -kulturen in Brandenburg und zur Unterstützung insbesondere von Flüchtlingen.

Die Rahmenbedingungen 2009

Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen ist alltäglicher Bestandteil des deutschen Alltags geworden. Die rechtsextreme NPD verfügt mittlerweile über 250 kommunale Mandate in West- und Ostdeutschland und ist in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen vertreten, ohne dass dies noch zu nennenswerten Gegenreaktionen führen würde. In Brandenburg gelang es der NPD bei den Landtagswahlen 2009, ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den vorherigen Landtagswahlen auf 2,5 Prozent fast zu verdoppeln; in Thüringen scheiterte die Neonazi-Partei nur knapp mit 4,3 Prozent der WählerInnenstimmen an der 5-Prozent-Hürde. Neonazistische Kameradschaften terrorisieren politische GegnerInnen in west- und ostdeutschen Kommunen; in Dortmund-Dorstfeld ebenso wie in der Innenstadt von Dresden. Allein im Jahr 2008 starben fünf Menschen, nachdem sie von Polizei bekannten Rechten angegriffen und brutal misshandelt wurden: Hunderte – alternative Jugendliche, antifaschistisch engagierte junge Erwachsene, Punks, Obdachlose, Flüchtlinge, MigrantInnen, Afrodeutsche und engagierte GewerkschafterInnen – wurden angegriffen und zum Teil erheblich verletzt.

Das Bundesinnenministerium hat im Jahr 2008 im gesamten Bundesgebiet 1 113 Fälle sogenannter politisch rechts motivierte Gewalt registriert – und verzeichnet damit im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von über 5 Prozent. Dass diese Zahlen ohnehin nur einen Ausschnitt der Realität abbilden, wird deutlich, wenn man sie mit den Erkenntnissen der Beratungsprojekte für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt vergleicht. Die Beratungsstellen haben für den gleichen Zeitraum über 800 rechte und rassistische Gewalttaten allein für die fünf genannten Bundesländer erfasst. Unterschiede zwischen den Sicherheitsbehörden und den Opferberatungsstellen gibt es auch bei der Wahrnehmung der tödlichen Dimension rechts und rassistisch motivierter Gewalt. Vier politisch rechts motivierte Tötungsdelikte haben die Opferberatungsstellen für 2008 registriert: den Mord an dem arbeitslosen 55-jährigen Meliorationstechniker Bernd K. am 22. Juli 2008 in Templin (Brandenburg), den Mord an dem 50-jährigen psychisch beeinträchtigten Hans-Joachim S. am 1. August 2008 in Dessau (Sachsen-Anhalt), die tödlichen Messerstiche eines rassistischen Gelegenheitstäters in Berlin-Marzahn gegen einen vietnamesischen Mann am 6. August 2008 und den Totschlag an dem nicht-rechten Kunststudenten Rick L. in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) am 16. August 2008 durch einen einschlägig vorbestraften Neonazi. Das Bundesinnenministerium erwähnt lediglich Rick L. und Bernd K. als Todesopfer rechter Gewalt. Als »Grenzfall« bewerten die Beratungsstellen die tödliche Misshandlung des 18-jährigen Marcel W. in Bernburg (Sachsen-Anhalt) durch einen ebenfalls Polizei bekannten, ein Jahr älteren Rechtsextremisten.

Das tatsächliche Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt kann insbesondere in den alten Bundesländern – wo es nach wie vor keine unabhängigen, spezialisierten Opferberatungsstellen und damit auch kein unabhängiges Monitoring über das Ausmaß der Gewalttaten gibt – nur erahnt werden. Zwei Studien aus dem Frühjahr 2009 verweisen auf erhebliche Dunkelfelder: Am 22. April 2009 veröffentlichte die Grundrechteagentur der Europäischen Union die Ergebnisse der ersten europaweiten Studie zu rassistischer Gewalt und Diskriminierung. Von den über 20 000 Befragten in 27 Ländern erklärten 12 Prozent, sie seien innerhalb des zurückliegenden Jahres Opfer einer rassistisch motivierten Gewalttat geworden; gleichzeitig wandten sich aber lediglich 20 Prozent der Betroffenen an die Polizei. Jährlich bleiben tausende Fälle von rassistischer Gewalt, Bedrohung und Diskriminierung unsichtbar, lautete daher die Schlussfolgerung der EU-Grundrechteagentur. Zudem seien rassistische Diskriminierung, Bedrohung und rassistisch motivierte Gewalt wesentlich weiter verbreitet, als in den offiziellen Statistiken angegeben und sichtbar. Morten Kjarum, Direktor der Grundrechteagentur, resümierte dann auch: »Die Untersuchung zeigt, wie hoch die Dunkelziffer bei rassistisch motivierten Straftaten und Diskriminierung in der EU wirklich ist. Die offiziellen Angaben zu Rassismus sind lediglich die Spitze des Eisbergs.«²

Die europaweiten Zahlen decken sich mit den Erkenntnissen aus einer Täter-Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen zu Jugendgewalt, deren Ergebnisse zu Jahresbeginn für Schlagzeilen sorgten. Danach erklärten rund 76 Prozent aller Jugendlichen, die rassistische Gewalttaten begangen hatten, dass sie nach der Tat keinerlei Kontakt mit Strafverfolgungsbehörden hatten. Analog dazu erklärten rund 80 Prozent derjenigen Jugendlichen, die Opfer einer Gewalttat waren, sie hätten keine Anzeige erstattet.³

Zwischen individuellen Erfolgen und gesellschaftlicher Ohnmacht

Die spezifischen Opferberatungsstellen haben in den zurückliegenden acht Jahren mehrere tausend direkt und indirekt Betroffene rechter, rassistischer und antisemitisch motivierter Gewalt unterstützt. Allein der Umfang, in dem das Beratungsangebot der Projekte trotz dünner Personaldecke und knapper finanzieller Ausstattung in den Flächenstaaten durch die Betroffenen, deren FreundInnen, Verwandte und soziales Umfeld in Anspruch genommen wurde und wird, ist ohne Zweifel als Erfolgsgeschichte zu werten. Dennoch, bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass es in den zentralen Feldern, die durch die Beratungsprojekte bearbeitet werden, vielerorts kaum Fortschritte gegeben hat. Dazu gehören: der Umgang der Sicherheitsbehörden mit politisch rechts motivierten Gewalttaten; deren Aufarbeitung durch die Justiz; die Berichterstattung der Medien und die damit einhergehen-

2 <http://fra.europa.eu/eu-midis/>.

3 <http://kfn.de>.

de öffentliche Wahrnehmung des Problems; die alltäglichen Lebensbedingungen von den zahlenmäßig größten Opfergruppen Flüchtlingen und MigrantInnen sowie alternative Jugendliche und junge Erwachsene sowie die Unterstützung der Betroffenen durch zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure und politisch Verantwortliche.

Mehrfache Viktimisierung: Opfer rassistischer Gewalt

Noch immer ist die statistische Wahrscheinlichkeit, als Flüchtling, MigrantIn oder schwarze Deutsche in den neuen Bundesländern Opfer einer rassistischen Gewalttat zu werden, um ein Vielfaches höher als in den alten Bundesländern. Dabei ist der Bevölkerungsanteil von MigrantInnen und Flüchtlingen in den neuen Bundesländern seit 1990 kontinuierlich gesunken und bewegt sich derzeit – mit Ausnahme einiger größerer Städte – bei unter zwei Prozent. Restriktivere Asyl-, Sozial- und Ausländerrechtsbedingungen beschneiden zudem die Spielräume der Betroffenen ganz erheblich, sowohl bei der Unterstützung der Betroffenen als auch in der Alltagsgestaltung. Besonders dramatisch ist die Situation von langjährig geduldeten Flüchtlingen, deren Asylanträge vor Jahren abgelehnt wurden, die aber aufgrund von Abschiebehindernissen – seien es fehlende Identitätspapiere oder aber Kriege in den Herkunftsländern – nicht abgeschoben werden und stattdessen mit drei- bis sechsmonatigen Duldungen »ein Leben im Wartezimmer auf ein eigenes Leben« führen, wie ein Betroffener eines rassistischen Angriffs es formulierte, der seit Jahren in Sachsen-Anhalt lediglich »geduldet« wird. Vielen dieser Flüchtlinge wird von den Behörden »Identitätsverschleierung bzw. -täuschung« vorgeworfen, weil sie bei der Ankunft in Deutschland – aus Unwissenheit oder auf Anraten der Schlepper – ihre Ausweispapiere vernichteten oder die Identitäten anderer annahmen. Sie haben keinerlei Chancen, von der sogenannten Altfallregelung zu profitieren, die zum Jahresende 2009 ausläuft. Diese Regelung, so hatte die Große Koalition vollmundig verkündet, sollte einem Großteil der rund 180 000 langjährigen Geduldeten einen verfestigten Aufenthalt verschaffen, sofern sie über ausreichend Wohnraum und Einkommen verfügten oder sich schnell eine Arbeitsstelle besorgen würden und keinerlei nennenswerten »Straftaten« begangen hätten.

Abgesehen davon, dass die Regelung beinahe unüberwindbare Hindernisse aufgebaut hat – denn die Wirtschaftskrise hat gerade in den Jobsektoren, zu denen die langjährig Geduldeten am leichtesten Zugang fanden, zu massiven Entlassungswellen geführt –, ist sie für die große Gruppe der sogenannten Identitätsverschleierer völlig wirkungslos. Doch es sind gerade die langjährig Geduldeten, die aufgrund des föderalen Verteilungssystems von AsylbewerberInnen in Deutschland, unter den Opfern rassistischer Gewalt in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands – neben schwarzen Deutschen – einen großen Anteil stellen. Denn sie können aus den Heimen in den kleinen Städten oder am Rande von Dör-

fern der ostdeutschen Bundesländer aufgrund ihres aufenthaltsrechtlichen Status nur in Ausnahmefällen – und nie ohne behördliche Genehmigung – wegziehen. Und sind so über die Jahre zu einer sehr kleinen, sehr isolierten gesellschaftlichen Minderheit ohne Rechte, ohne Partizipationsmöglichkeiten, ohne legale Arbeitsstellen und mit wenigen sozialen Kontakten in Regionen geworden, in denen bis zu 40 Prozent aller EinwohnerInnen offen erklären, dass »in Deutschland zu viele Ausländer« leben.

Und es ist diese Gruppe von »geduldeten« Opfern rassistischer Gewalt, bei deren Unterstützung die spezifischen Beratungsstellen nach einem rassistisch oder rechts motivierten Angriff mit den selbstgesteckten Zielen häufig scheitern (müssen): Denn die Betroffenen nach einem rassistischen Angriff zu stärken und gemeinsam mit ihnen und ihrem Umfeld Möglichkeiten und Perspektiven zu erarbeiten, um die Angriffsfolgen zu überwinden, ist angesichts der inhärent rassistischen ausländer- und sozialrechtlichen Restriktionen für »Geduldete« nur in sehr engen Grenzen möglich. Hinzu kommt zudem ein Alltagsrassismus, der alle Lebensbereiche durchziehen kann: Kitas, Schulen, Arbeitsstellen, öffentliche Verkehrsmittel, polizeiliche Kontrollmaßnahmen etc. Beide Faktoren verhindern die nach schweren Gewalttaten dringend notwendige Stabilisierung, damit die Betroffenen in einem subjektiven Zustand von Sicherheit, Schutz und Ruhe beginnen könnten, die Angriffsfolgen zu überwinden.

Ein Beispiel aus Sachsen-Anhalt

Am 24. Mai 2008 wird Aliou S. aus Zentralafrika in der 30 000-EinwohnerInnen-Stadt Burg bei Magdeburg gemeinsam mit einem Freund aus Saudi-Arabien Opfer eines schweren rassistischen Angriffs. Eine Gruppe von zehn Rechten hatte die beiden Männer vor der Diskothek »Night-Fly« im Stadtzentrum von Burg zunächst mit Sprüchen wie »Scheiß Neger« rassistisch beleidigt und sie dann tätlich angegriffen. Der Mann aus Saudi-Arabien erlitt durch Tritte u. a. einen Kreuzbandriss im Knie; Aliou S. wurde u. a. am Auge verletzt und trug Prellungen davon. Dennoch gelang es ihm, mit einem Handy den Notruf der Polizei zu verständigen. Als zwei Beamte nach etwa zehn Minuten mit einem Streifenwagen am Tatort eintrafen – die örtliche Polizeiwache ist rund hundert Meter vom Tatort entfernt –, waren die Angreifer noch vor Ort und riefen weiter rassistische Parolen. Doch anstatt die Personalien der Tatbeteiligten aufzunehmen, brachten die Beamten lediglich Aliou S. und seinen Freund ins Krankenhaus und weigerten sich anschließend zunächst sogar, eine Anzeige aufzunehmen.

Daher ist es auch wenig überraschend, dass nur gegen einen mutmaßlichen Tatbeteiligten über anderthalb Jahre nach dem Angriff Anklage erhoben worden ist. Die Mehrzahl der Angreifer wird straffrei ausgehen.

Für Aliou S. jedoch hatte der Angriff schwerwiegende Konsequenzen. Ärztliche Gutachten bescheinigen ihm eine posttraumatische Belastungsstörung. Schon vorher war sein Leben in Burg von Restriktionen und Unsicherheit bestimmt. Der zurückhaltende, schmale Endzwanziger Aliou S. kam vor knapp acht Jahren als Asylsuchender nach Deutschland; seit der Ablehnung seines Asylantrags vor fünf Jahren wird er in Sachsen-Anhalt lediglich »geduldet«. Aliou S. durfte nie offiziell einen Deutschkurs besuchen, darf keine Ausbildung machen und bekommt keine Arbeitserlaubnis. Trotzdem gelang es ihm, in Burg soziale Kontakte zu knüpfen: zu kirchlichen Flüchtlingshelfern und zu einigen wenigen deutschen Jugendlichen. Der Weg ins Stadtzentrum jedoch war schon vor dem Angriff mit vielen Ängsten behaftet. Rassistische Beleidigungen durch Kinder und Jugendliche gehören zu Aliou S. Alltag.

Der Angriff verstärkte sein Lebensgefühl permanenter Unsicherheit und Bedrohung erheblich. Lange Zeit verließ er das Flüchtlingsheim – eine ehemalige NVA-Kaserne am Stadtrand von Burg – so selten wie möglich. Schließlich musste er ständig damit rechnen, seinen Angreifern in der Stadt erneut zu begegnen. Als er dann mit Hilfe der Mobilen Opferberatung einen sogenannten Umverteilungsantrag ins nahe gelegene Magdeburg stellte, reagierten die Behörden ein knappes halbes Jahr gar nicht, bis sie den Antrag letztlich ablehnten. Im Juni 2009 – ein knappes Jahr nach dem Angriff – drohte die Ausländerbehörde Jerichower Land Aliou S. schließlich damit, ihn nach Guinea abzuschieben – offensichtlich, weil er es gewagt hatte, mit Hilfe der Mobilen Opferberatung landespolitisch verantwortliche PolitikerInnen auf das Verhalten der Ausländerbehörde aufmerksam zu machen und die Polizei für ihr Verhalten nach dem Angriff zu kritisieren.

Schon vorher hatte sich sein Zustand angesichts der Situation im Heim und des seinen ganzen Alltag bestimmenden Gefühls existenzieller Unsicherheit – ungesicherter Aufenthalt, Abschiebeandrohung, keinerlei Schutz vor erneuten Angriffen, zusätzlich zur verweigerten Hilfe der Polizei bei der Feststellung und Bestrafung der Angreifer, gekürzte Sozialleistungen und Verbot von Arbeitsaufnahme wegen angeblicher »Identitätsverschleierung« – für alle sichtbar beinahe täglich verschlechtert.

Erschwerend bei der Unterstützung von Aliou S. hinzu kam der in den ostdeutschen Flächenstaaten auch zwanzig Jahre nach 1990 weiterhin eklatante Mangel an interkultureller Infrastruktur und Expertise, beispielsweise in Hinblick auf mehrsprachige TherapeutInnen und Fachanwältinnen für Straf- und Ausländerrecht. Im Fall von Aliou S. gelang es erst mit Hilfe des »Fonds für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalttaten« beim Verein Miteinander, die notwendigen Mittel für die Fahrtkosten zur einzigen mehrsprachigen Anlaufstelle für traumatisierte Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt und zu einer französischsprachigen Fachanwältin für Strafrecht und Nebenklage in Berlin aufzubringen.

Praktische Solidarität ...

In dieser Situation wandte sich Aliou S. mit Hilfe der Mobilien Opferberatung und einer Handvoll UnterstützerInnen aus einer Kirchengemeinde in Burg sowohl an VertreterInnen der Landesregierung als auch an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung für seinen Wunsch nach einer Umverteilung nach Magdeburg und einem Bleiberecht als Opfer rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt. Einen entsprechenden Aufruf an Innenminister Holger Hövelmann (SPD) unterzeichneten innerhalb kürzester Zeit mehrere hundert Einzelpersonen, WissenschaftlerInnen, SPD-Parteifreunde des Ministers und Initiativen – sowohl aus Sachsen-Anhalt als auch aus dem gesamten Bundesgebiet. Das Ergebnis dieser sehr direkten Solidaritätsaktion: Innenminister Hövelmann sicherte wenige Wochen nach Veröffentlichung des Aufrufs zu, dass Aliou S. »bis zum Ende des Strafverfahrens gegen die Täter in Deutschland« bleiben dürfe und die Abschiebeandrohung dementsprechend vorerst ausgesetzt werde. Anfang Juli 2009 konnte Aliou S. dann endlich aus Burg wegziehen. Tatsächlich zugesetzt hatte Hövelmann offensichtlich vor allem der öffentlich geäußerte Vorwurf, eine Abschiebung von Aliou S. ermutige rechte und rassistische Gewalttäter regelrecht zu weiteren Angriffen; der Staat exekutierte damit die gewaltsame Forderung »Ausländer Raus« der extremen Rechten.

... und anhaltende Schikanen

Doch die konkreten Lebensumstände von Aliou S. verbesserten sich auch nach der Intervention des Innenministers nur scheinbar. In Magdeburg verteilte ihn die Ausländerbehörde in ein Fünf-Personen-Zimmer in einem Flüchtlingsheim am Rand der Stadt. Für Aliou S. bestand nun die reale Gefahr, dass dieses Leben in drangvoller Enge, Lärm, Unruhe und ohne Privatsphäre dazu führen würde, dass die Symptome seiner posttraumatischen Belastungsstörung chronisch würden. Mehrere Monate wartete Aliou S. auf eine Entscheidung der Ausländerbehörde Magdeburg über seinen Antrag auf eine eigene Wohnung – bis zum Redaktionsschluss ohne Ergebnis. Schließlich startete die Mobile Opferberatung einer »Patenschaftskampagne für einen Rückzugsraum«, um Aliou S. einen ruhigen Ort jenseits des Heimalltags zu beschaffen. Auch wenn sich inzwischen ein gutes Dutzend »PatInnen« gefunden hat, so dass Aliou S. tatsächlich im Oktober 2009 ein Rückzugsraum außerhalb des Heims in Magdeburg zur Verfügung steht, haben sich seine Rahmenbedingungen faktisch kaum verändert: Noch immer ist es ihm nicht erlaubt, eine Arbeit oder Ausbildung zu beginnen. Und sein Aufenthalt in Deutschland ist direkt abhängig von der Arbeit der Strafverfolgungsbehörden im Hinblick auf den rassistischen Angriff im Mai 2008. Die mangelnde politische Bereitschaft oder der mangelnde politische Mut von Innenminister Hövelmann, den Fall von Aliou S. als Anlass zu nehmen, sich auf Bundesebene für ein Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt aus humanitären Gründen einzusetzen und sich ge-

gen die Hardliner in den jeweiligen Ausländerbehörden durchzusetzen, hat fatale Konsequenzen für Aliou S. Für ihn ist ein Ende der Unsicherheit nicht absehbar und damit eine Überwindung der Angriffsfolgen unmöglich. Für rassistische Gelegenheitsschläger und Neonazis ist diese defensive Haltung des Innenministers eine faktische Ermutigung, ihr Ziel weiterzuverfolgen, MigrantInnen und Flüchtlinge durch Gewalt aus Deutschland zu vertreiben. Ermutigend ist in diesem Fall vor allem die Bereitschaft vieler Unbekannter in Sachsen-Anhalt und im gesamten Bundesgebiet, sich für ein Opfer rassistischer Gewalt zu engagieren und sich mit explizit politischer Kritik und Forderungen an einen Landesinnenminister zu wenden sowie Aliou S. ganz praktisch zu unterstützen.

Doch trotz aller Solidarisität und allen Engagements der Opferberatungsprojekte, an den politischen Rahmenbedingungen, dem institutionellen Rassismus der Ausländer- und Asylgesetzgebung und an dem Alltagsrassismus der Institutionen vor Ort können die Interventionen der Beratungsstellen wenig ändern. Die von den Beratungsstellen für Opfer rassistischer und rechter Gewalt seit vielen Jahren erhobene Forderung nach einem humanitären Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt scheidet mehr denn je am mangelnden politischen Willen der Zuständigen und der Schwäche antirassistischer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen.

Juristische Aufarbeitung rechter Gewalt

Zu den Kernbereichen der Unterstützungsangebote der spezialisierten Beratungsstellen gehört einerseits die Beratung der Betroffenen einer rechten oder rassistischen Gewalttat zu ihren Rechten, im Strafverfahren gegen die Täter als NebenklägerIn aufzutreten und damit aktiv die passive Rolle des oder der »Opferzeugin« zu verlassen und andererseits die Begleitung der Betroffenen für den Verlauf des gesamten Strafverfahrens. In der Praxis hat sich gezeigt, dass Betroffene rassistischer oder rechter Gewalt ohne NebenklagevertreterInnen allzu oft der Willkür und Ignoranz von Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern ausgeliefert sind, die vielerorts immer noch nicht bereit sind, Hinweise, Indizien und Zeugenaussagen, die auf eine rechte oder rassistische Tatmotivation verweisen, angemessen zu berücksichtigen oder überhaupt eine aktive Strafverfolgung auch nach schweren rechten oder rassistischen Gewalttaten zu betreiben.

Es gehört eher zu den oft wiederholten Binsenweisheiten aus der kriminologischen Forschung, dass die mangelnde juristische Aufarbeitung von rechten oder rassistischen Gewalttaten die Täter ermutigt und die Betroffenen sowie deren Umfeld weiter marginalisiert. Der Kreislauf ist bekannt: Je ineffektiver und inkonsequenter eine Strafverfolgung betrieben wird, desto mehr sinkt die Bereitschaft der Opfer, neue Gewalttaten zur Anzeige zu bringen und gegen die Täter auszusagen. Die Zahlen der offiziell registrierten rechten Gewalttaten sinken entsprechend, Be-

hördenvertreter erklären freudestrahlend, man habe das Problem im Griff, und organisierte Rechte ebenso wie deren Umfeld und rassistische Gelegenheitsschläger haben mehr Spielraum denn je.

Ein Musterbeispiel für diese Entwicklung ist der Landkreis Harz mit dem Gerichtsbezirk Halberstadt. Die Aufzählung der rechten Angriffe allein in Halberstadt – neben Frankfurt am Main das ehemalige Zentrum jüdisch-orthodoxen Lebens vor 1933 – seit Beginn der Projektarbeit der Mobilen Opferberatung würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Erinnerung sei hier lediglich an besonders exzessive Gewalttaten von Rechten: u. a. an die tödlichen Messerstiche eines Naziskins im April 2000 gegen den 60-jährigen Rentner Helmut Sackers, der nach dem lautstarken Abspielen des »Horst-Wessel-Liedes« durch seinen neonazistischen Nachbarn die Polizei gerufen hatte; an einen Angriff von zwei Dutzend Neonazis auf das soziokulturelle Zentrum ZORA e.V. mit einem lebensgefährlich verletzten ZORA-Besucher im August 2003; an den Angriff von einem Dutzend Rechter am »Herrentag« auf einen Flüchtling und einen Bundespolizisten im Mai 2005 sowie an den Angriff auf Mitglieder des Ensembles des Nordharzer Städtebundtheaters durch ein Dutzend rechter Schläger im Juni 2007. Bilanziert man die Strafverfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte, bleibt unterm Strich das bittere Resümee, dass in fast allen Fällen die Haupttäter entweder nicht ermittelt oder aber die Verfahren gegen mutmaßliche Haupttäter eingestellt wurden. Oder durch polizeiliche Pannen und schlampiges oder unprofessionelles Vorgehen von VertreterInnen der Staatsanwaltschaft sich die weiteren Ermittlungen so schwierig gestalteten, dass die Prozesse mit Freisprüchen endeten. Besonders unerträglich für die Betroffenen waren dabei oft die Ignoranz und Überheblichkeit, mit der Richter und Staatsanwälte eindeutige Hinweise auf rechte und rassistische Motive für die Angriffe als »Notwehrexzess«, »Auseinandersetzung unter verfeindeten Jugendgruppen«, »ganz normale Herrentagsschlägereien« oder »Kneipenschlägerei« abtaten und häufig versuchten, den Betroffenen aufgrund ihres Verhaltens eine Mitverantwortung für die jeweiligen Angriffe zuzuschreiben. Auch wenn das Vorgehen von Polizei und Justiz in jedem der genannten Beispielfälle nicht nur in den überregionalen Medien für massive Kritik und Empörung sorgte, sondern auch vor Ort eine sehr kontinuierliche Begleitung von Opfern rechter Gewalt durch das »Bürgerbündnis für ein gewaltfreies Halberstadt« in den Prozessen und in der Auseinandersetzung mit der Polizei stattfindet: Sobald dieses öffentliche Interesse auch nur für einen Moment erlahmt, geht vor Ort alles genauso weiter wie gehabt.

Zum Beispiel: Am Osterfeuer in Halberstadt

So wie beispielsweise am Ostersonntag 2009 während eines Osterfeuers auf der Halberstädter Jahnwiese. Schon bei seiner Ankunft wird der 15-jährige Oliver K. (Name geändert) aufgrund seines Punkoutfits und seiner gefärbten Haare aus einer

Gruppe von fünf bis sechs Rechten angepöbelt. Gegen 20.15 Uhr sucht Oliver seine Mutter auf dem Gelände und findet sie vor einem Bierstand. Plötzlich wird er aus einer Gruppe von drei Rechten erneut beleidigt: »Scheiß Zecke, du stinkst!« Nach einem kurzen Wortwechsel versetzt ihm einer der Rechten einen Faustschlag ins Gesicht. Während immer mehr Rechte einen Halbkreis um Mutter und Sohn bilden, leert sich der Platz rund um den Bierstand schlagartig. Wo vorher dichtes Gedränge herrschte, gehen die FestbesucherInnen jetzt schnell weiter. Obwohl sich Frau K., eine resolute, modisch gekleidete Frau Ende dreißig, schützend vor ihren Sohn stellt, versuchen mehrere Rechte weiter, an den Jungen heranzukommen – darunter auch ein stadtbekannter rechter Schläger mit dem Spitznamen »Sturmschritt«. Einer der Rechten droht Oliver K., ihn tozuschlagen, wenn er ihn das nächste Mal sieht. Während die Mutter mit den Rechten diskutiert, wird ihr Sohn hinter ihrem Rücken plötzlich zu Boden gerissen. Nur durch das beherzte Eingreifen eines Freundes kann der Betroffene sich schließlich aus dieser Situation befreien.

Eine Freundin der Mutter ruft unterdessen den Notruf der Polizei an. Frau K. macht schließlich ein Handyfoto der Angreifergruppe und kann die Situation so verändern. Einer der Rechten, ein junger Mann mit dem T-Shirt-Schriftzug »Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht«, posiert sogar selbstbewusst für ein Einzelfoto. Frau K. gelingt es, die Gruppe der Angreifer zu beruhigen, die sich daraufhin zurückzieht. Als schließlich zwei Polizeibeamte in Uniform am Tatort eintreffen, berichtet Frau K. von dem Angriff und bittet um eine verstärkte Bestreifung der Festwiese. Danach verlässt sie mit ihrer Freundin das Osterfeuer, während Oliver K. gemeinsam mit einem Freund auf Umwegen zum gemeinsamen Treffpunkt mit anderen Jugendlichen geht. Gegen 22 Uhr entdecken die beiden Punks plötzlich mehrere Rechte – und darunter auch einige der vorherigen Angreifer. Oliver K. und sein Freund rennen sofort weg, werden aber von der ganzen Gruppe verfolgt. Mit den Worten »Du bist doch die Scheiß Zecke von vorhin« tritt einer der Rechten Oliver K. von hinten die Beine weg, so dass er zu Boden geht. Mehrere Rechte treten gleichzeitig auf ihn ein. Als der Freund des Betroffenen über Handy die Polizei alarmiert, versuchen die Rechten auch ihn zu attackieren. Schließlich gelingt es dem Angegriffenen aufzustehen. Während ein Großteil der Angreifer flüchtet, drückt ihn einer noch am Hals gegen einen Zaun.

In dieser Situation bittet der 15-Jährige vorbeilaufende Feuerwehrmänner um Hilfe, die nur darauf verweisen, dass die Polizei gleich käme und nicht eingreifen. Als kurz darauf ein Funksteifenwagen der Polizei eintrifft, flüchten die Angreifer. Der Betroffene und sein Freund versuchen, den Beamten die Situation zu schildern und bitten sie, die Verfolgung der noch in Sichtweite laufenden Täter aufzunehmen. Die Polizisten bestehen aber darauf, zuerst die Personalien der beiden Betroffenen aufzunehmen, obwohl die Jugendlichen versichern, dass sie sich nicht entfernen würden, weil sie ja die Opfer seien.

Zunächst verschwieg das Halberstädter Polizeirevier den Angriff auf Oliver K. vollständig. Nachdem sich Frau K. allerdings über einen lokalen Radiosender an die Öffentlichkeit wandte und das polizeiliche Vorgehen massiv kritisierte, reagierte die Polizei mit erstaunlichen »Sofortmaßnahmen«: Eine detaillierte polizeiliche Pressemitteilung schilderte den Polizeieinsatz am Osterfeuer nach den Angriffen als vorbildlich, und der für Halberstadt zuständige Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Sachsen-Anhalt lud Oliver K., seine Mutter und die Mobile Opferberatung zu zwei Gesprächen. Dabei räumten höherrangige Polizeibeamte schnell Fehler beim Einsatz ein und versicherten, man werde alles tun, damit diese Fehler sich in zukünftigen Fällen rechter Gewalt nicht wiederholen. Gleichzeitig verwiesen die Beamten stolz auf ihre Fahndungserfolge – ihnen sei es gelungen, vier Tatverdächtige ausfindig zu machen. Kleinlaut gestanden sie auch, dass dieser Fahndungserfolg im Wesentlichen auf der Grundlage des geistesgegenwärtigen Fotografierens eines Täters durch Frau K. beim ersten Angriff beruhte. Doch während sich die Polizeispitze den Hauptbetroffenen gegenüber reumütig gab, wurde JournalistInnen auf Nachfrage nach dem Fall vor allem bedeutet, verantwortlich für den zweiten Angriff sei doch eigentlich Frau K., weil diese ihren minderjährigen Sohn nach dem ersten Angriff nicht mit nach Hause genommen habe – und dieser sei zudem augenscheinlich alkoholisiert gewesen ... Ähnlich äußerte sich auch ein Vertreter der Stadt auf Nachfragen von Kommunalpolitikern.

Auch die Halberstädter Justiz zeigte sich von ihrer alt bekannten Seite: Für Halberstädter Verhältnisse geradezu erstaunlich zeitnah hatte das Jugendschöffengericht am Amtsgericht Halberstadt in dem Strafverfahren gegen einen 17- und 18-jährigen Angeklagten aus der rechten Szene u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung zwar eine Hauptverhandlung bereits im August 2009 terminiert. Doch Amtsrichter Balko verweigerte Oliver K. die Zulassung als Nebenkläger mit der Begründung, die Nebenklage könne »ein Verhandlungsklima« schaffen, das dem Erziehungsgedanken zuwiderlaufe ... Inzwischen hat das Landgericht Magdeburg diesen Beschluss nach Beschwerde des Betroffenen aufgehoben; ein neuer Termin für die Hauptverhandlung steht noch nicht fest.

Doch für die mutmaßlichen Täter und deren Umfeld steht das Ergebnis offenbar schon fest: Oliver K. wurde an seiner Schule mehrfach bedroht und inzwischen erneut von Rechten angegriffen. Und der Haupttäter griff Mitte Juni 2009 gemeinsam mit zwei weiteren Rechten nach dem Ruf »Scheiß Zecken, ihr seid es nicht wert zu leben« gezielt zwei alternative Jugendliche in der Nähe des soziokulturellen Zentrums ZORA e.V. in Halberstadt an. Halberstädter Kontinuitäten bedeutet auch, dass seit 1990 hier inzwischen eine vierte Generation von selbstbewussten extremen Rechten heranwächst, die von der ersten Generation – den Neonazi-Schlägern der »ersten Stunde« in den Enddreißigern – vor allem eines vermittelt bekommen, nämlich dass sie nur selten für ihr Handeln zur Ver-

antwortung gezogen werden und kaum mit gesellschaftlichen Nachteilen rechnen müssen, wenn sie aktiv in der Szene rechter Cliques, neonazistischer Kameradschaften und NPD auftreten.

Angesichts des zunehmenden Kostendrucks in der Justiz erweisen sich die erweiterten Rechte von Opfern u. a. durch das neue Opferrechtsreformgesetz in der Praxis immer wieder schwer durchsetzbar. So wurden beispielsweise sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Brandenburg Betroffenen von rechten Gewalttaten, denen die Gerichte Prozesskostenhilfe für die Nebenklagevertretung in den Hauptverhandlungen gegen die Täter gewährt hatten, am Ende genau diese Nebenklagevertretungskosten doch noch in Rechnung gestellt. Mit der Begründung: zwar seien die Täter rechtskräftig verurteilt und auch zur Übernahme der Kosten für die Nebenklage verurteilt, aber da die Täter dieses Geld nun einmal nicht hätten, müssten die Opfer selbst zahlen.⁴

In anderen Fällen, in denen die Gerichte beispielsweise MigrantInnen mit Verweis auf die vermeintlich »einfache Sach- oder Rechtslage« oder dem freundlichen Ratschlag, die Betroffenen könnten ihre Rechte hinreichend selbst wahrnehmen, die Beordnung von Nebenklagevertretern unter Bewilligung von Prozesskostenhilfe verweigerten, wäre ohne die Kostenübernahme durch den »Hilfsfonds contra Rechtsextremismus« des Deutschen Anwaltsvereins oder auch den Weißen Ring eine Nebenklagevertretung nicht möglich gewesen. Angesichts von RichterInnen und StaatsanwältInnen, die immer noch davon ausgehen, dass Rechte Springerstiefel und Glatze tragen oder Mitglieder in »nationalsozialistischen Organisationen« sein müssen und offenbar jede Fortbildung zum Thema »moderne Nazis« erfolgreich vermeiden, ist die Notwendigkeit von Nebenklagevertretungen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt mehr denn je offensichtlich. Hinzu kommt, dass sich – zumindest in Sachsen-Anhalt – auch an der vielfach kritisierten langen Verfahrensdauer zwischen Tat und Hauptverhandlung kaum etwas geändert hat. Zuletzt sorgte im September 2009 ein Prozess gegen zwei bundesweit aktive Neonazi-Kader wegen eines gezielten Angriffs auf drei Antifaschisten aus Sachsen-Anhalt für Schlagzeilen, der mit Einstellungen unter Erteilung von Geldauflagen endete, weil die angeklagte Tat schon mehr als vier Jahre zurücklag.

Rechte Gewalt und Medien

Die Perspektive der Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt, im medialen und gesellschaftlichen Diskurs über Rechtsextremismus und Rassismus verankern und den Opfern Gehör zu verschaffen, war und ist eine der zentralen Zielsetzungen der Opferberatungsstellen. Im Rückblick auf die vergangenen acht Jahre lässt sich vor allem ein ereignisabhängiges Interesse in den überregionalen Medien beobachten.

4 Justizkasse Potsdam 23 KlS 15/06; Amtsgericht Burg Gs 22 Ls 471 Js 7385/04; Amtsgericht Burg NZS 22b Ls 428 Js 8471/05 PKH.

Waren es bis Ende der 1990er Jahre vor allem überregional arbeitende JournalistInnen, die durch investigative Recherchen Versäumnisse und Skandale im Zusammenhang mit rechten Gewalttaten aufdeckten und für Schlagzeilen sorgten, während viele Regionalmedien entweder gegen die »NestbeschmutzerInnen« von außen ins Feld zogen oder rechte Gewalt in der Darstellung entpolitisierten, hat sich das Selbstverständnis einiger RegionaljournalistInnen erheblich verändert. Jetzt sind sie es, die – oft im Austausch mit den Beratungsstellen – dafür sorgen, dass rechte Gewalt überhaupt noch im öffentlichen Diskurs auftaucht. Überregional hingegen ist es Besorgnis erregend, wie schnell der Trend, Rechtsextremismus wieder als »weiches Thema« zum ungeliebten Stiefkind des Politikteils zu erklären, erneut um sich greift.

Wie ausschlaggebend eine kontinuierliche Berichterstattung über rechte Aktivitäten, rechte Gewalt und Versagen von Strafverfolgungsbehörden sein kann, zeigt sich u. a. in Thüringen: Hörfunk und Bildberichterstattung halten das Thema Rechtsextremismus und rechte Gewalt hier – ganz auf Landesregierungslinie – auf Sparflamme; und überregionale MedienvertreterInnen verirren sich in Zeiten knapperer Reisebudgets und gedeckelter Recherchekosten nur noch selten in die Thüringer Berge. Auf Informationen einer unabhängigen Opferberatungsstelle können sie – mit Ausnahme der Region Gera – auch nicht zurückgreifen, weil deren Träger sich ebenfalls konsequent auf Landesregierungslinie befindet und das Beratungsangebot ohnehin nur rudimentär ist.

So verwundert es auch kaum, dass über den Angriff von mehreren Rechten auf den damals 19-jährigen Punk Thomas M. (Name geändert) kurz nach Mitternacht am 10. Februar 2008 in der thüringischen 5000-Einwohnerstadt Berga (Elster) mit Ausnahme des »Neuen Deutschland« in keiner einzigen überregionalen Tageszeitung berichtet wurde. Dabei sind nicht-rechte und alternative Jugendliche und junge Erwachsene in Berga seit Langem Ziel rechter Angriffe. Immer wieder gefährdet sind insbesondere das nicht-rechte Kultur- und Wohnprojekt »Grünes Haus« und seine BewohnerInnen und Gäste. Die lokale Neonazi-Szene hat gute Verbindungen u. a. ins sächsische Mylau, wo Neonazis und NPD mit einem eigenen Ladengeschäft und mit festen Strukturen seit Jahren nicht-rechte BewohnerInnen des Ortes terrorisieren. Das Ausmaß der Verankerung der extremen Rechten in der Region wurde zuletzt am 11. Juli 2009 deutlich, als beim NPD-Fest »Rock für Deutschland« im nahen Gera rund 4000 Neonazis aus Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande, Österreich, Schweiz und anderen Ländern anreisten.

Wer hier aufgrund seines Äußeren oder dezidiert nicht-rechter Aktivitäten und Einstellungen auffällt, muss damit rechnen, von organisierten Rechten und deren Umfeld sowohl aus Berga als auch aus Teichwolframsdorf bedroht oder mit Gewalt angegriffen zu werden. So wie Thomas M. in jener Februarnacht vor einhalb Jahren vor der Stadthalle. Zunächst wurde er massiv beleidigt und beschimpft und erhielt dann laut Augenzeugenberichten mindestens einen massiven Schlag, durch den er zu Boden ging. Als Zeugen einschritten und Rettungskräfte alarmier-

ten, verließen die Angreifer den Vorplatz der Stadthalle. Thomas M. wurde in der gleichen Nacht mit dem Rettungshubschrauber in eine Klinik geflogen, weil durch den Angriff eine starke Blutung im Kopf aufgetreten war. Dass er die Angriffsfolgen überlebt hat, ist eher ein Wunder. Mehrere Wochen lang lag Thomas M. im Koma und musste dann ein knappes halbes Jahr in Reha-Kliniken behandelt werden. Durch den Angriff hat er bleibende körperliche Schäden davongetragen und seinen Ausbildungsplatz verloren.

Dass es überhaupt zu einer Verurteilung eines Täters im September dieses Jahres wegen schwerer Körperverletzung durch das Amtsgericht Gera gekommen ist, schien lange Zeit undenkbar. Denn die Strafverfolgungsbehörden in Berga und Umgebung verschwiegen der Öffentlichkeit nicht nur die Tatsache, dass es sich bei dem Angriff auf den 19-Jährigen um eine politisch rechts motivierte Gewalttat gehandelt hatte. Ein knappes Jahr lang zeigte die Staatsanwaltschaft Gera auch keinerlei Interesse an der Strafverfolgung der sehr schnell namentlich bekannten mutmaßlichen Täter. Zum Jahresende 2008 schien es gar, als würde die Staatsanwaltschaft Gera das Verfahren einstellen. Erst als die Mutter von Thomas M. Kontakt zur Mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt aufnahm und das ARD-Fernsehmagazin »Kontraste« Ende Dezember 2008 intensiv über den Angriff auf Thomas M. und die schleppenden Ermittlungen recherchierte, änderte sich der Umgang der Strafverfolgungsbehörden. Die Staatsanwaltschaft Gera erhob nun Anklage wegen schwerer Körperverletzung gegen den inzwischen 19-jährigen Oliver L. und den gleichaltrigen Marius M. Unstrittig war für die Anklagebehörde plötzlich auch, dass der Betroffene angegriffen wurde, weil er als Punk zu all jenen gehört, die im rechtsextremen Weltbild Zielscheibe entgrenzter Gewalt sind.

Im Prozess gegen die zwei Angeklagten, der von Juli bis September 2009 am Amtsgericht Gera stattfand, wurde auch deutlich, wie selbstverständlich und allumfassend eine extrem rechte Jugendkultur inzwischen verankert ist. Eine Zeugin erklärte auf Nachfrage des Nebenklagevertreters über das in SchülerVZ-Foren verwendete Kürzel »TNT«, dass es für »Teichdorfer Nazitruppe« stehe, eine andere stellte auf die Frage nach den Besuchen von NPD-Veranstaltungen und Konzerten eines Angeklagten nur lapidar die Gegenfrage: »Welche denn und in welchem Jahr?« und bejahte, ohne zu zögern, dass die Angeklagten rechte Musik hören würden – »auch verbotene rechte Musik«, wie sie ergänzte. Deutlich wurde auch, dass das Umfeld der Angeklagten eine Zeugin nach belastenden Aussagen bei der Polizei bedroht hatte.

Ohne die Recherchen von »Kontraste« wäre es weder zu dem Prozess noch zu der Verurteilung eines Angeklagten gekommen. Diesem Beispiel stehen viele Fälle ähnlich gravierender Gewalttaten durch rechte und rassistische Schläger entgegen, die allenfalls noch als Randnotizen der Agenturen veröffentlicht werden – und in denen die Perspektive der Betroffenen kaum oder gar nicht beachtet wird. In denjenigen Fällen, in denen es dann eventuell mit Glück zu einer Strafverfolgung der TäterInnen kommt, erweist es sich für Betroffene ohne Unterstützung durch

spezifische Beratungsprojekte und/oder NebenklagevertreterInnen als äußerst schwierig, eine Würdigung der rechten Tathintergründe zu erreichen. Fehlt diese Würdigung aber, ist es zunehmend komplizierter, beispielsweise eine Billigkeitsentschädigung für Opfer rechtsextremer oder rassistischer Gewalt durch das Bundesamt für Justiz zu erhalten.

Die besonderen Schwierigkeiten des ländlichen Raums

Wer im ländlichen Raum Opfer eines rechten oder rassistischen Angriffs wird, hat zumeist mit einem Bündel von zusätzlichen Schwierigkeiten zu kämpfen – einige davon werden in den Beispielfällen dieses Artikels ohnehin deutlich. Zu diesen erschwerenden Umständen gehören u. a. Faktoren wie: je kleiner der Ort, in dem der/die Betroffene lebt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die rechten Angreifer und deren Freunde wissen, wo der/die Betroffene lebt, wo Angehörige leben, wo der/die Betroffene zur Schule geht oder arbeitet, wie Schulwege aussehen, wo der/die Betroffene seine bzw. ihre Freizeit verbringt und mit wem ... Kurzum: die Möglichkeit, Distanz und damit Sicherheit vor weiteren Angriffen herzustellen, ist kaum gegeben. Hinzu kommt, dass oftmals örtliche Polizeibeamte und Honoratioren dazu neigen, den politischen Kern von rechten Angriffen – insbesondere gegen alternative, nicht-rechte oder linke Jugendliche – zu negieren und zu verharmlosen ... Schließlich kennt man sich ja ... Oft steigt dadurch der Druck, Strafanzeigen zurückzuziehen bzw. gar nicht erst zu stellen. Und dadurch wiederum erweitert sich der Spielraum für die Tätergruppen, weiter zuzuschlagen, während sich die Bewegungsräume für die potenziell Betroffenen verringern. Es sind die hier in den Fallbeispielen beschriebenen Dynamiken gesellschaftlicher Organisation und staatlicher Präsenz im ländlichen Raum, die erheblich dazu beitragen, dass es Landstriche in den neuen Bundesländern – und nicht nur dort – gibt, in denen die vierte Generation rechter Schläger und Kameradschaftsaktivisten den Ton angibt. Während die Betroffenen und potenziell Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt alles daran setzen, diese Regionen zu verlassen – sobald sie alt genug sind oder, in Fällen von Bezug staatlicher Transferleistungen bzw. bei Flüchtlingen, die Behörden ihnen einen Umzug genehmigen.

Noch immer eine Frage der Wahrnehmung

Im Jahr 2001 beschlossen die Bundesinnenminister eine Reform der Erfassungskriterien für politisch motivierte Kriminalität (PMK), die seitdem bundeseinheitlich gelten und einen Paradigmenwechsel in der Erfassung politisch rechts motivierter Gewalt bedeuten (könnten). Als politisch rechts motiviert sind Straf- und Gewalttaten dann einzustufen, »wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/

oder Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie (...) gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder Objekt richtet.«

Trotz aller Probleme bei der Umsetzung war es den Opferberatungsstellen in den neuen Bundesländern und Berlin lange Zeit unter Berufung auf diese Kriterien möglich, das genauere Registrieren politisch rechts motivierter Gewalttaten einzufordern und damit letztendlich eine Veränderung in der Wahrnehmung des Ausmaßes rechter Gewalt zu bewirken. In einzelnen neuen Bundesländern gab es zwischenzeitlich auch einen Abgleich zwischen den »PMK-Rechts«-Fällen, die das jeweilige LKA registriert hatte, und Fällen, die den Opferberatungsprojekten bekannt geworden waren und die entweder ohnehin öffentlich waren oder in denen die Betroffenen der Veröffentlichung zugestimmt hatten. Ziel dieses Abgleichs war es aus Sicht der Opferberatungsstellen, eine möglichst realistische Wahrnehmung über das Ausmaß rechter Gewalt durch politisch Verantwortliche zu erreichen. Bei diesen Vergleichen lagen und liegen die Zahlen der Beratungsstellen zumeist um ein Drittel höher als die Zahlen der Sicherheitsbehörden. Dies lässt sich einerseits daraus erklären, dass die Beratungsstellen auch Angriffe erfassen, die nicht angezeigt wurden; andererseits wurde aber auch deutlich, dass das polizeiliche Wahrnehmungsproblem bei der Erfassung rassistischer Gewalttaten erheblich geringer ist als bei der Anerkennung von rechten Angriffen auf alternative, linke und nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene als politisch rechts motivierte Gewalt – der seit Jahren zahlenmäßig größten Opfergruppe. Ebenfalls deutlich wurde, dass die Opferberatungsprojekte von rund einem Drittel der durch die Sicherheitsbehörden erfassten »PMK-Rechts«-Gewalttaten vor den Abgleichen nichts erfahren hatten – was u. a. auf das Problem verweist, dass etliche politisch rechts motivierte Angriffe in den täglichen Pressemitteilungen der Polizei nicht oder nicht als solche erkennbar vorkommen.

Inzwischen hat es eine Reihe von Änderungen in den Ausführungsbestimmungen zu den 2001 verabschiedeten Erfassungskriterien gegeben, ohne dass Medien, Beratungsstellen und andere Interessierte bislang von den Wortlauten Kenntnis haben. Deutlich ist jedoch, dass die Praxis der Erfassung bzw. der Meldung von »PMK-Rechts«-Gewalttaten sowohl vom politischen Willen der polizeilichen Führungsebene und deren politisch Verantwortlichen abhängt, die Umsetzung der Kriterien auch zu kontrollieren, als auch von der Bereitschaft und den Kompetenzen der polizeilichen Basis, diese Kriterien auch anzuwenden. Wie groß dabei die Lücken mancherorts sind, wurde ebenfalls in dem oben genannten Prozess nach dem Angriff auf Thomas M. in Berga deutlich. Bei der Befragung des zuständigen Ermittlungsleiters im Polizeirevier Berga durch den Vertreter der Nebenklage

erklärte der Beamte, der Fall sei auf Intervention seines Vorgesetzten nicht dem polizeilichen Staatsschutz in Gera gemeldet worden.

Ein unabhängiges Monitoring der offiziellen Zahlen ist auch in den Bundesländern mit Opferberatungsstellen nicht einfach – und wesentlich darauf angewiesen, dass OppositionsparlamentarierInnen wie Petra Pau (Die Linke) im Bundestag und im Landtag mit kleinen Anfragen detailliert und kontinuierlich die offiziellen »PMK-Rechts«-Zahlen der Sicherheitsbehörden abfragen. Wo beides nicht gegeben ist, kann – wie beispielsweise in Hessen oder Bayern – kaum davon ausgegangen werden, dass die offiziellen Zahlen das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt auch nur annähernd realistisch abbilden.

Rechte Gewalt als gesellschaftliches Problem anerkennen

Dass die Bilanz nach acht Jahren zwiespältig ausfällt, kann kaum verwundern. Schließlich ist der Umgang mit Rechtsextremismus, rechter Gewalt und deren Opfern auch immer ein Spiegelbild davon, wie eine Gesellschaft und die politisch Verantwortlichen mit Minderheiten umgehen und wie ernst sie die Interessen und Forderungen dieser Minderheiten nehmen – und ob sich diese Minderheiten ein gesellschaftliches Gehör verschaffen können. In den vergangenen acht Jahren ist es den Opferberatungsprojekten immer wieder gelungen, den Betroffenen Gehör zu verschaffen und in Einzelfällen tatsächlich auch eine Erfüllung von Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen durchzusetzen.

Dazu waren und sind die Beratungsstellen auf die Solidarität der vielbeschwo- renen Zivilgesellschaft in den kleinen und großen Kommunen der jeweiligen Bundesländer angewiesen. Und hier fällt die Bilanz besonders zwiespältig aus: Manches preisgekrönte Bündnis gegen Rechts organisiert wesentlich lieber Mahn- wachen gegen NPD-Aufmärsche, als sich mit den »Schmuddelkindern« in der eigenen Stadt zu solidarisieren, die von rechten Schlägern bedroht und terrori- siert werden. Anderenorts hingegen ist es die Solidarität einfacher BürgerInnen und kommunaler VerantwortungsträgerInnen, die es MigrantInnen ermöglicht, nach einem Brandanschlag auf ihren Laden oder ihre Gaststätte weiterzumachen. Denn selbst in den Fällen, in denen die Täter gefasst werden können, kommen die Rechten oft nicht für die von ihnen verursachten Schäden auf. Damit sind die Betroffenen und ihre Familien häufig ganz erheblicher materieller Not ausgesetzt, denn in den wenigsten Fällen decken die Versicherungen die Schäden ab. Umso notwendiger ist dann konkrete Unterstützung, so wie im Fall der Familie P., deren Imbiss in der brandenburgischen Stadt Rathenow im November 2008 von rechten Jugendlichen komplett verwüstet und mit Parolen wie »HaSS« und »Hitler live« besprüht wurde. Die Täter mischten sogar Rattengift unter die Lebensmittel, die sich im Imbiss befanden. Als sie schließlich gefasst und verurteilt wurden, war schnell deutlich, dass sie für den Schaden von über 3 000 Euro nicht aufkommen

konnten, den sie verursacht hatten. Einem Spendenaufruf der Stadtverwaltung und der Opferperspektive schlossen sich auch die Stadtverordneten an. Zudem sammelten Mitglieder des städtischen Kinder- und Jugendparlaments gemeinsam mit Mitarbeitern der Opferperspektive auf dem Marktplatz der Stadt am 23. Dezember 2008 öffentlich Spenden und ließen sich auch durch die offensive Präsenz der NPD nicht einschüchtern. Schließlich wurden die Spendengelder in Höhe von über 1 300 Euro öffentlichkeitswirksam durch den Bürgermeister der Stadt, eine Vertreterin des Kinder- und Jugendparlaments sowie einen Vertreter der Opferperspektive an die Familie P. übergeben.⁵ Das Ziel: konkrete Solidarisierung mit der Familie durch materielle Existenzsicherung sowie ein klares Zeichen an die Täter und deren potenzielle Nachahmer, dass politisch Verantwortliche ebenso wie breite Kreise der Bevölkerung die Betroffenen nicht allein lassen und das Ziel, sie durch rassistische Gewalt zu vertreiben, nicht dulden.

Derartig eindeutige Zeichen der Solidarität sind keineswegs selbstverständlich. Immer wieder sehen sich Betroffene rechter Gewalttaten oder deren Angehörige mit erheblichen Schikanen durch Behörden in Trägerschaft der Kommune oder des Landkreises ausgesetzt. Anstatt unbürokratischer Unterstützung in einer extremen Situation erfahren sie Missachtung und Misstrauen. So wie beispielsweise die Angehörigen eines im August 2008 getöteten 19-jährigen Nicht-Rechten, der in Bernburg (Sachsen-Anhalt) von einem Polizei bekannten Rechten erstochen wurde. Nachdem das örtliche Bürgerbündnis in der 30 000-Einwohner-Kommune, in der die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten (JN) Unterschlupf gefunden hat, den Angehörigen des 19-Jährigen durch Spenden die Fahrten zum Gerichtsprozess gegen den Täter am Landgericht Magdeburg ermöglichen wollte, drohten Vertreterinnen der Kommune damit, die staatlichen Transferleistungen für die Angehörigen um die entsprechende Summe zu kürzen.

An der Notwendigkeit, die professionelle Beratung und Unterstützung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt weiter auszubauen und auch in den alten Bundesländern zu etablieren, besteht kein Zweifel. Doch ob es den Beratungsprojekten ähnlich wie im Herbst 2006 nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern noch einmal gelingt, unter veränderten bundespolitischen Vorzeichen eine Förderung dieses dezidiert parteilichen und politischen Beratungsansatzes durchzusetzen, ist fraglich. Zum einen will die CDU nun mit Hilfe der FDP ihr im Jahr 2006 nicht durchsetzbares Konzept verwirklichen und die Bundesprogramme gegen jeglichen »Extremismus« in Stellung bringen – insbesondere gegen Linksextremismus und Islamismus, wie die sogenannten Extremismusexperten der CDU und FDP während der Verhandlungen zum Koalitionsvertrag erklärten.⁶ Analog dazu heißt es im Koalitionsvertrag dann auch: »Die Aufgabenfelder des Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie

5 <http://www.opferperspektive.de/Home/824.html>.

6 »Die Tageszeitung« v. 22. 10. 2009 »Schwarz-Gelb verharmlost Nazigewalt«.

und Toleranz sollen auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden.«⁷ Zumindest in den Koalitionsverhandlungen haben offenbar die FreundInnen der Totalitarismustheorie endgültig Oberhand gewonnen und eine Lieblingsidee des bisherigen Innenministers Wolfgang Schäuble (CDU) verfolgt, nach Gutdünken Rechtsextremismus – immerhin ein Problem der Mehrheitsgesellschaft – mit Islamismus und »Linksextremismus« gleichzusetzen. Noch ist nicht ausgemacht, welche Konsequenzen diese vollmundigen Ankündigungen für die Ausgestaltung neuer Bundesprogramme ab 2011 und die konkreten Beratungsprojekte haben werden. Doch grundsätzlich gilt: Die Förderung der Opferberatungsprojekte ist auch ein Gradmesser dafür, inwieweit rechte Gewalt als gesellschaftliches Problem ernst und wahrgenommen wird – und hier zeigen sich ein erschreckender Gewöhnungseffekt und Abwehrmechanismus selbst bei tödlichen rechten Gewalttaten. Und ob Opfer schwerster rassistischer und rechter Gewalttaten lediglich in Sonntagsreden erwähnt werden oder ob ihre Perspektive tatsächlich ernst genommen und die Solidarität mit ihnen materiell unterlegt wird.

7 <http://npd-blog.info/2009/10/22/bundesprogramme-gegen-rechtsextremismus-ohne-zukunft/>, eingesehen am 22. 10. 2009.

Verwischte Ziele

*Warum die Bemühungen gegen Nazi-Strukturen
seit knapp 20 Jahren immer wieder scheitern*

1. Die 1990er Jahre – ein erster Versuch

Die Geschichte der Programme gegen die Nazi-Jugendkultur im wiedervereinigten Deutschland begann bereits im Mai 1991. Die damalige Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel, beschloss zu diesem Zeitpunkt das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG), das in zwei Modellphasen von 1992 bis 1997 umgesetzt wurde.¹

Nicht erst nach seinem Ende wurde massive Kritik am Konzept und den Auswirkungen des Programms laut. Gestützt auf überwiegend unqualifiziertes Personal, das mit Mitteln der Arbeitsämter angestellt worden war, wurde in der ehemaligen DDR eine Struktur von Vereinen geschaffen, die ganz allgemein mit Jugendarbeit begannen. Bezogen auf die sich rasant entwickelnde Nazi-Subkultur hieß der verbindliche Slogan »akzeptierende Jugendarbeit«. Dahinter stand theoretisch ein von Anfang an in seinen Grundprämissen umstrittenes sozialarbeiterisches Konzept, das der Pädagoge Franz Josef Krafeld zusammen mit einem Team aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern Ende der achtziger Jahre in Bremen entwickelt hatte, um die von einer örtlichen Nazigruppe ausgehende Gewalt einzudämmen (vgl. Krafeld 1993; Heim 1992).

Dieses Konzept sah die Akzeptanz der Nazis als Nazis vor, um so eine sozialarbeiterische Intervention zu ermöglichen, die in erster Linie persönliche Probleme als Ursachen der Gewalttätigkeit und politischen Haltung bearbeiten sollte. Das provozierte Einwände, die sich vor allem gegen die Fixierung auf den gewalttätigen Ausdruck und die allgemeine Entpolitisierung der Einstellungen richteten (vgl. Norddeutsche Antifagruppen 1997; Buderus 1998).

Doch ganz unabhängig von ihrer theoretischen Fragwürdigkeit hatte die unqualifizierte Umsetzung der Konzeption verheerende Folgen. Statt irgendeiner Form der problembewussten Auseinandersetzung mit Nazis stellten die Angebote der Szene vielfach einfach eine Struktur zur Verfügung: Treffpunkte, Kampfsportkurse, Proberäume für Bands und mitunter auch soziale sowie juristische Beratung.² Am Ende verfehlte das Programm so nicht nur sein Ziel, es trug im Gegenteil sogar zur Durchsetzung und zum Ausbau von Nazi-Strukturen bei.

Das Desaster des »Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt« lässt sich rückblickend auf die Verharmlosung des Nazi-Problems zurückführen, die

1 Vgl. zur Dokumentation und konzeptionellen Ausrichtung des Programms (Fuchs 1997).

2 Für Beispiele aus Leipzig vgl. Affolderbach 2000.

es ermöglichte, es als Problem desorientierter, gewalttätiger Jugendlicher darzustellen. Verharmlosend war die Ausrichtung des Programms zunächst aufgrund der bereits erwähnten Ausblendung des politischen und ideologischen Charakters der um sich greifenden Bekenntnisse zu offen nationalsozialistischen Positionen. Entsprechend wurden solche Bekenntnisse als Ausdruck sozialer Problemlagen, jugendtypischen Aufbegehrens oder allgemeiner Desorientierung aufgrund des Systemwechsels im Osten behandelt.

Die politische Auseinandersetzung unterblieb. Die eingesetzten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wurden dafür weder vorbereitet noch dabei unterstützt. Stattdessen herrschte die Tendenz zur verständnisvollen Duldung – zu oft waltete sogar Akzeptanz – nationalsozialistischer Überzeugungen und der ihnen entsprechenden Äußerungen bis hin zu tätlichen Übergriffen.

Die verständnisvolle, verharmlosende Grundhaltung blieb aber nicht nur auf den unmittelbaren Wirkungsbereich des Programms – die Jugendarbeit – beschränkt. Die dort entwickelten Deutungsmuster fanden sich auch in den Stellungnahmen der Politik und von Strafverfolgungsbehörden und Justiz, so dass während der 1990er Jahre auch von diesen Sphären in erschreckendem Ausmaß unbehelligt der Aufbau von Nazi-Strukturen erfolgte (vgl. Kleffner 2008).

Doch nicht nur die Deutung des Nazi-Problems als soziales Problem erwies sich im Rahmen des Programms des damaligen Innenministers als kontraproduktiv. Auch die Definition seiner Zielgruppe war in zweierlei Hinsicht unglücklich.

So führte die Ausrichtung auf Jugendliche nicht nur dazu, dass deren Einbindung in Organisationen und informelle Strukturen von Nazis kaum wahrgenommen wurde, auch die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Hintergrund jugendlicher Nazi-Begeisterung musste so ausbleiben. Nationalismus, rassistische, antisemitische und andere diskriminierende Einstellungen etwa gegen Schwule oder Obdachlose wurden aber nicht nur von Jugendlichen geteilt. Genauso wie zu einem autoritären Staatsverständnis, um nur ein weiteres Element der nationalsozialistischen Ideologie zu nennen, fanden sie in einem ernst zu nehmenden Teil der erwachsenen Gesellschaft ebenfalls Zustimmung (vgl. Decker/Brähler 2006; Heitmeyer 2002 ff.).

Diese Zustimmung ging so weit, dass selbst Jugendsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter Versatzstücke der nationalsozialistischen Weltanschauung als normalen Teil der politischen Meinungsvielfalt, wenn nicht gar des gesunden Menschenverstandes, erachteten (vgl. Jilek 1998). Damit verengte sich die Aufgabenstellung aber noch mehr. Vorrangige Zielgruppe des Programms waren gewalttätige bzw. aggressive Jugendliche, die sich selbst der Nazi-Szene zuordneten.

Vor allem dort, wo die Möglichkeiten der Jugendarbeit beschränkt waren – also vor allem in vielen ländlichen Räumen mit ihrer ohnehin oft unzureichenden Infrastruktur –, hieß das jedoch auch, dass alle die keine offensiven Nazis waren, nicht in den Genuss von Jugendeinrichtungen kamen. Diese waren dem damals fast ausschließlich geförderten Konzept der »offenen Treffs« folgend zwar formell

für alle offen. Die Dominanz der besonders aufmerksam versorgten Nazi-Szene setzte bei der Nutzung der Angebote der Jugendarbeit aber die Unterordnung und die Akzeptanz durch die Nazis voraus. Das hieß faktisch, dass nicht-rechten Jugendlichen oder von rassistischer Diskriminierung Betroffenen diese Angebote verschlossen blieben, weil sie von den Nazis oft ganz bewusst aus den Treffs verdrängt wurden. Die Nazi-Szene wurde so nicht nur beim Aufbau von Strukturen unterstützt. Sie wurde auch vielerorts zur alternativlosen Monokultur ausgebaut.

2. Ein neuer Anlauf

Nachdem das Scheitern des »Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt« in einer öffentlichen Debatte von immer mehr Seiten und immer lauter verkündet wurde, fanden die Bemühungen gegen die existierende Nazi-Szene auf Bundesebene zunächst keine Fortsetzung. Das änderte sich erst, als im Juli des Jahres 2000 neun Menschen, jüdische Aussiedlerinnen und Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, einem Sprengstoffanschlag zum Opfer fielen.

Die Annahme eines antisemitischen oder rassistischen Hintergrunds des Anschlags und der Tatverdacht gegen einen Sympathisanten der NPD führten zu politischen Initiativen, zu denen nicht nur das 2001 angestrebte und 2003 gescheiterte NPD-Verbotsverfahren zählte, sondern auch diverse Medienkampagnen, die zum Zeigen von Zivilcourage bei Nazi-Übergriffen animieren sollten (»Aufstand der Anständigen«), und die Einrichtung des Bundesprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«, das in den Jahren 2001 bis 2006 exemplarisch professionelle und zivilgesellschaftliche Projekte zur Zurückdrängung von Nazi-Strukturen und der Hilfe für Neonazi-Opfer finanzierte.

Charakteristisch für dieses Modellprogramm war nicht nur die gegenüber AgAG großzügigere Ausstattung mit Mitteln, sondern vor allem die breitere Perspektive, in der es angelegt war. Explizit wurden jetzt Rassismus und Antisemitismus als ideologische Dimensionen des Problems benannt. Auch gehörte zum auf die neuen Bundesländer beschränkten Teilprogramm »Civitas« der Aufbau von Anlaufstellen der Opferberatung, um den Interessen von Nazis Bedrohter oder Geschädigter Nachdruck zu verleihen.

Zusätzlich ermöglichte das Teilprogramm »Mobile Beratungsteams« und regionale »Netzwerkstellen«, die in Krisenfällen zwischen kommunalen Behörden, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Betroffenen vermitteln sollten, um Strukturen entstehen zu lassen, die vor Ort eine Gegenwehr gegen Nazis organisieren und durchsetzen können sollten. Überhaupt bildete die Vernetzung und Förderung demokratischer lokaler Initiativen einen Schwerpunkt von »Civitas«.

Der Stärkung der Demokratie war auch das Teilprogramm »Entimon« verschrieben, das dabei jedoch stärker den Aspekt der Bildung als Fragen von struktureller

Organisation betonte. Als Zielgruppe der geförderten Projekte schrieb »Entimon« dabei Jugendliche und mit deren Erziehung Betraute fest, wobei Schwerpunkte durchaus auf Nazis bzw. für Nazi-Ideologie Anfällige gelegt wurden, denen mit modellhaften pädagogischen Projekten zurück auf den demokratischen Weg geholfen werden sollte.

»Civitas« und »Entimon« bewirkten – vor allem im Hauptfördergebiet Ostdeutschland – einen enormen Professionalisierungsschub bei der Auseinandersetzung mit dem gesamten Problemkomplex, der sich um die etablierten Nazi-Strukturen gebildet hatte (vgl. Liebscher/Schmidt 2007). Mit den »Mobilen Beratungsteams«, »Netzwerkstellen« und Opferberatungsstellen wurden neben der Jugendarbeit gleich drei neue Angebote etabliert, die nach professionellen Standards Krisenintervention betrieben. Zudem führte die starke Förderung von Bildungsangeboten zu einer Konzentration bestehender Initiativen auf diesem Bereich. Neben Schul- und Schulungsprojekten finden sich in der Liste des Geförderten vor allem Ausstellungen und Veranstaltungen aller Art.³

Die Vorteile des neuen Ansatzes gegenüber dem Programm der 1990er Jahre liegen auf der Hand. Nazi-Strukturen wurden jetzt nicht mehr als Folge sozialer Problemlagen analysiert, sondern als gesellschaftliches Problem zumindest insofern thematisiert, dass ein effektives Vorgehen gegen sie nur möglich ist, wenn Behörden und gesellschaftliche Gruppen gemeinsam gegen sie angehen. Im Zuge der Professionalisierung setzte sich sogar die Einsicht durch, dass Nazi-Strukturen weder als reines Jugend- noch als Gewaltproblem angemessen beschrieben werden. Vielmehr seien sie ein Problem, das »aus der Mitte der Gesellschaft« käme, wie die Standardformulierung lautet.

Diese »Mitte der Gesellschaft« ist naturgemäß nicht rein jugendlich. Ebenso wie einen Querschnitt der sozialen Schichten umfasst sie auch alle Altersgruppen. Die Ausrichtung der Programme auf Jugendliche vor allem dort, wo es um die Entwicklung von Konzepten und praktischen Modellen für die inhaltliche politische Auseinandersetzung ging, stand so der professionalisierten Problembeschreibung bis zum Schluss unvermittelt entgegen (vgl. Liebscher/Schmidt 2007).

Lediglich dort, wo durch allgemeine Veranstaltungen und Publikationen das Wissen um Positionen von Nazis, ihre historischen und gesellschaftlichen Hintergründe vermittelt oder vertieft wurde, fand in Ansätzen eine gesellschaftliche Auseinandersetzung statt. Allerdings bleibt die Wirkung von Veranstaltungen und Veröffentlichungen beschränkt, da hier in der Regel nur ein ohnehin interessiertes Publikum erreicht wird (vgl. Heitmeyer 2008).

Das war bei einem Teil der Modellprojekte in der Jugendbildungsarbeit anders. Während Projektschultagen wurden Schülerinnen und Schüler in den Regelstrukturen ihres Alltags erreicht. Der Nachteil dieser Projekte bestand jedoch darin, dass sie nicht dauerhaft in den Regelstrukturen verankert waren, sondern immer

3 Für Sachsen vgl. für einen Überblick (Heitmeyer u. a. 2008).

nur als kurzzeitige Interventionen wirksam wurden. Das schwierige Verhältnis von Grenzziehung und Annahme in der pädagogischen Arbeit (vgl. Leiprecht/Scharathow 2008) konnte so von vornherein nicht gelöst werden, da dieses den langfristigen Aufbau einer Beziehung voraussetzt.⁴

Dieses Manko konnte auch die Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen nicht ausgleichen, da diese Angebote in der Fläche vor allem darauf zielten, Codes der Nazi-Szene zu vermitteln und grundlegende Handlungsanleitungen für die Auseinandersetzung bereitzustellen. Das hierbei vermittelte Wissen blieb so allzu oft oberflächlich an Symbolen und Kleidungsmarken orientiert. Hinzu kommt, dass die Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen genauso wie die auf eine dauerhafte Veränderung zielende Initiative »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« auf das Vorhandensein und den Stand des Problembewusstseins des pädagogischen Personals angewiesen blieben und so nicht über die Durchführung der angebotenen Projektstage hinausgehen müssen. Existenz und Tiefe des Problembewusstseins konnten durch die Projekte für Pädagoginnen und Pädagogen nur punktuell erweitert werden.

Das Verwiesensein auf das Problembewusstsein trifft auch für die Arbeit der »Mobilen Beratungsteams« zu, die ganz gezielt nur eine Unterstützung existierender Engagements anbieten. Das und die Definition der Aufgabe der »Mobilen Beratungsteams« als zeitweilige Hilfestellung für die Kommunen in Krisensituationen wurde angesichts der Diagnose einer tiefsitzenden gesellschaftlichen Ursache schnell als unangemessen kritisiert (vgl. MBR Berlin/MBT Sachsen 2004). Während die Arbeit der Opferberatungsstellen durch deren Konzentration auf den jeweiligen Einzelfall und die damit gegebenen Interessen der Opfer leichter in das Schema einer Analyse von Gewalttaten einzubetten waren (vgl. Kleffner 2007).

3. Fortbestehende Probleme

Trotz der bestehenden Orientierung des Bundesprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie« auf Jugendliche und Krisensituationen, die zu einer fehlenden Breite bei der Entwicklung von Projekten gegen Nazi-Ideologeme in der Gesellschaft über Alters- und Milieugrenzen hinweg führte, und trotz der Konzentration auf Krisenregionen und offensive Nazi-Strukturen als auslösende Momente eines Engagements der professionellen Angebote wurde das Programm Ende 2006 überwiegend positiv eingeschätzt (vgl. Roth 2006; Roth 2006a).

Das mag zum einen an der als positiv empfundenen Wirkung der tatsächlich eingesetzten Hilfsangebote gelegen haben, zum anderen an der Lobby, die sich automatisch mit der Professionalisierung der Angebote entwickelt und die naturgemäß auf eine Fortführung der bestehenden Ansätze drängt. Diese Fortführung

4 Vgl. auch die Ergebnisse des EU-Forschungsprojekts »Right-wing youth violence prevention programmes«, deren Publikation demnächst erfolgen soll.

war nämlich schon aus formal juristischen Gründen nicht einfach möglich, stand die Finanzierung der Projekte durch ein Bundesprogramm rein rechtlich doch unter dem Vorbehalt, dass es sich um Modellprojekte handle, so dass die kommunale Selbstverwaltung nicht oder zumindest nicht dauerhaft untergraben würde.

Zudem strebten die Unionsparteien an, den Zuschnitt der Programme zu ändern. Unter der Überschrift »Extremismus« sollten bereits ab 2007, wie jetzt für zukünftige Programme im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP vereinbart, die Gelder nicht nur in Projekte gegen Nazis, sondern auch gegen Linksradikale und gegen islamistische Bestrebungen fließen. Das hätte aber nicht nur eine faktische Kürzung der Mittel für die bestehenden Initiativen gegen Nazis zur Folge gehabt. Zugleich hätte sich mit einem derartig veränderten Zuschnitt der Programme auch ein gewichtiges Problem erheblich verstärkt, das sich schon in der Förderperiode bis 2006 bemerkbar gemacht hatte.

Durch die Definition der Nazi-Strukturen als Phänomen des »Rechtsextremismus« setzten die Bundesprogramme das Konzept des »Extremismus« bisher schon so weit durch, dass es heute als unproblematisierter Hintergrund der Arbeit gegen Nazis angenommen wird. Das damit verbundene Bild einer demokratischen »Mitte der Gesellschaft«, die ihre Wertvorstellungen gegen die Bedrohung von den »extremen Rändern« des politischen Spektrums verteidigen muss (vgl. Backes/Jesse 1993), lässt aber nicht nur die empirisch zu beobachtende Durchdringung des Meinungsspektrums der »demokratischen Mitte« außer Acht, was nur möglich ist, weil die inhaltliche Bestimmung dessen, was »Rechtsextremismus« ausmacht, kaum oder gar nicht thematisiert wird. Neben den genannten Ideologemen des Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Autoritarismus wären hier auch Sozialdarwinismus, Behindertenfeindlichkeit, Homophobie, Chauvinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus zu nennen.

Daneben führte die Extremismus-Konzeption aber auch dazu, das verwaltungs- und behördenkritische Gruppen oder Initiativen, die aus anderen Gründen als politisch dissident wahrgenommen wurden, aufgrund des der Extremismustheorie zugrunde liegenden Gesellschaftsbildes willkürlich, d. h. ohne ein inhaltlich bestimmtes Kriterium für das Vorliegen eines Falls von »Linksextremismus«, als »linksextremistisches« Spiegelbild der Nazis ausgegrenzt wurden (vgl. Liebscher/Schmidt 2007).

Kernbereiche zivilgesellschaftlichen Engagements, nämlich die Kritik des Verwaltungshandelns sowie die Entwicklung von eigenen, unabhängigen Einschätzungen der politischen Situation und der ihr angemessenen Handlungsoptionen, wurden unter dem Verdikt des »Linksextremismus« bereits in der Vergangenheit an den Rand gedrängt. So wurde 2004 die »Anlaufstelle für Betroffene von rechts-extremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen« (ABAD) von der Regierung des Landes Thüringen von der Weiterförderung ausgeschlossen, weil sie ein Plakat veröffentlicht hatte, auf dem die Asylpolitik Thüringens kritisiert wurde (vgl. Liebscher 2009).

Die Aufnahme des Vorgehens gegen »Linksextremismus« in die Programmvorgaben drohte (und droht zukünftig wieder) vor allem dort, wo es neben einer starken Nazi-Szene gar keine »linksextremistischen« Ansätze gibt, in Auseinandersetzungen zu enden, in denen das Ziel einer Entwicklung demokratischer Kultur untergeht, weil der politische Meinungsstreit als wesentlicher Bestandteil dieser Kultur von den Programmen selbst eingeschränkt wird.⁵

Diese Gefahr liegt umso näher, da sich der Mangel an demokratischer Kultur bereits darin ausdrückt, dass der Meinung und Initiative der Spitzen kommunaler Verwaltungseinheiten, also der BürgermeisterInnen und Landräte, im öffentlichen Denken und Handeln der kommunalen Gesellschaften das entscheidende Gewicht zukommt, während abweichende Positionen nicht wahr- oder zumindest nicht ernst genommen werden. Außerdem liegt es in der Funktionslogik der politisch für die Verwaltung Verantwortlichen, dass Probleme möglichst nur im Einvernehmen mit ihnen thematisiert und gelöst werden. Einer solchen Logik und der sich mit ihr selbst verstärkenden Situation entgegenzuwirken müsste die Zielsetzung von Demokratieförderprogrammen sein (vgl. Liebscher/Schmidt 2007).

Mit dem am 1. Januar 2007 gestarteten Programm »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« wurde die Extremismuskonzeption aber fortgeschrieben. Auch wenn das Vorgehen gegen »Linksextremismus« und Islamismus noch nicht in die Zielsetzungen aufgenommen wurde, verstärkte das Programm bereits die Probleme bei der Entwicklung lokaler Demokratiepotenziale. Um nämlich der kommunalen Selbstverwaltung Genüge zu tun, wird ein Großteil der Gelder für Projekte über »Lokale Aktionspläne« ausgeschüttet, die in der Verantwortung der jeweiligen Kommunen stehen, was die Abhängigkeit der geförderten Initiativen vom Wohlwollen der Kommunalverwaltungen noch verstärkt hat.

Dabei könnten die dissidenten Gruppen durchaus auch ein Dilemma der politischen Verwaltungsspitzen in den Kommunen lösen. Als Gewählte stehen diese Personen oft vor erheblichen Problemen bei der Thematisierung von Nazi-Ideologemen, die auch von einem Großteil ihrer Wählerinnen und Wähler als legitime Überzeugungen angesehen oder gar vertreten werden. Wobei sich dieses Phänomen im gesamten politischen Spektrum zeigt, etwa wenn Anhängerinnen und Anhänger der Grünen oder Linkspartei die NPD-Position zur Finanzkrise inhaltlich überzeugend finden.

Während es die politische Funktion erfordert oder zumindest nahelegt, der Wählerschaft ganz im Sinne des Extremismusmodells einen Platz in der »demokratischen Mitte« trotz ihre inhaltlichen Positionen zuzusprechen, könnten dissidente Gruppen den öffentlichen Diskurs an dieser Stelle rücksichtsloser weitertreiben, wären sie nicht aus dem Kreis der relevanten Stimmen ausgeschlossen. Durch ihren Ausschluss aber schreibt sich die Begrenzung der Auseinandersetzung mit der

5 Zu aktuellen Tendenzen – etwa dem auf den Vorwurf des Linksextremismus gegründeten Ausschluss der »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München« (a.i.d.a.) aus dem »Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus« (LKS) in Bayern – vgl. (Weiss/Kremers 2009).

Ideologie der Nazis fort, die so immer unangemessen und zu oberflächlich bleibt, weil jede Kritik, die sich auf die Gesellschaft insgesamt oder auch nur die Meinung der Mehrheit richtet, von vornherein als »extremistisch« delegitimiert ist.

4. Die Zukunft

Die Fortschreibung des 2001 begonnenen Programms im Jahre 2007 und dessen weitere Fortsetzung, wie sie der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP bereits vorsieht, darf nicht dazu verführen, von einem uneingeschränkten Erfolg der Programme auszugehen. Im Gegenteil: Die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gerät im Rahmen der Programme an ihre Grenze, und auch die Zurückdrängung von Nazi-Strukturen erfolgte bisher nur punktuell und zeitweilig, während insgesamt von einer Verfestigung der seit den neunziger Jahren entstanden Strukturen gesprochen werden muss, wie das stabile Potenzial an Stammwählerinnen und -wählern bei Kommunal- und Landtagswahlen, aber auch das weiterhin hohe Niveau an Übergriffen belegt.

Statt aber den Zuschnitt der Programme der Beschreibung der Situation als gesamtgesellschaftliches Problem anzupassen, bleibt nach dem Willen der Regierungsparteien auch in Zukunft die Ausrichtung auf Jugendliche erhalten. Sowohl die Entwicklung von Konzepten der politischen Auseinandersetzung, die über pädagogische Ansätze hinausgehen, als auch die Diskussion und Erprobung solcher Konzepte ist damit auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Durch die angestrebte Verwischung der Programmziele dürfte darüber hinaus die Diskussion um einen angemessenen Umgang mit Nazis und den sie stützenden gesellschaftlichen Strukturen weiter erschwert werden. Ohne eine solche Auseinandersetzung aber und ohne eine erfolgreiche Entwicklung demokratischer Standards wird die Zurückdrängung auch bloß der Gewalttaten von Nazis nicht erfolgreich sein.

Literatur

Affolderbach, Friedemann: Jugendarbeit und extremistische Orientierung bei Jugendlichen in Leipzig, in: Hirschfeld, Uwe/Kleinert, Ulfried (Hrsg.): Zwischen Ausschluss und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig 2000, S. 172–185.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1993.

Buderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Bonn 1998.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren. Berlin 2006.

Fuchs, Jürgen (Hrsg.): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, 5 Bd., Münster 1997.

Heim, Gunda (Hrsg.): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen (Schriftenreihe der Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt Bremen Bd. 4). Bremen 1992.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Frankfurt a. M. 2002 ff.

Heitmeyer, Wilhelm u. a.: Abschlussbericht zur Evaluation des Landesprogramms »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz«. Bielefeld und Hannover 2008 (online: http://www.freistaat.sachsen.de/download/Abschlussbericht_Programmanalyse.pdf).

Jilek, Grit: Die Jugendarbeit in Leipzig angesichts kultureller Hegemoniebestrebungen und Subversionstaktiken rechtsextremer Parteien und Organisationen. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig 1998.

Kleffner, Heike: Bilanz nach fünf Jahren der Opferberatungsprojekte, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt a. M. 2007, S. 272 bis 277.

Kleffner, Heike: Kleine Geschichte des Umgangs mit Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland nach 1989, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a. M. 2008.

Krafeld, Franz Josef u. a.: Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze–Erfahrungen – Perspektiven (Schriftenreihe der Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt Bremen Bd. 5), Bremen 1993.

Leiprecht, Rudolf/Scharathow, Wiebke: Rassismuskritik. Rassismuskritische Bildungsarbeit, Bd. 2, Schalbach/Ts. 2008.

Liebscher, Doris: Im Prokrustesbett mit dem Verfassungsschutz. Warum professionalisierte und staatlich koordinierte Angebote gegen »Rechtsextremismus« unabhängige Antifaarbeit nicht ersetzen, in: Phase 2 (Heft 33), 2009, S. 14–18.

Liebscher, Doris/Schmidt, Christian: Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum. Hrsg. durch die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2007.

MBR Berlin/MBT Sachsen (Hrsg.): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen – Analysen – Beispiele. Berlin 2004.

Norddeutsche Antifagruppen (Hrsg.): »Rosen auf den Weg gestreut ...«. Kritik an der »Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen«. o. O. 2007.

Roth, Roland: »Abschied von der Zivilgesellschaft. Kritische Anmerkungen zur zweiten Runde der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (Jahrgang 19/Heft 4), 2006, S. 6–15.

Roth, Roland: Aktionen und Programme gegen Rechtsextremismus. Was tut in den kommenden Jahren not?, in: BAG KJS (Hrsg.), Neue Horizonte der interkulturellen Pädagogik und der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Düsseldorf 2006, S. 141–162.

Weiss, Michael/Kremers, Britta: Mit Seziermesser und Holzhammer. Wie Sicherheitsbehörden die Deutungshoheit über »Rechtsextremismus« erlangen wollen, in: Monitor. Rundbrief des apabiz e.V. Heft 40, 2009, S. 1 ff.

Ulli Jentsch

Über die Kommunen in den Bundestag

Zum Profil der »Kommunalpolitischen Vereinigung« (KPV) der NPD bei der Professionalisierung brauner Kommunalpolitik

Der Zuwachs kommunalpolitischer Mandate lässt auch die Bedeutung der Mandatsträger innerhalb der rechtsextremen NPD wachsen. Die bereits im Jahr 2003 gegründete und in der Öffentlichkeit wenig beachtete Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) vereint die Abgeordneten und bündelt deren Aktivitäten und Erfahrungen.¹

»Sturm auf die Rathäuser«

Das erste Mal in der über 40-jährigen Geschichte der NPD verfügt diese seit Juni 2003 über einen eigenständigen Zusammenschluss ihrer KommunalpolitikerInnen. Treibende Kräfte der Gründung der KPV in Wölfersheim waren das damalige Bundesvorstandsmitglied Peter Marx sowie die Kreistagsfraktion im hessischen Wetterau, die mit Ralf Haschke² auch den ersten Vorsitzenden stellte.³ Vor allem die hessische NPD konnte zu diesem Zeitpunkt bereits auf jahrelange Erfahrung in der kommunalen Parlamentsarbeit zurückblicken.

Die Gründungsmitglieder gaben die Leitlinie aus, »über die Stadtparlamente und Kreistage in die Landtage und in den Bundestag« zu gelangen. Auch wenn vor inzwischen sechs Jahren noch die skeptische Einschätzung vorherrschte, dass der Einzug in Länderparlamente »zurzeit kaum möglich sei«,⁴ Ihren Anteil an einer zukünftigen erfolgreichen parlamentarischen Repräsentanz der NPD sah die KPV so: »Vordringliche Aufgabe der KPV wird es daher sein, insbesondere den NPD-Landes- und Kreisverbänden bereits im Vorfeld von Kommunalwahlen beratend zur Seite zu stehen, unerfahrenen Kameraden die Scheu vor Kandidaturen zu nehmen, einheitliche kommunalpolitische Strategien zu entwickeln und damit die Anzahl der kommunalen Mandate erheblich zu erhöhen.«⁵

Bereits ein Jahr später hatte die NPD bei Kommunalwahlen in vier Bundesländern 70 Mandate hinzugewonnen: am 13. Juni 2004 in Sachsen, Sachsen-Anhalt,

1 Dieser Artikel erschien erstmals in gekürzter Fassung im monitor – Rundbrief des apabiz e.V. Nr. 41.

2 Ralf Haschke (Jg. 1956), Diplom-Verwaltungswirt (FH), Hauptfeldweibel d.R. a.D., gelernter Refa-Organisator und Bürokaufmann, studierte Verwaltungs- und Sozialrechtswissenschaften an der FH für Öffentliche Verwaltung Hamburg; seit 2001 Abgeordneter im Kreistag Wetterau (Hessen).

3 An der Gründung waren Abgeordnete aus Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen beteiligt. Vgl. Roland Bau: Die Sprache der Menschen in diesem Land sprechen. Interview mit Ralf Haschke. In: Deutsche Stimme Nr. 5, Mai 2004, S. 3.

4 Ralf Haschke: Unverzichtbarer Sturm auf die Rathäuser. In: »Deutsche Stimme« Nr. 2 v. Februar 2004.

5 Ebenda.

Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland. Die KPV organisierte für die neuen Abgeordneten einen »Erfahrungsaustausch« in »der kommunalen NPD-Hochburg Sachsen«.⁶ Im Vordergrund solcher Seminare steht nach eigener Darstellung die Wissensvermittlung an die unerfahrenen Delegierten. Dabei werden zum einen die formalen Richtlinien der parlamentarischen Arbeit weitergegeben. Die KPV nennt hier: Ausschüsse, Beiräte, Anträge, Anfragen, Fraktionssatzung, Schatzmeisterei. Hinzu kommen parteiinterne, von der KPV erarbeitete »Arbeitsrichtlinien«, deren Inhalte nicht bekannt gemacht werden. Insgesamt soll durch solche Seminare und schriftliche Ausarbeitungen die Konsolidierung der parlamentarischen Basis erreicht werden.

Konsolidierung durch Bildungsarbeit

Die KPV beschreibt ihre Arbeit u. a. wie folgt: »Die jeweils sechsstündigen Schulungen der KPV, die vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Dresdner Stadtrat Hartmut Krien geleitet werden, beschäftigen sich mit allen relevanten kommunalpolitischen Themen, von den Grundzügen des sächsischen Kommunalrechtes bis hin zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in den Kommunen. Am vergangenen Samstag, dem 21. April 2007, wurden bei der letzten derartigen Veranstaltung Referate zu den Themenkreisen ›Wie lese ich einen kommunalen Haushaltsplan‹ und ›Welche Auswirkungen hat die Verwaltungsreform‹ vor über 30 Zuhörern gehalten.«⁷

Die NPD und insbesondere die KPV geht davon aus, dass »die Etablierten – insbesondere dort, wo wir nur mit einer Person einziehen, versuchen (...) unsere Rechte zu beschneiden«.⁸ Die Parlamente werden infolgedessen als Kampfplätze verstanden, auf denen sich die ParlamentarierInnen der NPD gegen die »Trickserien« und Machenschaften der »Blockflötenpolitiker« behaupten müssen.⁹ Intern wird daher dringend zur guten Vorbereitung und Recherche geraten: »(...) merkt euch alles vor, was den Kreistagsmitgliedern an Privilegien eingeräumt wird (...). Wer erhält welche Räume? Wer darf wo Publikationen auslegen? (...) Wird einer Partei, die im Kreistag vertreten ist, der Ratssaal überlassen oder wird er der Fraktion überlassen? Was immer ihr könnt, dokumentiert es möglich gerichtsfest (...), haltet alle Beobachtungen fest. Fotografiert die Auslagenträger im Landratsamt und in den Rathäusern.«¹⁰ Und ein besonderer Tipp gilt den Kameraden

6 Vgl. Klaus Beier: Konstruktives Schulungswochenende für die kommunalen NPD-Mandatsträger. 3.7.2004, eingesehen am 5.7.2004 auf www.npd.de.

7 Vgl. Kommunale Mandatsträger schulen – Regionale Kompetenz vertiefen, Artikel v. 24.4.2007, gesehen auf <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=70>.

8 Die KPV in einem Rundschreiben im April 2007.

9 Vgl. Absetzung der alten Ausschüsse des Kreistages Görlitz und Neuwahl der Ausschussbesetzung ohne fraktionsübergreifende Wahlvorschläge. Meldung v. 27.11.2008, gesehen auf <http://www.npd-loebau-zittau.de/?p=1566>.

10 Die KPV in einem Rundschreiben im April 2007.

im Umgang mit den altgedienten Abgeordneten: Sie sollten sich doch Gesicht und Namen der Wiedergewählten merken, denn: »Nichts ist besser als jemanden, der überrascht ist, mit Namen und Handschlag zu begrüßen, denn der stellt hinterher erst fest, wem ›Böses‹ er da die Hand gegeben hat.«¹¹

Persönliche Betreuung

Und wenn sich die kommunalen Abgeordneten am Anfang etwas schwertun, hilft die KPV und auch der Vorsitzende persönlich aus, wie dieser Bericht aus der konstituierenden Sitzung des Kreistages Mittelsachsen in Freiberg zeigt: »Bei der ersten Sitzung des neuen Kreistags am 20. August saßen die 4 Abgeordnete der NPD in der letzten Reihe. Auf der Pressebank saß Hartmut Krien, Sachbearbeiter der NPD-Fraktion im Landtag, Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung der NPD und Stadtrat des Nationalen Bündnisses in Dresden. Er steckte Kempe und Felgner immer wieder Zettel zu, damit diese sich zu Wort melden konnten. Alle Anträge der NPD wurden abgelehnt, bei einem Antrag stimmte selbst die NPD nicht geschlossen ab. Als dann (...) die Mehrheit des Parlaments einem Antrag der SPD zustimmte, die Stelle eines hauptamtlichen Ausländerbeauftragten zu schaffen, bot Felgner die Unterstützung der NPD-Fraktion an, sofern dieser in ›Rückführungsbeauftragter‹ umbenannt werden würde.«¹² Ähnliche Erfahrungen einer persönlichen Betreuung vor Ort, u. a. durch Peter Marx, wurden auch in anderen Bundesländern gemacht.

Die KPV dürfte auch mit dafür sorgen, dass Anträge zwischen den MandatsträgerInnen der Länder weitergereicht werden. Der oben erwähnte Antrag zur Schaffung einer Stelle eines »Rückführungsbeauftragten« wurde bereits in anderen Kommunen gestellt, obwohl er dort wie hier keinerlei Aussicht auf Erfolg hatte. Die Formulierung des Antrages entspricht vor allem dem offenkundigen Bedürfnis der NPD-Abgeordneten, aggressive antidemokratische Thesen in die Parlamente zu tragen, auch wenn dies nach realpolitischen Gesichtspunkten kontraproduktiv sein mag.¹³ Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin schreibt: »Ein sichtbares Produkt der Koordination unter den rechtsextremen Mandatsträger/innen sind Anträge, die – mehr oder weniger stark zeitlich abgestimmt – in verschiedenen Landtagen und kommunalen Gremien gestellt werden. Exemplarisch hierfür ist (...) der ›Stolperstein‹-Antrag, der seine Wanderung im Schweriner Landtag begann und im April 2008 die Runde durch die Berliner

11 Ebenda.

12 Zitiert aus Tarek Liebscher: Die NPD Mittelsachsen. Artikel v. 22. 6. 2009. Schreibweise wie im Original, gesehen auf <http://freibaerger.org/2009/06/die-npd-mittelsachsen/>; vgl. auch Kerstin Köditz: Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen. Berlin 2009, S. 31 f.

13 Zu den thematischen Schwerpunkten der Kommunalarbeit der NPD siehe die Literaturangaben im Anhang.

Bezirksverordnetenversammlungen machte, um danach bei den NPD-Verordneten im Brandenburger Kreistag Oder-Spree anzukommen. Auch der zeitlich weiter zurückliegende Antrag auf Umbenennung der Beauftragten für Integration und Migration in »Beauftragte zur Ausländerrückführung«, der ebenfalls in allen Bezirksverordnetenversammlungen mit NPD-Präsenz gestellt wurde, hatte seinen Ursprung außerhalb Berlins, nämlich in der sächsischen NPD-Landtagsfraktion.«¹⁴

»Wählerpotenzial ausschöpfen«

Zur treibenden Kraft in der KPV entwickelte sich ab 2006 der Dresdner Stadtratsabgeordnete des Nationalen Bündnisses (NB), Hartmut Krien¹⁵. Er weitete noch als stellvertretender Vorsitzender die Aktivitäten der KPV aus und verlagerte das Zentrum in die ostdeutschen Bundesländer. In Sachsen-Anhalt übernahm er die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2007; in Sachsen umfasste die Schulungstätigkeit seit 2006 auch diejenigen NPD-Mitglieder, die sich erst auf eine Kandidatur vorbereiten wollten. Vor allem die »kollektive Leistung« des KPV unter Krien in Sachsen-Anhalt galt als vorbildlich. Innerhalb kurzer Zeit war es möglich gewesen, mehr als 4 000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln, und nach dem erfolgreichen Wahlausgang konnte Krien resümieren: »Der Erfolg von Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass wir eine ausreichend breite und zuverlässige Wählerschaft (...) haben. Jeder Kamerad sollte wissen: Wo wir kommunal antreten, ziehen wir auch ein.«¹⁶ Bereits hier verdeutlichte die NPD, dass sie bereit ist, dafür zu sorgen, dass bundesweit die Stammwählerschaft ausgeschöpft wird.

Im Mai 2007 übernahm Krien folgerichtig den Vorsitz der KPV von Stephan Meise (Rhein-Sieg-Kreis/Nordrhein-Westfalen). Zu diesem Zeitpunkt verfügte die NPD über 118 kommunale Mandate.¹⁷ In seiner Antrittsrede formulierte Krien sein Credo der KPV-Arbeit: »Nahezu flächendeckend haben wir heute in Deutschland die Stammwählerschaft für ein Mandat in jedem Landkreis. Dieses Wählerpotenzial liegt brach. Es auszuschöpfen, dazu gehören zwei Dinge. Die Antrittsvoraussetzungen zu erfüllen und vorzeigbare Kandidaten aufzubauen.«¹⁸

Seitdem hat die KPV regelmäßig Schulungen in den Bundesländern durchgeführt, so beispielsweise im Januar 2008 für die »Kameraden« aus dem kommenden »kommunalen Kampfplatz« Brandenburg. Diese Schulung fand in Rauen statt.

14 Verein für demokratische Kultur e.V. (Hrsg.): Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien. Berlin 2008, S. 20.

15 Hartmut Krien (Jg. 1956), Mathematiker, vor 1990 lt. Eigenangaben Mitglied der Friedensbewegung der DDR, 1993 Mitglied der REP, 1997 Mitglied der NPD, seit 2004 Stadtrat in Dresden, Sachbearbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Vgl. <http://www.npd.de/html/581/personenprofil/detail/584/>.

16 Hartmut Krien: Wo wir antreten, ziehen wir ein. Eine Bilanz der Kreistagswahlen in Sachsen-Anhalt 2007.

17 Vgl. Tobias Kettner: Die Strategie der NPD in den neuen Bundesländern – Konzept für einen dauerhaften Erfolg? Unveröffentlichte Magisterarbeit. Bonn 2007, S. 36 f.

18 NPD-Pressestelle: KPV: Unser Ziel: Bundesweit präsent. Presseerklärung v. 15.5.2007.

Rotation im Vorstand

Die Zusammensetzung des Bundesvorstandes wechselte in den vergangenen Jahren häufig, repräsentierte er doch zumeist die Regionen, in denen Wahlerfolge erzielt wurden und daher kommunale Abgeordnete aktiv waren.¹⁹ Nachdem anfangs beinahe ausschließlich NPD-Mitglieder aus westlichen Bundesländern vertreten waren, rückte der Fokus immer stärker nach Osten. Seit 2007 sind die Vertreterinnen und Vertreter aus den östlichen Ländern in der Mehrzahl. Im aktuellen Bundesvorstand sind mit Karl Richter von der BIA in München und Michael Kempcke aus Schleswig-Holstein nur zwei Vorstandsmitglieder im Westen der Bundesrepublik aktiv. Hartmut Krien erklärte anlässlich seiner Wiederwahl: »Ich bin froh, dass ich einen solchen Vorstand gewinnen konnte. Zum einen haben wir eine erfreulich ausgeglichene territoriale Streuung erreicht – von Schleswig-Holstein bis München, von Aachen bis zur Oder –, zum anderen haben wir aber auch sehr viele verschiedenen Fachgebiete im neuen Vorstand vereint – jeder hat einen anderen Tätigkeitsschwerpunkt, und gleichzeitig sind auch die Aktivisten der gegenwärtig anstehenden Wahlen in Brandenburg und der im nächsten Jahr anstehenden Wahlen im Westen unseres Vaterlandes mit eingebunden.«²⁰

Karl Richter, der seit 2008 das Ressort Schriftleitung im KPV-Vorstand innehatte, rückte 2009 zum Stellvertreter Kriens auf. Er ist damit neben dem Vorsitzenden der zweite KPV-Vorstand, der auch im Bundesvorstand der Partei sitzt. Das macht die gestiegene Bedeutung dieses Verbandes innerhalb der NPD deutlich. Der KPV-Vorsitzende ist zudem seit Mai 2008 kraft Amtes Mitglied im Bundesvorstand der NPD, ebenso wie die Vorsitzenden von JN und RNF.²¹

Einen geringen Anteil hat die KPV auch an der Finanzierung der NPD. Die in den Landtagen vertretenen Parteien können Gelder zur Schulung ihrer kommunalen MandatsträgerInnen beantragen; eine Regelung, die in der kommenden Legislaturperiode für die NPD in Sachsen greifen könnte. Nach einer Berechnung von Bündnis 90/Die Grünen könnten der KPV der NPD in Sachsen dadurch etwa 40 000 Euro an Mitteln jährlich zustehen.²²

19 Nach KPV-Angaben besteht der Vorstand seit Gründung aus sechs Personen, die auf den jährlichen Bundestreffen gewählt werden. Auf dem Bundestreffen 2008 wurde die Verlängerung der Wahlperiode auf zwei Jahre beschlossen. Diese Änderung tritt 2009 in Kraft.

20 Vgl. Kommunalpolitische Vereinigung mit deutlich verstärkter Mannschaft. Artikel v.21.6.2008, gesehen unter http://www.kpv_npd.de/index.php?option=com_content&view=article&id=16:kommunalpolitische-vereinigung-mit-deutlich-verstaerkter-mannschaft&catid=2:startseite&Itemid=1.

21 Vgl. §§ 20 und 23 der Satzung der NPD, Stand v.29.4.2009. Siehe http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/Nationaldemokratische_Partei_Deutschlands.pdf.

22 Vgl. NPD erhält in der kommenden Legislaturperiode mehr als 12 Mio. Euro. Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Sachsen. September 2009. Siehe <http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/rechtsextremismus/0909NPDFolgen.pdf>.

Bedeutung

Die KPV der NPD ist ein wesentlicher Faktor der Partei im »Kampf um die Parlamente«. Sie bündelt im Rahmen des »Vier-Säulen-Konzepts« die Erfahrungen und Kompetenzen, die in den Parlamenten entstehen. Die Strategie, bereits in der Vorbereitung der Kommunalwahlen aktiv zu werden, hilft, die durchaus berechtigten Hoffnungen der NPD zu erfüllen, ihre »Stammwählerschaft« bundesweit zu mobilisieren. Dass deren Anteil teilweise unterhalb drei Prozent liegt, schadet nicht, denn kommunale Mandate sind bereits bei ein bis zwei Prozent erreichbar. Die KPV ist zentraler Koordinator der kommunalpolitischen Professionalisierung und dient der Strategie der Parteiführung, wonach ein »kommunaler Unterbau« Gestalt annehmen soll²³, um die Erfolgchancen bei Landtags- und Bundestagswahlen zu verbessern.

23 Vgl. Klaus Beier: Über 180 kommunale NPD-Mandate. NPD setzt sich fest. Pressemitteilung v. 12. 6. 2009. Siehe <http://npd.de/html/247/artikel/detail/691/>.

Literatur zur Kommunalpolitik der NPD

Grundlegend:

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: Die NPD und ihr Milieu. Ulm 2009.

Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert: eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg 2006.

Pfahl-Traughber, Armin: Der »zweite Frühling« der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei. Sankt Augustin 2008. http://www.kas.de/wf/doc/kas_14498-544-1-30.pdf

NPD-Kommunalpolitik in Berlin:

Verein für demokratische Kultur e.V. (Hrsg.): Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien. Berlin 2008. http://www.mbr-berlin.de/start/get_file?file=2008_BVV_Broschuere_web.pdf

NPD-Kommunalpolitik in Sachsen:

Köditz, Kerstin: Und morgen?: Extreme Rechte in Sachsen. Berlin 2009.

Braune, Demuth, Hanisch, Koch, Schmidt, Wendland: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007. S. 175–207. http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/npd_in_kommunalen_parlamenten_sachsens.pdf

NPD-Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern:

Beier, Bogitzky, Buchstein, Feike, Fischer, Freyber, Strüwing, Wiedemann: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald 2006. http://www.hubertus-buchstein.de/Die_NPD_in_den_kommunalen_Parlamenten_Mecklenburg-Vorpommerns.pdf

Weitere Materialien:

Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin 2009. <http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>

Weber, Thomas/Wörsching, Mathias: Nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern: Was hilft gegen extrem rechte Mandatsträger/innen in kommunalen Gremien? http://www.mbr-berlin.de/start/get_file?file=09-06-17_Material_Rechtsextreme-und-Kommunalpolitik.pdf

Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln 2005. <http://www.moderne-nazis.de>

Susanne Lang/Knut-Sören Steinkopf

Die Unterstützung der letzten Mohikaner

*Erfahrung und Perspektiven antifaschistischer Jugendbildung
in Brandenburg*

Wie der Neofaschismus in den Osten wiederkehrte

Neofaschismus ist seit Anfang der 1990er Jahre in den neuen Bundesländern ein massives Problem. Die sogenannte Wende, die ersten Jahre, die dem Anschluss der DDR an die BRD folgten, war von einem plötzlichen, rasant ansteigenden und sehr gewalttätigen Neofaschismus und Rassismus gekennzeichnet¹. Warum das genau dort so war, bedarf einer genaueren Analyse, die in diesem Artikel nicht geleistet werden kann. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass sich ein ebenso aggressiver und gesellschaftlich integrierter Rechtsextremismus in anderen postsozialistischen Staaten (v. a. Osteuropa) entwickelt hat und die Vermutung naheliegt, dass der gesellschaftliche Umbruch hin zu einem sehr wirtschaftsliberal organisierten Kapitalismus durchaus aggressive Züge trägt.² Der in Ostdeutschland zumeist von jungen Menschen getragene Neofaschismus kann als eine Ausdrucksform dieser Aggressivität gesehen werden. Aber auch die spezifisch deutsche Situation spielt sicher eine Rolle: die Versprechen »blühender Landschaften« (Helmut Kohl), der zelebrierte Deutschlandtaumel mit »Allen wird es besser gehen«-Prophezeiungen und damit einhergehender Massenarbeitslosigkeit und massenhafter sozialer Desintegration.

Der in diesem Kontext entstandene ostdeutsche Neofaschismus hat sich seither regional immer wieder verändert, verschoben, teilweise verschärft oder im alltäglichen Politikverständnis fest integriert. In anderen Regionen wurde diese politische Bewegung erfolgreich bekämpft oder zurückgedrängt. Eine vereinfach-

- 1 Sicherlich gab es frühere Erscheinungsformen von Neofaschismus und Rassismus in der DDR, insbesondere in den 1980er Jahren. Sie sind aus unserer Sicht allerdings nicht die relevante Voraussetzung oder gar Ursache für das, was sich ab zirka 1990 in Brandenburg und den anderen Gebieten der ehemaligen DDR formierte. Der erfolgende zahlenmäßige Zuwachs, das Agieren im öffentlichen Raum, der Grad der Organisation und die ideologische Ausrichtung der ostdeutschen Neonazis hatten nichts mehr mit den Erscheinungsformen der 1980er Jahre zu tun.
- 2 Wir benutzen an dieser Stelle den Begriff »Rechtsextremismus«, weil die verschiedenen Phänomene in den unterschiedlichen osteuropäischen Staaten nicht anders einheitlich erfasst werden können. Wir versuchen damit aggressive Organisationsformen an den jeweils rechten Rändern der jeweiligen Gesellschaft zu beschreiben. Die Organisationsformen der jeweiligen Akteure – Neonazis oder auch andere Gruppierungen – sind wiederum ähnlich, wie auch die Betroffenen dieser Gewalt ähnlich sind: sozial ausgegrenzte, wenig akzeptierte Minderheiten. Während in einigen Ländern dabei Homophobie, Rassismus und orthodoxer Glaube diesen Rechtsextremismus genauer bezeichnet, ist in anderen Ländern dieses Phänomen völlig ohne religiöse Anbindung, wenn auch mit ähnlicher Ausrichtung vorhanden. So müsste in Ostdeutschland von Neofaschismus geredet werden, in anderen Ländern, wie z. B. Serbien, beschreibt dieser Begriff jedoch nicht das Problem.

te Analyse von »besser geworden« vs. »schlimmer geworden« ist schlicht unmöglich. Statt einer Analyse der Gesamtsituation, wollen wir an einigen Beispielen und Erfahrungen zeigen, welche Entwicklungsmuster in der Auseinandersetzung mit Neofaschismus und Rassismus in ostdeutschen Kommunen erkennbar sind. Unser Erfahrungsschatz als »Demokratisches JugendFORUM Brandenburg« (DJB e.V.), ein Netzwerk linker selbstorganisierter Jugend-, Sozial- und Bildungsprojekte, ist dabei auf einige Gegenden im Bundesland Brandenburg begrenzt, wo wir seit 1991 gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv sind. Unsere Einschätzungen stammen also aus Orten, in denen wir als Netzwerk präsent waren oder sind. Wir wissen aber auch, in welchen Regionen nichts geht und warum. Diese Erfahrungen in bestimmten Kommunen Brandenburgs sind unser Ausgangspunkt für eine Beschreibung von politischen Bildungsperspektiven. Wir wollen in unserem Text sehr konkret bleiben und überlassen die Einordnung und Theoretisierung unserer Erfahrungen den Lesern.

Brandenburg: Zwischen Steppe und Metropole

Sowohl die Siedlungsstruktur als auch die Demografie haben Einfluss auf die Voraussetzungen und Möglichkeiten von politischen Bildungsinitiativen. In Brandenburg bewegen wir uns im weitesten Sinne in einem ländlichen Raum, allerdings mit Metropolenanbindung. Je nach Metropolenzugang, Stadtgröße, Einzugsgebiet, Dorfstruktur ist in Brandenburg die Perspektive Jugendlicher unterschiedlich. Ein kleiner Exkurs in die demografische Entwicklung hilft, die Gesamtsituation einzuordnen: Der absolute Tiefpunkt der Geburtenziffersumme in Brandenburg lag 1993 bei 737 und erreichte 2003 annähernd den Durchschnitt der West-Bundesländer von zirka 1400 (pro 1 000 EinwohnerInnen).³ Wer in diesen und den darauf folgenden Jahren geboren wurde, ist jetzt 15 oder jünger. Diese Jugendlichen sind sozusagen »recht rar gesät«. Dazu kommt die Wegzugsrate: mehrere Zehntausend 15- bis 25-Jährige, mehrheitlich Frauen und überwiegend höher Gebildete, verließen zwischen 1991 und 2003 das Land. Und mit ihnen die potenziellen Mütter, aber auch die potenzielle Intelligenz und Kreativität. Denn meist bleibt zurück, wer es nicht schafft, wegzuziehen. Die Berlin-fernen Regionen verlieren, so die aktuelle Prognose bis 2030, 25,4 Prozent ihrer EinwohnerInnen. Währenddessen nimmt die Bevölkerung des Berliner Umlands um 3,5 Prozent zu und beheimatet dann bald die Hälfte der Gesamtbevölkerung (48 Prozent) – auf nur 15 Prozent der Landesfläche.⁴

3 Die Geburtenziffersumme schwankt im Bundesdurchschnitt-West zwischen 1 300 und 1 500 Lebendgeborene je 1 000 Einw.; eine einfache Bevölkerungsreproduktion erfolgt bei 2 130 Lebendgeborenen je 1 000 Einw. Im Gebiet des heutigen Landes Brandenburg lag die Geburtenziffersumme im Jahr 1975 bei 2 190 und 1990 bei 1 530. Quelle: Landesumweltamt Brandenburg, Referat Raumb Beobachtung, 2003.

4 Quelle: <http://gl.berlin-brandenburg.de/raumb Beobachtung/demografie/index.html>; aufgerufen im Juli 2009.

Die Effekte von Wegzug und fehlendem Zuzug oder Geburten sind in Brandenburg also offensichtlich unterschiedlich verteilt. Die Rechnung ist einfach: Dort wo es keine soziale, verkehrstechnische, kulturelle und wirtschaftliche Infrastruktur mehr gibt, etwa in den Gemeinden im Nordwesten Brandenburgs, in der Lausitz oder im Oderbruch, dort gibt es auch wenig Bevölkerung, dementsprechend sehr wenig Jugendliche. Die Regionen, die eine Anbindung an Berlin haben oder in unmittelbarer Nähe zu Berlin liegen, die sogenannten Zuzugsregionen, befinden sich in einer vielfach besseren Situation.

Wegzugsregionen: Rette sich wer kann!

Schauen wir zuerst auf die Wegzugsregionen. Selbst die wenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Wegzugsregionen verbleiben und in den nächstgelegenen Kleinstädte pendeln, die noch Schulen oder Oberstufenzentren haben, sind dort in der Regel ohne Anbindung an kulturelle oder soziale Angebote. Die diesbezügliche Infrastruktur in diesen Regionen ist in den vergangenen Jahren im Zuge von wirtschaftlicher Liberalisierung und Privatisierung demontiert worden. Die Dorfbevölkerung ist abgeschnitten. Die Einkommen sind gering oder bestehen aus Sozialleistungen.⁵ Fehlt obendrein der DSL-Zugang, dann ist Feierabend. Was hier dramatisch klingt, ist in Realität leider noch dramatischer: Es entstehen abgeschnittene Orte mit unbeschreiblichen, zum Teil inhumanen Ausprägungen. Die Konfliktkultur erschöpft sich im Anbrüllen und Draufhauen, geredet wird kaum, der geistige Horizont ist auf das Fernsehformat beschränkt, selbst die Alphabetisierungsrate fällt. Die Devise heißt: »Rette sich wer kann!« Es fällt schwer, sich mit diesen Orten auseinanderzusetzen, denn die strukturellen Bedingungen, die dieses Phänomen hervorrufen, sind nicht durch eine auch noch so gute Initiative aufzufangen: keine regulären Bildungsangebote, keine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, keine öffentlichen Orte, keine Kommunikation, keine soziale Auseinandersetzung, keine materiellen Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das Einzige was aus diesen Regionen gelegentlich an die Öffentlichkeit dringt, sind die schauerlichsten, grausamsten Morde und Verbrechen, wie sie mit Potzlow⁶ bekannt wurden. Die Ausmaße dieser Verbrechen geben uns einen kleinen Einblick in die Grausamkeit des Alltags, wie er in diesen Regionen existiert.

Die strukturelle Benachteiligung bestimmter Gebiete lässt sich gut am Beispiel des öffentlichen Nahverkehrs nachvollziehen. Denn die öffentliche Verkehrsanbindung übt entscheidenden Einfluss auf die Teilhabe am sozialen, politischen oder kulturellen Leben in Berlin und Brandenburg aus. Das gesamte Nahverkehrsnetz

5 Das durchschnittliche Nettoeinkommen privater Haushalte in Brandenburg beträgt im Jahr 2009 nur 1566 €, lt. Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg: vgl. <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de>.

6 Die Geschehnisse zu Potzlow <http://archiv.mut-gegen-rechte-gewalt.de/druckartikel.php?id=39&kat=39&artikelid=780> sind besonders bekannt geworden, wenn auch ähnliche Fälle in diesen Regionen nach wie vor passieren: <http://www.inforiot.de/artikel/mord-stadt-folgen>.

ist sternförmig mit Berlin als Zentrum aufgebaut. Will man aus Nordbrandenburg nach Ostbrandenburg fahren, so führt der Weg unweigerlich über Berlin. Selbst von Bernau nach Strausberg führt der Weg über Berlin. Darum sagt die Anbindung eines Ortes nach Berlin automatisch ebenso viel über seine Anbindung zu anderen Orten in Brandenburg aus. Zum Beispiel aus Neuruppin kommend, 75 Kilometer vom Stadtzentrum Berlins entfernt, beträgt die minimale Fahrzeit 1 Stunde 20 Minuten bis zum Berliner Hauptbahnhof. Die Rückfahrt an einem Samstagabend ist bis 0.10 Uhr möglich. Gut so. Pech haben die Abendausflügler aus Bad Freienwalde, mit rund 55 Kilometer Weg. Hier beträgt die kürzeste Fahrzeit bereits 1 Stunde 30 Minuten, die Rückfahrt am Samstagabend ist nur bis 20.30 Uhr möglich. Was aber macht die Gruppe Jugendlicher aus Lieberose, einem kleinen Ort mit 1500 EinwohnerInnen 115 Kilometer südöstlich von Berlin aus gelegen und 30 Kilometer nördlich von Cottbus? Wollen sie zu einem Konzert ins SO36 oder auch mal ins Maxim-Gorki-Theater, dann beginnt die Rückfahrt bereits vor der Veranstaltung mit dem letzten Zug um 17.03 Uhr am Freitagabend. Fahrzeit: 3 Stunden und 14 Minuten. Selbst aus Cottbus, falls das dortige Kinoprogramm gefällt, fährt der letzte Bus am Freitagabend um 19.10 Uhr. Also gilt für die LieberosenerInnen: nur Kinderprogramm am Nachmittag gucken. Nun ließe sich anführen, dass Lieberose ja so klein und so weit weg ist. Aber Fakt ist, dass die Mehrzahl der Bevölkerung Brandenburgs außerhalb des engeren Verflechtungsraums mit Berlin lebt und eben fast keine Anbindung mehr an die verbleibenden Orte hat, wo kulturelle und gesellschaftliche Auseinandersetzung, gesellschaftliches Leben stattfinden. Wir sind mit einem Bundesland konfrontiert, in dem eben ein großer Teil der Bevölkerung in Gemeinden und Kleinstädten zwischen 500 und 20000 EinwohnerInnen lebt.⁷

Unsere im Verhältnis zu den Berlin nahen Regionen geringen Erfahrungen mit Bildungsarbeit in Wegzugsregionen⁸ zeigen, dass in diesen Regionen der Bedarf enorm ist, aber gleichzeitig hier Bildungsarbeit immer extrem ressourcenintensiv ist. Die fehlende Infrastruktur führt dazu, dass ein großer Teil der Bildungsangebote diese strukturellen Defizite immer mitdenken und ausgleichen muss. Mit dem Auslaufen und folgenden Ausbleiben unserer kontinuierlicher Förderung⁹ für

7 Etwa 1,5 Millionen BrandenburgerInnen leben in Gemeinden bis 20000 EinwohnerInnen. Rund 1 Million BrandenburgerInnen lebt in 27 Kleinstädten zwischen 20000 und 150000 EinwohnerInnen; vgl. ebenso: Statistisches Landesamt Brandenburg, a. a. O.

8 Nur in den Jahren 1998 bis 2003 konnten wir im Rahmen des Modellprojektes »Jugend-Werte-Normen und Genuss – Partizipation im ländlichen Raum« aktiv über unsere Netzwerkstruktur hinaus politische Jugendbildungsarbeit auch in Wegzugsregionen praktizieren.

9 Im Zuge der Entwicklung einer Förderung von Jugendbildung gab es in den ersten Jahren nach 1990 noch den Fokus auf Demokratieentwicklung und Partizipationsförderung. Im Rahmen dieser Förderung konnte das DJB – wie viele andere Vereine auch – bis 1998 mit einem festen Etat kontinuierlich planen und arbeiten. Ab dem Jahr 1998/99 wurde diese Förderung hin zu einer Projektförderung umstrukturiert, so dass nur noch konkrete Projekte, aber keine kontinuierliche Arbeit mehr gefördert wurde. Das ging einher mit der Einführung des Bundesprogramms »Civitas«, wodurch das Land Brandenburg diese »Umstrukturierung« leichter bewältigen konnte, weil das Land damit effektiv Gelder in der regelmäßigen Jugendarbeit einsparen konnte, da diese jetzt über konkrete Projektförderung abgewickelt wurde, die ja aus Bundesmitteln finanziert wurden. (Vor der Einführung von »Civitas« hatte das Land Brandenburg bereits über ihr Handlungs-

Jugendbildungsarbeit mussten daher auch wir unsere Arbeit in diesen Regionen in 2003 einstellen. Die einzigen Träger, die eine kontinuierliche und fast flächen-deckende Arbeit in Wegzugsregionen anbieten können, sind die Jugendfeuerwehren und insbesondere die in Westbrandenburg verankerte Deutsche Landjugend. Auch diese beiden Verbände schaffen es nur, ein Minimum von Angeboten der Jugendbildung zur Verfügung zu stellen. Die Einstellung von Fördermitteln für Jugendhilfe, konkret auch für außerschulische Jugendbildung in Brandenburg, orientiert sich nämlich an einer Pro-Kopf-Rechnung. Das bedeutet, dass mit einer sinkenden Anzahl von Jugendlichen die Mittel entsprechend verringert werden.¹⁰ Das Problem daran ist, dass unter den Strukturbedingungen eines Flächenlandes trotz sinkender Anzahl und weiter Streuung der Wohnorte von Kindern und Jugendlichen ein Sockelbetrag nicht unterschritten werden dürfte, um Regionen von Bildungsangeboten nicht komplett abzuschneiden.

Das Land Brandenburg jedoch verschrieb sich dem Ausweg, anstatt außerschulische Jugendbildung auch bei notwendigerweise geringer TeilnehmerInnenzahl im ländlichen Raum weiter anzubieten, die wenigen verbliebenen Träger zu zwingen, in Kooperation mit Schulen zu treten, allein nur weil das der letzte Ort ist, wo sich noch Kinder und Jugendliche in größerer Zahl befinden. Damit wird außerschulische Jugendbildung faktisch abgeschafft und mit ihr ein Konzept von Bildung und Erziehung zu Demokratie, das eben nur außerhalb von Schulen funktionieren kann, weil es einen Ort braucht, an dem Jugendliche sich selbst organisieren und politisch orientieren können, einen Ort, der unabhängig vom Bewertungssystem Schule ist. Dieses Fördermodell der Landesregierung zum Thema Jugendbildung ist ebenso kurzfristig und zerstörerisch wie die Demontage der Infrastruktur in eben diesen Gebieten: Wer Fragen von Moral und Werteerziehung an Wirtschaftlichkeit orientiert, wird zwangsläufig eben genau nicht in einer Demokratie enden. Andersherum gesagt: Eine Demokratie muss man sich leisten können und wollen.¹¹

konzept »Tolerantes Brandenburg« eine ähnliche, wenn auch nicht so umfangreiche Projektförderung zum Thema Rechtsextremismus begonnen.)

- 10 Die Diskussion im Landesjugendhilfeausschuss zu diesem Thema kann hier nachvollzogen werden: <http://brandenburg.de/sixcms/media.php/bb1.c.167984.de> bzw. auf der Webseite des Landes Brandenburg > Landesjugendamt > über das Landesjugendamt > Landesjugendhilfeausschuss: Positionspapier außerschulische Bildung.
- 11 Uns ist sehr wohl bewusst, dass die materiellen Voraussetzungen, unter denen viele ostdeutschen Kommunen, Kreise und auch Länder haushalten, nach wie vor wesentlich beschränkter sind als in vergleichbaren westdeutschen Kommunen. Daher ist die Forderung nach mehr »demokratischem Willen« unter der Voraussetzung der materiellen Bedingungen zu sehen. Es stimmt, dass jede Kommune, auch wenn sie noch so arm ist, in der Pflicht steht, Demokratie so weit wie möglich umzusetzen, insofern ist es durchaus gerechtfertigt, diese Forderung an alle Kommunen zu erheben. Aber wir möchten darauf hinweisen, dass gerade im Umgang mit neofaschistischen Organisationen Dinge wie ein höherer Bildungsetat, keine Zwangsverwaltung der Stadt durch Verschuldung und kein massiver Wegzug der meisten Intelligenz in der Region sehr hilfreich sind, um ein Eindämmen der neofaschistischen Bedrohung zu realisieren. Anders gesagt: Es wäre nicht legitim, eine Stadt wie Aachen mit einer Stadt wie Frankfurt/O. zu vergleichen und nur über politischen Willen und nicht über materielle Voraussetzungen zu reden.

Aus der Wegzugsregion in die Zuzugsregion

Jugendliche Akteure bleiben in den Zuzugsregionen länger, eben dort, wo es durch Berlin-Aufenthalte kulturelle und politische Inputs gibt. Die Rahmenbedingungen sind um ein Vielfaches stabiler und strukturell besser in Orten wie Falkensee, Bernau und Wildau, wo Bevölkerung und damit auch Kinder und Jugendliche zugezogen sind. So gibt es hier in der Regel verschiedene Schultypen in einem Ort, kommunale Bibliotheken, lokale Sportvereine und, wenn auch unterfinanziert und dünn, dennoch ein Netz von freien Trägern der Jugendhilfe. Das bedeutet jedoch nicht automatisch, dass Demokratie und Antifaschismus gelebt werden.

Schwierigkeiten und Erfolge antifaschistischer Bildungsarbeit

Viele von uns haben sich in lokalen antifaschistischen Initiativen Anfang der 1990er organisiert, sich vehement mit dem bandenmäßigen Neofaschismus im wahrsten Sinne des Wortes herumgeschlagen, von unseren wenigen Jugendräumen oder besetzten Häusern ausgehend, jugendkulturelle Initiativen gestartet und damit einhergehend soziokulturelle Vereins- und Projektstrukturen geschaffen. Die überregionale Vernetzung von antifaschistischen Aktivitäten ging einher mit dem Aufbau regionaler und überregionaler Sozialarbeitsstrukturen. All diese oft lokalen Bemühungen mündeten im landesweit tätigen Verein DJB e.V. Als DJB führten wir auf Landesebene neben dem Landesjugendring eine Auseinandersetzung um Jugendbildungspolitik und deren Stellenwert und Förderung in Brandenburg. Ende der 1990er Jahre wurden verschiedene Kampagnen gegen Neofaschismus und Rassismus ins Leben gerufen, die auf die breitere Öffentlichkeit zielten. Viele lokale Projekte und Gruppen beteiligten sich an der Jugendkulturkampagne »Am Rande des Wahnsinns«. Später initiierten wir die »Aktion Noteingang« und entwickelten diese nach dem Sommer 2000 weiter zur »Aktion Analyse«. Das so gewachsene Antirassistische Jugendbündnis wurde Teil des landesweiten zivilgesellschaftlichen »Aktionsbündnis gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus«.

Eine Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren war von uns immer explizit gesucht und wurde entsprechend gewürdigt. Unsere spezifischen Erfahrungen brachten wir in die Diskussionen um einen emanzipatorischen Bildungsbegriff ein, wie sie etwa im Jugendbildungsnetzwerk bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung geführt wurden; dieses Netzwerk haben wir aktiv mitbegründet. Von dort bekam unsere Praxis auch viele Impulse und setzte ebenso viele in der Diskussion mit anderen Trägern von Jugendbildungsarbeit in Gang. So entstand eine breite Bildungsarbeit, die in Erprobung verschiedener Konzepte einen Begriff von politischer Bildung entwickelte, der zu großen Teilen außerhalb von Bildungsstätten und Verbandsstrukturen ansetzte und eine Auseinandersetzung mit konkreten alltagspolitischen Erfahrungen bot.

Ein Umgang von gleich zu gleich war uns darin wichtig, nicht als hehrer bildungskonzeptueller Ansatz, sondern auch einfach aus der Erkenntnis heraus, dass die Situation uns vor Aufgaben stellte, für die es noch keine Konzepte gab. Solche Konzepte mussten hier erst neu und situationsspezifisch mit Jugendinitiativen zusammen entwickelt werden. Darin erkannten wir, dass das, was in der BRD als außerschulische Bildungsarbeit bekannt war (z.B. die Traditionen von politischer Jugendverbandsarbeit oder auch die autonomen Hausprojekte), in Ansätzen sinnvoll und brauchbar war, aber eben an eine konkrete alltagspolitische Erfahrung angedockt werden muss.

Das Konzept Bildungsstätte als Rückzugsraum spielt eine wichtige Rolle, ist aber eben nur dann sinnvoll, wenn es einen Erprobungs- und Gestaltungsraum vor Ort gibt: Es braucht selbst verwaltete Räume, ganz konkret, wo Jugendliche sich treffen können, sie Bedarfe artikulieren und sich Zugänge zu Wissen erarbeiten können.

Anhand der folgenden fünf Beispiele wollen wir die Entwicklung, Chancen und Grenzen von Jugendinitiativen nachzeichnen, die sich gegen Neonazis positionieren. Die Möglichkeiten, die Bildungsarbeit für diese Jugendinitiativen hatte und die Grenzen des Engagements dieser Initiativen, versuchen wir dabei zu diskutieren.

Angermünde: aus »No Go« wird »Go Away«

Angermünde, das kleine Städtchen in der dünn besiedelten, von Berlin aus fern gelegenen Uckermark, hatte ein massives Problem mit neofaschistischen Gruppierungen und dem Terror, den sie verbreiteten. Das war weithin bekannt. Dass das so bekannt war, lag vor allem auch an einer engagierten Jugendgruppe, die eifrig die Neonazi-Aktivitäten dokumentierte. Doch damit nicht genug: In mühevoller ehrenamtlicher Kleinstarbeit und gegen viele lokale Widerstände versuchten sie darüber hinaus, eine Jugendkultur lebendig zu halten, die sich selbstverständlich gegen Rechts abgrenzt und politisch einmischt. Seien es kreative Aktionen, die mit extra gestalteten Mülltüten BürgerInnen daran erinnerten, dass Nazi-Wahl-Propaganda weggeworfen gehört, oder Konzerte, die für alle Jugendliche, die keine Nazis sind, offen waren. Diese kleine Gruppe, die über fast zehn Jahre kontinuierlich in Angermünde aktiv war, fällt in die Kategorie, die oft als der »Goldstaub einer jeden Kommune« bezeichnet werden kann: engagiert, kreativ, mutig und unerschrocken.

Doch leider sehen die Kommunen und deren VertreterInnen das oft nicht so: Nach massiven Angriffen von Neonazis, fehlendem Verständnis und ausbleibender Unterstützung von den Behörden sowie immer stärker werdender öffentlicher Diffamierung seitens der KommunalvertreterInnen sah die Gruppe in Angermünde schließlich keine Handlungsperspektive mehr. Ohne Partner, verklagt und bedroht, beschimpft und ohne jegliche Unterstützung zogen sie die logische Konsequenz.

Der gesamte Verein löste sich auf und beendete seine Arbeit in Angermünde. Alle aktiven Mitglieder suchten sich einen neuen Ort, wo ihr Engagement eine Chance hatte und gewürdigt wurde: in Potsdam. Die Bildungsarbeit der DJB konnte in diesem Prozess keine andere Rolle mehr spielen, als eine erweiterte Umzugshilfe zu sein: den Gruppenprozess zu unterstützen, um sich in dieser ausweglosen Situation nicht aufzubrechen; bei einem Neuanfang zu bestärken und beim Packen der Kisten und Abwicklung des Vereins zu helfen.

Kurz gesagt: Jugendinitiativen können viel tun, aber die potenzielle Reichweite ihres Handelns liegt eben vielfach in den engen Grenzen politischer Einsicht kommunaler VertreterInnen und deren Problem- und Demokratiebewusstsein. Gleichzeitig ist eine aktive Präsenz von organisierten Nazi-Strukturen ein wesentliches Hindernis für jugendliche AktivistInnen, die sich eben nicht überall und offen im kommunalen Raum bewegen können. Letztendlich entscheidet in solch einem Fall die Frage, wie lange die Akteure es vor Ort aushalten.¹²

Vetschau: von Pontius zu Pilatus und zurück

Vor einem ähnlichen Problem sah sich eine Jugendgruppe aus Vetschau, die sich um eine Musikband herum gebildet hatte. Ihr Fokus war Musik, und viel mehr wollte sie eigentlich erst mal auch nicht. Die jungen Leute wollten aber auch nicht von Nazis angegriffen werden, was in jener Zeit immer häufiger vorkam. In spannenden Seminaren und einer Zukunftswerkstatt arbeiteten wir mit ihnen ihre Situation heraus, suchten nach Handlungsmöglichkeiten, eigene Räume zu finden, damit sie wieder ohne Angriffe Musik machen könnten, denn ihre bisherigen Räumlichkeiten waren von Neonazis beschädigt worden und konnten nicht mehr genutzt werden. Nach einem ebenso spannenden Videoworkshop gab es die ganze Geschichte auch umfassend dokumentiert, Verhandlungen mit dem Bürgermeister begannen und versandeten im Nichts. Die Jugendgruppe wurde von einem (Nicht) Zuständigen zum nächsten geschickt und mit Hinhaltungen und Besänftigungen, teilweise auch mit Forderungen (»Gründet doch erst mal einen Verein«) entmutigt. Jugendgruppen sind fragile Gebilde, und eine Gruppe, die Musik machen will, kann nicht ein Jahr lang einen Raum suchen und verhandeln. Die Akteure der Band zogen folglich weg.

Alle Bildungsansätze, die sich zwischen dem Videoworkshop und der Zukunftswerkstatt entwickelt hatten, waren fruchtbar und erfolgreich, vermochten aber nicht die Position des Bürgermeisters zu ändern und wurden mit dem Wegzug der Band ebenso abgebrochen.

12 Die Arbeit von Pfeffer und Salz lässt sich hier nachvollziehen: http://www.aktion-analyse.org/projekt_ang.html. Die Angriffe auf Pfeffer und Salz sind auszugsweise hier dokumentiert: <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2002/01/18/a0230>.

Frankfurt: Was nicht passt, wird passend gemacht

Frankfurt/Oder hat eine Universität, Frankfurt/Oder hat eine gute Berlin-Anbindung. Frankfurt/Oder könnte ein guter Ort zum Leben sein. Aber jede und jeder, die oder der Frankfurt/Oder in den letzten Jahren besucht hat, weiß, dass das nicht unbedingt der Fall ist. Die kulturelle Tristesse ist offensichtlich, alternative Kulturangebote gibt es zu wenig, Neonazis sind im Stadtbild präsent. Aber diese sind sicherlich nicht das größte Problem, obwohl es in Frankfurt derzeit eine üble Neonazi-Bewegung gibt, die die Schnittstelle zur Fußballfankultur ausfüllt und in Aggressivität und Widerlichkeit nicht zu unterschätzen ist. Auch die mangelnde Unterstützung durch die StadtvertreterInnen erschwert jede Jugendarbeit, die sich explizit gegen organisierte Neonazis positioniert.

Das größere Problem scheint jedoch die andauernde Kriminalisierung zu sein, der sich engagierte junge Menschen ausgesetzt sehen. Denn massive Linksextremismus-Vorwürfe haben in einer Kleinstadt eine verheerende Wirkung und ziehen meist einen Ausschluss aus der öffentlichen Förderung oder zumindest erschwerte Zugänge, ausbleibende Unterstützung durch StadtvertreterInnen und Schwierigkeiten in der Kooperation mit anderen kommunalen Partnern nach sich, von den ganzen persönlichen Folgen abgesehen: Überwachung, Polizeikontrollen, Ärger mit Berufsausbildung und Eltern etc. Und das Hauptproblem bei der Sache ist: Egal, was an diesen Vorwürfen dran ist, sie stehen dann eben doch erst mal im Raum, und dabei ist es völlig egal, ob nur NPD-Plakate abgerissen wurden oder der vermutete Angriff auf einen Neonazi vielleicht doch eine Verteidigungshandlung war. Der Imageschaden und die politische Isolierung sind die Folge. Deshalb war es in der Vergangenheit immer häufiger zu beobachten, dass junge, engagierte Menschen genau aus diesen Gründen Frankfurt den Rücken kehrten. Und so wird es dann für die wenigen Leute, die allem Druck standhalten, immer schwerer, ihre Träume und Wünsche zu verwirklichen. Nun ist das bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft kein neues Problem. Seit Jahren folgen sie dem Phantom des totalitarismustheoretischen Rechts-Links-Schemas eines »Extremismus« und bemerken dabei nicht, dass Brandenburg von dem, was als »Linksextremismus« diffamiert wird, nur träumen kann – aber das Problem, das die Brandenburger und auch die Frankfurter Demokratie hat, ist nach wie vor eine massive Organisation neofaschistischer Gruppierungen, die Menschen aufgrund ihres Aussehens angreifen, verletzen und töten.

Solange der Unterschied zwischen dem Abreißen von Nazi-Plakaten einerseits und dem Aufhängen von Nazi-Plakaten andererseits und die davon ausgehenden Gefahren für die Demokratie nicht verstanden werden, sind eben Jugendinitiativen, die sich gegen Nazis richten, schnell isoliert. Unsere Bildungsarbeit setzte in Frankfurt immer wieder unterstützend an existierenden Prozessen an, reagierte auf Anfragen und Bedarf an konkreten Bildungsangeboten, half bei der Professionalisierung im ehrenamtlichen Bereich, unterstützte auch die Vernetzung zu anderen

Gruppen in Brandenburg, um einer Isolierung entgegenzuwirken. Bildungsarbeit könnte in Frankfurt/Oder mit mehr kommunaler Unterstützung und mehr Akzeptanz eine wahrhaft bedrohliche Lücke schließen. Mit dem Totschlag-Vorwurf des »Linksextremismus« jedoch wird das immer schwerer zu realisieren sein.¹³

Bernau: Demokratie geht nur mit DemokratInnen

Seit den früher 1990er Jahren ist es gelungen, eine sich nach rechts abgrenzende Jugendarbeit aufzubauen, die ein breites Spektrum an jugendkulturellen Aktivitäten von Bandprojekten über Graffiti bis zum internationalen Jugendaustausch umfasst. Mittelpunkt ist das selbstorganisierte Jugendzentrum »Dosto«. Dieses Zentrum ist Schnittstelle für viele politisch Aktive, die zum Beispiel in der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt, als Stadtverordnete der »Alternativen Jugendliste« oder als Antifa-Gruppe eine Zusammenarbeit über die Jugendprojektebene hinaus in der Kommune suchen. Das Projekt ist dadurch fest in lokale und regionale Bündnisse wie z. B. das Netzwerk für Weltoffenheit und Toleranz integriert. Besser gesagt, ohne das enorme jugendliche Engagement aus dem »Dosto« heraus wäre das Netzwerk eine ziemlich traurige Veranstaltung. Auffällig ist, dass es eine staatliche Institution gibt, die traditionell gegensteuert. Schon 1994 geriet die Bernauer Polizei in die Schlagzeilen, als die Praxis der rassistischen Demütigungen und Misshandlungen von Vietnamesen auf der Polizeiwache publik wurde. In den folgenden Jahren ist die Polizei immer wieder durch hartes Vorgehen gegen Jugendliche des antifaschistischen Spektrums und durch Nachlässigkeit gegenüber rechten Gewalttätern aufgefallen. So griffen die eingesetzten BeamtenInnen nach der antifaschistischen Straßenparade 2008, als ein Dutzend Neonazis unter den Augen der Polizei vor dem Jugendtreff »Dosto« die Konfrontation suchte und den Hitlergruß zeigte, nicht ein. Im gleichen Jahr war sich der Polizeidienststellenleiter jedoch nicht zu schade, den jugendlichen VeranstalterInnen der »Streetparade« immer wieder öffentlich »Linksextremismus« vorzuwerfen. Höhepunkt war dessen Auftritt beim Ausschuss zur Umsetzung des »Lokalen Aktionsplans«, einem kommunalen Gremium, das über zivilgesellschaftliches Vorgehen gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus diskutiert und Fördermittel aus dem Bundesprogramm »Vielfalt tut gut« vergibt. Dort legte er Berichte und Zitate als Belege seiner »Linksextremismus«-These vor, die er aus NPD-Veröffentlichungen bezog. Nun ist der örtliche Polizeichef kein Neonazi oder gar in

13 Beispielhafter Berichte zu dem Thema aus Frankfurt/O.: http://www.ostblog.de/2007/01/hart_an_der_grenze_frankfurt_o.php. Ein Überblick über die Situation in Brandenburg, mit Frankfurt als Beispiel: <http://npd-blog.info/2008/05/20/brandenburg-widerspruchliche-entwicklungen/#more-1724>. Einer von vielen Beweisen für die Notwendigkeit von nicht-rechter Jugend/Kulturarbeit in Frankfurt/O.: http://www.metal-hammer.de/War_From_A_Harlots_Mouth_Konzert_Absage_Frankfurt_Oder_Nazi_Hitlergru%C3%9F-site-hammer.html.

einer rechten Partei organisiert. Ihm ist lediglich vorzuwerfen, dass er entweder die politische Tragweite seines Handelns nicht überblickt, oder dass er gezielt versucht, das Engagement der OrganisatorInnen der Straßenparade mit möglichst schauerlichen Geschichten – auch wenn es nachweislich plumpe Nazi-Hetze ist – gegenüber kommunalen Partnern zu diffamieren. Das Besondere an der Bernauer Situation ist, dass die Polizei als eigenständige lokale Akteurin daherkommt und vor allem öffentlich gegen das »Dosto« – mittlerweile der größte lokale Träger der Jugendarbeit – Stimmung macht.¹⁴

Unsere politische Bildung setzt in diesem etablierten Projekt an zwei Herausforderungen an. Einerseits eine politische Debatte über die Selbstorganisation im Projekt immer wiederherzustellen und die Ziele und Formen politischer Intervention innerhalb der Kommune zu diskutieren. Andererseits Handlungsperspektiven zu entwickeln, die trotz des Drucks, der durch die beständige Verunglimpfung durch die Bernauer Polizei entsteht, jedem/jeder einzelnen Aktiven Mut machen, sich weiter zu engagieren. Ersteres ist in den vergangenen Jahren durch eine aktiv betriebene Vernetzung gelungen. Eine produktive Form des Umgangs mit rückwärts gewandten Polizeistrategien konnte noch nicht gefunden werden. Hier fehlte unserer Vernetzung die Kraft zur Initiierung eines regional und landesweit zu führenden kritischen Diskurses, der eine Neuausrichtung und Demokratisierung der Polizeiarbeit im Kontext von lokalen antifaschistischen Jugendinitiativen erfolgreich einfordern kann.

Strausberg: Antifaschismus kann selbstverständlich sein

Die Kleinstadt Strausberg hat ähnliche Voraussetzungen wie Bernau. Auch hier hat sich ein selbstorganisiertes linkes Jugendprojekt zwischen 1991 und 2009 etabliert. Der Trägerverein und das Projekt »Horte« sind trotz vieler Reibungen mit anderen kommunalen AkteurInnen wie Bürgervereinen oder der ablehnend agierenden CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung (SVV), und trotz gelegentlicher Neonazi-Provokationen, in die kommunale Struktur von Jugendsozial- und Jugendkulturarbeit voll integriert. Hier hat die Kommune aus politischer Einsicht und den Erfahrungen langjähriger Zusammenarbeit die Kooperation gesucht und gestaltet. Das Projekt ist trotz seines politischen Bekenntnisses heute der größte Akteur in der Jugendsozial- und Jugendkulturarbeit der Stadt. So wurde ein Jugendtreff in einem Vorort, der wegen Finanz- und Personalnot geschlossen werden sollte, komplett den ehemaligen »HausbesetzerInnen« mit Wissen und Kompetenz in der Organisation von Selbstverwaltungsstrukturen überlassen. Für beide Seiten,

14 Zu den Vorkommissionen und Verhaltensweisen der Polizei siehe folgende Links: http://freenet-homepage.de/streetparade_bernau/streetparade2009/brief.html und http://freenet-homepage.de/streetparade_bernau/streetparade.html bzw. <http://schildkroete.blogspot.de/2008/07/15/pressemitteilung-zu-versuchten-naziangriff-aufs-dosto/>.

Kommunalverwaltung und Aktive des Hausprojektes, eine »Win-win«-Situation. Und so konnte trotz knapper Finanzlage eine Jugendeinrichtung erhalten bleiben und gleichzeitig ein ehemals von rechter Jugendkultur dominierter Club unter der Ägide eines antifaschistischen Trägers demokratisiert werden. Selbstverständlich bleibt die Frage, welche Perspektive eine unterfinanzierte Jugendsozialarbeit hat. Eine vernetzte Bildungsarbeit sorgte in diesem Wachstumsprozess für einen Erfahrungs- und Wissenstransfer etwa im Umgang mit Kommunalpolitik, mit formalen Jugendsozialarbeitsstrukturen, aber auch mit allfälligen Generationswechslern in selbstorganisierten Projekten.

Politische Jugendbildung gegen Neofaschismus und Rassismus in Brandenburg? Ein Fazit.

In ausgedünnten Regionen können kleine Gruppen mit wenig Aufwand und etwas Eigeninitiative schnell handlungsfähig werden und sind in der Lage, politisch Einfluss zu üben. Das ist von Vorteil, wenn es »die Richtigen« machen. Bildungsarbeit kann so ein Motor bei der Eingrenzung neofaschistischer Umtriebe sein. Sie muss die aktiven AntifaschistInnen stärken, vernetzen, Wissenstransfer ermöglichen und Aktionshorizonte erweitern. Unserer Erfahrung nach verliert die Demokratie in dem Moment und an den Orten, wo ein Vakuum ohne nicht-rechte politische Orientierungspunkte für Jugendliche entsteht. Neonazis sind eine alltägliche und in der BRD »untote« Bewegung, die über Parteien, regionale Kameradschaften, Band-, Zeitungs- und Internetprojekte fest verankert ist und immer wieder Schnittmengen mit dem rechtskonservativen politischen Lager sucht. Rechte, wirtschaftsliberale, neofaschistische und rassistische Erklärungsmuster sind über neue und alte Medien Jugendlichen in allen Brandenburger Regionen (und natürlich auch bundesweit) präsent. Kommt dann noch das organisierende Moment von regional aktiven Neonazi-Strukturen hinzu, dann ist es fast zu spät. Antifaschistische politische Bildungsarbeit muss deshalb immer eine organisierende Funktion einnehmen. Eine kontinuierliche Eindämmung und Verdrängung neofaschistischer Tendenzen unter Jugendlichen ist dann möglich, wenn immer wieder neue Initiativen Jugendlicher entstehen, bestehende Gruppen sich weiterentwickeln und so erhalten bleiben können, Aktive sich überregional vernetzen und kommunale Räume für diese Jugendinitiativen zur Verfügung stehen. Organisationsarbeit ist für nicht-rechte Bildungsarbeit in Brandenburg auch deshalb dringend notwendig, um einen Umgang mit der hohen Abwanderung Jugendlicher in den ländlichen Regionen zu finden. Aber je ländlicher die Region, desto aufwendiger wird die Bildungs- und Organisationsarbeit.

Erschwerend hinzu kommen Extremismuskurse und Links-Rechts-Polarisierungen in den Köpfen von PolitikerInnen, PolizistInnen und Verwaltungsangestellten. Solange mit einer Gleichsetzung von Rechts und Links immer noch in

gefährlicher Weise Politik gegen politisch und antifaschistisch engagierte Jugendliche und junge Erwachsene gemacht wird, wird auch jedes Engagement gegen organisierten Neofaschismus in Kameradschaften und Parteien und deren menschenfeindliche Ideologien stets sehr beschränkt bleiben und das Wachsen rechter Jugendkulturen und Erlebniswelten begünstigen. Bildungsarbeit in Brandenburg ist nicht nur für die jugendlichen Generationen nicht-rechter Subkulturen hilfreich, sondern vor allem auch für die Erwachsenen, für Eltern, LehrerInnen, PolizistInnen, JuristInnen, KommunalpolitikerInnen in kommunal verantwortlichen Positionen dringend nötig.

*Der Beitrag »Die Unterstützung der letzten Mohikaner«
entstand in Zusammenarbeit mit Aktiven des DJB e.V.*

Notizen aus Ostbayern

Traditionsbewusstsein und Heimatverbundenheit

Der »Landgasthof Apfelbeck« in Mamming gilt als renommierte Adresse in der niederbayerischen Provinz zwischen Landshut und Deggendorf. Am Dienstagabend nach Pfingsten sind Gaststube und Nebenzimmer gut gefüllt. Hier hält der »Runde Tisch Dingolfing« heute seine »Juni-Runde« ab. »Runder Tisch Dingolfing«, das mag harmlos klingen, ist aber eine Tarnbezeichnung für ein knallhart rechtes Sammelbecken. Die Bezeichnung geht auf eine längst vergangene Initiative der neonazistischen »Deutschland-Bewegung« um Alfred Mechtersheimer¹ zurück, der extrem Rechte aus verschiedenen Spektren und parteiübergreifend an »Runden Tischen« zu sammeln versuchte. Eine solche »nationale Volksfront«, im Kleinen zumindest, findet sich nun nach und nach im reservierten Saal mit der vorbereiteten Leinwand ein, in dem irgendwer bereits ältere Ausgaben der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« ausgelegt hat. An meinen Tisch setzt sich Alfred Steinleitner – der fast 50-jährige Hausmeister ist Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Deggendorf. Er wird vom heutigen »Runden-Tisch«-Gesprächsleiter Joachim Hahn vertraut als »Fred« begrüßt. Mir gegenüber sitzt der schmächtige Klaus Sojka, bekannter neonazistischer Publizist aus Deggendorf. Direkt hinter mir nimmt sich Max Aßbeck, der stellvertretende Kreis- und Bezirksvorsitzende der Republikaner aus Reisbach, einen Stuhl. Karl-Heinz Fiedler, auch er ein regelmäßiger Teilnehmer der »Runde«, gesellt sich zu Alfred Steinleitner und mir an den Tisch. Die anderen bestellen sich einen Schweinsbraten, mir ist der Appetit längst vergangen: Fiedler, katholischer Pfarrer aus Dornwang, ist mit NPD-Mann Steinleitner offensichtlich bestens bekannt. Steinleitner hat extra für ihn Propagandamaterial der NPD und eine Versandbroschüre vom NPD-eigenen »Deutsche Stimme«-Verlag mitgebracht. Später verabreden sich die beiden zu einem Treffen wegen eines eventuellen Beitritts Pfarrer Fiedlers in die neofaschistische Partei. (Das Gespräch hat in Fiedlers Haus kurz darauf auch tatsächlich stattgefunden.)

Zum 75. Mal seit 2001 finden sich heute die knapp 20 Herren und wenigen Damen beim »Runden Tisch« zum, laut Eigenbezeichnung, »politischen Stammtisch mit Tiefgang« ein. Nachdem die ursprüngliche Lokalität im »Aldersbacher Hof« in Wallersdorf zu klein geworden ist, avancierte der Mamminger Landgasthof

1 Der ehemalige CSU-Politiker, Grünen-Bundestagsabgeordnete und »Friedensforscher« Alfred Mechtersheimer dürfte mit seinen extrem rechten »Sammlungsprojekten« »Deutschland-Bewegung und »Deutsche Aufbau-Organisation« (DAO) eher für mehr denn weniger Spaltungen in der deutschen Rechten gesorgt haben. Er kann aber durchaus als Stichwortgeber für die vom NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt 2004 initiierte Zusammenarbeit einer »nationalen Volksfront« (aus NPD, DVU und Kameradschaften) bezeichnet werden. Noch heute verschickt Mechtersheimer von Starnberg aus regelmäßige Rundbriefe und Artikel.

»Apfelbeck« mit seinen Sälen zum Stammlokal des manchmal bis zu 60 Personen umfassenden rechten Kreises. Das für die im März 2009 verbotene »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ) aktive NPD-Bundesvorstandsmitglied Ulrich Pätzold aus dem niederbayerischen Schöllnach war genauso schon dabei wie Dr. Richard Grill, Ministerialrat a. D. und Vorsitzender des »sudetendeutschen Archivs«. Sein Buch »Es begann in Prag. Die Wurzeln der Vertreibung« erschien 2001 im »Druffel und Vowinckel«-Verlag der extrem rechten »Verlagsgesellschaft Berg«. Im April 2008 referierte Grill beim »Runden Tisch« über den »Hegemon USA« und beantwortete die selbstgestellte Frage, ob Deutschland überhaupt ein souveräner Staat sei mit Nein.

Heute werden die Teilnehmenden von Joachim Hahn begrüßt. Er entschuldigt CSU-Angehörige, die sich im Wahlkampf befänden und »unsere FDPler«. Die gehören in der Tat zur Stammbesetzung am »Runden Tisch«, allen voran das FDP-Bezirksvorstandsmitglied Alois Rohsetzer. Auch Rudolf Ottmair, Kreisvorsitzender der CSU Landshut und jahrelang im Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der regionalen CSU aktiv, hat bis zu seinem Tod zu Ostern 2009 noch am »Runden Tisch Dingolfing-Landau« teilgenommen.

In der ostbayerischen Provinz sind extrem Rechte und Neonazis oft erstaunlich gut verankert. Bis Mitte 2009 traf sich beispielsweise die Schwandorfer NPD zwei Jahre lang zu Versammlungen ungestört in der Kreuzberg-Gaststätte. Die gehört der katholischen Kirche. Am 10. Mai 2009 kam die NPD gegenüber der Wallfahrtskirche auf dem Kreuzberg sogar zu ihrem Landesparteitag zusammen, wieder mit ausdrücklicher Genehmigung des Kirchenpflegers Georg Hottner, eines CSU-Lokalpolitikers.² Der frühere NPD-Funktionär Konrad Schalk aus Deggendorf wurde im März 2009 in das Landratsamt Deggendorf eingeladen. »Sie sind ein Paradebeispiel für ehrenamtliches Engagement und solidarische Verbundenheit mit Menschen in Not«, lobte ihn Landrat Christian Bernreiter (CSU) für seinen Einsatz im Sport, und heftete ihm die Verdienstmedaille des Bundesverdienstordens an.³ Und als das Bundesinnenministerium den Rödinger NPD-Aktivisten Stefan Göbeke-Teichert aus dem Technischen Hilfswerk (THW) entlassen wollte, wehrte man sich im Ortverband Straubing. »Überhaupt«, entrüstete sich der lokale THW-Geschäftsführer Franz Xaver Schmid gegenüber der »Süddeutschen Zeitung«, »haben wir noch nie gefragt, bei welcher Partei jemand ist.«⁴

Eine solche Akzeptanz hat Auswirkungen. Die Treffen des »Runden Tisches Dingolfing« z. B. sind nicht konspirativ organisiert, im Gegenteil: Neben der Homepage »runder-tisch-niederbayern.de« weisen auch die lokalen Zeitungen regelmäßig auf die Versammlungen hin. Von fast allen Vortragsabenden berichten die »Landauer Neue Presse« und der »Vilstal-Bote« ausführlich und unkritisch im Nachhinein. Zum Beispiel über das Referat von Klaus Sojka, der neben Joachim

2 Siehe Protest gegen NPD-Treffen in Schwandorf, in: »Mittelbayerische Zeitung« v. 18. 5. 2009.

3 Siehe Michaela Arbinger: Peinlich – Ehrung für Ex-NPD-Funktionär, in: »Passauer Neue Presse« v. 23. 4. 2009.

4 Siehe Rolf Thym: Streit um NPD-Mitglied in Hilfsorganisation, in: »Süddeutsche Zeitung« v. 26. 5. 2006.

Hahn und Hans Mirtes, Bundesvorsitzender des völkischen Witikobundes aus dem nahen Frontenhausen, die Runde auch schon als »Gesprächsleiter« betreut hat. Im Nationalsozialismus war der frühere Schleswig-Holsteiner Luftwaffenhelfer und Soldat bei Kriegsmarine und Heer. Ende der 1990er Jahre engagierte er sich im Bundesvorstand der »Deutschen Volksunion« (DVU). Im FZ-Verlag des damaligen DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey erschien 1999 Sojkas Buch »Bilder die fälschen. Dubiose »Dokument« zur Zeitgeschichte«, wofür der britische Holocaustleugner David Irving das Nachwort schrieb. Heute ist Sojka Schirmherr des extrem rechten Vereins »Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V.«(FhwO) in Bad Bevensen (Motto: »Deutsche helfen Deutschen zuerst!«), wirbt für die NPD und veröffentlichte im »Deutsche Stimme«-Verlag der NPD das die Wehrmacht glorifizierende Werk »Unverwundbarer Ruhm. Der Opfergang im Felde und in der Heimat« sowie im Langenauer Kleinstverlag »Die Büchermacher« das verschwörungstheoretische Bändchen »Die BRD ist kein Staat«. Dessen Inhalt referierte der Anwalt mit Professoren- und Ehrendokortiteln im Oktober 2007 beim »Runden Tisch«. Die Rezension der »Landauer Neuen Presse« fasste den Reichsbürger-Unsinn unter der Überschrift »Die Deutschen haben bis heute keine gültige Verfassung« in fünf Spalten völlig unkritisch zusammen: »Rechtsprofessor Klaus Sojka spricht beim Runden Tisch DGF über staatsrechtliche Beschaffenheit Deutschlands in Theorie und Praxis«.⁵

Kein Einzelfall: Im Juli 2009 lud der »Runde Tisch« den extrem rechten jungen Möchtegernpolitiker Felix Menzel aus Chemnitz ein, der für das strammrechte »Institut für Staatspolitik« aktiv ist und die neonazistische Schülerzeitung »Blaue Narzisse« ins Leben gerufen hat. Bei der »Landauer Neuen Presse« kam das super an: »Menzel ist der Herausgeber einer bundesweit verbreiteten Jugend-Kulturzeitschrift, betreibt auch mit zahlreichen jungen Mitstreitern einen Internetauftritt, der sich »Blaue Narzisse« nennt«, verharmloste man im Nachhinein die rechte Veranstaltung. Und weiter: »Die Gesprächsteilnehmer des »Runden Tisches« waren sehr amüsiert über das couragierte, demokratische Verhalten der jungen Leute.«⁶

Am heutigen Abend führt Gesprächsleiter Hahn am Laptop den »EU-Profiler« vor, eine Internet-Homepage, die einem nach Beantwortung von 30 Fragen eine Wahlempfehlung zur Europawahl gibt: Dem Satz, »Die Zuwanderung nach Deutschland sollte restriktiver gehandhabt werden«, stimmt Hahn »vollkommen zu«. Es kommt, wenig überraschend, wie es kommen muss: Der »EU-Profiler« empfiehlt Hahn die DVU zu wählen. Nur NPD-Funktionär Alfred Steinleitner wittert bei der Wahlhilfe eine Verschwörung, vor allem wegen der Datenspeicherung: »Das hilft doch nur den Globalisierern.« Anschließend begeistern sich die am »Runden Tisch«-Versammelten noch über den neuesten Rap »Österreich zuerst« des österreichischen Politikers Heinz-Christian Strache, den man vom Beamer

5 Siehe »Die Deutschen haben bis heute keine gültige Verfassung«, in: »Landauer Neue Presse« v. 6. 10. 2007.

6 Siehe »Entsetzt über die Zerstörung von Kunst« – Felix Menzel sprach am »Runden Tisch DGF«, in: »Landauer Neue Presse« v. 10. 7. 2009.

auf die Leinwand projiziert anschaut: Zu einem »Freude schöner Götterfunken«-Sample hetzt der FPÖ-Bundesparteiobmann darin gegen die EU-Osterweiterung und reimt »Volksvertreter statt Verräter, Abendland in Christenhand«. So etwas erntet an diesem Abend in Mamming reihum Zustimmung. Zum Schluss bringt Gesprächsleiter Joachim Hahn noch ein »Beispiel für die perversen Dinge, die in Deutschland schief laufen«: Straubing habe in Berlin die Auszeichnung »Ort der Vielfalt« bekommen und das, ereifert er sich, u. a. wegen eines »Bürgerfests für Toleranz und Demokratie« auf dem Stadtplatz im September 2008.

Hier im Saal hat man ganz eigene Vorstellungen von Toleranz, Demokratie und Zivilcourage. Von der »Zivilcourage Ostbayern«, dem obskuren Landwirtschaftsverein aus Niederbayern, hat heute einer der Teilnehmer am »Runden Tisch« Flyer mitgebracht. In Ostbayern hat sich mancherorts eine Melange aus von der CSU enttäuschten Landwirten, Rechtspopulisten und Gentechnikkritikern gebildet. Mit einer großen Prise verschwörungstheoretischer »Impfkritik« gespickt, wehrt man sich gegen Bauernverband, CSU und die Impfung der eigenen Rinder gegen die Blauzungkrankheit. Ökologisch getünchte Themen sind in der Provinz dabei ein wichtiger Türöffner für nazistische Propaganda. Der von bekannten rechten AktivistInnen geführte Landshuter Verein »Midgard« gibt regelmäßig das bundesweit erfolgreiche Magazin »Umwelt und aktiv« heraus. Auch Prof. Klaus Sojka schreibt oft darin, z. B. über »Blühende Landschaften durch völkischen Selbstmord?« in der Ausgabe 2/2009 dieser »Zeitschrift für gesamtheitliches Denken«. Der zum Stammpersonal des »Runden Tisches« gehörende Dr. Fritz Engelbrecht ist beim Bund Naturschutz in Ortenburg für die Ressorts Landschaftspflege und Tierschutz zuständig. Die extrem rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« veröffentlichte im Dezember 2008 einen Leserbrief des Naturschützers: »In Deutschland (...) dürfen Migrantenvertreter, die das Wort ›fordern‹ in allen Variationen kennen, nicht fehlen; was ›Gastland‹ bedeutet und wie man sich darin zu benehmen hat, wissen sie weniger.«

Den Flyer-Verteiler von »Zivilcourage Ostbayern«, der mir beim »Runden Tisch« begegnete, treffe ich vier Tage später wieder, und zwar beim »Bayerntag« genannten Sommerfest des bayerischen NPD-Landesverbands in Straubing. Weil es in Strömen regnet, ist die Atmosphäre vor Ort zumindest zu Beginn ziemlich trist. Mit Schlagermusik aus der Konserve versucht die NPD die Stimmung der rund 300 BesucherInnen zu heben: »Schwarze Natascha, süße Natascha, dir gehört mein Herz allein« tönt es durch das »Industriegebiet Ost«. In der Osserstraße haben die Besitzer der insolventen ehemaligen »Tierklinik Dr. Fechter« der NPD für deren »Bayerntag« ein größeres Grundstück mit drei Gebäuden zum symbolischen Mietpreis von einem Euro überlassen. Nicht zum ersten Mal, schon 2008 wurde hier das »Sommerfest« der NPD Niederbayern gefeiert, dann Wahlplakate für die Landtagswahl gelagert und anschließend mit viel Getöse ein angebliches »Bürgerbüro« der neofaschistischen Partei inszeniert.

Die TeilnehmerInnen beim »Bayerntag« kommen aus allen Altersgruppen, BürgerInnen aus der Umgebung treffen auf bayerische Neonazis, z. B. den Münchner Dominik Baumann, der Rechtsterrorist Martin Wiese einst ein Kalaschnikow-Sturmgewehr geliefert hatte. Die »Gesellschaftsbrauerei Viechtach OHG« scheint kein Problem mit der NPD zu haben und sorgt für die Bierzufuhr, vom NPD-Kreisverband Ingolstadt gibt's Grillteller für die KameradInnen. Die Neonazis decken sich an den Ständen der NPD, des »Umwelt & Aktiv«-Magazins, beim »Ring Nationaler Frauen« und diversen neofaschistischen Versanden mit Büchern, T-Shirts und CDs ein.

Andreas Molau begleitet heute den Hamburger Bundesvorsitzenden der »Deutschen Volksunion« (DVU), Matthias Faust, nach Niederbayern, und der DVU-Bundespressesprecher weicht dem heutigen Hauptredner, selbst bei dessen Ansprache auf der Bühne, kaum einmal von der Seite. Faust bedankt sich bei den »Kameraden«, die die DVU in den Wahlkämpfen unterstützt hätten, und erzählt von der Bundespräsidentenkandidatur des Neonazi-Sängers Frank Rennie auf Vorschlag von NPD und DVU. »Wir dürfen unser Land von Antifahorden angeführt ins Bodenlose verfluchen, aber nicht hervorheben«, schildert Faust das »abartige System« und ergänzt antisemitisch: »Wir wissen ganz genau (...) aus welcher Ecke dieser Wind bläst.« Es sei der »Zentralrat, der tagein tagaus nichts anderes zu tun hat, als uns zu bevormunden und uns zu sagen, wo wir in Deutschland hinzumarschieren haben.«

Der Münchner Kameradschaftsaktivist Philipp Hasselbach bedankt sich als »Vertreter der freien Kräfte« beim bayerischen NPD-Landesvorstand für die »gute Zusammenarbeit« mit den parteiungebundenen Neonazis: »Ich persönlich bin der Letzte, der ein Problem mit ultraradikaler Politik hat. Dennoch zwingt uns die Überfremdung mit mittlerweile über 15 Millionen Ausländern dazu, Gemeinsamkeiten auszumachen und das Trennende zu überwinden.« Am Ende grölt Hasselbach: »Wir wollen keine Besserung des herrschenden Systems, wir wollen eine Systemüberwindung, die kompromisslose Beseitigung heimatfeindlicher Politik.« So etwas kommt an bei den bald ziemlich angetrunkenen Gästen, mit denen eine Schweigeminute für den verstorbenen braunen Liedermacher Michael Müller nicht durchzuführen ist. Moderator Patrick Schröder vom neonazistischen Online-Radio »FreiSozialNational« aus Weiden in der Oberpfalz und Mitarbeiter des neonazistischen »Wikingerversands« im nahe gelegenen Geiselhöring stöhnt: »Ich will nicht sagen, dass sich jeder erheben muss, das ist wahrscheinlich zu viel verlangt.«

Viele der auffallend jungen Neonazis sind wohl nicht wegen der Redner, sondern wegen der bekannten Rechtsrock-Band »Sturmwehr« aus Gelsenkirchen gekommen. Deren Sänger, Jens Bruchseifer, tritt auch zwischen den Redebeiträgen als Liedermacher auf. Neben wenigen eigenen Songs versucht er sich an Coverversionen neonazistischer »Klassiker«, u. a. der Kapellen »Endstufe« und »Skrewdriver«. Teilweise singt das jugendliche Publikum die Refrains mit, z. B.

beim Medley aus den Hits der Berliner Neonazi-Band »Landser«: »Nordland«, »Arisches Kind«, »Mitten in Europa«, »Vergeltung« und »Rudolf Heß«.

Sascha Roßmüller, der stellvertretende Landesvorsitzender der NPD in Bayern, der auch ganz in der Nähe, in Rain bei Straubing wohnt, hat eine lange Rede vorbereitet, in der er vor allem sich selber lobt: Er habe »mit prophetischer Weitsicht im Landtagswahlprogramm den Nagel auf den Kopf getroffen«. Roßmüller verfügt, trotz seiner früheren Zugehörigkeit zum verbotenen »Nationalen Block« (NB) und nun zur erweiterten Truppe der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, bei so manchen Bürgerinnen und Bürgern durchaus über Ansehen in Straubing, und er versucht sich auch heute wieder sichtbar mit Lust in der Rolle eines charismatischen Festzeltpopulisten. Weil seine »Witze«, z. B. der von der CSU als »Club der Sozial Unfähigen«, heute nicht so recht ankommen wollen, dreht Roßmüller auf, hetzt gegen die Haushaltstitel für die Integration jüdischer ImmigrantInnen. Ausgerechnet am Tag vor der Europawahl rutscht Roßmüller, dessen Frau Bettina am Eingang Eintrittskarten verkauft, die bei Neonazis übliche Ablehnung des Parlamentarismus heraus: »Wir brauchen kein Europaparlament.« Und über EU-Kommissar Günter Verheugen poltert Roßmüller los: »Rote Socke, diejenigen geistig minderbemittelten Seelenkrüppel, die heute gegen uns demonstriert haben, ein Vertreter von denen, eine Gesichtsbaracke vor dem Herrn.«

Dabei regt sich in Straubing, dem so medienwirksam prämierten »Ort der Vielfalt«, nur wenig Widerstand gegen neonazistische Veranstaltungen. Gerade einmal 200 Menschen beteiligten sich am Vormittag an den recht kurzen Gegenprotesten fernab des »Bayerntag«-Geländes. Nazi-Skins aus Norman Bordins »Frontstadt München«-Gruppe machen derweil Jagd auf die wenigen AntifaschistInnen im Stadtgebiet. Am Eingang zum »Bayerntag«-Gelände patrouillieren Aktivisten des Bundesordnungsdienstes der NPD um Robin Siener, der als Führungskader beim »Widerstand Cham« auch im Umfeld des mit der NPD herzlich verfeindeten »Freien Netzes Süd« mitwirkt. Die gelangweilten Ordner bremsen die vielen aggressiven Neonazis kein bisschen. Schon nach kurzer Zeit muss ich von sechs BereitschaftspolizistInnen massiv vor Pöbeleien und Angriffen der »Bayerntag«-BesucherInnen geschützt werden. Dass ein Erdinger Neonazi sein Grillfleisch nach mir wirft, ist da noch die ungefährlichste Attacke.

Bei der Landtagswahl im September 2008 erreichte die NPD in Straubing mit 3,07 Prozent ihr bayernweit bestes Stimmkreis-Ergebnis. Sascha Roßmüller, damals noch stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, wurde als Direktkandidat von 1 621 BürgerInnen gewählt. Insgesamt erreichte die NPD in Bayern 1,2 Prozent der Stimmen. Das war weniger, als die neofaschistische Partei sich erhofft hatte, aber mehr, als sie seit 1970 bei Landtagswahlen je erreichen konnte. Der fast flächendeckende Antritt mit DirektkandidatInnen bewies Kampagnenfähigkeit, und aus der staatlichen Parteienteilfinanzierung dürften nun eine Legislaturperiode lang jährlich knapp 100 000 Euro aus Steuergeldern an die bayerische NPD aus-

gezahlt werden. In den ländlichen Regionen Niederbayerns, vor allem aber in den Stimmkreisen rund um Straubing hatten AktivistInnen Unmengen an Wahlplakaten der NPD aufgehängt. Monatelang gehörten die rassistischen Parolen zum ganz normalen Erscheinungsbild vieler Dörfer und Kleinstädte. Auch der Taxifahrer, der mich zum Bayerntag fährt, hat keinerlei Problem mit der NPD, ihn stört nur die Lage des Veranstaltungsorts: »Das ist doch im Verbrecherviertel. Da sind nur Türken und Zigeuner.«

Extrem rechte Einstellungen, wie sie der Straubinger Taxifahrer äußert, sind in Deutschland nicht vorrangig ein Problem der ostdeutschen Bundesländer, sondern vor allem auch unter der Bevölkerung Bayerns verbreitet. Dieses Fazit lässt sich aus einer im Mai und Juni 2006 von Prof. Elmar Brähler, Oliver Decker und Norman Geißler an der Universität Leipzig durchgeführten Studie ziehen, deren Ergebnisse von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem aussagekräftigen Titel »Vom Rand zur Mitte« veröffentlicht wurden. Von den 5 036 im Bundesgebiet für die Forschungsarbeit durch eine Zufallsauswahl befragten Personen lebten 714 in Bayern. Der Aussage »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert« stimmten im Bundesgebiet 15,2 Prozent der Interviewten zu, in Bayern jedoch 24,2 Prozent. »Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet«, dieser Aussage voller rassistischer und ressentimentbeladener Konstruktionen gaben im Bundesgebiet durchschnittlich 39,1 Prozent, in Bayern 55 Prozent der Befragten ihre Zustimmung. Die antisemitische Aussage »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« bejahten 17,8 Prozent der im gesamten Bundesgebiet befragten StudienteilnehmerInnen. In Bayern waren 30 Prozent der Befragten dieser Ansicht.

Der politische Umgang mit diesen beängstigenden Ergebnissen in Bayern spricht Bände. Beleidigt wettete unter anderem der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) mehrfach gegen die angeblich »missverständlichen Fragestellungen« im Studiendesign, ohne seinerseits beantworten zu können, warum denn ausgerechnet nur die in Bayern Befragten derartige Antwortprobleme gehabt haben sollen. Auch wusste Herrmann offensichtlich nicht, dass, in Zusammenarbeit mit dem CSU-geführten Kultusministerium, eine Arbeitsgruppe der Universität Eichstätt-Ingolstadt vier Jahre zuvor 5 000 Schülerinnen und Schülern an allen bayerischen Schultypen ähnliche Fragen zur Beantwortung gestellt hatte. (Die damalige Studie von Prof. Siegfried Lamnek et al. erbrachte im Vergleich übrigens die interessante Erkenntnis, dass extrem rechte Einstellungen offensichtlich kein vor allem unter Jugendlichen anzutreffendes Problem sind: dem Satz »Die Juden haben zu viel Einfluss« stimmten unter den bayerischen SchülerInnen »nur« 10,9 Prozent zu.) Herrmann besann sich auch in der Folgezeit nicht eines Besseren. Im unter der Führung seines Hauses erstellten und im Januar 2009 veröffentlichten »Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus« ertönt gleich zu Beginn eine ganze Suada unbelegter Kritik an der Leipziger Studie. So heißt es, wieder ohne nachvollziehbare Begründung, im vom bayerischen Kabinett

verabschiedeten Papier: »Die Studie ist für die Beurteilung des Rechtsextremismus keine geeignete Grundlage. Das Gegenteil ist richtig: Traditionsbewusstsein, Heimatverbundenheit und Patriotismus der Menschen sind ein starkes Bollwerk gegen Extremismus jeder Art.«

Selten wird die politische Kultur Bayerns so deutlich wie in diesem Statement des Innenministers und des ihn nicht korrigierenden Kabinetts, das den deutlich artikulierten autoritären Wunsch nach einem »Führer«, die rassistische Panikmache vor »Überfremdung« sowie den antisemitischen Wahn, der »Einfluss der Juden« sei »auch heute noch zu hoch« allen Ernstes als »Traditionsbewusstsein«, »Heimatverbundenheit« und »Patriotismus« affirmiert. Judenhass als antifaschistisches »Bollwerk«, das macht der bayerischen Staatsregierung so schnell wohl niemand nach.

Die Saat der wissenschaftlich unhaltbaren Extremismustheorie, die der Innenminister ohne Unterlass sät, geht ebenfalls auf: Die EinwohnerInnen von Obertrubach-Geschwand in der Fränkischen Schweiz blieben anlässlich des bei ihnen im Ort im Juli 2009 veranstalteten Rechtsrock-Spektakels »Frankentag« mit der neonazistischen Berliner »Landser«-Nachfolgekapelle »Die Lunikoff-Verschwörung« völlig untätig. Das heißt, so untätig blieben sie dann auch nicht, immerhin hängten sie ein Transparent am Rande einer von der Gewerkschaft ver.di und auswärtigen antifaschistischen Gruppen angemeldeten Protestkundgebung auf: »Ohne Euch wäre die Welt viel schöner!«

Engagement gegen rechts gilt vielen in Bayern gleich als verdächtig und, beobachtet man beispielsweise den Umgang von PolizeibeamtInnen mit jugendlichen AntifaschistInnen, wird deutlich: Der Feind steht links. In München geriet Anfang 2009 die »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle« (a.i.d.a.) ins Visier des bayerischen Innenministers. Beim seit zwanzig Jahren bestehenden »a.i.d.a.-Archiv« handelt es sich um einen Verein, der eine der größten Sammlungen neonazistischen Materials in der Bundesrepublik und ein zuverlässig gefülltes Informationsportal im Internet betreut. Seit Jahren werden hier Beobachtungen und Erkenntnisse aus der rechten Szene Bayerns aufbereitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Als im Jahr 2007 im Rahmen des »Kompetent für Demokratie«-Bundesprogramms auch in Bayern eine »Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus« mit anhängendem ehrenamtlichem Beratungsnetzwerk eingerichtet wurde, griff man auch dort auf die bewährte Münchner Organisation zurück. »Eine Unterwanderung demokratischer Institutionen«, tobte das bayerische Innenministerium über a.i.d.a. Jenseits von Datenschutz und Verfassungsschutzgesetz zog man über einzelne a.i.d.a.-Mitglieder in der Öffentlichkeit her und konstruierte frech unzutreffende Vorwürfe, die schließlich ohne Begründung in der Aufnahme von a.i.d.a. in den bayerischen Verfassungsschutzbericht im Frühjahr 2009 gipfelten: »Linksextremismus«. Also böse.⁷

7 Vgl. Fred König: Das Netzwerk der geköpften Frösche, in: »Hinterland« Nr. 11 v. Juli 2009. Online unter <http://www.hinterland-magazin.de/pdf/11-53.pdf> (zuletzt eingesehen am 10. 8. 2009).

Danach wurde es auffällig still um den bayerischen Innenminister. Das »Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen« (KFN) veröffentlichte in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium die Ergebnisse eines Forschungsprojekts mit 52 000 republikweit befragten Schülerinnen und Schülern. Bei der Frage, ob die Neuntklässler schon mal eine Sachbeschädigung oder Körperverletzung rein aus ausländerfeindlichen Beweggründen begangen hätten, nahmen Bayern und Baden-Württemberg zusammengefasst mit 4,5 Prozent den Spitzenplatz deutscher Regionen ein. Mehr als jeder zwanzigste befragte männliche Jugendliche aus den beiden südlichen Bundesländern gab an, Mitglied in einer rechten Gruppe oder Kameradschaft zu sein.⁸

Organisierte Neonazi-Gruppen treten in immer mehr Dörfern und Kleinstädten Niederbayerns und der Oberpfalz auf. Einige betreiben auch durchaus professionell gestaltete Internet-Präsenzen. Viele »Kameradschaften« und »Aktionsgruppen« haben sich dem neonazistischen Dachverband »Freies Netz Süd« angeschlossen, der vor allem in Ostbayern an straffen Strukturen arbeitet. Da marschiert der »Widerstand Cham« für die »Integration russischer Zuwanderer« und grillt »der Widerstand Tirschenreuth« provokativ in der Nähe der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. Im Bayerischen Wald entwickelt sich rund um die »Freien Nationalisten Bayerischer Wald« derzeit eine größere Szene. Jenseits der in die Öffentlichkeit tretenden Neonazi-Gruppen hat sich dazu ein dichtes Netz mal loserer, mal straffer organisierter Rechter gebildet, die sich auf Bauwagen und Hütten der Dorfjugend stützen können oder sich über Online-Communities organisieren. Abgesehen von neonazistischen Aktionen in München, im Nationalsozialismus »Hauptstadt der Bewegung«, scheinen die heutigen AktivistInnen ähnlich ihren Vorbildern bei der NSDAP die Städte vom Land aus erobern zu wollen.

Nur in seltenen Fällen stoßen Neonazis in der bayerischen Provinz dabei auf Gegenwind. Das gibt ihnen zunehmend ein Gefühl der Unangreifbarkeit (was die wenigen alternativ gesinnten Jugendlichen noch mehr frustriert) und führt häufig zu einem sehr selbstbewussten Auftreten von Rechts. Als im Juli 2009 im Weidener Jugendzentrum eine Antifa-Party steigen sollte, zwang die Stadt den Feiernden eine Security-Truppe auf. Hinterher feixte man in Wort und Bild auf der Homepage des »Widerstands Schwandorf«, alle Security-Leute seien Kameradschaftsangehörige gewesen. Ähnlich frech versuchen die bayerischen Neonazis regelmäßig, nach der Strategie der »Wortergreifung« bei politischen Veranstaltungen zu erscheinen, die überforderten VeranstalterInnen zu verblüffen und den weiteren Verlauf des Abends zu bestimmen. Die »Wortergreifungsstrategie« lernen die KameradInnen bei der NPD. In der intern verteilten Schulungsbroschüre »Schweigespirale durchbrechen!« heißt es: »Wird wider Erwarten mit der NPD

8 Vgl. Dirk Baier, Christian Pfeiffer, Julia Simonson u. Susann Rabold: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN (KFN-Forschungsbericht; Nr. 107). Online unter <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb107.pdf> (zuletzt eingesehen am 10. 8. 2009).

auf gleicher Augenhöhe diskutiert, ist die öffentliche Isolierung durchbrochen. Treten die NPD-Aktivisten souverän, sympathisch und kenntnisreich auf, wird jede Wortergreifung auf einer öffentlichen Versammlung zu einem politischen Erfolg.« Einen solchen Erfolg verzeichneten 50 junge Neonazis ausgerechnet anlässlich einer Podiumsdiskussion bei den Erdinger »Tagen der Toleranz« 2008. Hartnäckig hatten die VeranstalterInnen aus dem Kreisjugendring alle Warnungen von AntifaschistInnen, die von den neonazistischen Planungen Kenntnis bekommen hatten, ignoriert.

Die nationalsozialistischen Hetzer scheinen keine Schamgrenze mehr zu kennen. Der niederbayerische NPD-Bezirksvorsitzende Martin Gabling aus Neuhaus am Inn startete im Sommer 2009 den Bundestagswahlkampf mit einem Rundschreiben an SympathisantInnen, den er mit der – strafbaren – nationalsozialistischen Parole »Nichts für uns – alles für Deutschland«, ergänzt durch ein »Vorwärts Nationaldemokraten!«, enden ließ. Der deutliche affirmative Bezug auf den Nationalsozialismus ist für bayerische Neonazis Normalität: Die Jugendlichen der Kameradschaft »Urd & Skuld« aus Cham tragen regelmäßig ein Transparent mit der Aufschrift: »Aus der Vergangenheit lernen – die Zukunft gestalten!«. Zum Volkstrauertag 2007 legten mehrere Hundert Neonazis auf dem Friedhof des Gutes Spötting in Landsberg am Lech einen Kranz am Grab von Otto Moll nieder. Moll war Chef der Krematorien des KZs Auschwitz-Birkenau. Die Polizei hatte sich in die Irre führen und vom Autokonvoi abhängen lassen. Verantwortlich für den Aufzug, der im Jahr darauf – wieder völlig ungehindert – mit noch mehr Personen durch Buchloe marschierte, war die Kameradschaft »Voice of Anger« aus dem Raum Memmingen. Die kann immer wieder bis zu 200 AktivistInnen mobilisieren. Als ein Mitarbeiter der beim Bayerischen Jugendring (BJR) angesiedelten »Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus« die lokale Situation analysieren will und dazu beim Staatsschutz nachfragt, wird dreist zurückgelogen: Man habe nur zwei Neonazis in der Stadt. Unerwähnt bleiben in der Öffentlichkeit jahrelang auch die Immobilien der Kameradschaft, die ab 2004 zuerst bei Thannhausen, dann in Ottobeuren bezogen wurden. Fast jedes Wochenende feiern in einem ausgebauten und mit Neonazi-Devotionalien geschmückten Bauernhof Neonazis aus der Region ihre Parties.

Die bei Neonazis in ihrer extremsten Form vertretene Ideologie der Ungleichwertigkeit endet immer in Ausgrenzung und Gewalt. Weil offensichtlich nicht sein kann, was nicht sein darf, werden in Bayern jedoch nicht nur Neonazi-Strukturen, sondern auch deren Straf- und Gewalttaten verharmlost oder gar verschwiegen: In der Nähe von Regen grölten 40 Jugendliche am 23. Februar 2008 auf einer Party rassistische Parolen. Der Polizeisprecher erklärte den Medien: »Nach den jetzigen Erkenntnissen hat keiner der Jugendlichen einen typischen rechtsradikalen Hintergrund.« Im Mai 2007 griff ein Neonazi auf dem Hof der Treuchtlinger Senefelderschule einen Schüler mit einem Schlagstock an und beleidigte diesen auch noch mit rassistischen Parolen. Die Tat erschien in keiner Statistik über Straftaten von

rechts, genauso wenig wie diejenige vom Juni 2007, als, wieder in Treuchtlingen, zwei Männer eine Frau am Bahnhof mit den Worten »Scheiß Türkin, du solltest vergast werden« angingen und einen 35-Jährigen, der sich schützend einmischte, zu Boden schlugen.

Das jahrelange Ignorieren neonazistischer Aktivitäten wurde in den letzten Jahren in einigen Regionen abgewandelt: Da wird einerseits ein »Bündnis gegen Extremismus« oder ähnliche Papiertiger stolz nach außen gekehrt, andererseits dominiert gleichzeitig ein nun mit Pseudobegründungen unterfüttertes bewusstes Nichtstun gegen Rechts. Als in Fürstzell bei Passau am 8. Mai 2009 Neonazis aufmarschierten, gab es deshalb keine Kundgebung demokratischer Gruppen, keinen Protest und keine Aktionen gegen den braunen Aufzug. Das habe »mit Totschweigen nichts zu tun«, versicherte der zweite Bürgermeister Manfred Hammer von der SPD, es sei lediglich der NPD »kein Forum gegeben« worden. Anlässlich eines Nazi-Aufmarsches in Gilching im Juli 2009 empfahl der Polizeichef von Germering, Klaus Frank, in der Lokalzeitung: »Am besten man geht nicht hin«, und behauptete völlig faktenfrei: »Gibt man den Rechten eine Plattform, wird man sie nicht mehr los.« In Deggendorf startete im Juli 2009 die NPD mit einer Kundgebung des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, der aus dem nahen Moosburg an der Isar stammt, in den Bundestagswahlkampf. Bei »Deggendorf ist bunt« dem »Aktions«-Bündnis mit der »HINSCHAUEN statt wegschauen!«-Homepage beschloss man, nichts zu unternehmen: Aufwand und Kosten seien zu hoch.

Michael Klarmann

Tombola in Stolberg

Nazis im Großraum Aachen

zwischen Scheinbürgerlichkeit und Nationalsozialismus

Das Wetter ist gut – die Stimmung unter den rund 40 Neonazis und NPD-Kadern ebenso. Bei strahlendem Sonnenschein eines Altweibersommertages wird am Bierstand Freibier ausgeschenkt. Die Rechtsextremisten stimmen erste Gesänge an. Eben noch hatten einige der ihren bei einer städtischen Tombola Preise einheimen können. Bürgermeister Hans-Josef Siebertz (CDU) hatte ihnen diese höchstpersönlich auf der Treppe des historischen Rathauses überreicht – und mit einigen der Neonazis sogar gescherzt. Rund anderthalb Stunden später wird der Einsatzleiter der Polizei den Freibierausschank stoppen. Die Stimmung wird allmählich aggressiv.

Stolberg im Kreis Aachen am Samstag, dem 11. September 2004, zwei Wochen vor den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Jahre 2004. Die rund 40 Rechtsextremisten hatten sich an einer städtischen »Kehraus-Aktion« beteiligt, bei der Grünanlagen, Parkplätze und Fahrbahnränder sauber gemacht wurden. Obschon städtischen Angaben zufolge 850 Menschen daran teilnahmen, dominieren die Anhänger der Neonazi-Schlägerbande »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) und der NPD das Abschlussfest. Sie beherrschen optisch und akustisch den Bierstand und die Bierzelte. Später wird es in der Lokalpresse heißen, viele Menschen hätten weder am Freibier noch am Kuchen teilhaben wollen, weil sie die Neonazi-Präsenz abgeschreckt habe.¹

Die Neonazis sind aus der ganzen Region angereist. Im Jahr zuvor waren einige bei gleicher Gelegenheit in T-Shirts mit der Aufschrift »UmweltSchutz HeimatSchutz NPD Stolberg« erschienen. Nun tragen sie T-Shirts der KAL mit der Losung »Eines Tages werdet Ihr euch wünschen wir würden wirklich nur Saufen« auf dem Rücken. Die Tochter des NPD-Ratsmannes Willibert Kunkel erscheint im T-Shirt mit dem Aufdruck »CoNSDAPle«². Ein Glatzkopf stolziert herum in seiner Bomberjacke mit der auf dem Rücken eingestickten Ziffer »88« im Lorbeerkrans als Code für »HH«, meint »Heil Hitler«. Siebertz überreicht auch jenem jungen Neonazi seinen Tombola-Preis auf der Rathautreppe – was zu Applaus und Gejohle der Rechtsextremisten führt, wie auch bei den anderen »Kameraden«,

1 Vgl. »Das Versagen der Anständigen«, Telepolis, 12. 5. 2005 (<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20058/1.html>).

2 Früher waren Kleidungsstücke der Firma »Lonsdale« beliebt bei Skinheads und Neonazis. Dazu hieß es: Bei einer leicht geöffneten Jacke sei etwa auf der Brust eines T-Shirt-Trägers in Anlehnung an die NSDAP zu lesen: NSDA (LoNSDAle) bzw. NS (LoNSdale). Nachdem die Modefirma sich von Neonazis distanzierete, schuf die rechte Szene eigene Modemarken und -labels. Bei »CoNSDAPle«, teilweise in dieser Groß-/ Kleinschreibung auch auf Kleidungsstücken aufgedruckt, ist nun wirklich NSDAP zu lesen.

die Preise gewinnen oder schon gewonnen haben. An der Tombola teilnehmen dürfen tatsächlich alle, die beim »Kehraus in Stolberg« mitgemacht haben. Dazu hatten städtische MitarbeiterInnen zu Beginn der Aktion Gratislose verteilt.

Rund um den Platz stehen längst Polizei-Kleintransporter, in denen die BeamtInnen der Einsatzhundertschaft sich bereithalten. Bürgermeister Siebertz hatte in seiner Rede zu Beginn der Freibiersause noch ausdrücklich allen BürgerInnen und HelferInnen für ihren »ehrenamtlichen Einsatz« gedankt. Nach dem offiziellen Teil erklärt der Christdemokrat dem Autor dieser Zeilen auf Anfrage, er hätte die rechtsextremen Gäste »am liebsten zwar nicht gesehen, aber der Aufruf zum Saubermachen richtete sich an alle Bürger«. Hätte man den Neonazis die Teilnahme oder den Zugang zum Fest verwehrt, hätte man ihnen »nur mehr Aufsehen verschafft«. Als Siebertz das sagt, bauen sich die Neonazis am anderen Ende des Platzes zum martialischen Gruppenbild auf. Auf die Frage, warum er nicht ein kritisches Wort in seiner Ansprache zu dem braunen Spuk verloren habe, sagt er, im Zuge des Kommunalwahlkampfes hätte man das als »Wahlkampfaufruf« missverstehen können. Das dürfe er zwar als CDU-Mann, nicht aber in seiner Position als Stadtoberhaupt und Verwaltungschef.

Braune Keimzelle im Raum Aachen

Stolberg im Kreis Aachen hat rund 60000 EinwohnerInnen. Im Volksmund nennt man den im westlichen Rheinland gelegenen Ort »Kupferstadt«, was auf die Metall verarbeitenden Industriebetriebe hinweist. Überregional in die Schlagzeilen geriet Stolberg zum einen wegen des Contergan-Skandals, zum anderen wegen der Neonazi-Aktivitäten. 1999 war der damals noch der »Deutschen Volksunion« (DVU) angehörende Willibert Kunkel in den Stadtrat gewählt worden. 2002 trat Kunkel mit seinem Kreisverband zur NPD über, es kam zu zwei kleinen Aufmärschen. Bei den Kommunalwahlen 2004 wurden Kunkel und der »Altbursch« der Aachener Burschenschaft »Libertas Brunn«, Oliver Harf, für die NPD in den Rat gewählt. Zudem errang Rudolf Motter für den wieder neu gegründeten DVU-Kreisverband einen Ratssitz. Bevor es später in NRW zu rechtlichen Änderungen über den Fraktionsstatus kam, bildeten die zwei NPD-Männer mit dem DVU-Hospitanten die einzige NPD-Fraktion in einem Stadt- und Gemeinderat Nordrhein-Westfalens. Bei der konstituierenden Ratssitzung am 19. Oktober 2004 erhielt Kunkel bei der Wahl zum Bürgermeister zudem vier Stimmen, also auch eine aus dem bürgerlichen Lager.

Im April 2005 beging der NPD-Bundesverband mit einigen Monaten Verspätung auf Kunkels Einladung hin das 40-jährige Parteibestehen³ – die rund 250 Gäste nebst Parteispitze feierten in der privatwirtschaftlich von einem türkischstämmigen Pächter betriebenen Stadthalle. Parteichef Udo Voigt machte im Mai

3 Die NPD wurde zwar schon 1964 gegründet, feierte ihr 40-jähriges Bestehen aber erst 2005, u. a. wegen Wahlen im Jahre 2004 war der Termin verschoben worden.

2005 höchstpersönlich Straßenwahlkampf, bevor am Abend die zentrale Saalveranstaltung für die Region in einer Stolberger Gaststätte stattfand. Hauptredner war Voigt, als Musiker trat der NPD-Liedermacher Jörg Hähnel⁴ aus Berlin auf. Nach dem tragischen Tod eines 19-jährigen Berufsschülers, den ein jugendlicher Migrant im April 2008 im Verlaufe eines in einer Schlägerei eskalierenden Streites erstach, marschierten bis April 2009 fünfmal zwischen 80 und 800 Neonazis durch die Stadt.

Vier der fünf »Trauermärsche« fanden zweigeteilt statt: die erste Hälfte schweigend oder zu getragener Musik, die zweite Hälfte sowie der fünfte Aufmarsch gänzlich geprägt durch aggressive Fremdenfeindlichkeit. So skandierten die Neonazis Parolen wie »Kriminelle Ausländer raus! Und der Rest auch!« MigrantInnen wurde in ihren Häusern und Läden zugerufen: »Wir kriegen euch alle!« Skandiert wurde: »Türken haben Namen und Adressen. Kein Vergeben, kein Vergessen!« Neonazis hatten schon Stunden nach dem tragischen Todesfall und entgegen den Tatsachen den Mythos aufgebracht, dass der Tote ein »Kamerad« gewesen sei. So wurde das Opfer ohne Rücksichtnahme auf dessen trauernde Familie nicht nur missbraucht, um einen ordinären Fremdenhass ausleben zu können, sondern ebenso, um den Zusammenhalt der Szene zu festigen. »Das Blut von Kevin, das stellvertretend für unser Volk geflossen ist, ist der beste Kitt, der uns zusammenschweißen wird, der uns all die Unterdrückung, all die Schikane, all den Terror des Systems überstehen lässt und uns wieder aufrichten lässt ein neues Deutschland ...«, rief etwa der Neonazi Axel Reitz⁵ aus Pulheim als Redner am 26. April 2008 den 450 »Kameraden« und NPD-Chef Voigt in Stolberg zu. Längst waren die »Trauermärsche« integraler Bestandteil der »Neonazi-Erlebniswelt« geworden – und von bundesweiter Bedeutung.

AntifaschistInnen nennen Stolberg seit Jahrzehnten die »braune Hochburg« in der Region. Zum einen war bereits seit den 1950er Jahren in Stolberg eine Gruppe der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS« (HIAG) aktiv, zum anderen befand sich von 1967 bis 1991

- 4 Hähnel wurde Mitte 2009 wegen öffentlicher Billigung von Straftaten zu einer Geldstrafe von 3000 Euro verurteilt, da er die Tötung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 13. 12. 2007 in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Lichtenberg als »politisch geboten« hingestellt hatte. Kurz darauf wurde er in einem anderen Verfahren zu einer Geldstrafe von 1000 Euro verurteilt, weil er im November 2008 in der Bezirksverordnetenversammlung die multikulturelle Gesellschaft als »Völkermord« bezeichnet und Menschen wie Politiker, die dem Wort »Integration« zustimmten, mit »Verbrechern« und Kriminellen verglichen hatte.
- 5 Axel Reitz lebt in Pulheim bei Köln. Der Mittzwanziger war in den Jahren 2005 und 2006 nach zahlreichen vorherigen Gerichtsverfahren endgültig zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Die Haftstrafe beruhte vor allem auf einer antisemitischen Hetzrede bei einer Neonazi-Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum im Juni 2004. »Es ist uns nahezu unmöglich gemacht, etwas gegen das auserwählte Völkchen kundzutun. Und mit ihrer arroganten Art richten sie [die Juden – d.A.] sich selbst zugrunde. Und ich könnte nicht sagen, dass mir das leidtut«, sagte Reitz laut Gerichtsurteil während des Aufmarsches. Die Rede in Stolberg, aus der hier im Text zitiert wird, war seine erste Rede in Freiheit, nachdem er im April 2008 aus der Haft entlassen worden war. Die »taz« nannte Reitz vor Jahren schon den »Hitler von Köln«. Goebbels wäre indes treffender.

am Innenstadtrand der Bundessitz der Neonazi-Jugendkaderschmiede »Wiking-Jugend« (WJ). Bis zu ihrem Verbot 1994 hielt die WJ in Stolberg regelmäßig und ohne nennenswerte Kritik daran Zeltlager mit Morgen- und Fahnenappell sowie Wehrsportübungen in Steinbrüchen oder auf einem alten Militärgelände ab. In der Stadt mit der strukturkonservativen CDU und einer Art »braunem Mainstream« siedelten sich schon in den 1960er Jahren wegen der Metall-, Medikamenten-, Kosmetik- und Glasindustrie »Gastarbeiter« an. Wegen mangelnden Bewusstseins für die Verbrechen Nazideutschlands und fehlender Auseinandersetzung damit konnte früh eine »neue« Fremdenfeindlichkeit entstehen. Hinzu kam ein ausgeprägter, nicht allein auf die Region begrenzter Antikommunismus in der Zeit des Kalten Krieges.

In einer Stellungnahme von 2004 schrieb die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen« (VVN-BdA): »Systematisch wurde über Jahre ein Klima geschaffen, in dem [die] Nazis sich wohlfühlen und in dem sie gedeihen können.« Die VVN-BdA kritisierte seinerzeit ebenso, dass die Behörden in Stolberg sich dem Problem mit den Neonazis nicht stellten, AntifaschistInnen jedoch immer wieder Steine in den Weg legten. Selbst als sich im Jahre 2005 unter dem dann neuen Bürgermeister Ferdi Gatzweiler (SPD) ein örtliches Bündnis gegen Rechtsextremismus gründete, weigerte sich die CDU, diesem beizutreten – ein solches Bündnis müsse sich gegen jegliche Art von Extremismus richten, hieß es.

Letztlich nannte man die Antinazi-Initiative »Bündnis gegen Radikalismus«, und nach langen Monaten des Beobachtens, was innerhalb des Bündnisses vor sich ging, sowie einer Zuspitzung rechter Aktivitäten in Stolberg, schlossen sich Vertreter der CDU dann doch an. Bei Protesten von rund 2500 Menschen gegen einen Neonazi-Aufmarsch mit 530 TeilnehmerInnen erschien die »Junge Union« (JU) am 4. April 2009 dennoch mit Schildern, auf denen zu lesen war, dass man »gegen Radikalismus« sei. Weder ein durchgestrichener Neonazi noch ein zer Schlagenes Hakenkreuz war darauf zu sehen, sondern ein vermummter, linksex-trem anmutender Steinewerfer in einem roten Kreis, der mit einem roten Balken durchgestrichen war ...

Die Spur führt in die Region

Zur Region Aachen gehören neben Stadt und Kreis Aachen auch die Kreise Düren und Heinsberg, also das Gebiet des früheren Landkreises Aachen. Das Problem der Braunszene in dieser Region nur auf Stolberg zu reduzieren wäre falsch. Schon in den 1980er Jahren hatten die »Republikaner« in Stadt und Kreis Aachen versucht Fuß zu fassen. Mitglieder der WJ, der NPD-Jugend »Junge Nationaldemokraten« (JN) und der örtlichen Gruppe der 1995 verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) rekrutierten seinerzeit in der Fanszene des Fußball-Clubs »Alemannia Aachen«. Mitte der 1990er Jahre hatte sich dann im benachbarten

Eschweiler der rechtsextreme Versandhändler Manfred Rouhs⁶ aus Köln angesiedelt und auf dem ehemaligen Speditionsanwesen Neonazi-Treffen veranstaltet. Breit angelegte Bürgerproteste sorgten dafür, dass nach wenigen Jahren zumindest der organisierte braune Spuk im Ortsteil Dürwiß ein Ende hatte.

In der ehemaligen Grubenstadt Alsdorf, ebenso wie Stolberg bereits früh durch »Gastarbeiter« und nach dem Schließen der Zechen von einem Strukturwandel geprägt, wurden 2004 bei den NRW-Kommunalwahlen drei Vertreter der »Republikaner« (REP) in den Stadtrat gewählt. Der Kommunalbeamte und REP-Bundeschatzmeister Ralf Goertz aus Erkelenz (Kreis Heinsberg) war als REP-Direktkandidat für das Bürgermeisteramt angetreten und konnte immerhin in der Stadt mit den rund 50 000 Einwohnern knapp über zehn Prozent der Erststimmen gewinnen. Zudem errangen die REP 2004 zwei Sitze im Aachener Kreistag. Dennoch blieb Stolberg bis etwa 2005 der braune Hotspot in der Region. In Stolberg aber dachte man lange anders. Noch im Vorfeld eines Aufmarsches im August 2002 hatte der Büroleiter von Bürgermeister Siebertz, Thomas Muth, auf Anfrage dem Autor dieser Zeilen erklärt, dem »Problem Kunkel« werde man weiter die kalte Schulter zeigen. Das auf die Kleinstadt beschränkte Ignorieren solle zur Lösung des allein Stolberg betreffenden »Problems« beitragen, so Muth.

Doch Kunkel (Jahrgang 1950), seit 2002 Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Aachen, dem zeitweise auch Mitglieder aus dem Rest der Region angehörten, wirkte weit über Stolberg hinaus. Er wurde Vorstandsmitglied der bundesweit vernetzten »Kommunalpolitischen Vereinigung« (KPV) der NPD und des NRW-Landesvorstandes seiner Partei. Er war im Jahre 2003 am Aufbau des NPD-Kreisverbandes Mönchengladbach/Heinsberg, 2005 am Aufbau einer NPD-Ortsgruppe Aachen und 2006 am Aufbau der NPD-Ortsgruppe Düren beteiligt. Letztgenannte wandelte sich zum Jahreswechsel 2006/2007 in einen eigenständigen Kreisverband um, der seinen Wirkungsgrad bis in den Kreis Euskirchen und den Rhein-Erft-Kreis ausgedehnt hat.

Der Landesverfassungsschutz wies bereits Mitte 2005 darauf hin, dass eine der aktivsten Neonazi-Szenen innerhalb von ganz NRW in der Region Aachen und Düren existiere. Seitdem haben die Aktivitäten der rechten Szene weiter stark zugenommen. Die Polizei ging Mitte 2008 davon aus, dass es in der Region Aachen 150 bis 170 in NPD, DVU und »Kameradschaften« organisierte RechtsextremistInnen gibt. Nicht mitgezählt sind dabei junge Mitläufer, rechtsextrem oder

6 Manfred Rouhs war in den 1980er Jahren Mitglied der NPD-Jugend »Junge Nationaldemokraten« (JN), später wechselte er zu den »Republikanern« und Anfang der 1990er war er Mitglied der »Deutschen Liga für Volk und Heimat«. Für die REP und die DLVH war er zeitweise Mitglied des Kölner Stadtrates. Später gründete Rouhs die rechtsradikale, sich rechtspopulistisch nennende »Bürgerbewegung Pro Köln« bzw. deren Landesverband »Pro NRW« mit und bekleidete dort neben einem 2004 gewonnenen Ratsmandat in Köln verschiedene hochrangige Funktionen. Rouhs hatte, als er in Eschweiler ansässig war, das rechtsextreme Strategieorgan »Europa vorn« (später umbenannt in »Signal« bzw. »nation24«) publiziert. Mitte der 1990er Jahre lag der rechtsintellektuellen Zeitschrift die Rechtsrock-Beilage »Neue Doitsche Welle« bei, die sich an junge Neonazis richtete und von dem NPD-Kader Sascha Wagner verantwortet wurde.

fremdenfeindlich denkende Menschen ohne Parteizugehörigkeit sowie Mitglieder der Parteien REP und »Bürgerbewegung Pro NRW«.

Aufhorchen ließ zudem im Jahre 2008 das Ergebnis einer empirischen Untersuchung des Kreises Aachen. Demnach seien Neonazis und rechte Aktivitäten im Kreisgebiet für Jugendliche oft schon zur Normalität geworden. Befragt wurden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 11 bis 26 Jahren in Herzogenrath, Monschau, Roetgen, Simmerath und Stolberg. Die Befragung erfolgte von September bis November 2007. Für die Befragten gehören demnach Begegnungen mit rechtsextremen Altersgenossen und deren Aktivitäten zum Alltag. Auf Dorffesten und Tanzveranstaltungen etwa seien Neonazis – gerade in der Nordeifel – als größere Gruppe präsent, würden Außenstehende – egal ob MigrantInnen oder Deutsche – bedrohen, einschüchtern oder gar attackieren.

Erlebniswelt, Subkultur und soziale Graswurzelbewegung

Wiederholt haben NPD, »Kameradschaften« und Neonazis versucht oder angekündigt, sich zum Wohle der Allgemeinheit engagieren zu wollen. Die Frauengruppe des NPD-Kreisverbandes Düren, »Freie Frauen« (FF), hatte seit April 2007 angekündigt, sich in Jugend-, Kinder- und sozialen Belangen einbringen zu wollen. Doch erst Mitte 2009 informierte der ansonsten auf extreme Eigen-PR spezialisierte NPD-Kreisverband Düren über ein solches Engagement. Angeblich hätten demnach die FF »Spenden [...] für bedürftige Deutsche [gesammelt] oder Spielplatzreinigungen [durchgeführt], [zudem] Rechtsbeistand [geleistet] oder [würden] einfach nur Zuhören«. Vereinzelt hat Kunkel im Stolberger Stadtrat versucht, sich als Helfer von Bürgern darzustellen. Nach der Teilnahme an der Sammelaktionen von »Wildem Müll« in Stolberg blieb letztlich jedoch nicht das Bild der braunen Kümmerer haften, sondern das eines braunen Pöbels, der den anderen HelferInnen und den Polizeikräften – auf Kosten der Allgemeinheit – auf der Nase herumtanzte.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2009 kündigte der NPD-Kreisverband Düren an, angeblich unterdrückte Deutsche in dem sozialen Brennpunkt und von vielen MigrantInnen bewohnten Düren-Nord beraten zu wollen, wenn sie unter Erpressungen, Gewalt, Bedrohungen und Drogenhandel durch MigrantInnen litten. Was Mitglieder der Neonazi-Schlägerbande KAL unter Jugendarbeit verstanden, war, im Jahre 2007 sporadisch Jugendliche vor Jugendräumen und Schulen anzusprechen, um ihnen, falls sie Ärger mit MigrantInnen hätten, Hilfe anzubieten. Versuche, soziale Themen in Mitgliederschulungen aufzugreifen, endeten in einer Mischung aus Realsatire und Fremdenhass. So fand im Oktober 2006 im Vorfeld von Infoständen in der Dürener Innenstadt eine NPD-Schulung zum Gesundheitswesen statt. Unter anderem ging es dabei darum, dass MigrantInnen in Deutschland angeblich eine bessere Krankenversorgung erhielten als Deutsche. Überdies seien deren im Ausland lebenden Familienmitglieder mitversichert.

Dürens NPD-Chef Ingo Haller hatte auf den internen Schulungspapieren skizziert, was für seine Partei Sozialpolitik darstellt: »Dies alles bedeutet soviel das dem Ali seine Eltern die in der Türkei leben über seine Krankenkasse mitversichert ist und wir alle der Mutter Ali ihre Darmprobleme Bezahlen obwohl sie noch nie einmal nur eine Mark geschweige den Euro in unser Krankenkassensystem bezahlt hat. [...] Mohamed hat ein Nieren Leiden, aber in Marokko kann er sich die OP nicht leisten abgesehen vom stand der Technik. Mohamed nicht dumm kommt nach BRD und stellt Antrag auf Politisches Asyl und schon wird alles von uns Bezahlt.« (Rechtschreibung hier und später wie im Original)

In einem weiteren internen Schulungspapier schrieb man Ende 2006 Mitgliedern und Sympathisanten, die an NPD-Infoständen ihren »Arbeitseins[a]tz« verrichten sollten, vor, »eindeutige, martialische und nationalsozialistische Tätowierungen« durch Kleidung zu bedecken. In dem Schreiben geht es auch um Verhaltensweisen gegenüber »Gegnern, Asozialen« und »dem Feind«. Um auf die Bürger indes positiv zu wirken, solle man keine abschreckende, »typische Kleidung wie in der Skinheadszene« tragen.

Laut dem Papier will die NPD Interessierten gegenüber tolerant auftreten, »Schocktherapien« diesen gegenüber seien »unbedingt zu vermeiden«. »Da der Bürger durch die Systemmedien stark desinformiert ist, könnten unsere Argumente für ihn schnell weltfremd und unreal wirken, es gilt unbedingt schonend vorzugehen«, heißt es in dem Papier weiter. Weniger gut sind die Rechten aber auf BürgerInnen zu sprechen, die die Gespräche auf Themen wie »nationalsozialistische Juden- und Außenpolitik« – meint Angriffs- und Vernichtungskriege sowie den Massenmord an den Juden – zu lenken versuchen. Jene »Sonderthemen« würden »nicht erörtert. Wir entgegnen diesem Versuch indem wir deutlich machen, daß für uns die Zukunft zählt und durch das schwellen in der Vergangenheit keine positive Veränderung für die Zukunft erreicht werden kann.«⁷

NPD-Verbände aus der Region warben mit der Losung, man sei »national, aus sozialer Verantwortung!« Wie in ihrem Infostand-Strategiepapier skizziert, wollen sie dabei vorausschauend agieren. Demgegenüber steht das, womit die NPD mehrfach provozieren wollte. Regelmäßig hielten NPD und KAL in der Region »Heldengedenken« auf Soldatenfriedhöfen ab. Im November 2008 hängten Unbekannte an mehreren Brücken und anderen Orten im Kreis Düren Transparente mit der Aufschrift »Dürens 16. 11. 1944 ›Bombenholocaust‹ www.npd-dueren.de« auf. Grund dafür war der Jahrestag, an dem der Stadtkern Dürens durch alliierte Bomberverbände zerstört worden war und rund 3 000 Tote zu beklagen waren.

Im September 2008 meldete sich die NPD zu einer Debatte in der Lokalpolitik zu Wort. Es ging darum, ob man in Düren – heute rund 90 000 Einwohner – einen Platz am alten Standort der Synagoge nicht zum Gedenken an die Opfer »Platz an der Synagoge« nennen solle. »Wir von der NPD Düren denken auch darüber

7 Die Strategiepapiere/Tischvorlagen befinden sich im Besitz des Autors, wurden ihm aus Szenekreisen zugespielt.

nach, welche schlimmen Ereignisse damals [...] passiert sind. [E]tliche Straßen [sind] nach den 2 Weltkrieg einfach ohne Volksbefragung umbenannt worden [...]. Wie wäre es denn mal mit einem Platz, wo alle nationalgesinnten Deutschen um die schrecklichen Taten des Besatzers während und nach dem 2 Weltkrieg trauern können? [...] Wie wäre es denn mit Rudolf Hess Gedächtnisplatz[?]« René Laube, einschlägig vorbestrafter »Kameradschaftsführer« der KAL, war 2007 auch stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Düren. Auf der KAL-Homepage war Anfang 2007 ein Text erschienen, in dem die Neonazis AntifaschistInnen zwecks Anreise zu einer Gedenkveranstaltung im ehemaligen KZ Buchenwald »einen alten Viehwagen« empfohlen hatten. Die KAL würde sich auch bereit erklären, »das Wachpersonal zu stellen«. Aufgrund einer Strafanzeige der VVN-BdA sah die Staatsanwaltschaft Aachen zwar einen Anfangsverdacht für eine Straftat gegeben, jedoch waren laut Behörde weder der Verantwortliche noch der Beitrag im Netz zu ermitteln – offenbar auch, weil die Homepage der KAL seinerzeit mehrfach den Server und die Internet-Adresse wechselte. Nachdem die Neonazis von den Ermittlungen erfahren hatten, wurde der Beitrag von deren Webmaster dann ganz von der Homepage gelöscht.

Intensiver als das Bild des sich im Sozialen engagierenden Rechten wurde der Aufbau einer, wie es die Innenministerien umschreiben, »Erlebniswelt Rechtsextremismus« forciert. Dazu gehörten regelmäßige Infostände und Flugblattaktionen, Aufmärsche, »Mahnwachen« und Spontandemonstrationen, Auftritte rechter Musiker und Veranstaltungen mit NPD-Kadern wie Parteichef Voigt und dessen (jüngst verstorbener) Stellvertreter Jürgen Rieger. Junge »Kameraden« und Mitläufer zog und zieht dies nachhaltig an. Sie schließen sich auch den »Autonomen Nationalisten« (AN) oder »Kameradschaften« an, etwa der eng mit der NPD verbundenen KAL. Andere Neonazi-Gruppen nennen oder nannten sich »Nationaler Widerstand Herzogenrath« (NWH), »Freie Nationalisten Euskirchen« (FNE) und »Volkssturm Rheinland« (VSR). Teilweise sind Mitglieder jener Gruppen durch Bedrohungen und Gewalttaten, Sprüh- und Aufkleberaktionen sowie den Aufbau der Feindaufklärung »Anti-Antifa« aufgefallen.

Rechtsextreme Hooligans und AN waren 2007 an einem Angriff von rund fünfzehn verummten und mit Knüppeln bewaffneten Neonazis auf BesucherInnen eines Antifa-Konzerts in Stolberg mit drei verletzten Mädchen und dem Angriff von 30 bis 40 Neonazis auf eine Demonstration von Nazi-GegnerInnen am 27. März 2008 in Aachen beteiligt. Unter letztgenannten Angreifern beziehungsweise unter den später Verhafteten und in Tatortnähe von der Polizei gestellten Verdächtigen waren auch hochrangige NPD- und KAL-Funktionäre aus Düren, so der damalige Jugendbeauftragte des NPD-Kreisverbandes Düren, zwei damalige Beisitzer des Vorstandes sowie Laube. Solche Attacken zeugen zwar nicht von sozialem Engagement – innerhalb der auf Aktionismus ausgerichteten Szene stellen sie aber einen wichtigen Eventcharakter dar, um »erlebnisorientierte Jugendliche« anzuwerben und einzubinden.

Wolf im Schafpelz macht Kommunalpolitik

Das Bild von den braunen Kümmerern, die im Bürgermeister-Wahlkampf an Infoständen und in Bürgergesprächen fast seriös auftraten und Gerüchten zufolge sogar Spendengelder angesehener Ortsansässiger akquiriert hatten, änderte sich am 12. August 2007 gegen 17.45 Uhr. Kurz vor dem Auszählen der Stimmen trafen in der Gemeinde Aldenhoven (Kreis Düren) vor jedem Wahlbüro teils martialisch wirkende Neonazis und NPD-Kader ein. Sie wollten bei der Stimmauszählung überprüfen, ob man der NPD Stimmen abnehme, hieß es. NPD-Bürgermeisterkandidat Ingo Haller schrieb später im Internetforum der Gemeinde, man habe daher die Wahlbüros »besetz[t]«. In der nächsten Ausgabe des sporadisch erscheinenden NPD-Faltblatts »Rur-Inde-Notizen« änderte der NPD-Kreischef seine Wortwahl. Die NPD habe »Wahlbeobachter« entsandt, hieß es nun.

Hallers Antritt bei der außerplanmäßigen Bürgermeisterwahl in Aldenhoven hatte die NPD als Test für die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2009 angesehen. Der Wahlkampf in der Gemeinde mit rund 14000 Einwohnern wurde von Infoständen, Plakat- und Verteilaktionen begleitet; die benötigten Unterstützerunterschriften konnte die NPD zügig sammeln. Laut der Gemeinde Aldenhoven waren rund 60 Prozent der Menschen, die 150 Unterstützerunterschriften für den Wahlantritt der NPD geleistet hatten, unter 25 Jahre alt. Bei der Wahl kam Haller auf 3,2 Prozent, konkret waren es 196 Stimmen und damit nur 46 mehr als Unterstützerunterschriften. Die Wahlbeteiligung lag bei 59 Prozent, wahlberechtigt waren rund 10600 BürgerInnen. Vertreter aus der Lokalpolitik glaubten nach der Wahl, bei einer regulären Kommunalwahl mit mehreren Parteien und Wählerinitiativen würde die NPD sicher weniger Stimmen erhalten.

Der Wahlkampf war jedoch zuvor schon durch Drohungen und Strafanzeigen geprägt gewesen. So hatte Hallers Kölner Szeneanwalt Jochen Lober den Kandidaten der SPD wegen Beleidigung angezeigt. Sozialdemokrat Raoul Pöhler hatte die NPD-Leute zuvor »braune Rattenfänger« genannt. Zugleich erhielt Pöhler Ende Juni, Anfang Juli 2007 anonyme Drohanrufe, wonach er den Wahlsonntag »auf der Intensivstation erleben« werde. Denn: »Wir sind die besseren Deutschen!« Da CDU-Fraktionschef Reinhard Paffen die BürgerInnen bereits Mitte Mai 2007 aufgerufen hatte, keine Unterstützungsunterschriften für den NPD-Wahlantritt zu leisten und indirekt die Veröffentlichung der Namen der UnterzeichnerInnen angekündigt hatte, hatte Lober auch der CDU einen Brief »voller Drohgebärden« (Paffen) geschickt.

Letztlich aber war es die »Wahlbeobachter«-Aktion, die den Schleier der sich lokal engagiert und bürgerlich darstellenden NPD lüftete. Haller hatte die Aktion rund zwei Wochen vor dem Wahltermin konspirativ vorbereitet. Dabei hatte der damals 35-Jährige Wert darauf gelegt, nachdem schon mehrfach interne Pläne durchgesickert waren, dass das Vorhaben nicht bekannt werden dürfe. In internen Rundschreiben soll sogar darauf verwiesen worden sein, dass Berichte in den Me-

dien über die Aktion im Vorfeld der Wahl Protestwähler verschrecken könnten, weil sie solche Vorhaben als undemokratisch ansehen und der NPD dann wohl ihre Stimme vorenthalten würden.

Pro Wahllokal – es gab vierzehn – waren dann zwei bis drei Rechtsextremisten eingeteilt worden. Vor dem Rathaus, in dem zwei Briefwahlbezirke und ein Wahllokal ausgezählt wurden, war Haller kurz vor 18 Uhr höchstpersönlich mit den »Kameraden« aufmarschiert. Per Handy gab er an die »Kameraden« vor den anderen Wahlbüros das Kommando: »So, nun geht alle rein ...« Danach betraten auch der im Nadelstreifenanzug erschienene Haller sowie eine Reihe von NPD-Kadern und Neonazis in teils szenetypischem Äußeren das Rathaus. Deren Auftreten machte auf die Auszählenden teilweise einen bedrohlichen und bedrängenden Eindruck. Dass ein Teil der »Wahlbeobachter« im März 2008 unter den Angreifern auf die Demonstration von Nazi-GegnerInnen in Aachen sein würde, ahnte seinerzeit allerdings noch niemand.

In der Provinz

Der Kreis Düren gilt als strukturkonservative, landwirtschaftlich geprägte Region. Teile der Nordeifel in den Kreisen Aachen und Düren stehen zudem bis heute unter dem Eindruck der Schlacht im Hürtgenwald, die im Winter 1944/1945 zu blutigen Gefechten zwischen der Wehrmacht und Verbänden der US-Armee führte. Es wird geschätzt, dass im Verlaufe des »Gemetzels« (»Die Zeit«) und der längsten Schlacht, die im Zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden stattgefunden hat, mehrere zehntausend US-Soldaten und rund 15 000 Deutsche umkamen. Zahlreiche Dörfer und große Waldflächen waren völlig verwüstet. »Kriegerdenkmäler« finden sich in jedem Ort, zudem große Soldatenfriedhöfe. Das »Gedenken« an die Gefallenen wurde jedoch lange derart zelebriert, dass es eher einem »Heldengedenken« der Nationalsozialisten nahekam. Der Dürener Kreisverband des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) galt lange Jahre bei AntifaschistInnen als sehr rechtslastig. In Düren gründeten im Januar 2007 rund 700 Menschen ein sehr aktives und engagiertes »Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt« (BgR), dem sowohl Antifa und CDU, aber auch die Kirchen, zahlreiche Gruppen, Vereine, Schulen und Einzelpersonen angehören.

Anlass für die BgR-Gründung war eine massive Zunahme von Neonazi-Aktivitäten im Raum Düren seit Anfang des Jahres 2005. Ein Grund dafür, dass die rechtsextreme Szene in der Region Aachen weiter »boomt«, ist heute tatsächlich der NPD-Kreisvorsitzende in Düren, Ingo Haller. Er, Jahrgang 1972, nennt seinen Kreisverband eine »Großfamilie« und verkörpert den großen Integrator. Haller ist zum einen Organisationstalent und hat für seinen Kreisverband über Spenden und angeblich einflussreiche Förderer überdurchschnittlich viele Gelder akquiriert – ein Bauunternehmer aus Düren förderte etwa ab 2006 Hallers NPD-Verband. Zudem tritt er in Gestalt des Vorsitzenden, großen Bruders oder netten Schwieger-

sohns und guten »Kameraden« auf. Trotz Arbeitsbelastung als Betriebsleiter eines Veranstaltungsservices in Erftstadt versucht er für Mitglieder und Interessenten erreichbar zu sein, wobei er sich nach außen hin bürgerlich gibt.

Ihm zur Seite steht seine Frau Christine, zugleich Chefin der »Freien Frauen« (FF). Das Ehepaar hat im Schulterschluss mit der KAL, die entgegen ihrem an den heutigen Kreis Aachen erinnernden Namen auch im Raum Düren aktiv ist, zahlreiche Veranstaltungen organisiert. Zeitweise konnten Hallers auf ihrem Grundstück in Inden-Pier große Treffen veranstalten. Von Anfang 2006 bis Ende 2007 konnten NPD und KAL in Düren auch auf ein Stammlokal zurückgreifen. Unterdessen nennen Polizeikreise Haller den »eigentlich gefährlichen« NPD-Kopf in der Region. Auch hinter den »Trauermärschen« in Stolberg steckt Haller. Nicht Kunkel, sondern er schuf 2008 mit Neonazis den Mythos, ein »Kamerad« und »NPD-Sympathisant« sei in Stolberg »ermordet« worden. Polizeikreisen zufolge hatte Haller Kunkel dabei »vor sich her getrieben«. Kunkel selbst hat stets bestritten, dass das Opfer der rechten Szene angehört habe.

So wirken Dürener Szene-Vertreter heute also auf die Gesamtregion ein. Der seit 1999 in der Stolberger Kommunalpolitik aktive Kunkel verließ im Juli 2008 als Beisitzer den NRW-Landesvorstand der NPD. Dessen Posten besetzt nun quasi der extrem aktivistisch und radikaler auftretende Haller, heute zudem stellvertretender NRW-Organisationsleiter. Er kooperiert überdies mit rechtsextremen, bisweilen offen antisemitisch auftretenden Russlanddeutschen aus der Region, die unter dem Namen »Russlanddeutsche Konservativen« und »Schutzgemeinschaft ›Deutsche Heimat‹ der Deutschen aus Russland« auftreten. Zum Teil werden diese auch bundesweit aktiven Vereine von Personen geleitet, die dem »Arbeitskreis Russlanddeutscher in der NPD« angehören.

Vorsitzender der »Schutzgemeinschaft« ist Johann Thießen aus Hürtgenwald. Er ist NPD-Mitglied und soll laut Antifa Düren im August 2007 die »Elterninitiative Düren e.V.« mitgegründet und zu Beginn auch das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden bekleidet haben. Der Verein will Kinder von Russlanddeutschen betreuen, etwa mit Angeboten wie Hausaufgabenhilfe. Was die Kinder unter Thießens Obhut erwartet hätte, wurde am 18. April 2009 deutlich, als rund 70 Russlanddeutsche, Alt- und Neonazis vor dem nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf demonstrierten. Unter den RednerInnen war die wegen Volksverhetzung verurteilte Ursula Haverbeck-Wetzel. Thießen selbst hatte »Frau Haverbeck« als »Vorbild für unsere Jugend« angekündigt. Haverbeck-Wetzel war Mitbegründerin und stellvertretende Leiterin des »Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« sowie Vorsitzende der braunen Denkfabrik »Collegium Humanum« in Ilothe – beide Organisationen waren Mitte 2008 vom Bundesinnenministerium verboten worden.⁸

8 Ursula Haverbeck-Wetzel, Jahrgang 1928, ist die Witwe von Werner Georg Haverbeck. Dieser war 1928 der SA beigetreten, wurde Mitglied im persönlichen Stab des späteren Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß und erhielt 1933 die Leitung des Reichsbundes für Volkstum und Heimat. Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte

Neonazi im Wolfspelz macht Kommunalpolitik

Haller ficht all das nicht an. Er selbst gibt sich an Infoständen bürgerlich und kumpelhaft – gemäßigte »Kameraden« und Aussteiger empfinden das jedoch als Maskerade. Haller verglich etwa in einer Rede am 4. April 2009 vor rund 530 »Kameraden« den »Nationalen Widerstand« mit einem Bauern, der sein Land bestellt. Gelegentlich müsse er dann auch »Unkrautvernichter« einsetzen, um »unerwünschte Gäste« – gemeint waren der Analogie folgend MigrantInnen – zu bekämpfen. Er beendete seine Rede mit: »Heil Stolberg!«

Der NPD-Kreisverband Düren betreut kommissarisch die NPD-Ortsgruppen im benachbarten Kreis Euskirchen sowie die im Rhein-Erft-Kreis. Auch hier wurde 2009 das vermeintlich bürgerliche Auftreten Hallers durch die Kür des Kandidaten für das Amt des Landrates für den Rhein-Erft-Kreis bei den Kommunalwahlen in August 2009 konterkariert. Der Kreisverband hob für die Kandidatur ausgerechnet den vorbestraften Volksverhetzer Axel Reitz auf den Schild. Der Neonazi war nach einer antisemitischen Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Dort hatte der Pulheimer im Juni 2004 in einer Rede gegen Juden gehetzt. Unter Einbeziehung früherer Bewährungsstrafen sollte er für zwei Jahre und neun Monate ins Gefängnis. Nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haftzeit war er im April 2008 wegen guter Führung entlassen worden.

Bei seiner Vorstellung als Landrats-Kandidat hatte Reitz im Januar 2009 als Redner auf dem »Neujahrsempfang« des NPD-Kreisverbandes Düren begründet, warum er sich um Parlamentsposten bewirbt: »Der Soldat geht dahin, wo seine Feinde sitzen. Die Feinde sitzen auch im Parlament. Und dort ist es ganz wichtig, dass wir klarmachen als Systemalternative, [...] dass wir in die Parlamente gehen, um ihnen den KAMPF anzusagen.« Den Begriff »Soldat« konkretisierte Reitz wahrscheinlich in Anlehnung an Ernst Röhm so: »Wir sind politische Kämpfer, wir sind politische Soldaten.«

Im Jahre 2005 hatte man über ihn im »Kölner Stadt-Anzeiger« Folgendes lesen können: »Es ist stickig am »Kampftag gegen die Reaktion«. Im Hinterzimmer einer Kölner Kneipe auf der Aachener Straße haben sich etwa 15 Neonazis beim Bier versammelt. An der Stirnseite des Raums [...] steht ein 16-Jähriger mit blon-

er Theologie und wurde Pfarrer. In den 1960er Jahren gründete er das »Collegium Humanum« und fungierte als dessen Studienleiter. Über die Themen Schutz ungeborenen Lebens und Umweltschutz profiliert er sich als Berater bis in die etablierte Parteipolitik hinein. Ab den 1980er Jahren treten er und seine Ehefrau dann verstärkt in rechten Denkzirkeln in Erscheinung und werden zu zentralen Personen innerhalb von rechts-ökologischen, heidnischen und antisemitischen Gruppen. Zuletzt wurde Ursula Haverbeck-Wetzel Mitte 2008 wegen Beleidigung verurteilt, weil sie die Präsidentin des Zentralrates der Juden, Charlotte Knobloch, in einem Brief von Ende Januar 2008 unter anderem dazu aufgefordert hatte, sich nicht »in innerdeutsche Angelegenheiten« einzumischen, und ihr empfahl, in ihr »Ursprungsland nach Innerasien« zurückzukehren. Zudem hatte sie Knobloch vor einem »neuen Pogrom« gewarnt, falls diese sich weiter für ein Verbot des »Collegium Humanum« einsetze: »Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde ...«

dem Bubikopf. Axel Reitz trägt ein weißes Hemd mit Schulterklappen, an seinem Hals baumelt eine schwarze Krawatte mit SA-Abzeichen. »Diejenigen, die uns über Jahre hinweg bekämpft haben, uns aus der Arbeit gedrängt und ins Gefängnis gebracht haben, die werden eines Tages auf den Marktplatz gestellt und erschossen«, ruft der Teenager. [...] Dann zeigt Reitz den Hitlergruß und sagt: »In diesem Sinne: Sieg Heil!«

»Kameraden«, die diese Aussagen für wenig gelungen hielten, warfen Reitz Jahre später in Internet-Foren vor, damit der »Bewegung« geschadet zu haben. In einer ausufernden Diskussion in dem Neonazi-Portal »Altermedia« hatte Reitz Anfang 2009 Stellung bezogen: »Die vielzitierte Äußerung entstand im Jahre 1999. Damals war ich gerade einmal 16 und in jugendlicher Unbekümmertheit war mir die Tragweite des Gesagten nicht so bewußt wie heute. Heutzutage würde ich überlegter und mit mehr Bedacht formulieren. An meiner Überze[u]gung, daß Elemente, die Not, Leid und Elend über die Menschen bringen, um daran zu partizipieren und zu verdienen, bestraft gehören, halte ich allerdings nach wie vor fest.«

National, aus sozialer Verantwortung eben.

Michael Weiss

Kampf um die Dörfer

Aufstieg und Fall der hessischen NPD unter Marcel Wöll

Aufbau und Zerfall des »Nationalen Wohnprojektes« in Butzbach-Hoch-Weisel

Das »Nationale Wohnprojekt« in Butzbach-Hoch-Weisel im westlichen Wetteraukreis war von 2005 bis 2008 die Kommandozentrale der NPD und der Kameradschaften aus dem Rhein-Main-Gebiet und aus Mittelhessen. Es war ein gesellschaftliches Experimentierfeld, an dessen Anfang Dynamik und Aufbruchstimmung standen. Am Ende zerbrach es an der Unvereinbarkeit der unterschiedlichen Lebensentwürfe seiner BewohnerInnen und an den sozialen und strukturellen Defiziten ihres Führungskreises. Die Chancen, die sich den Neonazis in Hoch-Weisel boten, vermochten sie nicht zu nutzen.

Alltagsleben unterm Hakenkreuz

Ausgelassene Stimmung herrschte im »Nationalen Wohnobjekt« und »Kameradschaftszentrum« in den Weihnachtstagen des Jahres 2007. Marcel Wöll, zu dieser Zeit Landesvorsitzender der NPD in Hessen, und seine Kameraden spielten Krieg. Sie beschossen sich gegenseitig mit einem »Softair-Panzer«, einem Schuhkarton großen Spielzeugpanzer mit elektronischer Vollautomatik und Luftdruck-Schießeinrichtung. Der Panzer, Kostenpunkt um die hundert Euro, war das Weihnachtsgeschenk an seinen Sohn, doch der konnte im Gegensatz zum Papa mit dem Plastik-Kriegsgerät nicht allzu viel anfangen. Er war zu diesem Zeitpunkt ja auch erst fünf Jahre alt.

Ansonsten gab es im Hause wenig Freundschaft und wenig Grund zur Ausgelassenheit. Wöll war der Gebieter, alle anderen MitbewohnerInnen fügten sich irgendwo unter ihm in der Hierarchie ein. Der Ton war rüde, fast alle duckten sich vor seinen cholerischen Anfällen. Die Einzige, die ihm auf Augenhöhe begegnete, war Annika Ringmayer, Einheits-Führerin in Hessen der heute verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ). Vor ihr empfand selbst ein Marcel Wöll so etwas wie Respekt.

Das Haus bot rund 200 Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche, Mittelpunkte des Gemeinschaftslebens waren Wohnzimmer und Küche. Dort stand Lebensqualität der Nazi-Trashkultur hinten: lieblos eingerichtete Räume, in der Vitrine eine Hitlerbüste, an den Wänden ein Hitlerporträt und ein Adler aus Gips mit einem halben Meter Spannweite und in den Klauen ein handtellergroßes Hakenkreuz. Und der war auch noch kitschig golden angemalt.

Der Anfang – Das Wohnprojekt in Nidderau-Heldenbergen

Marcel Wöll stammt aus Hattersheim im Main-Taunus-Kreis, war in seiner Jugend bereits in der neonazistischen Skinheadszene unterwegs. Um das Jahr 2003 schwang er sich, gerade mal 20 Jahre alt, zum Anführer des Kameradschafts-Netzwerkes »Freie Nationalisten Rhein-Main« (FNRM) auf, das als Zusammenführung der Kameradschaften aus Frankfurt, Offenbach, Friedrichsdorf sowie einzelner Personen entstanden war. Die Szene wuchs zu dieser Zeit, sie hatte jedoch ein Problem: Man hatte keinen Sammelpunkt, kein Zentrum. Anfang 2004 bezog Wöll ein ehemaliges landwirtschaftliches Anwesen in Nidderau-Heldenbergen (bei Hanau) und gründete dort ein erstes »Nationales Wohnprojekt«. Mit dabei seine damalige Lebensgefährtin und spätere Frau Janine Bedau (später Janine Wöll), sein Frankfurter »Statthalter« Christian Müller und der aus Berlin stammende Stefan Skibinski, genannt Skipper, Mitglied mehrerer Rechtsrock-Bands im Raum Rhein-Main und Rhein-Neckar.¹ Als am 17. April 2004 in der Scheune des Anwesens ein Konzert mit hundert Neonazis stattfand, bei dem die Bands auf einer mit Hakenkreuz beflaggten Bühne spielten, rückte die Polizei zu später Stunde zur Auflösung an. Es kam zu einer Massenschlägerei, in deren Verlauf 43 Neonazis festgenommen wurden. Die Hanauer Presse meldete am Montag darauf lediglich die Auflösung einer Party wegen Ruhestörung. Tatsächlich hatten Bürgermeister und Behörden der Öffentlichkeit, den NachbarInnen und selbst dem Stadtparlament gegenüber kein Sterbenswort darüber verloren, wer sich in Nidderau eingerichtet hatte, derweil die »Freien Nationalisten Rhein-Main« einen Freiraum vorfanden, über den sie ihre Strukturen konsolidierten. Als im August 2004 ein Reisebus der FNRM zum Gedenkmarsch an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß ins bayerische Wunsiedel fuhr, waren Angehörige einer extrem rechten Clique aus dem Nachbarort mit von der Partie.

Eine Flugblattaktion von AntifaschistInnen im Herbst 2004 und nachfolgende Medienberichte klärten die Bevölkerung auf. Wöll und Co. gaben sich selbstbewusst. »Wir sind nationale Sozialisten«, schrieben sie an ihre Nachbarn und als solche wollten sie akzeptiert werden. Doch die Nachbarschaft war gar nicht gut auf sie zu sprechen: Die Neonazis grölten bei nächtlichen Gelagen im Innenhof, ließen Rechtsrock durch die Straße dröhnen, und ihre Saufkumpanen pinkelten in die Vorgärten.

Als schließlich die erste antifaschistische Demonstration angemeldet wurde und Nidderau zum Konfliktfeld zwischen Linken und Rechten zu werden drohte, ging alles auf einmal ganz schnell: Die Besitzerin des Anwesens, die Familie eines örtlichen Unternehmers, wurde ins Gebet genommen, der Mietvertrag wurde aufgelöst und die Neonazis zogen weg.

1 Stefan Skibinski war ehemaliges Mitglied der Blood & Honour-nahen Band Proissenheads und trat später als Drummer und Tontechniker u. a. für die Neonazi-Bands Nordglanz, Faust und Blue Max in Erscheinung. Nach seinem Umzug nach Karlsruhe schloss er sich einer Volks- und Karnevals-Musikgruppe an, verließ die Szene jedoch nicht.

Von Heldenbergen nach Hoch-Weisel

Ersatz fanden Marcel Wöll, seine Frau und Christian Müller² dreißig Kilometer weiter in Hoch-Weisel, einem ausgelagerten Stadtteil von Butzbach mit durchweg ländlichem Charakter. Das alte Bauernhaus mit Nebengebäude in der Langgasse 16 wurde gekauft, Wöll hatte hierzu Gelder aus Familienbeständen aufgetrieben, den Rest gab die Bank. Auch hier schwieg die Administration, obgleich sie von der ersten Minute an darüber informiert war, um wen es sich bei den neuen BewohnerInnen handelte. Das Resultat: Die Neonazis gewannen weitere wertvolle Monate, in denen sie ungestört am Haus und an ihren Strukturen werkten. Das Haus sollte zu einer Kadenschmiede werden. Sie bauten einen »Revolutionären Block« (RB) auf, eine Art »Präsidentengarde« des Marcel Wöll. Knapp 60 Personen³ aus ganz Hessen zählten zu der Truppe, die vor allem interne Schulungen betrieb. Schmucke Uniformhemden verliehen dem RB elitären Glanz, doch einige davon sammelte die Polizei bei Hausdurchsuchungen ein – die Staatsanwaltschaft in Frankfurt hatte gegen den RB ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer krimineller Vereinigung in Gang gesetzt, das im Jahre 2007 eingestellt wurde.⁴

Anders als in Nidderau benahmen sich die Neonazis nach außen hin beinahe »ordentlich«, martialisches Auftreten und »88«-Symbolik waren zunehmend unerwünscht, die Neonazis nahmen Abschied von der Subkultur⁵ und richteten sich im Hoch-Weiseler Dorfleben ein. Sie führten Flugblattaktionen durch, luden die NachbarInnen ins Haus ein und verzichteten auf laute Partys. Eine rechte Jugendclique im Ort fand Anschluss an das Wohnprojekt und wurde für Propagandaaktionen eingespannt. Die Stimmung im Dorf polarisierte sich, die Neonazis wurden zu Tabubrechern. Sympathien für die extreme Rechte, die manche bislang nur hinter vorgehaltener Hand zuzugeben wagten, wurde jetzt öffentlich verkündigt. Einzelne Bürger brüsteten sich damit, mit Wöll Skat zu spielen oder »auf ein Bier« ins »Nationale Wohnprojekt« zu gehen. Und die meisten Menschen hatten keine Vorbehalte gegen die »junge Familie« und deren FreundInnen in der Langgasse.

Eine unrühmliche Rolle spielte der damalige Butzbacher Bürgermeister Oswin Veith (CDU). Er gebot den Vereinen und Initiativen, die Aufklärung und Bildung zum Thema organisierten, den Mund zu halten und warf ihnen vor, das Problem hochzuschaukeln. Der staatliche »Kampf gegen Rechts« verkam in Hoch-Weisel

2 Stefan Skibinski zog nicht in Hoch-Weisel ein, stattdessen kam Maximilian Elser (Kandidat der NPD zu den Landtagswahlen 2008 in Limburg an der Lahn) dazu.

3 Der »Revolutionäre Block« war in drei Hierarchie-Ebenen unterteilt, zum inneren Kreis zählte zirka ein Dutzend Personen

4 Gegen den »Revolutionären Block« lief auch ein Verbotverfahren, das ebenso eingestellt wurde.

5 Tatsächlich trat Marcel Wöll zum Thema »Die Überwindung der Subkultur« auf neonazistischen Veranstaltungen als Redner auf. In einer Einladung zu einem politischen Gesprächskreis der NPD Mainz zum 2. Juni 2006 wird die Rede von Wöll wie folgt beworben: »Der Referent ist junger Kamerad, der durch die Kommunalwahlen in Hessen in den Stadtrat in Butzbach gewählt wurde. Thematisch wird er das Problem der Subkulturen in unserer Bewegung ansprechen und was wir diesen entgegenstellen können.«

im Jahre 2005 zur Bekämpfung der Zivilgesellschaft. Ausgegrenzt wurden all jene, die die neue Normalität mit den Neonazis im Ort nicht akzeptieren wollten, die Angehörigen des »Arbeitskreises demokratisches Hoch-Weisel«, in dem sich Neonazi-GegnerInnen sammelten, die Feuerwehr-Kommandantin etwa, die sich weigerte, Neonazis in die örtliche Wehr aufzunehmen. Sie trugen das Stigma der UnruhestifterInnen und Antifa-PetzerInnen in einem Ort, in dem viele Menschen die »ruhige« Nazi-Familie verglichen mit regionalen Antifa-Gruppen und alteingesessenen engagierten Nazi-GegnerInnen als das geringere Übel wahrnahmen.

Erst nachdem es dem »Arbeitskreis demokratisches Hoch-Weisel« gelungen war, prominente und einflussreiche BürgerInnen aus Butzbach und der Wetterau für sich zu gewinnen, bekam er Gewicht. Veiths Strategie des Verschweigens und Aussitzens war gescheitert, und der Bürgermeister war gezwungen, deutliche Worte gegen Rechts zu finden. Die Machtworte waren nun gesprochen. Die Sympathiebekundungen für die Neonazis verstummten auf den Straßen und kehrten an die Stammtische zurück.

Das »Nationale Wohnprojekt« konnte jedoch ungestört weiterbestehen. Dort bekam man von all den Konflikten wenig mit. Den gesellschaftlichen Ausschluss, den man von einzelnen Vereinen erfuhr, konnte man durch den Aufbau anderer sozialer Kontakte im Ort kompensieren. Nur einmal wurde es eng. Als am 28. Januar 2006 über 400 AntifaschistInnen in Hoch-Weisel demonstrierten, kam der Ort dahin, wo er nie hin wollte: in die Negativ-Schlagzeilen. Doch je mehr das öffentliche Interesse wieder verebte, desto mehr entspannte sich die Situation. NachbarInnen freuten sich, wenn ihnen die Neonazis die Einkaufsstüben ins Haus trugen und halfen diesen an Sommerabenden mit Grillkohle aus. Wöll und seine KameradInnen hatten zwar nicht das Dorf erobert, sich jedoch Akzeptanz verschafft. Nun hatten sie Großes vor. Fast putschartig übernahmen sie im Mai 2006 die hessische NPD und läuteten dort den Generationswechsel ein.

Die einstmals »braunsten Dörfer Deutschlands«

Butzbach liegt an der Nahtstelle zwischen dem Lahn-Dill-Kreis und dem Wetteraukreis, den traditionellen Hochburgen der NPD in Hessen. Die Orte in Ehringshausen und Leun im Lahn-Dill-Kreis und Wölfersheim im Wetteraukreis erlangten nach den hessischen Kommunalwahlen im Jahre 1997 mit jeweils über 20 Prozent Stimmenanteil für die NPD einige Berühmtheit als »Deutschlands braunste Dörfer«.⁶

Das ist Vergangenheit. Das bundesweite Medieninteresse Ende der 1990er Jahre hatte bewirkt, dass Investoren absagten und NeubürgerInnen ausblieben. Bis dato hatte man die NPD in den Parlamenten fast als normale Partei behandelt und

6 Die Ergebnisse der NPD-Stimmen bei der Kommunalwahl 1997 im Einzelnen: 22,9% in Ehringshausen, 22,7% in Wölfersheim und 21,5% in Leun.

wenig Skrupel gehabt, mit den Stimmen der Neonazis Beschlüsse durchzusetzen. Nun aber war die Partei Imageproblem und Standortnachteil. Der Wind drehte sich vor allem in Ehringshausen, wo die NPD bis zu den Kommunalwahlen 2006 auf 4,9 Prozent der Stimmen absackte, in Wölfersheim auf 10,4 Prozent.

In diesen beiden Orten wird die NPD als Familienunternehmen geführt. In Ehringshausen, mit 9 500 EinwohnerInnen, war sie personifiziert mit dem Ehepaar Doris und Alfred Zutt, deren Tochter und Schwiegersohn. Die 1955 geborene Altenpflegerin Doris Zutt diente der hessischen NPD als Aushängeschild, auch war sie im Bundesvorstand der Partei aktiv. Ihr Name war Programm: 1998 eröffnete sie den Neonazi-Gemischtwarenladen »Zutt's Patriotentreff« in Ehringshausen, richtete dort für den täglichen Betrieb eine Arbeitsstelle für einen Kameraden ein, die vom Arbeitsamt gefördert wurde. Zwei Jahre später folgte eine Filiale in Waren (Müritz) in Mecklenburg-Vorpommern. Das Ehringshäuser Geschäft hingegen musste 2003 einem Kreisverkehr weichen. Doris Zutt war Bindeglied zwischen den alten Gesetzten und den jungen Wilden der Partei, doch sie verschliss sich im Aktionismus der Wöll-Truppe. Sie verspielte ihren bürgerlichen Kredit, zum Beispiel als sie im Oktober 2007 ihren Ausschluss aus einer Kreistagsdebatte provozierte und sich medienwirksam von der Polizei hinaustragen ließ. Desillusioniert durch das schlechte Landtagswahlergebnis 2008, flüchtete sie im Sommer 2008 nach Mecklenburg-Vorpommern.

Die Flucht würde Volker Sachs in der vierzig Kilometer entfernten 10 000-Einwohner-Gemeinde Wölfersheim nie einfallen. Der Vorsitzende der NPD-Fraktionen im Wetterauer Kreistag und im Wölfersheimer Gemeindeparlament hat sich über Jahrzehnte eine solide Heimatbasis geschaffen. In der Wölfersheimer NPD-Fraktion kamen auch seine Ehefrau und seine Schwägerin unter. Volker Sachs, ehemaliger Elektriker im Braunkohlekraftwerk, ist einer »aus dem Volk«, einer aus der Arbeiterschaft, die nach 1991, nach der Einstellung des Braunkohle-Abbaus, der die Stadt 200 Jahre lang geprägt hatte, mit ihrer Identität und sozialen Problemen kämpfte. Sachs, heute 75 Jahre alt, hat immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte anderer, zieht vor den Damen den Hut und schmeißt im Wahlkampf gerne Lokalrunden. Seine Politik in Gemeindeparlament und Kreistag betreibt er ohne größere Skandale. Den Aufstieg der Truppe um Wöll beäugte er misstrauisch. Als Vertreter der alteingesessenen bürgerlichen NPD-Funktionärsriege galt ihm Wöll als großmäuliger Emporkömmling. Das, was sich ab dem Jahre 2006 in seiner Partei und »seiner Region« abspielte, dürfte ihm ein Stich ins Herz gewesen sein.

Große Pläne

Wöll, Müller und ihr Umfeld waren nach und nach in die NPD eingetreten und wählten auf den Landesvorstandswahlen im Mai 2006 Wöll zum neuen Landesvorsitzenden. Die »Alten«, allen voran Volker Sachs aus Wölfersheim und Hans Schmidt aus Wiesbaden, wurden auf die hinteren Stuhlreihen durchgereicht, und

Wöll kostete seinen Triumph sichtbar aus. Ein Vier-Punkte-Plan steckte nun die Strategie ab: Die »Intelktualisierung der Jugend« wollten sie forcieren, Schulungslager durchführen und ein Schulungszentrum einrichten. Doch es stellte sich heraus, dass die potenziellen KandidatInnen aus den rechten Cliques der Region sich zwar eine Party organisieren ließen und bereitwillig die »Schulhof-CD«⁷ entgegennahmen, aber »intelktualisieren« lassen wollte sich kaum jemand. Der ausgerufen »Kampf um die Schulen«, der darüber geführt werden sollte, dass KameradInnen in ihren Schulen Klassen- und SchulsprecherInnen werden sollten, schien etwas realistischer zu sein. Tatsächlich waren bereits einzelne Personen aus dem engeren Umkreis des Wohnprojektes als solche aktiv (gewesen), so in Kirchgöns (bei Butzbach) und im östlichen Wetteraukreis. Der nächste Programmpunkt hieß »Zusammenarbeit mit den Kameradschaften« und formulierte das Angebot an die noch nicht integrierten Kameradschaften in Hessen, das Bündnis mit der NPD einzugehen. Besonders am Herzen lag ihnen jedoch der »Kampf um die Dörfer«. In den Dörfern, so resümierten sie, sei die Resonanz aus der Bevölkerung viel besser. Insbesondere bei kleineren Aktionen sei es möglich, unbehelligt von AntifaschistInnen und Polizeiketten den direkten Kontakt zu den Menschen herzustellen. Daher legten sie sich auf die Strategie fest, ein- bis zweimal im Jahr einen Skandalaufmarsch in einer der größeren Städte zu inszenieren, um sich darüber in die Medien zu bringen und dem Nachwuchs das Gefühl von Action und Masse zu bieten. Im Vordergrund stand aber die kontinuierliche Durchführung kleinerer Aktivitäten, eine Flugblattaktion oder ein Informationsstand hier, eine Mahnwache da, ein Besuch im Jugendclub dort und ein offener Kneipenabend im Kameradschaftszentrum in Hoch-Weisel.⁸

Berauscht von der eigenen Dynamik wurden die nächsten Ideen geboren: Eine »Hessenfront« sollte den »Revolutionären Block« beerben, ein breites Aktionsbündnis aller radikalen und militanten Rechten im Bundesland. Um dies aufzubauen, begannen Wöll und Co. mit der Organisation von »Hessen-Kongressen«. Die jedoch waren letztlich nicht viel anders als NPD-Versammlungen mit externen TeilnehmerInnen und Kulturprogramm: Wöll beschwor die Gemeinsamkeiten, alle klatschten artig und hörten sich im »geselligen Teil des Abends« einen Liedermacher an. Danach ging man auseinander, ohne Verbindlichkeiten abgesteckt zu haben.

Die nächste Projektidee hieß »Nationalbefreite Zone«, und die sollte in der Langgasse in Hoch-Weisel entstehen. Weitere leer stehende Häuser sollten gekauft werden, KameradInnen aus nah und fern sollten dort einziehen. Mit mindestens

7 Die Gratis-CD »Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker«, eine Mischung aus Rechtsrock und extrem rechter Balladenmusik, wurde 2005 in einer geschätzten Auflage von 200 000 hergestellt und diente der NPD über Jahre als ein herausragendes Werbeinstrument. Sie wurde von Personen aus dem Kreis des »Nationalen Wohnobjektes« unter anderem in Musikkneipen der Region verteilt. Unterdessen gibt es eine Vielzahl von Folge-Versionen und Neuauflagen.

8 Margrit Frölich, Benno Hafenecker, Christa Kaletsch, Holger Oppenhäuser: Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen. Frankfurt a. M. 2007.

einem Besitzer eines leer stehenden Großgrundstücks trat man in Verhandlungen, und dieser zeigte sich durchaus verkaufswillig. Doch aufgrund knapper Kasse blieb die »Nationalbefreite Zone« Langgasse ein Luftschloss.

Aus Alt mach Neu – Das Projekt »Volksfront-Medien«

Irgendwann im Herbst des Jahres 2006 klopfte es am Haus in der Langgasse 16. Vor der Tür stand der damals 17-jährige Kevin Schnippkoweit, der sich als Mitstreiter vorstellte und schnell Anschluss fand. Damit war der Grundstein gelegt für ein Projekt, das der Neonazi-Szene in ganz Deutschland einen enormen Modernisierungsschub geben sollte. Christian Müller hatte zuvor das Video-Projekt »Volksfront-Medien« gegründet, und Schnippkoweit hatte sich im Do-it-yourself-Verfahren Video-Schnitttechniken beigebracht. Mit einem weiteren Kameraden aus Butzbach brachte man das Projekt in Schwung. Lehrmeisterin der Videoclips war Hitlers Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl, die berühmt-berüchtigte NSDAP-Propagandafilme wie »Triumph des Willens« geschaffen hatte. Über die Stichworte »Riefenstahl Technik« googelten die drei eine Fülle von Material und lernten die Tricks der Kameraführung und -perspektiven zur vorteilhaften Darstellung von Personen und Veranstaltungen. Knapp dreißig Quadratmeter Fläche im Nebengebäude der Langgasse 16 reichten als Studio. Alles kostete wenige Wochen Vorbereitung und 500 Euro für zwei Kameras von Mediamarkt. Volksfront-Medien lieferte die nächsten Monate teilweise im Wochentakt Videoclips und die selbstproduzierte, an der Tagesschau angelehnte, Nachrichtensendung »Kritische Nachrichten der Woche«. Einzelne Clips erreichten über das Internet-Videoportal »Youtube« über 500 000 Zugriffe. Das Erfolgsrezept war denkbar einfach: Die politischen Aussagen wurden in kurze, prägnante Sätze gepackt, radikale Sprüche sorgten für öffentlichen Wirbel. Die ProtagonistInnen zeigten Gesicht, wurden greifbar, waren authentisch. Die Videos waren mit flotter Musik unterlegt, die Schnitte kamen im schnellen Wechsel, Spezialeffekte wurden eingebaut. So machte »Volksfront-Medien« Nazi-Propaganda kompatibel für die Generation von MTV und VIVA. In Dortmund ließen Neonazis in zehntausendfacher Auflage Schnipsel drucken und verstreuten diese nachts auf Schulhöfen, mit nur einer Aussage: dem Weblink des neuesten »Volksfront-Medien«-Machwerkes. In Butzbach reichte Mund-zu-Mund-Propaganda, und an den Schulen wussten alle, dass es aus dem Studio in der Langgasse Neues gab. All die mühselige Arbeit des Herstellens und Verteilens von Flugblättern, die dann ja doch kaum jemand las, schien auf einmal überflüssig.

Vielorts vermeldeten die NPD-Ortsgruppen und die Kameradschaften Zulauf vor allem wegen »Volksfront-Medien«. Doch so viel Schulterklopfen die Macher in der Szene und an Schulen auch einheimsten – die Gruppe in Hoch-Weisel stagnierte. Den Schritt in die NPD und ins Kameradschaftszentrum wagte kaum einer der neuen SympathisantInnen – sie waren erlebnishungrig, wollten Spaß und Party, doch das gab es nicht im Angebot des Hauses.

Im Sommer 2007 trennten sich die Wege bei »Volksfront-Medien«. Schnippkoweit wollte noch »moderner« auftreten und eine noch jüngere Zielgruppe ansprechen. Müller hingegen stand längst unter dem Einfluss der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) und wollte den Backlash – weg mit modernen Themen und Stilelementen, zurück zur klassischen Propaganda und Darstellungsform. Schnippkoweit verließ mit einem Kameraden das Projekt, gründete mit Neonazis aus Thüringen »Media Pro Patria«, das ähnlich erfolgreich agierte wie »Volksfront-Medien«. Mit dem Weggang zweier führender Köpfe verlor »Volksfront-Medien«, zunächst noch weitergeführt von Christian Müller, seine Qualität und Bedeutung.

Das Ende der Ära Wöll ...

Der Niedergang von »Volksfront-Medien« läutete das Ende für das gesamte Projekt der »Nationalen Wohngemeinschaft« und für die Person Marcel Wöll ein. Im Jahr 2007 nahmen die Probleme zu. Am 14. März 2007 hatte Wöll einen folgenschweren Auftritt im Wetterauer Kreistag, in den er im Februar 2007 für einen ausgeschiedenen NPD-Vertreter nachgerückt war. In einer Haushaltsdebatte pöbelte er gegen die Bereitstellung von Fördermitteln für Schulfahrten nach Auschwitz und Buchenwald und bezeichnete die Konzentrationslager als »Stätten des sogenannten nationalsozialistischen Terrors«. Auf die Frage eines Journalisten des Hessischen Rundfunks, wie er das gemeint habe, antwortete Wöll: »Dazu werde ich mich nicht äußern, weil ich mich sonst natürlich strafbar machen würde.« Die Quittung erhielt er fünf Monate später vom Amtsgericht: vier Monate Haft ohne Bewährung wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocausts.⁹ In diesem Zusammenhang kamen unter anderem eine Vorstrafe wegen Körperverletzung und eine jüngste Verurteilung wegen Beamtenbeleidigung ans Licht. Wöll gab sein Kreistagsmandat zurück. Seine Biedermann-Fassade brach zusammen, nun war er ein Krimineller.

Andere Probleme waren hausgemacht. Auf dem von Wöll angemeldeten Aufmarsch am 7. Juli 2007 in Frankfurt eskalierte der Streit zwischen NPD und Gruppen der sogenannten Autonomen Nationalisten (AN). Nachdem sich diese den Anweisungen der NPD-Ordner widersetzen, kam es gar zu einem Handgemenge. Wöll forcierte daraufhin einen Abgrenzungsbeschluss der Bundespartei gegenüber den AN, doch er unterschätzte die Basis, die wütend protestierte und die NPD-Führung zwang, zurückzurudern. Die AN-AnhängerInnen im Umfeld des Kameradschaftszentrums zogen sich zurück, und mit ihnen verlor das Projekt Modernität und Integrationskraft. Der Kameradschaftsführer, der von der Straße kam, war zum (Partei-)Karrieristen geworden.

9 Das Urteil des Amtsgerichtes in Friedberg wurde in der Berufungsverhandlung im August 2008 vom Landgericht Gießen bestätigt.

Mit dem »Zwergen-Video« vom November 2007 schritt die Demontage des Marcel Wöll voran. Die hessische NPD wollte zum Wahlkampfauftakt Witz zeigen und produzierte einen Wahlkampfspot, in dem drei Zwerge nach mühsamer Buddelarbeit im Wald von einem bösen Steuereintreiber (Christian Müller) um ihre Erträge gebracht wurden. Die Rettung nahte in Person von Marcel Wöll, der hoch zu Pferde den Steuereintreiber verjagte und den Zwergen die ausgegrabenen Taler zurückgab. Insbesondere die Schlussequenz, in der Marcel Wöll im Chor mit den drei Zwergen die Parole »NPD – die Partei des kleinen Mannes« ausgab, löste bei einem Großteil der Szene ungläubiges Entsetzen aus. »Früher wären die Verantwortlichen für derart erbärmlichen Mist wegen Wehrkraftzersetzung an die Wand gestellt worden«, lautete einer der wenig schmeichelhaften Kommentare.¹⁰ Der Retter der hessischen NPD war nur noch der »Zwergenretter«.

Einen letzten Misserfolg erlitt Wöll im Januar 2008, als die NPD großspurig ankündigte, in über hundert Orten Hessens Wahlkampfkundgebungen durchzuführen. Mit einer Handvoll Kameraden und einem Kleinbus ging es los. Es wurde ein Desaster. Der antifaschistische Widerstand war vielerorts so massiv, dass die Neonazis hermetisch von der Polizei abgeschirmt werden mussten und unter sich blieben. Nur an wenigen Orten gelang es den NPD-Wahlkämpfern, örtliche KameradInnen einzubinden oder zur Verteilung des Propagandamaterials zu bewegen. Nach gerade einem Drittel der vorgesehenen Orte gab der NPD-Wanderzirkus auf. Nur ein Wahlerfolg hätte Wöll noch retten können, doch der blieb aus.¹¹ Marcel Wöll war ausgebrannt.

... und das Ende des Wohnprojektes

Aus dem »Kameradschaftszentrum« war ab dem Herbst 2007 die Luft raus. Zu den Kameradschaftsabenden, die einmal im Monat stattfanden, kamen keine neuen Leute, und die alten blieben nach und nach weg. Selbst die rechte Clique im Ort hatte sich verabschiedet. Sie waren schlichtweg gelangweilt vom ständigen politischen Input, von all den Reden und von den Disziplinvorschriften, die es ihnen verboten, wenigstens ab und zu über die Stränge zu schlagen.

Die Lebensperspektiven der BewohnerInnen gingen auseinander. Die schwangere Annika Ringmayer suchte mit ihrem Mitbewohner und Lebensgefährten Felix Vymazal die traute Zweisamkeit, und beide zogen in eine Wohnung drei Häuser weiter. Christian Müller orientierte sich zurück nach Frankfurt, um eine weiterführende Schule zu besuchen, und Marcel Wöll, mittlerweile dreifacher Familienvater, plagten Sorgen um die Zukunft: Seine Kinder würden nach den Grundschuljahren in Hoch-Weisel die »multikulturellen« Schulen in Butzbach besuchen müssen. Das wollte er seiner Familie nicht zumuten.

10 Vgl. http://de.altermedia.info/general/npd-werbespott-zur-hessischen-landtagswahl-261107_12040.html.

11 Bei den Landtagswahlen in Hessen 2008 erhielt die NPD, für die Wöll als Spitzenkandidat angetreten war, 0,9% der WählerInnenstimmen.

In der NPD hatte er nach den Landtagswahlen im Januar 2008, bei denen die NPD nicht einmal die für die Wahlkampfkostenrückerstattung notwendige Stimmenanzahl erreichte, seinen Rückhalt verloren. Im April gab er sein Amt als Landesvorsitzender auf. Er verkaufte das Haus und zog mit seiner Familie in den kleinen Ort Wetterzeube am südlichen Zipfel von Sachsen-Anhalt. Im Sommer 2008 war das »Nationale Wohnprojekt« zu Ende.

Behörden gegen Zivilgesellschaft

Ein besonderes Augenmerk in der Nachbetrachtung des »Nationalen Wohnprojektes« verdient das Verhalten der Behörden. Sowohl in Nidderau-Heldenbergen als auch in Hoch-Weisel behielten die Bürgermeister und die Polizei über Monate ihr Wissen darüber, wer sich im Ort eingenistet hatte, exklusiv für sich. Die Fragen bleiben: Wieso? Wer hatte dazu geraten? Hatte man in der Angst, »die Antifa« könne kommen und negative Schlagzeilen produzieren, tatsächlich in Kauf genommen, dass sich eine neonazistische Struktur festigen kann? Diese Frage kann rückblickend nur mit Ja beantwortet werden.

Nicht nur, dass sich diese Schweigepolitik längst als kontraproduktives Mittel im »Kampf gegen Rechts« erwiesen hatte – sie stellt darüber hinaus elementare Prinzipien der Bürgergesellschaft infrage. Linksradikalen Medien blieb es vorbehalten, auf den bedenklichen Verlust demokratischer Kultur hinzuweisen. Das autonome Blatt »Swing« aus Frankfurt stellte im August 2005 treffend fest: »Bürgermeister, die in ihrem Wissen und in ihren Analysen zum Thema Neonazis nicht einmal Mindeststandard erreichen, entscheiden in Gutsherrenart über den politischen Umgang mit diesen. Eine demokratische Partizipation der politischen Kräfte und der BürgerInnen an ihren Entscheidungen ist nicht erwünscht, wird von vorneherein ausgeschlossen.«¹²

Eine peinliche Figur machte Innenminister Volker Bouffier (CDU). Am 7. Juni hatten auf dem in Butzbach stattfindenden »Hessentag« sechs Neonazis mit den Worten »Scheiß-Antifa« Angehörige einer antifaschistischen Bildungsinitiative angegriffen und zum Teil verletzt. Zwei Tage später beschied Bouffier auf einer Veranstaltung im Rahmen des Hessentages mit Nachdruck, dass das Bundesland Hessen »kein Problem mit dem Rechtsextremismus« habe. Bouffier brüskierte die, die sich im wenige Kilometer entfernten Hoch-Weisel und in der gesamten Region dem anhaltenden Neonazi-Problem entgegenstellten und damit persönliche Risiken eingingen. Und er beschämte Angehörige der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen, die bei seinem Auftritt auf dem Hessentag zugegen waren und danach Wetterauer AntifaschistInnen ihre Solidarität bekundeten.

12 »Swing«, Nr. 134, August 2005.

Ein zwiespältiges Fazit

Für den Niedergang des »Nationalen Wohnprojektes« gibt es eine Reihe von Gründen. Die verschiedenen Spektren der extremen Rechten, die zusammentrafen, ließen sich nur in der Phase des Aufbruchs und der Euphorie verbinden. Hier die VerfechterInnen völkischer Reinheit, die englische Worte und Coca-Cola aus ihrem Haus verbannten, dort die Autonomen Nationalisten, die in der Popmoderne lebten und denen das »Völkische« als Synonym einer archaischen, unattraktiven Lebenswelt und zunehmend auch als Schimpfwort diente. Doch Moderne und kompromissloser Rückgriff auf den Nationalsozialismus funktionierten auf derart engem Raum nicht miteinander. Ein »Nationales Wohnprojekt« mit Familien und ein aktionsorientiertes »Kameradschaftszentrum« ließen sich nicht unter ein Dach bringen.

Marcel Wöll und Christian Müller gelang der Spagat immer weniger. Sie verloren Authentizität in den extrem rechten Cliquen und Kameradschaften und wurden zu Karikaturen. Ihr Gestus der Normalität war immer weniger aufgesetzt, sondern immer offensichtlicher Ausdruck bürgerlicher Sehnsüchte nach Familienidylle, Überschaubarkeit und individueller Lebensplanung.

Hoch-Weisel hat keine »nationalbefreite Zone« zugelassen, hat die Neonazis aber auch nicht hinausgedrängt. Je mehr die BürgerInnen empfanden, dass die Neonazis das über Jahrzehnte gewachsenen Gesamtgebilde »ihres« beschaulichen und geordneten Hoch-Weisels nicht infrage stellten, sondern sich darin einfügten, umso mehr Akzeptanz wurde ihnen entgegengebracht. Letzten Endes scheiterten die Neonazis an sich selbst – an sozialer Inkompetenz, an der Inkompatibilität ihrer Lebensentwürfe und am Unvermögen, Konzepte und Strukturen für die Zukunft zu entwickeln.

Wöll und seine Truppe haben in Hoch-Weisel wenig Spuren hinterlassen. Eine starke NPD oder eine blühende extrem rechte Jugendkultur findet man dort nicht. Mag es eine trügerische Ruhe sein: Einzelne Neonazis, die der Sog des »Nationalen Wohnprojektes« nach Hoch-Weisel gespült hatte, haben dort familiären Rückzugsraum gefunden, auch der SympathisantInnenkreis ist nicht verschwunden, er ist nur leiser geworden.

Aus dem »Arbeitskreis demokratisches Hoch-Weisel« ist ein »Butzbacher Bündnis für Demokratie und Toleranz« gewachsen, das kontinuierlich und selbstbewusst Bildung und Aktionen zu den Themen Nationalsozialismus und Neonazis organisiert. Musste die Zivilgesellschaft anfangs mühsam um ihre Legitimation kämpfen, so genießt sie heute politisches und gesellschaftliches Ansehen. Dass viele Menschen sensibler und dem Thema aufgeschlossener geworden seien, so resümiert eine Vertreterin des Bündnisses, sei letztlich darauf zurückzuführen, dass die Neonazis »das Dorf in Bewegung gebracht« hätten.

Zwischen Aufbruch und Tristesse

Der Niedergang des »Nationalen Wohnprojektes« in Hoch-Weisel im Jahre 2008 mag ein Grund sein zum Durchatmen, keinesfalls aber zum Aufatmen. Die NPD, vor allem im Wetteraukreis, funktioniert weiterhin und in mancher Hinsicht besser als zuvor. Doch ihr Problem bleibt bestehen: So viel alltagskulturelle Akzeptanz sie sich auch schaffen kann, so viele ihren Parolen auch zustimmen mögen – für Parteiarbeit und politische Aktionen lassen sich nur wenige gewinnen. Der Schritt von SympathisantIn zu AktivistIn ist – anders als bei den Kameradschaften – einfach zu groß.

Die Ostwetterau als organisatorisches Zentrum

Während Hoch-Weisel im Fokus antifaschistischer Beobachtung und Kampagnen stand, hat sich im östlichen Wetteraukreis recht ungestört eine NPD-Struktur herausgebildet, die zum Impulsgeber und stabilisierenden Faktor der Partei im Rhein-Main-Gebiet gewachsen ist. Der dort aktive Kreis um Daniel Lachmann (Kreisvorsitzender der NPD), Stefan Jagsch, Jan Poppel und Josephine Fröhlich lässt eine Aktion der anderen folgen: Flugblattverteilungen und Infostände, Zeltlager und Rednerveranstaltungen, Gründung neuer Ortsgruppen und Stützpunkte, Kampagnen und Aufmärsche gegen den Bau von Moscheen, Störungen der Ostermärsche in Bruchköbel (bei Hanau) 2008 und 2009, Wahlkampfhilfe für die NPD im bayerischen Aschaffenburg und Aufbauhilfe für die NPD im benachbarten Vogelsbergkreis.

In drei Kommunalparlamenten und einem Ortsbeirat im östlichen Wetteraukreis sitzen VertreterInnen der NPD. Selbstbewusst setzt man bei NPD-kritischen Veranstaltungen die »Wortergreifungsstrategie« um, wie selbstverständlich besetzt man öffentlichen Raum oder eine Diskothek in Ortenberg. Die Verankerung von NPD-AktivistInnen und -AnhängerInnen in Vereinen und jugendkulturellen Szenen ist vielschichtig: von Dark-Wave und Gothic-Szene, Schützenverein, Türsteher-Milieu, Dartsportverein bis hin zu Paintball- und Softair-Truppen, die auf Treffen uniformiert und mit ausgerangierten, fahrtüchtigen Haubitzen posieren. Daneben existiert noch die Rechtsrock-Band »Rachezug« mit einem NPD-Exponenten als Bandmitglied.

Doch was es im östlichen Wetteraukreis derzeit nicht gibt: keinen größenwahnsinnigen Anführer, kein bundesweit bedeutendes Videoprojekt, keine Quasi-Holocaust-Leugnung im Kommunalparlament, kein »Nationales Wohnprojekt« und somit auch keine »spektakulären« Aufhänger, die ein öffentliches Interesse erzeugen könnten.

Aufbruch auf dem Land ...

Mit dem Ende des Booms der Kameradschaften ab 2005 ist die NPD im Rhein-Main-Gebiet auch jenseits ihrer Hochburgen besser aufgestellt und zum Gravitationsfeld der neonazistischen Szenen geworden. Verstärkt durch das von den Kameradschaften zur Partei gewanderte Personal reaktivierten sich Kreisverbände der NPD, so zum Beispiel im Raum Darmstadt-Odenwald, im Hochtaunuskreis und in der südhessischen Bergstraße. Hier und da entstehen neue Ortsverbände und Stützpunkte. Die NPD-Jugend »Junge Nationaldemokraten« (JN), im Rhein-Main-Gebiet bislang ein Partei-Anhängsel ohne organisatorisches Eigenleben, gründete sich im April 2009 neu und entwickelt urplötzlich Aktivitäten in der Durchführung von Zeltlagern, die die im März 2009 verbotene »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ) bis ins Detail kopieren. In ihren Hochburgen ist der Gewöhnungseffekt an die NPD längst eingetreten. Beispiel: Ein von der NPD organisierter »Hessenkongress« am 10. Januar 2009 mit Rednern und einer Rechtsrock-Band konnte ohne jeglichen Protest stattfinden, obgleich der Ort, die Gaststätte »Zur Linde« in Wölfersheim-Wohnbach (Wetteraukreis), von antifaschistischen Gruppen und der Tagespresse zuvor bekannt gemacht wurde. Die Gaststätte »Zur Linde« stand der NPD schon mehrfach für Veranstaltungen zur Verfügung, für den Pächter ist das kein Problem, schließlich sei die NPD »eine legale Partei«.

Dies alles spielt sich weitgehend im »Hinterland« ab. Der Aufbau von NPD-Strukturen in den größeren Städten indes kommt nicht so recht voran. Um sich selbst Mut zu machen und um politische GegnerInnen zu beeindrucken, greift man dort zum beliebten Mittel des Fassadenschwindels.

... und Tristesse in den Großstädten

Eine »mitreißende« Rede des Parteivorsitzenden Udo Voigt vor den 50 Anwesenden einer Veranstaltung der NPD in Frankfurt vermeldet per Internet Jörg Krebs, einziger Vertreter der NPD im Frankfurter Stadtparlament und im April 2008 als Verlegenheitskandidat zum Landesvorsitzenden der NPD in Hessen aufgestiegen. Tatsächlich hatten sich am 13. Juli 2008 in einem Vereinsheim im Frankfurter Gallusviertel knapp zwei Dutzend Personen zusammengefunden, und Jörg Krebs war auch noch zu spät gekommen.

Die Realität der Frankfurter NPD sieht wenig mitreißend aus. Jörg Krebs ist der Frontmann, intern jedoch mehr eine Reiz- denn eine Integrationsfigur, und er führt mit seinen Auftritten im Stadtparlament der Öffentlichkeit stets aufs Neue vor, wie limitiert die Fähigkeiten hiesiger NPD-Funktionäre sind. Streitigkeiten um Eigenmächtigkeiten und »sexuelle Verfehlungen« des Führungspersonals, die auf unterstem Niveau ausgetragen werden, haben den Kreisverband in Grüppchen gespalten, AktivistInnen abgeschreckt oder ins Umland getrieben. Wer in Frank-

furt extrem rechts ist, der kann sich mittlerweile in manchen Stadtteilen und im Nachtleben recht offen bewegen, sich einer Fußballfan- oder Hooligangruppe anschließen und so manches mehr. Nur die NPD ist für die Wenigsten eine Option.

Damit soll nun Schluss sein. Seit dem Frühjahr 2009 wird mit frischem Personal ein Neuanfang versucht. Zentrale Figuren sind hierbei der stellvertretende JN-Landesvorsitzende Eike Grunewald aus Bergen-Enkheim und der neue Kreisvorsitzende Christian Detring aus der Römerstadt. Letzterer bringt den Stoff für neue Debatten mit den germanophilen und völkisch-heidnischen AnhängerInnen seiner Partei selbst mit: Christian Detring ist Betreiber der Internet-Partnerbörse »Herzengel«, »die Adresse für Singles mit christlichem Niveau«.

Durchwachsene Perspektiven

Der 1. August 2009 war ein Desaster für die NPD in Hessen und dürfte trotz aller Durchhalteparolen und Schönrederei stark an ihrem Selbstbewusstsein gekratzt haben. Unter dem Motto »Deutsche wehrt euch – gegen Islamisierung und Überfremdung« wollten 150 Neonazis in den Wetterauer Städten Friedberg und Nidda marschieren. Doch an die 2000 Menschen in Friedberg und 800 in Nidda verhinderten dies durch Blockaden der Route, und die Neonazis mussten unverrichteter Dinge abziehen. Die TeilnehmerInnenzahl von 150, von denen etliche aus anderen Bundesländern angereist waren, zeigt das zentrale Problem der NPD selbst in ihren Hochburgen auf. Ihnen gelingt es zwar, sich alltagskulturelle Akzeptanz zu schaffen und mit ihren Parolen Zustimmung gerade unter Jugendlichen zu finden, doch für Aufmärsche oder Parteiarbeit können sie diese kaum bewegen. Abgesehen von einem Aufmarsch im Oktober 2008, bei dem die NPD unter dem Motto »Todesstrafe für Kinderschänder« mit 320 TeilnehmerInnen durch Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) marschieren konnte, liegt das Mobilisierungspotenzial im Rhein-Main-Gebiet und Mittelhessen bei kaum mehr als 100 Personen. Zu stark ist das öffentliche Interesse an NPD-Auftritten, zu sehr geraten deren Akteure ins Blickfeld. Das Herumstehen auf Bahnhofsvorplätzen und das Schwenken der NPD-Fahne ist etwas für die Schmerzfreien, die die Begabung entwickelt haben, jeden zum Mummenschanz degradierten Aufmarsch zum »Erfolg« zu erklären. Noch ist ein öffentliches Auftreten für die NPD weitgehend tabuisiert – ein starkes Argument dafür, ihr selbstbewusst entgegenzutreten, öffentlichen Druck zu erzeugen bzw. aufrechtzuerhalten.

Fakt ist auch: Der Erlebnisfaktor dieser kleineren Aufmärsche, auf denen weder Masse noch Stärke vermittelt wird, ist weit entfernt von den tatsächlichen Bedürfnissen und Lebensrealitäten – den bürgerlichen AnhängerInnen sind sie zu aktionistisch, den Jungen zu wenig actiongeladen und spaßorientiert. Am 11. Juli, drei Wochen vor Friedberg und Nidda, fand im thüringischen Gera das »Rock für Deutschland«-Festival mit 4000 TeilnehmerInnen statt, organisiert hatte dies

ebenfalls die NPD. Nicht der dröge Parteichef Udo Voigt oder der farblose Hessen-Vorsitzende Jörg Krebs sprach, sondern es spielten Top-Acts des Neonazi-Rock. Neonazis aus Westhessen fuhren mit dem Reisebus dorthin, eine rechte Clique aus dem Raum Gießen kündigte per Internet-Community freudig ihre Teilnahme an. In Friedberg und Nidda, gerade einmal dreißig Kilometer von Gießen entfernt, erschien von diesen so gut wie niemand – nicht einmal die, die immerhin Mitglied der NPD sind.

Trotzdem keine Entwarnung

Entwarnung kann dennoch nicht gegeben werden. Die Bedeutung der NPD ausschließlich an ihrer Mobilisierungsfähigkeit zu Aufmärschen und an Wahlergebnissen festzumachen, ignoriert die sozialräumliche Verbundenheit ihrer AktivistInnen in manchen Orten. Dort platzieren sie ihre Symbole und Parolen weithin ungestört in der Öffentlichkeit. Dort sind sie ein Politisierungs- und Sozialisierungsfaktor für junge Menschen, tragen zu den Prozessen der Meinungsbildung bei. Über ihre Verankerung in Vereinen, Cliques, Schulen und kulturellen Szenen gelingt es ihnen, das Engagement in einer neonazistischen Partei und somit den Neonazismus als Ganzes als gesellschaftliche Normalität zu etablieren.

Das Schattendasein der NPD in den größeren Städten ist dem Umstand geschuldet, dass sie aufgrund antifaschistischen Widerstandes dort kaum Bewegungsräume findet und sich ihr »Angebot« auf konspirativ organisierte kleine Versammlungen in Hinterzimmern reduziert. Interne Querelen und unfähiges Personal tragen ein Übriges dazu bei, dass keine Aufbruchstimmung und keine Dynamik entstehen mögen. Doch Garant für die gesellschaftliche Tabuisierung und die mangelnde Integrationskraft der NPD sind der anhaltende öffentliche Druck und das persönliche Risiko, das dort mit dem Engagement in einer neonazistischen Partei verbunden ist.

Friedemann Bringt/Michael Nattke

Mustergau Sachsen

*»Moderne Nazis« im Freistaat
und die besondere Problematik des ländlichen Raums*

Sächsische Spezialitäten

Sachsen ist bei der Verankerung menschenfeindlicher und neonazistischer Subkultur und Organisationsformen das Modellprojekt der »modernen Nazis«¹ in der BRD. An beinahe allen Themenfronten steht Sachsen auf einem Spitzenplatz: Egal ob von Opfern rechter und rassistischer Gewalt, neonazistischen Kameradschaften, Rechtsrock-Konzerten, neonazistischen Fanzines und Vertriebsstrukturen, Stützpunkten der Jungen Nationaldemokraten, Kommunalabgeordneten der NPD oder insgesamt organisierten Rechtsextremen absolut oder pro Kopf der Gesamtbevölkerung die Rede ist, Sachsen belegt den traurigen Spitzenplatz oder ist zumindest bei der »Siegerehrung« auf dem Treppchen der »besten Drei« bundesweit. Aus diesem Grund ist es sinnvoll herauszuarbeiten, wie dieser Erfolg der »modernen Nazis« und damit auch der NPD möglich wurde. Eine solche Analyse stellt die in Sachsen wirkenden Akteure der Arbeit für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit und Neonazismus vor eine Reihe von Fragen und praktischen Aufgaben: Was sind die Ursachen für den Erfolg der »modernen Nazis«? Was bedeutet die nachhaltige Verankerung menschenfeindlicher und neonazistischer Akteure in Sachsen auf kommunaler und jugendkultureller Ebene für die lokale und überregionale Projektarbeit auf demokratischer Basis? Hat die beinahe zehnjährige Arbeit von Initiativen für Demokratie und gegen »moderne Nazis«, wie sie seit den Bundesprogrammen Civitas, Entimon und Xenos ermöglicht und aufgebaut wurde, versagt oder gibt es Teilerfolge? Was bedarf es zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation?

Organisierter Rechtsextremismus in Sachsen

Am augenfälligsten treten die »modernen Nazis« in Sachsen mit den wiederholten Wahlerfolgen der NPD in Erscheinung. Nach den diversen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen im »Superwahljahr 2009« sitzen für die NPD 73 Kom-

1 Den Begriff »Rechtsextremismus«, insofern er sich auf die Extremismustheorie bezieht, lehnen wir explizit ab. Die Stilisierung einer fiktiven politischen Mitte, die von ihren äußeren Rändern her bedroht wird, birgt verschiedene Gefahren in sich. Die VertreterInnen dieser normativen Demokratietheorie können zu einem Absolutheitsanspruch neigen, der zur Immunisierung gegen jedwede Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und zur Diskreditierung politischer Alternativmodelle beiträgt (vgl. hierzu auch unsere Ausführungen im Textkasten Extremismustheorie). In Anlehnung an Toralf Staud: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Frankfurt 2005, soll deshalb nachfolgend von »modernen Nazis« die Rede sein.

munalabgeordnete in sächsischen Dörfern, Städten und 45 MandatsträgerInnen in sächsischen Kreistagen.² Der sächsischen NPD gelang mit 5,6 Prozent und absolut etwa 98 000 Stimmen – erstmals in der Geschichte der Partei überhaupt – ihr Wiedereinzug in ein Landesparlament. Trotz Halbierung der absoluten Stimmenzahl ist dies ein deutliches Signal gegen den bundesdeutschen Trend für die NPD. Analysen konnten zeigen, dass sich die Wahlerfolge der NPD aus einer starken Struktur von Hochburgen und Diaspora-Gebieten speisen, die sich über mehr als zehn Jahre vor allem im ländlichen Raum entwickelt haben. Verstärkend wirken sich vor allem ein ausgeprägter »Working Class Authoritarianism« und formal niedrigere Bildungsabschlüsse aus.³ Unter den sächsischen Männern zwischen 18 und 35 Jahren erhält die NPD deutlich mehr als zehn Prozent der Stimmen.⁴

Bestand die NPD-Fraktion des Jahres 2004 noch aus einer Schar zusammengewürfelter Einzelakteure, die – von einem harten Kern vor allem westdeutscher NPD-Kader abgesehen – wenig inhaltliche Übereinstimmungen aufwiesen, ist die neue NPD-Fraktion des Jahres 2009 ideologisch deutlich homogener einzustufen und kann auf ein erheblich größeres Reservoir von Kommunalabgeordneten und ParteimitarbeiterInnen in ganz Sachsen aufbauen als in den Jahren zuvor.

Der erste, oberflächliche Blick auf das NPD-Wahlergebnis mag also zu dem Schluss führen, die NPD befinde sich auf dem absteigenden Ast. Aus Sicht des Kulturbüros Sachsen e.V. und anderer ExpertInnen für die sächsische Szene ist das Gegenteil der Fall: Nicht nur die NPD selbst ist besser verankert als jemals zuvor. In Sachsen sprießen neben der NPD noch eine Reihe nicht weniger gefährlicher, rechtspopulistischer Wählervereinigungen aus der offensichtlich fruchtbaren Erde und können zum Teil überraschend gut abschneiden. Ein Beispiel dafür ist das Wahlbündnis »Arbeit, Familie, Vaterland« (AFV) des ehemaligen CDU-Bundstagsabgeordneten Henry Nitzsche aus der Region Hoyerswerda. Es zog mit vier Abgeordneten in den Kreistag von Bautzen ein, obwohl es dort bereits eine NPD-Fraktion gab. Solche Wahlbündnisse werden trotz menschenfeindlicher und rassistischer Statements in der Öffentlichkeit oder Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht unter »Rechtsextremismus« aufgeführt und gezählt. Demzufolge ist es kein Wunder, dass die Zahlen rückläufig zu sein scheinen.

Die Subkultur »moderner Nazis« – »Freie Kräfte« und »Nationale Kameradschaften« in Sachsen

Ein erhebliches und gewaltbereites rechtsextremes Personenpotenzial weist die sächsische Szene neonazistischer Kameradschaften auf. Überregional treten immer mehr dieser Kameradschaften unter dem Label »Freie Kräfte« oder auch

2 Vgl. hierzu Analysen des Redaktionskollektivs »Nazis im Parlament« unter: www.nip.systemli.org/Article408.html; [www.nip.systemli.org/\(Kreistagswahl08\)](http://www.nip.systemli.org/(Kreistagswahl08)) und www.nip.systemli.org/Article536.html (Kommunalwahl 09); aufgefunden am 16. 10. 09.

3 Tim Spier, 2007, S. 102.

4 http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09; aufgefunden am 12. 10. 09.

»Autonome Nationalisten«⁵ an. Lokal gibt es aber noch immer Identifikationsstrukturen zur Nachwuchsgewinnung rechtsaffiner Jugendlicher unter alten »Markenbezeichnungen«, wie »Schildauer Jungs« im Landkreis Leipzig, »Weißbacher Jungs« im Erzgebirge, »Nationaler Jugendblock Zittau e.V.« (NJB)⁶ und »Boot Boys« in Görlitz. Ihre zunehmende Verankerung und ihr personeller Zuwachs, insbesondere im ländlichen Raum Sachsens, ist eine der Voraussetzungen für die kommunalpolitische Verankerung von Parteien und Wahlplattformen der »modernen Nazis« in Sachsen.⁷ Dabei finden wir ein regional überproportionales Auftreten vor allem in Ostsachsen (hier bilden die Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Bautzen und Görlitz rechtsextreme Hochburgen) und in Westsachsen (Orte wie Mittweida, Leisnig und Borna stehen hierfür symptomatisch). Regionen mit einer besonderen Dichte solcher extrem aktionsfähiger und gewalttätiger Netzwerke der »modernen Nazis« sind auch Regionen, in denen es überproportional viele Opfer rechter und rassistischer Gewalt gibt. Der Landkreis Görlitz weist aktuell die höchste Zahl von Übergriffen je 100 000 EinwohnerInnen (2008: 17,1 Übergriffe je 100 000 Einw.) auf. Auch im Landkreis Mittelsachsen (2008: 13,4 Übergriffe je 100 000 Einw.) und in den Großstädten Dresden (2008: 12,8 je 100 000 Einw.) und Leipzig (2008: 12,5 je 100 000 Einw.) ist die Zahl überproportional hoch.⁸ Der Schwerpunkt der Aktivitäten rechtsextremer Kameradschaften hat sich somit in den letzten Jahren aus der noch immer für solche Aktivitäten berechtigten Sächsischen Schweiz auch in andere sächsische Regionen und besonders in die Großstädte ausgeweitet.

Die »Freien Kräfte Sachsen« sind eine lose, aber informell und über die neuen Medien stark vernetzte Plattform. Diese Entwicklungen bestätigen die Einschätzung des Kulturbüros Sachsen, dass sich einerseits der Trend im militanten, am Nationalsozialismus orientierten Spektrum hin zu autonomen, kaum kontrollierbaren Organisationen entwickelt und andererseits der Politisierungsgrad subkultureller Gruppierungen und Kameradschaften – weg vom dumpfen Skinhead-Image hin zur autonomen Kameradschaft mit NS-Ideologie – in den vergangenen Jahren in Sachsen erheblich zugenommen hat.

Interessant ist, dass es im subkulturellen Bereich zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Sachsen erhebliche Unterschiede in der Bewertung und Erfassung rechtsextremer Organisationen gibt. So weist der sächsische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2008 lediglich 22 rechtsextreme Kame-

5 Kameradschaften mit der Eigenbezeichnung »Freie Kräfte« gibt es vor allem im Raum Mittelsachsen/Leipzig, u. a. in Delitzsch, Muldentalkreis/Wurzen, Leipzig, Borna, aber auch im Raum Dresden/Osterzgebirge.

6 Der NJB feierte im Jahr 2009 sein zehnjähriges Bestehen.

7 Neben den bereits erwähnten Parteien und Wahlbündnissen der »modernen Nazis«, wie NPD und AFV trat in Dresden ein kommunales Bündnis aus »Freien Kräften«, NPD und REPs unter dem Namen »Nationales Bündnis« zur Wahl an, in Chemnitz ein Bündnis aus REPs, »Freien Kräften« und NPD unter dem Namen »Pro Chemnitz«. In einigen Städten traten die REPs oder die Sächsische Volkspartei (SVP) eigenständig zu Kommunalwahlen an.

8 RAA Sachsen. 2009. Rechtsextrem und rassistisch motivierte Angriffe in Sachsen 2008. Eine Statistik der sächsischen Opferberatungsstellen, S. 5.

radschaften (KS) aus, während die Statistik der Mobilien Beratungsteams auf 35 KS kommt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Kulturbüro seiner Statistik eine qualitative Auswertung rechtsextremer Aktivitäten in sächsischen Regionen zugrunde legt. Weisen etwa rechtsextreme Gruppierungen ein eigenes Selbstverständnis auf (Selbstbezeichnung, Aktivitäten unter einem Label), führen sie politische Aktionen durch (Demonstrationen, Infoabende, Gewalt- oder Propagandadelikte), betreiben sie Öffentlichkeitsarbeit (Website oder Flugblattkampagnen, Zeitungen, E-Mail-Anschrift öffentlich erreichbar) und verfügen sie über Struktur und Rahmung einer Organisation (Zielvorgabe, Arbeitsteilung, Hierarchie, regelmäßige Treffen), dann werden sie von den Mobilien Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen als aktive Kameradschaft gewertet. So kommt es, dass die vom sächsischen Innenministerium verbotene Kameradschaft »Sturm 34« in Mittweida wegen des Verbots nicht mehr im Verfassungsschutzbericht auftaucht, während sie aufgrund ihrer ungebrochenen Aktivitäten vom Kulturbüro Sachsen e. V. nach wie vor als Kameradschaft erfasst wird.

Lokale Verankerung: Strategie »moderner Nazis«

Der sächsische Rechtsextremismus speist sich aus beiden bisher dargestellten Quellen: erstens rechtsextremer Subkultur mit Kameradschaften und zweitens Parteistrukturen der NPD. Beide Flügel sind eng miteinander vernetzt und befördern sich gegenseitig. So investiert die NPD über ihre Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) erhebliche finanzielle und personelle Mittel in die Betreuung rechtsextremer Jugendkulturen. Kameradschaften und »Freie Kräfte« wiederum unterstützen die NPD bei Wahlkämpfen und Veranstaltungen. In vielen ländlichen Regionen Sachsens fand – zumindest bei den Kommunalwahlen – beinahe ausschließlich ein NPD-Wahlkampf statt. Während die demokratischen Parteien mit Plakaten und Infotischen in der Fläche nicht oder nur wenig auftraten, war die NPD präsent. Etwa 80 000 Wahlplakate will die sächsische NPD nach eigenen Angaben in ihrem Kommunal- und Landtagswahlkampf aufgehängt haben – mehr als die CDU. Ohne die aktive Mithilfe rechtsextremer Akteure aus dem subkulturellen Umfeld von Kameradschaften und freien Kräften wäre dieser flächendeckende Kommunalwahlkampf der NPD nicht möglich gewesen. Darüber hinaus stellte die NPD in allen Regionen aussichtsreiche Listenplätze für Akteure aus der Kameradschaftsszene zur Verfügung. Im Landkreis Nordsachsen trat sie sogar mit einer offenen Liste an, auf der eine Reihe namhafter Kameradschaftsaktivisten zur Wahl stand. Ergebnis dieser flächendeckenden Kooperation zwischen Subkultur und NPD und ihres engagierten Wahlkampfes in den ländlichen Regionen Sachsens sind 118 Kommunal- und Kreistagsmandate, FraktionsmitarbeiterInnen und Kreisverbandsstrukturen. Durch das gezielte Ausnutzen von Spielräumen in der Anwendung von parlamentarischen Verfahren (Geschäftsordnungen) konnte jedoch verhindert werden, dass die NPD in mehr als drei Kreis-

tagen Fraktionsstatus erhielt. Darüber hinaus gelang der NPD ihr Wiedereinzug in den sächsischen Landtag und ein vergleichsweise gutes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009.

Mit derzeit 13 Kreisverbänden, neun JN-Stützpunkten, acht Regionalbüros von NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag und dem »Deutsche Stimme«-Verlags- und Versandhaus in Riesa verfügt die sächsische NPD über eine flächenmäßig verankerte und handlungsfähige Infrastruktur, die zum überwiegenden Teil aus Steuermitteln finanziert wird.⁹ Schließlich hat die NPD durch die Förderung des parteinahen »Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität«, das nach dem Wiedereinzug der NPD in den sächsischen Landtag jetzt auf rund 100 000 Euro aus sächsischen Steuermitteln rechnen kann¹⁰, noch zusätzliche Mittel zur Verfügung. Schulungen ihrer Abgeordneten in den Kreistagen, z.B. über die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD, scheinen finanziell gesichert zu sein. Da sich viele NPD-Abgeordnete derzeit nicht durch spürbare Sach- und Fachkompetenz oder politische Gewandtheit auszeichnen¹¹, sind hier wohl einige Anstrengungen dieser Art nötig. Dies lässt für die kommenden Jahre eine Verbesserung der individuellen Fähigkeiten des NPD-Personals befürchten.

Kritische Anmerkungen zu quantitativen Zahlenerhebungen

Die Gesamtzahl der Anhänger rechtsextremistischer Parteien und Organisationen im Freistaat Sachsen beziffert der Verfassungsschutz im Jahr 2008 auf zirka 2 800 Personen und damit rückläufig. Vergleicht man diese Zahlen mit denen anderer Bundesländer, nimmt der Freistaat unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl mit 75 Rechtsextremisten pro 100 000 Einwohner bei einem Bundesdurchschnitt von 47 noch immer eine der drei Spitzenpositionen beim Mitglieder- und Anhängerpotenzial »moderner Nazis« ein. Allerdings fällt auf, dass bei solchen Zählweisen des Verfassungsschutzes nur auf einen harten Kern einer ordnungsstaatlich als extrem rechts eingestuftem Szene abgestellt wird, die eigentlichen Potenziale und Gefährdungslagen für das Alltagsleben dabei aber aus dem Blick geraten. So ordnen sich etwa 17 Prozent der sächsischen Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren in einer Befragung des Leipziger Marktforschungsinstituts rechts von der politischen

9 Rund 13 Millionen Euro stehen der NPD in Sachsen, ihren Abgeordneten und der Fraktion im sächsischen Landtag aus Steuermitteln in den kommenden fünf Jahren zu. Erstmals in der Geschichte der BRD kann damit eine extrem rechte Partei ihre verfassungsfeindliche Arbeit auf der Grundlage einer flächendeckenden Präsenz in den Kommunen und Kreisen und einer soliden staatlichen Finanzierung fortführen, errechneten das sächsische Bündnis 90/Die Grünen. Die Wahlerfolge der NPD bei den Kreistags-, Kommunal- und Landtagswahlen machten die Partei zu einer gut vernetzten Partei, die sich in Sachsen kulturell und wirtschaftlich festgesetzt hat und durch die Wiederwahl in den sächsischen Landtag finanziell auf Jahre gesichert ist. (Quelle: <http://npd-blog.info/2009/09/14/sachsen-npd-bekommt-13-millionen-euro-steuergeld/>, aufgefunden am 12. 10. 2009).

10 Vgl. »Sächsische Zeitung«, v. 2. 9. 2009 <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2250612> (aufgefunden am 10. 10. 2009).

11 Vgl. hierzu Petra Schickert: Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten, in: Moltenhagen/Korgel: Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. 2008, S. 225.

Mitte ein.¹² Verschiedene Studien kommen zu einem Anteil rechtsextrem eingestellter Menschen in Sachsen, der deutlich über zehn Prozent liegt.¹³

Insbesondere fremdenfeindliche Einstellungen, die auch zu Gewalt gegen MigrantInnen führen können, sind in weiten Bevölkerungsschichten Sachsens sehr stark verbreitet.¹⁴ Würde man das breite Reservoir von SympathisantInnen »moderner Nazis« in Sachsen nicht zur Kenntnis nehmen und nur die Zahlen des Verfassungsschutzes als Grundlage zu Rate ziehen, ergäbe sich eine ganze Reihe von Fragen: Wie können so wenige und weniger werdende Akteure solche Wahlkämpfe für die NPD führen, die in manchen Landkreisen als einzige Partei spürbaren Kommunalwahlkampf machte? Wie ist es möglich, dass es in manchen sächsischen Regionen Alltagssituationen gibt, die sich ohne Umstände als »Angsträume« bzw. »No Go Areas« bezeichnen lassen? In solchen Angsträumen liegt die Ordnungsgewalt bei extrem gewaltbereiten neonazistischen Gangs, während Kommunalverwaltung und Polizei zum Teil nicht mehr in der Lage oder nicht Willens sind, die demokratischen Grundrechte für alle BürgerInnen zu gewährleisten. Ist es hinnehmbar, dass Menschen, die sich in einem menschenfeindlichen und rassistischen Mainstream nicht assimilieren wollen, einem gesellschaftlichen Mobbing ausgesetzt sind, das Psyche und Gesundheit nachhaltig angreift? Was bedeutet es, wenn Angehörige oder Akteure der »modernen Nazis« sich als anerkannter Teil von Gemeinwesen fühlen und aufführen können, sei es als geachtetes mittelständisches Unternehmen¹⁵, Ordnergruppe bei Faschingsveranstaltungen¹⁶, aktiver Fußballer¹⁷, Mitglied (Leiter der »AG Klettern in der NPD«) im sächsischen Bergsteigerbund¹⁸, Vorsitzender eines Heimatvereins, Erzieherin im kommunalen Kindergarten, Vorstandsmitglied eines evangelischen Schulfördervereins¹⁹, aktives Mitglied einer Kirchgemeinde, etc.

12 Sächsisches Staatsministerium für Soziales, 2008, S. 137.

13 Vgl. u. a.: Stöss, 2005, S. 66 ff.

14 Vgl. u. a.: Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer, 2007, S. 106 ff.; Natke. 2008. S. 106 ff.

15 So war der stellv. Fraktionsvorsitzende des sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Uwe Leichsenring, bis zu seinem Unfalltod 2007 Inhaber einer florierenden Fahrschule, ist der NPD- Gemeinde- und -Kreisrat Michael Jacobi lokal hochanerkannter Klempnermeister.

16 Die Kameradschaft Oberlausitz e.V. wurde über Jahre hinweg vom Faschingsverein Seifhennersdorf als Ordnungsgruppe eingesetzt und konnte in eigener Regie Events für die gesamte Gemeinde, wie Oster- oder Walpurgisfeuer organisieren.

17 So wurde der Stammtorhüter der ersten Fußballmannschaft des ATSV Frischauf Wurzen, Matthias Möbius, im Juni 2009 mit 188 Stimmen für die NPD in den Wurzener Stadtrat gewählt. Ein Ausschluss von Möbius aus dem Verein komme nicht infrage, da die NPD nicht verboten sei und der Verein eine rechtliche Auseinandersetzung mit der NPD fürchte. Das Dilemma des Vereins führt Präsident Neustadt auf eigene Unwissenheit zurück. Er habe bis zum Wahlabend nicht gewusst, dass Möbius für die NPD kandidiert, obwohl bekannt gewesen sei, dass er mit der NPD sympathisiere. Auch sei Neustadt nicht bekannt gewesen, dass Möbius vor vier Jahren schon einmal ein Stadtratsmandat auf der Liste der NPD erreicht hatte.; vgl. [18 Steffen Konkol leitet die AG Klettern in der NPD, ist NPD-Gemeinderat in Rathmannsdorf und warb im Kommunalwahlkampf mit Kletterseil über der Schulter und den Worten »Einen von uns wählen«.](http://www.chronikle.org:3015/ereignis/torhueter-wurzner-fussballvereins-atsv-frischauf-zieht-npd-stadtrat; aufgefunden am 19. 10. 2009.</p></div><div data-bbox=)

19 So ist der Gründer des rechtspopulistischen Wahlbündnisses »Arbeit, Familie, Vaterland« und Direktkan-

Wenn sich der Trend innerhalb der modernen Nazi-Szene von der Organisation in Partei- und Vorfeldstrukturen weg und hin zu einer stärkeren Einbringung in parteiunabhängige Netzwerke und Strukturen entwickelt, die im Übrigen kaum noch zu observieren, geschweige denn ernsthaft zu zählen sind, müssen andere Phänomene als die üblichen, nämlich Wahlergebnisse, Mitgliederzahlen, Gewaltdelikte, in den Mittelpunkt der Betrachtung genommen werden.

Rechtsextreme Vertriebsstrukturen und Rechtsrock-Konzerte

Eine zentrale Rolle im Bereich organisierten Rechtsextremismus spielen im ländlichen Bereich Sachsens die Vertriebsstrukturen für rechtsextremistische Musik, Bekleidung und Fanzines. Bundesweit sind diese im Freistaat am stärksten ausgeprägt und genießen zum Teil überregionale Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass die Erlöse solcher mittelständischen Strukturen zumindest teilweise in die rechtsextreme Szene zurückfließen und damit politische Aktionen und Veranstaltungen finanziert werden. Mit insgesamt 47 geplanten Rechtsrock-Konzerten im Jahr 2008 steht die sächsische rechtsextreme Musikszene bundesweit an der Spitze. Antifaschistische Initiativen zählten mindestens 376 neonazistische Veranstaltungen und Aktionen in Sachsen.²⁰ Dies bedeutet, dass in Sachsen statistisch gesehen kein Wochenende ohne ein Konzert und kein Tag ohne eine Aktion oder Veranstaltung von Neonazis vergehen. Da die Konzerte überwiegend auf privatem Gelände stattfanden, konnten lediglich drei dieser Veranstaltungen von der sächsischen Polizei verhindert werden. Hauptveranstaltungsorte für Rechtsrock-Konzerte in Sachsen sind Dresden, Gehege im Landkreis Görlitz, Schildau im Landkreis Nordsachsen und Wurzen im Landkreis Leipzig-Land. Die durchschnittliche Teilnehmendenzahl solcher Konzerte betrug im Jahre 2008 185 Personen.²¹ Auch die Zahlen sächsischer Internetseiten mit rassistischen und menschenfeindlichen Inhalten stiegen in den vergangenen Jahren stark.²² Besonders wichtig sind dabei u. a. die in Westsachsen wirkende Struktur freier, nationalsozialistischer Kameradschaften²³, das in Ostsachsen agierende Netzwerk »lausitzinfos«²⁴, das im Großraum Dresden/Freiberg agierende »Netzwerk Mitte«²⁵ sowie das strukturübergreifende Netzwerk »Altermedia«²⁶.

didat im Wahlkreis Hoyerswerda für den sächsischen Landtag, Henry Nitzsche, Vorsitzender des Schulträgervereins der evangelischen Mittelschule seiner Heimatgemeinde Oßling bei Kamenz. Vgl. dazu auch »Rechtspopulisten auf Sachsentour«, Informationsblatt in der Reihe »Rechtsextreme Aktivitäten im vorpolitischen Raum« des Kulturbüros Sachsen e.V., downloadbar unter: www.kulturbuero-sachsen.de.

20 Vgl. Alias-Pressemitteilung vom 6. 3. 2009.

21 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Verfassungsschutzbericht 2008.

22 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Verfassungsschutzbericht 2006 (derzeit keine neueren Daten verfügbar).

23 Im Internet unter <http://www.freies-netz.com/aktiv>.

24 Erreichbar unter <http://www.lausitz-infos.net> (aufgefunden am 17. 3. 2008).

25 Erreichbar unter: <http://netzwerkmitte.com/>

26 Die bundesweite Nachrichtenplattform »moderner Nazis« ist unter: <http://de.altermedia.info/> erreichbar.

Rechte und menschenfeindliche Gewalttaten

Bereits die polizeiliche Kriminalstatistik 2008 (PKS) zeugt von einem hohen Niveau rechter, menschenfeindlicher Gewalt in Sachsen. So stiegen die rechtsextremistischen Straftaten, die das LKA im Rahmen der »politisch motivierten Kriminalität rechts« erfasst²⁷, im Vergleich zum Vorjahr von 2 154 erheblich auf 2 425 Delikte, davon 126 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (2006: 78; 2007: 90).

Allerdings sprechen die Statistiken der Beratung für Betroffene rassistischer Gewalt der RAA Sachsen e.V. einmal mehr eine andere Sprache: Nach Erkenntnissen zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen liegt die tatsächliche Zahl rechtsextremer Übergriffe erheblich über den Zahlen der staatlichen Ermittlungsbehörden. Während die PKS nur Fälle erfassen kann, in denen eine Strafanzeige erfolgte, betreuen die Beratungsstellen auch Betroffene, die – etwa aus Angst vor Repressionen durch Neonazis oder aufgrund schlechter Erfahrungen mit der Polizei – keine Anzeige erstatten. Die BeraterInnen erlangten im Jahre 2008 Kenntnis von insgesamt 402 Gewalttaten (2007: 339).²⁸ Dies bedeutet, dass im Freistaat jeden Tag rechtsextreme Gewalttaten verübt wurden. Dabei handelt es sich ausschließlich um Körperverletzungen, Nötigungen, Bedrohungen, Brandstiftungen sowie Sachbeschädigungen, mit denen zielgerichtet Personen getroffen werden sollten. Beraten wurden vorwiegend zwei Opfergruppen: junge Menschen, die von den Tätern als nicht rechts wahrgenommen werden, sowie Menschen mit Migrationshintergrund, die aus rassistischen Motiven angegriffen werden.

Schwerpunktregionen menschenfeindlicher und rechter Gewalt sind die Landkreise Görlitz, Mittelsachsen und die beiden Großstädte Dresden und Leipzig. Obwohl der Schwerpunkt auf der Sächsischen Schweiz und Mittweida als Gebieten mit besonders fest verankerten und entwickelten Neonazi-Strukturen und -Netzwerken liegt, haben sich die realen Schwerpunkte medialer Wahrnehmung der »modernen Nazis« in Sachsen noch immer fast ausschließlich in den letzten beiden Jahren immer mehr in die Großstädte und insgesamt in die Fläche verlagert. Dies bedeutet augenscheinlich, dass auch die Konzepte und Gegenstrategien sowohl für ländliche Regionen als auch für urbane Gebiete konzipiert werden müssen. An dieser Stelle soll es jedoch hauptsächlich um Strategien aus Sicht des Kulturbüros Sachsen als Träger der »Mobilen Beratung für Demokratie gegen Rechtsextremismus in Sachsen« für die ländlichen Regionen gehen.

27 Die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) wird von den Polizeien der einzelnen Länder erfasst, vom Bundeskriminalamt zusammengefasst und schließlich im Verfassungsschutzbericht des Bundes veröffentlicht.

28 Vgl.: Jahresstatistik 2008 der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt der RAA Sachsen vom 22. 2. 2008, http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik_sachsen_2008.pdf (aufgefunden am 7. 10. 2009).

Shrinking Communities – die Abkoppelung ländlicher Räume und ihre Folgen für die lokale zivilgesellschaftliche Arbeit gegen »moderne Nazis«

Ein Hauptmerkmal der vorfindbaren Situation in den Gemeinden und Kleinstädten der sächsischen Peripherie ist der Mangel an sozialer und kultureller Infrastruktur. In vielen Dörfern wurden in den vergangenen Jahren aus Mangel an SchülerInnen und innovativen Ideen Schulen geschlossen. Kindereinrichtungen, Jugendclubs, Vereinshäuser fehlen ebenso und verursachen einen Mangel an öffentlichen Kommunikationsräumen. Durch den strukturellen Mangel an Verkehrsinfrastruktur und Anbindung an öffentlichen Personennahverkehr – in manchen Dörfern kommt der Bus nur noch extrem selten – ergibt sich zusätzlich eine eingeschränkte Mobilität großer Teile der Bevölkerung, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen ohne Pkw.

Die vielfältigen Brüche der letzten Jahrzehnte: Kollektivierung der Landwirtschaft, Urbanisierung und Industrialisierung während der DDR-Zeit und – mit den Transformationsprozessen nach der deutsch-deutschen Vereinigung einhergehend – Reprivatisierung der Landwirtschaft, Industrieabbau und Abkoppelung von den urbanen Zentren schlagen in den ländlichen Regionen mehrfach und mit großer Dynamik zu Buche. Arbeits- und Perspektivlosigkeit sind die Folgen dieser Entwicklung und verursachen bei vielen Menschen Verunsicherung. Um solche Verunsicherungen zu kompensieren, kommt es oft zu einem Rückgriff auf scheinbar sichere Identitäten, wie z. B. Herkunft, Nationalität, Hautfarbe oder Geschlecht. Aus einer Überbetonung solcher Eigenschaften kann die Reaktivierung fester Familienstrukturen, aber auch eine fremdenfeindliche Dorfgemeinschaft resultieren.

Solche homogenen Dorfgemeinschaften lassen kaum Raum für kulturelle Vielfalt, weder im Jugend- noch im Erwachsenenbereich. Häufig finden wir in unseren Beratungsprozessen keinen oder lediglich einen, meist von rechtsaffinen Jugendlichen dominierten Jugendclub. Gibt es eine Dominanz rechtsaffiner oder gar neonazistischer Akteure im Jugendbereich, ziehen sich nicht-rechte Jugendliche in den privaten Bereich zurück oder verlassen so bald wie möglich ihren Heimatort. Die Abwanderung insbesondere von gut ausgebildeten, mobilen jungen Menschen hinterlässt die weniger mobilen im Ort und ruft einen Mangel an demokratischen Akteuren hervor, denen in vielen Fällen dann die Sensibilität fehlt, offensichtliche Aktivitäten »moderner Nazis« auch als solche zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Beispiel: Auf dem Friedhof einer Gemeinde in der Sächsischen Schweiz fanden sich zur Beisetzung eines jungen Mannes zirka 300 Trauergäste, die junge Witwe, Familienangehörige, Freunde und Bekannte, ein. 150 Trauergäste konnten aufgrund ihrer einheitlichen Kleidung und ihres martialischen Auftretens in geordneten Gruppen unschwer als Nazis aus dem Umfeld der verbotenen SSS identifiziert werden. Sie waren aus verschiedenen Orten Sachsens angereist und trugen gemeinsam »einen der ihren zu Grabe«. Zu Beginn der Trauerfeier spielte ein

Freund der Familie auf der Gitarre das Lieblingslied des Verstorbenen, »Scheinheilige Brüder« der Rechtsrock-Band »Sturmwehr«. Nach der Trauerrede gaben die Anwesenden dem Toten das letzte Geleit. Am Grab erklang schließlich der »Böhse Onkelz«-Titel »Nur die besten sterben jung« vom Band.

Gespräche am Rande des Friedhofs machten deutlich, dass kaum eine/r der Anwesenden an der Situation Anstoß nahm: »In ihrem Ort hätte die NPD kein hässliches Gesicht. Die sich zu dieser Partei Bekennenden sind nett, leisten gute Arbeit und setzen sich für den Ort ein.« Einheimische hatten bisher nichts Auffälliges an dem jungen Mann wahrgenommen. Vielmehr gingen sie davon aus, dass seine Frau, die früher eine nach außen sichtbare Nähe zur rechtsextremen Szene zeigte, durch die Beziehung, den Zuzug des Mannes in den Ort und die Hochzeit, den Kontakt zur Szene abgebrochen hatte.

Die nicht vorhandene wahrhaftige und persönliche Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus während der DDR²⁹ führt heute dazu, dass in Dorfgemeinschaften mit meist nach außen hin intakten Familienstrukturen Ideologiefragmente des geschichtlichen Nationalsozialismus, vertreten und verkörpert durch die Großelterngeneration, an die Kinder und Enkel weitergegeben werden und sich mit Argumenten der »Neuen Rechten« mischen. Erinnerungskulturen, die nach dem Motto »Opa war kein Nazi« dem Leid deutscher Kriegssopfer mehr Gewicht einräumen als historischen Tatsachen, wie der deutschen Kriegsschuld, den zahlreichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder dem Holocaust, reproduzieren einen übersteigerten spezifisch deutschen Nationalismus. Völkische Traditionsbestände von neuheidnisch/ germanischem Brauchtum bis zu rassistischen Vorstellungen von (Dorf-)Gemeinschaft beherrschen an vielen Orten das gesellschaftliche Mikroklima und machen es MigrantInnen oder Andersdenkenden schwer, selbstbestimmte Lebensentwürfe zu verwirklichen. Menschenfeindliche Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus und andere Elemente der nationalsozialistischen Ideologie existieren in der gesellschaftlichen Mitte und sind – zu-

29 Der offiziellen Staatsideologie zufolge war die DDR ein Arbeiter- und Bauernstaat unter verfassungsmäßig verfügbarer Führung der kommunistischen Partei. Somit verstand sich die DDR als legitimer Nachfolger des antifaschistischen Widerstandes gegen den geschichtlichen Nationalsozialismus. Eine Auseinandersetzung mit den rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Tendenzen ihrer Bevölkerung fand nicht statt. Ebenso wenig eine Aufarbeitung der Verstrickungen vieler Menschen mit dem NS-Staat und seiner Verfolgung von Juden, Sinti und Roma sowie anderen Menschen. In der DDR war stattdessen die Faschismustheorie des bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff Staats- und Schultheorie. »Faschismus« sei, so definierte dieser, »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«. Der Faschismus wurde im materialistischen Verständnis gesetzmäßiger geschichtlicher Entwicklungen als Kampfinstrument gegen die weltweit im Aufstreb begriffene Arbeiterbewegung und Mittel des Imperialismus zur Durchführung eines Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion gedeutet. Noch heute ist diese Vorstellung in Ostdeutschland verbreitet und erschwert einen Blick auf die »modernen Nazis« von heute und die Erfolge der NPD, der auch kulturelle und sozialisationstheoretische Erklärungen einbezieht. Die Tradierung völkischer Mentalitätsbestände und menschenfeindlicher Einstellungen in Familien und Freundeskreisen kann durch diese Theorie weder erklärt noch adäquate Handlungsideen abgeleitet werden. Kritiker bezeichnen die Dimitroff-These, ihrer monokausal-ökonomischen Erklärung wegen, als Verschwörungstheorie.

mindest in Teilen – anerkannt und unwidersprochen. Dass das Problem als eines von Jugend und Delinquenz an den gesellschaftlichen Rand bzw. in den Extremismus projiziert wird, ist vielfach erlebbare Realität in ländlichen Kommunen in Sachsen³⁰.

Die infrastrukturelle Abkoppelung von den urbanen Zentren führt bei den BewohnerInnen ländlicher Regionen zu weiten Wegen sowohl zu Arbeitsstellen, Behörden, sowie Schulen und anderen Bildungs- bzw. Kultureinrichtungen. Insbesondere die weiten Schul- und Arbeitswege verändern die soziokulturelle Situation in den Dörfern und Gemeinden nachhaltig, sind doch Freizeitangebote, zu denen auch zivilgesellschaftliche Initiativen, Sportvereine, Bildungs- und Kulturveranstaltungen zählen, nur noch unter erheblich höheren persönlichen Belastungen wahrnehmbar. SchülerInnen können ihre Schule oder auch den Ort ihrer Berufsausbildung kaum noch in ihrem Wohnumfeld finden. So wächst die Diskrepanz zwischen den in der Schule oder durch Schulprojekte vermittelten Inhalten und deren konkreter Anwendung im Lebensumfeld. Ein zentrales Hindernis, das es Jugendlichen im ländlichen Raum regelmäßig unmöglich macht, an für sie interessanten Veranstaltungen teilzunehmen, ist die unzureichende Erreichbarkeit der Angebote durch fehlende Mobilität.

Aktuelle Herausforderungen für kommunale Beratungsprozesse für Demokratie gegen »moderne Nazis«

Das Hauptproblem der kommunalen Arbeit für Demokratie ist nicht in erster Linie ein Mangel an zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern die fehlende Unabhängigkeit solchen Engagements von den kommunalen Strukturen.³¹ Wenn es richtig ist, dass ein Hauptmerkmal ländlicher Regionen die engen Beziehungen der Menschen untereinander sind, so führt dies zu einem hohen Maß gegenseitiger Kontrolle und damit zu einem erhöhten Sanktionspotenzial gegenüber dissidentem Verhalten. Das bedeutet, nicht die inhaltliche Qualität von Maßnahmen und Ansätzen entscheidet im ländlichen Kontext über deren Umsetzung, sondern die Anerkennung solcher Maßnahmen und Akteure im lokalen Gemeinwesen. Die Anerkennung steigt, wenn sich lokale Meinungsführer und insbesondere die Kommunalverwaltungen und BürgermeisterInnen hinter die Aktivitäten stellen und sich deutlich gegen »moderne Nazis« artikulieren. Projekte und Akteure müssen also in der Lage und Willens sein, ansprechbare lokale MeinungsführerInnen zu erreichen und zu gewinnen. Dies erfordert eine ergebnisoffene Kontaktaufnahme zu lokalen MeinungsführerInnen in Politik, Kirche, Schule, Jugendsozialarbeit, Vereinen, Institutionen, Wirtschaftsunternehmen sowie Einzelpersonen und die Bereitschaft zu gemeinsamer Situationsanalyse und gemeinsamem Problemaufriss.

30 Franziska Mogelin: Rechter Konsens in Mügeln, in: Antifaschistisches Infoblatt, (AIB), 2009, Nr. 83, S. 28 ff.

31 Liebscher/Schmidt: Grenzen lokaler Demokratie, Kurzzusammenfassung, S. 2; Studie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, verantwortlich MdB M. Lazar, 2007.

Eine Ressourcenquelle zivilgesellschaftlicher Arbeit für Demokratie gegen »moderne Nazis« ist, dass sie – anders als staatliche Behörden – jenseits der ordnungsrechtlichen Perspektive noch weitere Interventions- und Handlungsmöglichkeiten hat. Dies betrifft insbesondere den präventiven Bereich, d. h. zivilgesellschaftliche Arbeit setzt weit vor straffälligem Verhalten an und hat auch nicht die Vermeidung von Straffälligkeit zum Ziel. Zivilgesellschaftliches Handeln bietet eine Vielfalt von Optionen und Handlungsmöglichkeiten, die die ganze Breite rechtsstaatlichen Handelns bis an deren Grenzen auslotet. Dazu zählen beispielsweise auch Aktionsformen wie Demonstrationen, Blockaden und Boykotte. Letztere Handlungsmöglichkeiten bedürfen jedoch eines Ineinandergreifens von staatlichem und nichtstaatlichem Handeln, denn ohne die Bereitschaft der ordnungsstaatlichen Institutionen, ein solch grenzwertiges Handeln zu ermöglichen, wird es kaum Wirkung entfalten können. Was als staatliches Handeln eine inakzeptable Überschreitung der Grenzen wäre, die Behörden gesetzlich auferlegt sind, kann als zivilgesellschaftliches Handeln modellhaft und sinnvoll sein.³² Dies setzt allerdings einen Perspektivwechsel voraus, der den Blick auf die lokalen Hegemonieverhältnisse und Diskurse lenkt. Öffentlicher Protest und damit Druck gegen Aktivitäten »moderner Nazis« bewirkt meist nicht unmittelbar ein Umdenken lokaler Akteure (KneipenbetreiberInnen, Jugendvereine, ImmobilienvermieterInnen etc.). Sie erzeugen jedoch eine öffentliche Auseinandersetzung, die langfristig den Mehrheitsdiskurs verändern kann.

Exkurs: Wie der Extremismuskurs sowohl zivilgesellschaftliches Handeln als auch politische Bildung ausbremst

Menschenfeindliche und nationalsozialistische Ideologiefragmente werden, ganz besonders in Sachsen, häufig nicht in der gesellschaftlichen Mitte und deren Öffentlichkeit verhandelt und kritisiert. Stattdessen wird vielerorts – teilweise auch innerhalb von Initiativen gegen »moderne Nazis« – so getan, als könnten solche Überzeugungen klar von der politischen Normalität der vielzitierten Mitte abgegrenzt und somit abgelehnt werden. Im Sinne der Vorstellungen der Extremismustheorie wird eine gute, demokratische Mitte von ihren äußeren Rändern bedroht. Dies führt u. a. dazu, dass das Neonazi-Problem in Sachsen nicht klar als solches benannt wird, sondern stets von einer vermeintlichen Bedrohung der »Extremisten von rechts und links« die Rede ist.³³ Die Extremismustheorie wurde ursprünglich für Straf- und Verfolgungsbehörden entwickelt, wird aber fälschlicherweise oft auch für die Darstellung sozialer Wirklichkeit verwendet. Mit vielen lokalen Akteuren in staatlichen Institutionen können sich zivilgesellschaftliche Initiativen für Demokratie gegen »moderne Nazis« vielleicht noch darauf einigen, dass die NPD und ihr starkes Auftreten ein Problem darstellt. Bei den Begründungen der Prob-

32 Vgl. ebenda S. 4.

33 Vgl. u. a. Koalitionsvertrag der CDU und FDP in Sachsen. 2009. S. 50.

lemlage werden aber bereits die Diskrepanzen deutlich. Oft sind es Imageprobleme, Investitionshemmnisse, ein Ausbleiben von Touristen oder ärgerliche Hindernisse im politischen Tagesgeschäft, die »moderne Nazis« in den Augen staatlicher Akteure zu einem Problem werden lassen. Dass bereits das Vorhandensein eines rassistischen Einstellungspotenzials in der Bevölkerung ein Gefährdungsreservoir für viele gesellschaftliche Gruppen darstellt, wird dabei oft übersehen. Ein – besonders in linken Kreisen diskutiertes – NPD-Verbot kann leider auch zur Folge haben, dass sich solche Gut-Böse-Vorstellungen im nationalen Diskurs verfestigen. So richtig der kritische Diskurs über Steuermittel und Ressourcen des demokratischen Staates für »moderne Nazis« wie die NPD ist, so wenig hilfreich sind Debatten, die den Kern des Problems, die Andockfähigkeit neu-rechter Ideologie an die Einstellungen und Diskurse der Mehrheitsgesellschaft, verdrängen.

Alltagsrassistische Aggressionen und Angriffe gegen MigrantInnen wie die Ausschreitungen gegen Nicht-Deutsche in Taucha 2009³⁴, gegen eine von Indern betriebene Pizzeria im Mügeln im Jahr 2007³⁵ oder gegen Andersdenkende gerichtete völkische Gemeinschaftsvorstellungen wie die pogromartigen Ausschreitungen gegen alternative Jugendliche im Mügeln im Jahr 2009³⁶ geraten so aus dem Fokus der Problembetrachtung. Sie werden, nicht nur in Mügeln, in einem Akt schon fast klassischer Opfer-Täter-Umkehr den Opfern solcher Gewalttaten selbst angelastet, weil deren unangepasstes Verhalten oder ihre »Andersartigkeit« legitimer Grund für Gewalt und Bedrohung sei³⁷. Alternative, dem gesellschaftlichem Mainstream widersprechende Lebensformen erhalten vor allem im ländlichen Raum wenig bis keine Akzeptanz und werden somit als außerhalb der selbstdefinierten Mitte angesehen. Junge Menschen, die sich gegen neonazistische Strukturen in Form von antifaschistischen Initiativen organisieren, werden in der Logik der Extremismustheorie mit den Neonazis als linke Ausprägung eines Kontinuums gleichgesetzt. Damit sind sie Sanktionen und staatlicher Repression ausgesetzt. Die monokulturelle Alternativlosigkeit, die in der ländlichen Jugendarbeit eine wesentliche Ursache des Erfolges »moderner Nazis« ist, wird durch die Wirkung der Extremismusthese verfestigt.³⁸ Besonders Heranwachsenden mangelt es im Dorf- oder Kleinstadtleben an attraktiven, selbstorganisierten Angeboten und Freiräumen, jenseits rechtsaffiner oder nationalsozialistischer Jugendkultur.

34 Vgl. u. a.: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/hetzjagd-nach-stadtfest-1/>.

35 Vgl. u. a.: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/reportagen/muegeln/>.

36 Vgl. u. a.: http://www.raa-sachsen.de/index.php?view=article&catid=1%3Aneueigkeiten&id=881%3Apremiere-mitteilung&Itemid=32&option=com_content.

37 Vgl. u. a.: http://www.raa-sachsen.de/index.php?view=article&id=819&format=pdf&Itemid=32&option=com_content.

38 Vgl. Liebscher/Schmidt: Grenzen lokaler Demokratie, Kurzzusammenfassung, S. 2; Studie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, verantwortlich MdB M. Lazar, S. 4, 2007.

Martina Renner

»They live«

Neonazis in der Kommune: alltäglich – akzeptiert – aktiv

In dem Science-Fiction-Film »They live« kann man die Aliens, die äußerlich die Form der Menschen angenommen haben, nur mit einer speziell getönten Brille erkennen. Dann sieht man die totenkopfähnliche Fratze des Eindringlings und nicht mehr das Gesicht des schnieken Bankangestellten oder der netten Verkäuferin. Gäbe es so eine Brille, um hinter dem scheinbar Biederen den Neonazi zu erkennen und würde diese so begierig aufgesetzt wie die Dunkelbrille zur Sonnenfinsternis, so kämen wir bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Kommune ein ganzes Stück weiter. Aber so eine Brille gibt es nicht, und so sehen nur wenige bisher die Gefahren, die in der aktuellen Entwicklung des Neonazismus liegen. Die öffentliche Aufmerksamkeit in Thüringen wuchs, als es der NPD u. a. im Mai 2009 gelang, mehr als 25 Mandate bei der Kommunalwahl zu erlangen. Vielerorts gab es neben deutlichen Erklärungen der demokratischen Fraktionen auch Unklarheiten und Dissens bei der Frage, wie mit Neonazis im Gemeinde-, im Stadtrat und Kreistag umzugehen sei. Völlig unbeachtet blieb die Frage, wie es der NPD gelungen war, von vormalis drei rechtsextremen Abgeordneten in Thüringer Kommunen nun dieses Ergebnis zu erreichen. Für Thüringen stellt sich nun die Herausforderung, das Vorhaben der NPD, sich im öffentlichen Raum zu etablieren, zu durchkreuzen und auch auf kommunaler Ebene den Neonazismus zu schwächen. Soll dieses Vorgehen erfolgreich sein, muss zuerst einmal wirklich dort hingesehen werden, wo die »Graswurzelstrategie«¹ der NPD ansetzt.

Die Blickrichtung ändern: Rechtsextremismus vor Ort in den Fokus

Die Medien und die Öffentlichkeit bewerten den Neonazismus überwiegend mit Blick auf die rechtsextremen Parteien. Hier hat sich der Fokus in den letzten Jahren auf die NPD gerichtet. Mittlerweile wird über Streitigkeiten in der Partei, Finanzskandale und Ein-, Über-, und Austritte von Neonazis ausführlich berichtet und debattiert. Mehrmals wurde in den letzten Monaten schon das Ende der NPD prognostiziert. Darüber sind unterdessen die Partner-Rivalen DVU und Republikaner in die Marginalität abgerutscht. Neben langfristigen und tiefgründigen Recherchen zum Neonazismus finden sich zunehmend Artikel im Blätterwald, die mehr Orakel als Berichterstattung sind. Die Einengung auf die Frage, wer mit

1 »Graswurzelstrategie« bedeutet hier das Vorgehen der NPD mittels Unterwanderung demokratischer Strukturen und Räume die gesellschaftliche Ächtung gegen den Rechtsextremismus abzubauen bzw. durch alltagsnahe Themen und bürgernahes Auftreten den vopolitischen Raum für Agitation und Aktivität zu nutzen.

wem gerade nicht kann, ähneln dabei in frappierender Weise dem Blickwinkel der Verfassungsschutzämter, die in ihren Darstellungen mit Vorliebe auf Spaltungen, Schwächungen und Debakel in der Neonazi-Szene hinweisen. Inwieweit dabei auch ein wenig »Vaterstolz« eine Rolle spielt, bleibt dahingestellt. Beide Einschätzungen werden gar zu gerne auch herangezogen, wenn es darum geht, die Entwicklung des Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene zu bewerten. Dabei wird verkannt, dass sich Ereignisse auf Parteivorstandsebene keineswegs automatisch auf die regionale Ebene auswirken und die Strategie der kommunalen Verankerung, wie sie derzeit von der NPD mit Erfolg betrieben wird, in keiner Weise zur Diskussion steht. Auch wird zunehmend das Agieren von Kameradschaften ausgeblendet und dem Thema Nazi-Gewalt immer weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Ebenso spielt das Thema rechtsextreme Alltags- und Jugendkultur eine nur noch untergeordnete Rolle und das, obwohl gerade in diesem Bereich der Übergang des Neonazismus zur sozialen Bewegung am deutlichsten wird. Für die Bewertung des Rechtsextremismus in der Kommune bedarf es regionaler Analysen. Bisher ist diese Notwendigkeit weder akzeptiert noch haben sich »Anständige« und »Zuständige« darüber verständigt, wie diese zu erstellen sind. Dort wo Antifa-Gruppen lokale Rechercheergebnisse veröffentlichen, dürfen sie sich regelmäßig darauf einstellen, im Nachgang als Nestbeschmutzer beschimpft oder gar mit polizeilichen Ermittlungen überzogen zu werden. Neonazis zeigen inzwischen kampagnenförmig JournalistInnen und andere Aktive aus dem Bereich der antifaschistischen Recherche an und erstatten Anzeigen. Trägt diese Einschüchterung Früchte, wird es zunehmend schwieriger, lokale Situationsbeschreibungen zusammenzustellen und daraus brauchbare Gegenstrategien abzuleiten. Zentrale Fragestellung für die Mehrzahl der Kommunen ist dabei, wie sich die »Strategie der kommunalen Verankerung« seitens der Neonazis vollzieht, welche Erfolge diese zu verbuchen haben und welche Rahmenbedingungen eine wirksame Gegenwehr ermöglichen. Damit gleichwertig ist die Frage nach dem Vordringen offener Neonazi-Kultur im Alltag zu stellen.

Brauner Tropfen höhlt das Hirn: mit der Graswurzelstrategie in die Kommunalparlamente

Beflügelt durch die Wahlergebnisse der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 hat sich bereits vor fünf Jahren bei Thüringer Neonazis ein Strategiewechsel abgezeichnet. Fortan war klar: Die NPD in Thüringen möchte in die Parlamente und hat die Kommune als Aktionsfeld im Blick. Auf diesen Weg wurden auch Kameradschaften, DVU und DP eingeschworen. Knapp einen Monat nach besagter Wahl im Nachbarland, am 4. 12. 2004, trafen sich Neonazis in Thüringen zu einer Saalveranstaltung unter dem Motto: »Eine Bewegung werden – Gemeinsam die Volksfront von Rechts schaffen«. Unter den 200 TeilnehmerInnen des Treffens befanden sich führende Vertreter der verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen

und Parteien Thüringens. Man verabredete gemeinsame Aktionen und Wahlantritte. Mittlerweile bröckelt das damals geschmiedete Bündnis. Nachdem der Einzugs der NPD in den Thüringer Landtag denkbar knapp mit 4,3 Prozent verfehlt wurde, zeigt sich die rechtsextreme Szene gebremst. Ein genereller Strategiewechsel ist jedoch nicht zu verzeichnen. Der Großteil der Thüringer Neonazis und die NPD halten an dem Vorgehen weiterhin fest, mittels vorgegaukeltem ehrenamtlichem Engagement und Infiltrierung von Bürgerinitiativen und Vereinen eine Etablierung auf kommunaler Ebene zu erreichen. Dort, wo im Frühsommer 2009 kommunale Mandate errungen wurden, offenbart sich eine aggressive und sich verstetigende Nutzung der Möglichkeiten dieser Gremien.

Bis zum 7. Juni 2009 fristeten in Thüringen lediglich drei Vertreter der extremen Rechten in Kommunalparlamenten ein unauffälliges Dasein. Die braunen Herren von der NPD, der Partei »Die Republikaner« und der DVU saßen in zwei Ortschaftsräten in Jena und im Stadtrat von Lauscha. Nun bekamen sie erhebliche Verstärkung. Insgesamt 25 Mandate errangen Neonazis in Stadträten und Kreistagen, 22 Sitze gingen an die NPD, die je ein bis zwei Mandate in allen Kreisen und Städten erreichte, in denen sie antrat. Im Schnitt lag das Wahlergebnis dort bei 3,6 Prozent², einzig in Eisenach kam die NPD über die (später für die Landtagswahl) wichtige 5-Prozent-Hürde. Das vollmundige Ziel, flächendeckend in Thüringen einen Wahlantritt zu realisieren, musste die NPD schon frühzeitig fallen lassen. Erhebliche Widerstände auch innerhalb der neofaschistischen Partei gab es in Jena und Altenburg. Dort orientiert man sich zurzeit in Richtung des »Freien Netzes« im sächsisch-thüringischen Grenzgebiet. An anderen Orten fehlte einfach das Personal, oder örtliche NPD-Funktionäre verwehrten die Teilnahme an Schulungen durch den Landesvorstand. Da der Landesvorstand diesen in der Folge seine Unterstützung verweigerte, trat im Kreis Hildburghausen der NPD-Kreischef unter dem Namen »Bündnis Zukunft Hildburghausen« an und errang einen Sitz im Kreistag.

Geht man der Frage nach, wie die NPD ihr Kommunalwahlergebnis realisiert hat, so können eindeutig drei Faktoren ausgemacht werden: Akzeptanz vor Ort, Bekanntheit des braunen Personals und Zuspruch in sozialen Brennpunkten. In Eisenach erzielte die NPD ein Ergebnis von 5 Prozent. Hier wirkt der Landesgeschäftsführer und -pressesprecher der NPD, Patrick Wieschke. Er ist der Protagonist der Strategie der kommunalen Verankerung und hat diese für Thüringen 2006 wie folgt formuliert: »Es geht jedoch nicht um puren Aktionismus, sondern insbesondere darum, die kommunale Verankerung mittels geistvoller und konzeptioneller politischer Arbeit voranzutreiben.«

Seit dieser Zeit betreibt er in seiner Heimatstadt dieses Vorgehen mit Penetranz. Ob sich die Bürger und Bürgerinnen gegen Windkraftträder in Nähe des Weltkulturerbes Wartburg engagieren oder sich ein Bündnis findet, um gegen die Theaterschließung aktiv zu werden, Patrick Wieschke und die NPD sind dabei.

2 Statistischer Mittelwert aus den Wahlergebnissen der NPD, der DVU bzw. rechtsextremer Listen zu Kreistagen und Stadträten.

Sie verteilen Flugblätter, beteiligen sich an Aktionen, versuchen bei öffentlichen Veranstaltungen das Wort zu ergreifen. Auch der Stadtrat wird bald zur Bühne der NPD. Mit Bürgeranfragen und Auftritten bei Bürgerversammlungen probierte die NPD ihr Agieren im Stadtparlament. Regelmäßig wird die Stadt und der Wartburgkreis mit einer rechtsextremen Postille in bürgerlichem Outfit versorgt. Der »Wartburgkreisbote« mit einer Auflage von 20 000 Exemplaren und mit logistischer Unterstützung des NPD-eigenen »Deutsche Stimme«-Verlages erstellt, greift kommunale Themen auf und dekliniert diese zurückhaltend ideologisch aus Sicht der NPD durch. Dem »Wartburgkreisboten« wurden seit seinen Anfängen vier weitere rechtsextreme Regional-Blättchen zur Seite gestellt.³ Aggressiven Rassismus und offene nazistische Äußerungen findet man hier nicht. Vielmehr dienen die rechtsextremen Postillen dazu, unbedarften Bürgern die Kader der NPD vorzustellen und ihnen mit Gesprächskreisen und dem Abdruck von eingesandten Artikeln scheinbar ein Mitmach-Organ anzubieten. Die NPD enttarnte den »Wartburgkreisboten« und die anderen Zeitungen, die sich bis dahin ein scheinbar unparteiisches und unabhängiges Image gaben, erst kurz vor der Kommunalwahl. Nun wurden die Zeitungen als Projekte der NPD kenntlich gemacht, und die bis dahin gewachsene Zahl an AbonnentInnen und regelmäßigen LeserInnen diente als Reservoir auf der Suche nach KandidatInnen und WählerInnen. Neben dem Aufgreifen bürgernahe Themen konnte die NPD ihre Akzeptanz auch durch ständige Präsenz etwa mit Infoständen steigern. Völlig normal scheint es inzwischen, in der Innenstadt die NPD-Aktiven hinter den »Politmöbeln« anzutreffen. Wie wenig die NPD mit Störungen rechnet, zeigt sich darin, dass mittlerweile zwei braune KameradInnen als Standpersonal ausreichen.

Was an dem Ergebnis von Eisenach wirklich verblüfft, ist die Tatsache, dass der NPD ihr kommunales Engagement anscheinend abgekauft wird. Und dies, obwohl in Eisenach für alle Bürger und Bürgerinnen noch gut erinnerlich ist, auf welche Vita der Frontmann der dortigen NPD zurückblickt. Patrick Wieschke war 2000 an einem Brandanschlag auf einen von Migranten betriebenen Imbisswagen beteiligt und wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Hinzu kamen weitere Prozesse wegen Körperverletzungsdelikten. Versuchte die NPD bei der Listenaufstellung zur Landtagswahl einen Verzicht auf Personal mit »kriminellern Hintergrund« durchzuhalten, so finden sich auf kommunaler Ebene neben Patrick Wieschke noch weitere bekannte Straf- und Gewalttäter. Ein Ansatzpunkt in der Demaskierung des biedereren kommunalen Engagements muss daher in der deutlichen Benennung der vielsagenden Neonazi-Biografien liegen.

Eine weitere Handlungsmöglichkeit ergibt sich in der Auseinandersetzung um die Frage, ob kommunales Engagement von Neonazis nicht eigentlich harmlos sei? Immer wieder ist von Verwaltungen, Medien, aber auch Bürgern zu hören, was könne denn dabei gefährlich sein, wenn Rechtsextreme den Wegrand von

3 Darunter »Wartburgkreis Bote«, »Rennsteig Bote«, »Blickpunkt Vogtland«, »Bürgerstimme für Erfurt und Arnstadt«, Auflage nach Angabe der NPD zwischen 16 000 und 20 000.

Unrat reinigen, sich gegen Schweinemast- und Müllverbrennungsanlagen engagierten oder aber im Faschingsumzug mitliefen. Erstens seien das ja ungefährliche Betätigungen, und zweitens würden so die braunen Kameraden von anderen Dingen abgehalten. Zuletzt spielt auch immer die formale Frage eine Rolle, welche Möglichkeiten denn AnmelderInnen, Bündnisse, Vereine oder Verwaltungen hätten, Neonazis draußen zu halten, sofern diese nicht offen rechtsextrem agieren würden. Für eine Intervention in diesem Feld ist wichtig herauszuarbeiten, dass es sich bei derartigen ehrenamtlichen, kommunalen, kulturellen oder sportlichen Aktivitäten von Neonazis immer um Bestandteile einer politischen Strategie handelt, die darauf zielt, langfristig eine Verankerung rechtsextreme Personen, Organisationen und Ideologien im öffentlichen Raum zu erreichen. Zur Untermauerung dieser These ist es wichtig, auf die Erfahrungen aus anderen Bundesländern hinzuweisen, wo nachweislich kommunales Engagement, offen neonazistische Orientierung und Neonazi-Gewalt Hand in Hand gingen. Hier kann immer noch die Sächsische Schweiz als Paradebeispiel gelten. Weiterhin muss sich die Mühe gemacht werden, die verschiedenen Propagandamittel der Neonazis auch danach zu analysieren, inwieweit dort rassistische und rechtsextreme Versatzstücke verwandt werden. Und in der Regel wird man durchaus fündig: So manches Flugblatt, das sich vordergründig nur mit der Ansiedlung eines Großmarktes beschäftigte, war bei genauer Durchsicht gespickt mit antisemitischen Bezügen und NS-Wirtschaftstheorie. So wie die Inhalte klar benannt werden müssen, wird es auch immer darum gehen, die Vernetzung und Bedeutung der lokalen Neonazi-Akteure öffentlich zu machen. Ein netter Kfz-Schrauber von nebenan oder ein umtriebige Finanzberater, der gerne auch mal Vereine in Steuersachen berät, steht plötzlich in einem anderen Licht da, wenn aufgedeckt werden kann, wann und wie er sich z. B. an rechtsextremen Straftaten beteiligt hat. Arbeit gegen Rechtsextremismus muss auch immer darum ringen, Jugendclubs, Fußballvereinen, Bürgerinitiativen, Interessensvertretungen in Betrieb und Schule u. v. a. m. deutlich zu machen, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Kultur leisten können und daher solchen Neonazi-Aktivitäten aus ihrer gesellschaftlichen Grundhaltung heraus gar nicht teilnahmslos gegenüberstehen dürfen. Ein derartiges Verständnis von Bürgerschaft ist jedoch vor allem dort noch wesentlich zu entwickeln, wo immer noch behauptet wird, es gäbe politikfreie Zonen (»Solange die nichts machen ...«) und Fragen nach Demokratisierung seien auf Parlament und Institutionen beschränkt.

Verstecken war gestern: Offene Neonazi-Kultur im grünen Herz Deutschlands

Ein Ansatz demokratischer und antifaschistischer Bildungsarbeit, egal ob staatlich alimentiert oder unabhängig, geht davon aus, dass es notwendig ist, besonders MultiplikatorInnen, PädagogInnen und Jugendliche über rechtsextreme All-

tagskultur aufzuklären und Hilfestellung beim Erkennen von Neonazi-Codes zu liefern. Die Popularität der ausgezeichneten Broschüre »Versteckspiel« (Hrsg. Agentur für soziale Perspektiven ASP e.V., Berlin) und der dazu abrufbaren Vortragsmodule verweist scheinbar auf eine hohe Sensibilisierung gegenüber dem Vordringen des Neonazis im vorpolitischen Raum. Sieht man sich jedoch die derzeitige Entwicklung gerade im ländlichen Raum an, so kann an der Wirksamkeit und Breitenwirkung dieser verdienstvollen Aufklärungsarbeit durchaus Zweifel aufkommen. Im Gegensatz zu wissenschaftlichen Untersuchungen über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen fehlt eine empirische und systematische Erforschung der Verbreitung rechtsextremer Alltagskultur. Hier beschränkt sich die Darstellung auf Erfahrungen und Berichte. Die einstige Milieukultur des Neonazismus findet inzwischen eine Verbreitung weit über den organisierten Kern hinaus. Symbole jeglicher Art werden offen und ohne speziellen Anlass getragen. Populär sind nicht nur Modeschmuck wie der Thorhammer oder Marken wie »Thor Steinar«, die in Einzelfällen vielleicht auch ohne Kenntnis des politischen Hintergrundes getragen werden, sondern glasklarer Nazi-Chic wie »88«-Gürtelschließen, Schlüsselbänder in Reichsfarben, T-Shirts mit »Children of the Reich«-Aufdruck, Pkw-Aufkleber mit »Todesstrafe für Kinderschänder«, Pins an Mützen und Jacken mit der Aufschrift »Good night left side« und vieles mehr. Diesen Zeichen begegnet man nicht nur an bestimmten Orten oder bei begrenzten sozialen Gruppen. Über diese Symbole stolpert man in jeglicher Alltagssituation: im Wartezimmer beim Arzt, auf dem Parkplatz der Grundschule, im Kassenraum der Tankstelle. Die Dramatik dieser Entwicklung wird oft damit in Abrede gestellt, dass die Verwendung dieser Symbole lediglich eine Modeerscheinung sei und nicht auf ein bestimmtes Gedankengut schließen lasse. Dieser Auffassung ist jedoch entgegenzuhalten, dass sich die Genese sozialer Bewegungen ganz wesentlich von der Durchdringung des vorpolitischen Raums speist. Wäre es richtig zu behaupten, die Verbreitung von Friedenstauben, Anti-Akw-Stickern oder »Keine Volkszählung«-Aufklebern in den 1980er Jahren sei lediglich unreflektiertes Accessoire gewesen, so könnte nicht erklärt werden, dass entsprechende Meinungen und Einstellungen wie die Ablehnung der Atomenergie noch Jahrzehnte später Mehrheiten finden. Die Verbreitung rechtsextremer Symbolik kann als Zeichen der Entstehung einer sozialen Bewegung im Neonazismus gewertet werden. Hierfür spricht auch, dass immer mehr soziale Gruppen und Schichten sich offen bekennd organisieren. Zu den Aktiven der NPD zählen inzwischen Studierende, Handwerker, Kleinunternehmer usw.

Rechtsextreme Alltagskultur geht weit über die Frage der Verbreitung von entsprechenden Zeichen hinaus. Entscheidend für das Vordringen kommerzieller wie freier Angebote an Musik, Freizeitgestaltung, sozialer Happenings, die durch Neonazis angeboten oder organisiert werden, sind förderliche politische wie administrative Gegebenheiten vor Ort bzw. die Abwesenheit oder Behinderung demokratischer alternativer Alltags- und Jugendkultur. Die bewusste oder unbewusste

Förderung rechtsextremer Kultur bleibt ein großes Problem, die Situation hat sich zu den 1990er Jahren in keiner Weise verbessert. Noch immer finden sich JugendpflegerInnen, die mit Neonazis zusammen das Programm des Jugendclubs abstimmen, StreetworkerInnen, die die rechtsextreme Fußballfangruppe als harmlos einstufen, oder Vereine, die erst spät dahinterkommen, welche »Tanzgruppe« sich bei ihnen eingenistet hat. Jenseits der Jugend- und Sozialarbeit ist die Unterstützung aber weit in andere Bereiche vorgedrungen. Im Sport konnte nicht verhindert werden, dass sich Nazi-Vereine gegründet haben und diese sogar kommunale Einrichtungen wie Sportplätze und Turnhallen nutzen können. Im Bereich der Heimat- und Geschichtsarbeit suchen Neonazis dort Anschluss, wo Deutschtümelei zum guten Ton gehört. So engagieren sie sich für Soldatengräber, Bismarcktürme, Gefallenendenkmäler etc. Offen trat z.B. das NPD-Vorstandsmitglied des Wartburgkreises Jonny Albrecht an den Ortschaftsrat Stedtfeld heran und beantragte die Sanierung des Kriegerdenkmals. Seinem Antrag wurde stattgegeben, das Geld bereitgestellt, und die NPD hatte ein schönes Wahlkampfgeschenk erhalten⁴. Die Durchsetzung von öffentlichen Veranstaltungen mit NS-Bezügen lässt sich exemplarisch an mehreren Vorfällen zu historischen Stadtumzügen belegen. So beteiligte sich 2007 die örtliche Kameradschaft »Ortsgruppe Geraberg« in NS-Uniform, mit Waffenschmuck und entsprechenden Wehrmachtsfahrzeugen⁵ an Aufzügen zu Jubiläen der Orte Singen und Gräfinau-Angstedt. Diese Aufzüge verdeutlichten die Entwicklung der Städte in den verschiedenen Epochen. Zur Darstellung der Zeit des Nationalsozialismus war den Veranstaltern nichts Geschmackloseres eingefallen, als Neonazis in Wehrmachtsuniformen aufmarschieren zu lassen. Diese beiden Beispiele blieben kein Einzelfall. Im Sommer 2009 feierte die Gemeinde Haras im Landkreis Hildburghausen ihr 800-jähriges Bestehen. Auch hier kam man im Festkomitee auf die Idee, örtliche Militaria-Sammler und NS-Verherrlicher die Zeit zwischen 1933 und 1945 veranschaulichen zu lassen. Im Umzug waren SS-Uniform und verbotene Symbole zu bestaunen. Nach einer anonymen Anzeige ermittelt nun die Polizei und führte Razzien bei den Teilnehmern durch. Die Veranstalter sind sich keiner Schuld bewusst. Man hätte ja die Nazi-Uniformträger im Vorfeld darauf hingewiesen, dass Hakenkreuze abzukleben seien. Auch von der ermittelnden Polizeibehörde gab es Verständnis, da der Fauxpas schließlich allein aus Unbedarftheit entstanden sei.

In der Südthüringer Stadt Lauscha hat die kommunale Verankerung von Neonazis bereits das Stadium der Etablierung und öffentlichen Akzeptanz erreicht. Dort engagiert sich die örtliche Kameradschaft in allen Bereichen des Gemeinwesens. Ob die kostspielige Sanierung der Fenster im Sportlerheim, ob die Aufstellung von Wanderwegweisern oder die Bepflanzung von Grünanlagen. Überall, wo die Kommune Bedarf hat, sind die Angehörigen der »Kameradschaft Lauscha« da.

4 Protokoll der Sitzung des Ortschaftsrates Stedtfeld vom 24.3.2009, veröffentlicht bei www.eisenachonline.de.

5 Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Frank Kuschel (Die Linke) Drucksache 4/3365 und 4/3647.

Formal wird die Neonazi-Betätigung über einen eingetragenen Verein zur Pflege von Denkmälern abgewickelt, informell sind die braunen Kameraden überall zur Stelle, wo es bei Geld oder Personal klemmt. Kein Volksfest, ohne dass Neonazis anpacken, sie setzen den Maibaum und organisieren zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr die Sonnenwendfeier. Heute sitzt der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr des Stadtteils Ernstthal für die DVU im Lauschaer Stadtrat, in dem der erwähnte, populäre notorische DVU-Mann Uwe Bätz-Dölle als Türöffner für ihn fungierte und 11,8 Prozent bei der Kommunalwahl klarmachte. Das ehrenamtliche Image darf jedoch nicht über die eigentliche Ziele der Kameradschaft hinwegtäuschen. Gemeinsam fährt man zu Aufmärschen etwa nach Dresden, führt Heldengedenken, Schulungen und Neonazi-Konzerte durch. Bisher sahen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft tatenlos zu oder gaben, wie der SPD-Bürgermeister Norbert Zitzmann⁶, sogar noch Hilfestellung. Auf Fragen der örtlichen Zeitung »Freies Wort« vor der Kommunalwahl zum Umgang mit der DVU antwortete er: »Ich muss mit der Mannschaft spielen, die der Wähler aufstellt.« Wie sein Spiel aussieht, machte er in der Vergangenheit auch durch die Teilnahme an einem Kameradschaftsabend deutlich. Die Landes-SPD schweigt zu dem Treiben ihres dortigen Spitzenmannes, obwohl sie aktiv die landesweite Kampagne »Deine Stimme gegen Nazis« unterstützt hat und auch in vielen Bündnissen gegen Rechts mittut.

Neben dieser aktiven Unterstützung für Neonazi-Kultur gibt es auch das Phänomen der unbedarften Adaption von für Rechtsextreme interessanten Versatzstücken aus der Grauzone des Rechtsextremismus mit den Bereichen des Historismus, des Germanenkultes, antichristlicher und völkischer Strömungen. Das Unterrichtsthema Wikinger an den Thüringer Grundschulen kann so unkritisch aufbereitet werden, dass die Kinder sich im Nachgang bestens mit Odin und Wotan auskennen, Keltenkreuze malen und sich einen Thorshammer beim nächsten Mittelalterfest wünschen. Sie werden in ihrem Lebensumfeld viele Menschen treffen, die ebenfalls »Wikingerfans« sind: da steht ein Auto mit »Odin statt Jesus« auf der Heckscheibe, da hat der Neonazis an seiner Garage ein großes Keltenkreuz in Fachwerk eingelassen, da hat die Nazi-Band den Thorshammer auf das Cover einer CD gesetzt. Wie werden die Kinder, die diese Namen und Symbolik im Unterricht kennengelernt haben, nun auf die Wiederentdeckung im Alltag reagieren?

Die Attraktivität gerade rechtsextremer Jugendkultur speist sich auch aus dem Misstrauen und der Ablehnung alternativer libertärer Kultur- und Lebensvorstellungen durch die Mehrheit in der Bevölkerung und in den Verwaltungen. Eine ältere Dame brachte es zuletzt in Arnstadt, als sie an der Neonazi-Veranstaltung »Thüringentag der nationalen Jugend« vorbeischlenderte auf den Punkt. Als gerade der Sänger einer Rechtsrock-Band »Good night left side« ins Mikrofon brüllte, sprach sie eine dort stehende Journalistin mit den Worten an: »Ich weiß gar nicht; was die Aufregung soll. Die machen doch was für die Jugend; und ich weiß auch

6 Martina Renner: »Aus der Mitte des Dorfes«, in: »Junge Welt« v. 14. 6. 2007.

ganz genau, von wem hier die Probleme in Arnstadt ausgehen. Das sind die Linken, hier gibt es jede Nacht Randalen.« Die Vorstellung »Die Linken sind das Problem« ist (leider nicht nur) in diesem Bundesland so verbreitet wie der Hang, zu jeder Jahres- und Tageszeit Bratwurst zu essen. Und diese Mehrheitsmeinung lässt sich auch in keiner Weise durch objektive Zahlen wie die der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erschüttern. Die politische Kultur, die Einstellungen zu Toleranz und Demokratie sind der Dreh- und Angelpunkt in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gerade mit Blick auf die Kommune. In der Gemeinde vor Ort, vor allem im nichtstädtischen Raum finden sich traditionell gewachsene konservative Einstellungen und Kulturen. Thüringen schneidet im bundesweiten Vergleich entsprechender Indizes miserabel ab. Nicht nur der »Thüringen Monitor«⁷ bescheinigt Jahr für Jahr ein gravierendes Problem mit rassistischen, autoritären, antisemitischen und rechtsextremen Einstellungen im Freistaat. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat 2007 eine Studie mit dem Titel »Talente, Technologie und Toleranz – wo Deutschland Zukunft hat« vorgelegt⁸. Darin bekommen Thüringen und Sachsen die schlechtesten Bewertungen im Themenfeld Toleranz. So wie einst die ProtagonistInnen des »Bauhaus« 1925 als »fremdstämmige Elemente« aus Thüringen vertrieben wurden, bestimmen heute gerade im ländlichen Raum Abwehrhaltungen und Ressentiments gegen Unbekanntes und Neues das Alltagsdenken und -handeln. Diese Grundstimmung machen sich Neonazis zunutze. Sie vermischen gekonnt tradierte Einstellungen mit rechtsextremen Ideologieelementen. So erregt eine Reichskriegsflagge in der Kleingartenanlage oder ein SS-Denkmal im Vorgarten weit weniger Aufmerksamkeit, als sie etwa ein alternatives Wohnprojekt genießt.

Tat statt Bekenntnis: Wie kommt die Kommune in Bewegung?

Der »Graswurzelstrategie« der Neonazis folgt häufig die öffentliche Aufregung. Dann fühlt sich die Kommune unter Druck gesetzt und legt ein Bekenntnis ab. Den vollmundigen Texten gegen »Extremismus und Gewalt«, manchmal auch gegen »Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus«, folgt aber in den seltensten Fällen konsequentes Handeln. Selbst Kommunen, die schon viele Jahre Bürgerbündnisse vor Ort unterstützen, scheitern in der aktiven administrativen Behandlung des Rechtsextremismus. So konnte der Kandidat der NPD für den Kommunalwahlen im Landkreis Gotha, Klaus Städler, im Rahmen einer städtischen Veranstaltungsreihe zum Wendejubiläum 2009 seinen DSU-Kollegen Wolfgang Mayer einladen, und dieser referierte dann u. a. vor dem Landesvorsitzenden der NPD

7 Der »Thüringen Monitor« ist eine Studie zu den politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Thüringen. Die Analysen werden seit 2000 jährlich im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei von einem Forscherteam der Friedrich-Schiller-Universität Jena erarbeitet. Link: <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm/>.

8 http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Studien/TTT_Webversion.pdf.

Frank Schwerdt im kommunalen Lucas-Cranach-Haus zur Ausreisebewegung in der DDR. Oder die Stadt Eisenach: Sie sah keine Möglichkeiten, der NPD das städtische Bürgerhaus für eine Pressekonferenz zu verwehren. Zuletzt machte die Stadt Gera Schlagzeilen, die weder im Vorfeld noch am Veranstaltungstag selbst irgendeine Möglichkeit ergriffen hatte, den NPD-Rechtsrock-Event »Rock für Deutschland« 2009 zu verhindern oder wenigstens zu erschweren. Sie bot so ihren öffentlichen Raum einem gespenstischen braunen Großaufmarsch mit mehr als 4 000 Neonazi-TeilnehmerInnen. Außerdem spielte die NPD Thüringen mit den Erlösen auf einen Schlag ihren halben Wahlkampfetat für die Landtagswahl ein. Die Stadt ihrerseits brachte lediglich 700 Nazi-GegnerInnen auf die Beine, darunter zahlreiche, die solche Termine eher als dienstlich betrachten. Viele Verwaltungen scheinen inhaltlich wie formal unwillig oder unfähig ihren vormals gefassten Beschlüssen Taten folgen zu lassen. Folgenlose Akklamationen beschädigen nicht nur die Glaubwürdigkeit, sondern rücken diese wichtigen inhaltlichen Positionierungen in den Bereich der Schaufensterpolitik und damit ins Aus. Spätschäden dieses Herangehens können überall in Thüringen besichtigt werden. Auch der Thüringer Landtag fasste in 2006 einen fraktionsübergreifenden Beschluss »Initiative für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt«. Seitdem erhält der Landtag jährlich mehrere Berichte. Weißes Papier würde die Landesregierung abliefern, könnte sie sich nicht mit den beachtlichen Früchten der Arbeit von Bundesprojekten schmücken, die durch das Land lediglich kofinanziert werden. Oder würde jemand ernsthaft hinterfragen, was all die Anti-Gewalt-Projekte und kommunalen Räte, die sich mit Graffiti beschäftigen, nun mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu tun haben. Die Oppositionsparteien haben in Konsequenz im Jahr 2009 ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus vorgelegt. Die CDU hatte noch nicht einmal den Mut, dieses in die Ausschüsse zu verweisen, um dort eine inhaltliche Diskussion zu führen. Das Landesprogramm von SPD und Linken geht richtigerweise davon aus, dass der Neonazismus nur in einem gesamtgesellschaftlichen, nachhaltigen und regelmäßig auf den Prüfstand zu stellenden Prozess wirksam geschwächt werden kann. Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung einer toleranzfördernden und antirassistischen Bildung und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure. Inzwischen zeichnet sich ab, dass Teile der CDU dazu bereit sind, auf der Analyse- wie Handlungsebene umzudenken. Zum einen hat sich mit dem Einzug der NPD in Kommunalparlamente erstmals für alle demokratischen Parteien ein gewisser gemeinsamer »Leidensdruck« entwickelt. Aktive Erfahrungen mit Rechtsextremismus beschränken sich jetzt nicht mehr auf Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Auf der anderen Seite wird immer offensichtlicher, dass staatliche Repression die kulturell-ideologischen Prozesse, die durch Neonazis angestoßen werden, nicht aufhalten kann. Diese Auseinandersetzung muss in den gesellschaftlichen Räumen gesucht werden, die durch die Neonazis erobert werden sollen, und sie muss durch Personen repräsentiert sein, die ein hohes Maß an Akzeptanz genießen. Inhaltliche Vergewisserungen, Akti-

onsformen und kultureller Ausdruck müssen den Spagat zwischen Eindeutigkeit und Nachvollziehbarkeit aushalten. Beispiele für dieses Engagement sind z. B. die Abnahme von rassistischen NPD-Plakaten durch die Bürgermeister von Eisenach und Weimar⁹. Mit dieser Aktion wurde inhaltlich klar gegen Rassismus und Volksverhetzung Position bezogen, dem Mythos der »legalen« Partei NPD entgegengewirkt, Bürgern ein konkretes Vorbild im Handeln geboten und die Verwaltungen aus der scheinbaren Neutralität herausgeführt. Diese vermeintliche »Unparteilichkeit« der Verwaltung hat auch in der Stadt Erfurt keinen Bestand mehr. Nachdem es durch Neonazis, darunter auch NPD-Funktionären, gelungen war, für rechts-extreme Vereinsarbeit Geld, Räume und Ein-Euro-Jobber zu akquirieren, wurden für alle Beschäftigten der Stadt Schulungen angeordnet. Mühe kosten diese Unternehmungen, wo auch rechtlich neue Wege beschritten werden. Noch scheuen sich Bürgermeister und Stadtverwaltungen auszuloten, wie dem Neonazismus entgegengewirkt werden könnte. Da ist es umso wichtiger, wenn an einem Ort exemplarisch und juristisch sicher gehandelt wird. Vorbildwirkung hatte z. B. die Stadt Schleusingen, die einem örtlichen damaligen NPD-Funktionär die Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr versagte, oder Vereine, die durch Satzungszusätze deutlich machten, dass Neonazis bei ihnen keine Chance hätten.¹⁰ Diese Erfahrungen werden zunehmend erfasst, gebündelt und anderen Kommunen zur Verfügung gestellt. Diverse Handreichungen sind inzwischen zur Auseinandersetzung mit der Strategie der kommunalen Verankerung von Neonazis erschienen.¹¹

In den nächsten Jahren wird genau zu beobachten sein, ob die formalen Möglichkeiten auch ausgeschöpft werden, keine Gewöhnung eintritt und die Räume für Rechtsextreme in den Kommunen wieder eingengt oder geschlossen werden können. Eine Frage, die derzeit noch offen ist.

9 »Thüringer Landeszeitung« v. 26. 8. 2009 »OB lässt NPD Plakat abhängen« bzw. »Thüringer Landeszeitung« v. 29. 8. 2009 »Eisenach: Stadt ließ Plakate der NPD abhängen«.

10 mdr.de v. 28. 10. 2005 »Schleusingen, NPD-Funktionär darf nicht in die Feuerwehr«.

11 »Im Verein gegen Vereinnahmung«, Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie« (RAA) in Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Mai 2009; »Kommunen gegen Rechtsextremismus«, Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz, 2007; »Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen«; MBR Berlin und VDK e.V. (Hrsg.), 2008; »Rechtsextremismus im Sport – Nicht mit uns«, Landessportbund Thüringen (Hrsg.), 2008; Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin, 2009.

Andreas Speit

Rechts im hohen Norden

Neonazis in Schleswig-Holstein zwischen behördlicher Verharmlosung und bürgerschaftlicher Gegenwehr

In einer Gasse des idyllischen Ratzeburger Stadtteils Inselstadt liegt das Haus. Vom Marktplatz aus, der noch den Stadtkern bildet, ist es schnell zu erreichen. Nicht weit von der Schmiedestraße 4 liegt auch der See. Die Lage des nationalen Wohnprojektes in Ratzeburg auf der Insel ist ausgezeichnet. »Endlich wieder an Deutschland denken« ist noch nach der Bundestags- und Landtagswahl am 27. September 2009 auf einem NPD-Plakat am Haus zu lesen. Gleich mehrere Plakate der Partei hängen in der engen Straße des schleswig-holsteinischen Luftkurorts. »NS-Anlaufstelle« nennt die »Nationale Sozialisten Offensive Herzogtum Lauenburg« das Projekt auf ihrer Website. »Kommt zu uns und informiert euch!« wirbt das Wohnprojekt um Sven Witte auch gleich für sich und betont: »Bei uns sind alle Menschen gerne willkommen, die einen Ausweg aus der derzeitigen politischen und sozialen Situation suchen.«

Im hohen Norden tritt die Szene von NPD bis Freie Kameradschaften selbstbewusst auf. Seit dem Einzug der NPD als Fraktion in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern geht von der Partei eine Anziehungskraft aus. In dem Land zwischen Nord- und Ostsee strahlten die Erfolge nicht minder auf die gesamte Szene aus. Die NPD, um den Landesvorsitzenden Uwe Schäfer, wuchs auf 240 Mitglieder an. Vor allem aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften kamen die neuen Parteigänger. Bis heute kann der Verband diesen Mitgliederstand halten. Das Spektrum der Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten schätzt der Verfassungsschutz 2008 auf etwa 110 Angehörige. Aus mancher Kameradschaft wie in Kiel entstanden die Gruppen der Autonomen Nationalisten. Den von linken Autonomen kopierten Style finden längst viele Kameradschaftler cooler und lässiger. An die 760 Anhänger rechnet der Verfassungsschutz dem subkulturellen gewaltbereiten rechtsextremen Milieu zu. Allein die DVU um die Landesvorsitzende Ingeborg Lobocki verlor in den vergangenen Jahren Mitglieder. 2006 hatten in dem Land noch 300 Personen ein DVU-Parteibuch, 2008 besitzen es noch 210. Im Norden fällt die DVU in der Öffentlichkeit auch nicht durch ein besonderes Parteileben auf. Die anderen Spektren führen Partei- und Kameradschaftsabende durch, halten Gedenkveranstaltungen und Informationsstände ab, richten Aufmärsche und Konzerte aus und veranstalten Sommerfeste und Fußballturniere.¹

In Ratzeburg verharmlost Bürgermeister Rainer Voß die Situation nicht. »Wir wissen, dass von diesem Haus aus agiert wird«, sagt der parteilose Voß. Und er

1 Vgl. Andreas Speit: Rechtsextremismus in Norddeutschland. Berlin 2007, S. 25–33.

weiß, dass viele Anwohner sehr verunsichert sind. »Ist doch nachvollziehbar«, unterstreicht Voß. Denn in dem Haus geht nicht bloß die örtliche Szene ein und aus. Auch Kameraden aus anderen Orten schauen vorbei. Größere Partys oder kleinere Trinkabende finden statt. In dem kleinen Hinterhof richteten die Bewohner auch ein Konzert aus. Unter Gegröle mussten die Nachbarn sich den Szeneklassiker »Hakenkreuz« anhören: »Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um. Hisst die rote Fahne, hisst die rote Fahne, hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz. Jaaa-haha. Schon als kleiner Junge, da war es mir klar. Welches Symbol leitend für mich war. (...) Für mich gilt es auch noch heut. Rasse, Stolz und Hakenkreuz«. Ein Polizeieinsatz beendete diese Veranstaltung. Nicht alle der rechten Bewohner des zweistöckigen Gebäudes betreiben die Anlaufstelle. Im Internet schreiben die Macher daher auch: »Bitte klingelt nur bei ›Witte‹ oder ›Völker!!!!«

»Ja, in der Tat, das Haus führt mit dazu, dass die Gruppe sich hier festigt, obwohl dort oft wer ein- und auszieht«, räumt Voß ein. Auch fiel ihm auf, dass »die heute nicht mehr mit so eindeutiger Bekleidung auflaufen«. Diese kritische Aufmerksamkeit erfuhr die Szenen allerdings nicht immer. Heute versucht ein breites Bündnis von Jugendinitiativen, Gewerkschaften, Stadtverwaltung, Kirchen und Parteien, den rechten Aktivitäten entgegenzutreten. »Wir bemühen uns, Protest sofort sichtbar werden zu lassen«, sagt Pröpstin Frauke Eigen. Früher, vor nicht ganz so langer Zeit, waren Opfer rechter Gewalt in der Stadt aber noch sich selbst überlassen.

Weihnachten 2007 wird Klaus² nicht vergessen können. In der Nacht vom 24. zum 25. Dezember war er mit 14 Freundinnen und Freunden in der Inselstadt unterwegs. Über die Feiertage sind die jungen Erwachsenen zu Besuch bei ihren Eltern. Nach der Familienfeier am Heiligabend trafen sie sich im »Moonlight«. »Mir fielen die Nazis anfänglich gar nicht auf«, erzählt Frank. Als Maria zur Toilette ging, hörte sie: »Dreckige Punkerschneppfe.« Unter der pöbelnden Gruppe erkannten sie einen der Bewohner des Hausprojekts. »Kein Bock auf Stress«, sagten sie sich und verließen die Kneipe. Vor der Tür schrien die Rechten ihnen noch »Zick-Zack-Zeckenpack« hinterher, einige zeigten den Hitlergruß. Über den Markt gingen die Freunde dann zur Cocktailbar »L'île«. »Die Nazis hörten wir noch rumgrölen«, sagt Maria. Deshalb schauten Frank, Klaus und Ernst noch einmal auf die Straße. Auf dem Marktplatz hatten sich mittlerweile an die zwölf Rechtsextremisten versammelt. »Alle hatten Holzlatten in den Händen oder waren anders bewaffnet und kamen zur Bar«, führt Frank aus. »Der Neonazi aus dem Haus«, erinnert sich Justus, »ging dann plötzlich gezielt auf Klaus zu. Mit voller Wucht schlug er ihm mit der Holzlatte auf den Kopf. Klaus brach sofort zusammen.« Maria berichtet: »Ich war voll geschockt und hab da nur noch rumgeschrien.« Die Angreifer rannten weg, schmissen aber die Latten vorher noch auf die Gruppe. Schwer verletzt musste Klaus ins Krankenhaus. Bis heute ist die Sehkraft seines Auges schwer beeinträchtigt.

2 Name geändert wie alle folgenden Namen der jungen Erwachsenen.

Knapp zwanzig Minuten später traf damals die Polizei ein. Vor Ort wollten die zwei Beamten keine Anzeige aufnehmen. Die Kneipengäste seien doch alle betrunken, soll einer der Polizisten gesagt haben. Und Maria musste sich anhören: »Von so einer hysterischen Kuh nehme ich keine Anzeige auf.« Als Klaus' Mutter am ersten Weihnachtsfeiertag bei der Polizei telefonisch eine Anzeige erstatten wollte, bekam sie nach eigenen Angaben zu hören, sobald ihr Junge wieder klar sei, könne er irgendwann selbst eine Anzeige machen. Am 27. Dezember sprachen Maria und die Mutter persönlich bei der Polizei vor. »Einen der Beamten habe ich wiedererkannt«, erklärt die Studentin. Dass sie bereits am Abend des Überfalls den Namen des Täters genannt hatte, wollte auf der Wache niemand mehr wissen.

Eine öffentliche Reaktion erfolgte damals in der Stadt nicht. Auch hatte die zu dem massiven Übergriff von der rechtsextremen Gruppe keine Presseerklärung verfasst. Erst als die Betroffenen sich trauten die »taz« und »NDR-Info« anzusprechen, wurde der Angriff über die Stadtgrenze hinaus bekannt.³ Die Polizei wies die Vorwürfe zum Verhalten der Beamten zurück. »Ich kann das so nicht bestätigen«, erklärte die Pressesprecherin. Der Prozess gegen den Bewohner des Hauses fand auch kaum Resonanz in den Medien. In zweiter Instanz verurteilte das Landgericht Lübeck 2009 den Täter zu zwei Jahren und neun Monaten Haft, unter Berücksichtigung einer weiteren Körperverletzung.

Seit Jahren ist diese Zurückhaltung bei rechtsextremen Straf- und Gewalttaten in dem Land zu beobachten. Schon 2005 und 2006 lag Schleswig-Holstein nach der Statistik des Bundesinnenministeriums auf Platz 5, berechnet auf je 100 000 Einwohner. 2007 stand das Land zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern auf Platz 6, und 2008 lag es auf Platz 8 zwischen Berlin und Bremen. Im vergangenen Jahr sind, in Realzahlen laut dem Verfassungsschutz Schleswig-Holstein ausgedrückt, »insgesamt 756 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund verübt worden, davon 46 Gewalttaten«. Der überwiegende Teil der Straftaten, so betont der Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 2008, waren Propagandadelikte. Die Zahlen lassen die Dimension der Bedrohung und Verängstigung jedoch nur erahnen. Manche Betroffene melden sich aus Scham nicht bei der Polizei, andere fürchten weitere Angriffe von Rechtsextremen, wenn sie Anzeige erstatten. In den kleinen Städten und Gemeinden kennt man sich eben. Das Deutsche Rote Kreuz bietet im Rahmen seiner Betreuung des »Freiwilligen Sozialen Jahres« Workshops gegen Rechtsextremismus an. Immer wieder berichten junge Erwachsene in den Workshops, dass sie selbst bereits »angegangen« wurden oder schon Auseinandersetzungen miterlebt haben. Bei Dorf- oder Volksfesten erzählen sie, »gehe es oft ab«. Einige berichten, dass sie dabei mitbekommen hätten, wie Polizeibeamte rechte Übergriffe »schnell als Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen« abgetan hätten.

3 Siehe Andreas Speit: Naziüberfall in Ratzeburg, in: »Taz« v. 2. 1. 2008.

Keine dreißig Minuten entfernt von Ratzeburg, nur die Landstrasse 207 entlang, liegt Schwarzenbek. Auf dem Weg dort hin kommt man an Mölln vorbei, wo 1992 ein Brandanschlag auf zwei türkische Familie verübt wurde. Drei Menschen starben durch die rechtsextremen Täter, neun Menschen wurden verletzt. In der Nacht vom 20. zum 21. September 2009 ging ein Brandanschlag in Schwarzenbek glimpflicher aus. Erst warf ein Unbekannter die Scheiben des »Feuerschloss« ein, dann flogen Molotowcocktails in das Restaurant von Ali A., der mit seiner Familie über dem Restaurant wohnt. Nicht alle Brandsätze zündeten. »Ein Sachschaden von zirka 5 000 Euro entstand«, erklärt eine Pressesprecherin der Polizei. Von einem »ausländerfeindlichen Hintergrund« mochte sie Tage später noch nicht sprechen. Für Ali A. ist das kaum zu glauben. Denn gleich nach dem Anschlag hatte sich auf dem Handy eines Redakteurs der »Lübecker Nachrichten« ein Mann gemeldet. »Hier ist der Brandanschläger von Schwarzenbek«, eröffnete der Unbekannte das Telefonat und fügte dann hinzu: »Wir wollen Ihnen nur mitteilen, dass das hier nur der Anfang war. Davon haben wir auch die Polizei informiert.« Er forderte: Die »Scheißkanaken« müssten raus, und versicherte: »Wir sind mehrere, eine Gruppe.« Ein Jahr zuvor war bereits Ali A.s Auto in Flammen aufgegangen und er bedroht worden. Aus politischen Kreisen erfolgte auf den Brandanschlag sogleich eine Reaktion. Die Direktkandidaten des betroffenen Wahlkreises zur Bundestagswahl, Gesa Tralau (SPD), Dr. Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) und Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) betonten: »Den feigen nächtlichen Angriff, bei dem billigend der Tod von Menschen in Kauf genommen wurde, verurteilen wir auf das Schärfste.«

Ein symbolischer Akt sicher, doch in Ratzeburg hätten solche Worte aus der Politik den betroffenen jungen Erwachsenen vor drei Jahren gezeigt, dass sie nicht alleine gelassen werden. Vielleicht hätte sich dann sogar die Polizei bei »dem Fall« auch entgegenkommender verhalten.

In dem Luftkurort haben »Freie Kräfte« aber nicht nur zu den zeitgleich stattfindenden Bundes- und Landtagswahlen 2009 Wahlkampf für die NPD gemacht. Nicht bloß hier klebten Freie Kameradschaftler und Autonome Nationalisten Plakate »Arbeit zuerst für Deutsche« und verteilten Flugblätter zum Finanzskandal der HSH-Nordbank. Im Norden sind die Grenzen zwischen Partei und Bewegung fließend. Dem Bundeskurs der NPD folgt der Landesverband treu. Der Landeschef Uwe Schäfer gilt seit Jahren als enger Getreuer des Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Ganz dem politischen Kurs folgend, bemüht sich der Landesverband, auch soziale Themen und lokale Konflikte aufzugreifen, sich im Vereins- und Gemeindeleben zu verankern. Vor Ort will die Partei als jene erscheinen, die sich »kümmert«, die die berechtigten Sorgen und gefühlten Ängste ernst nehmen würde.⁴ Auf die »nationale Opposition« jenseits der Partei gehen die Kader, ebenso der

4 Andreas Speit: »Höchststrafe für das deutsche Parteiensystem«. In: Andrea Röpke/Ders. (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Berlin 2008, S. 14–39.

Bundesstrategie folgend, immer wieder zu.⁵ In dem Bundesland besteht eine alt-ingesessene Szene. Gleich nach der Gründung der NPD 1964 entstand der Landesverband. Und drei Jahre nach der Parteigründung zog die NPD in den Landtag ein. Im Kieler Amtsgericht war die 2008 verbotene »Heimattreue Deutsche Jugend« im Vereinsregister eingetragen.

Bei Itzehoe in Lägerdorf betreibt Ragnar B. schon seit Jahren den Szeneshop »Böhm Streetwear«. Bis heute sitzt in Martensrade der »Arndt-Verlag«, der nach Einschätzung des Verfassungsschutzes zu den »bedeutendsten Verbreitern rechtsextremistischer Literatur« gehört. Aus Viöl vertreibt die »Versandbuchhandlung Gisela Stiller« ebenso rechtsextreme Publikationen. 1992 war die DVU noch mit sechs Abgeordneten in den Kieler Landtag eingezogen. Einer der damaligen DVU-Mandatsträger, Ingo Stawitz, ist schon lange stellvertretender NPD-Landesvorsitzender.

Über Jahre konnten gerade jene »Altvorderen« aus diesem Milieu allerdings kaum auf jüngere nicht parteigebundene Rechtsextreme zugehen. Deren Style, deren Musik waren den älteren Parteikadern zuwider. Die parteilosen Rechtsextremen fanden indes die alten Parteikader nicht minder befremdlich. Nicht ohne Auswirkungen: Die Spektren blieben unter sich, bei Wahlen machten sich verschiedene rechtsextreme Wahloptionen gegenseitig die Wähler abspenstig, und innerhalb den Parteien brachen scharfe Dispute um die rechte Strategie aus.

Zur Landtagswahl 2005 konnten Landesparteiführung und Kameradschaftsführer allerdings ihre Differenzen überwinden. »Das Gemeinsame zählt« war beim Wahlauftakt in Steinburg die Botschaft Uwe Schäfers, der in Plön neben einem Kaffeeverand, auch einen Laden für Kaffee und Marzipan betreibt. Für die Freien Kameradschaften erklärte Martin Engelbrecht, dass sie die »Volksfront« unterstützen.

Am 4. Dezember 2004 kamen im Hotel der Gemeinde Steinburg an die 120 Freunde der NPD zusammen. Bis heute richtet die Partei dort Veranstaltungen aus. An dem Samstag redeten NPDler und FKler aber nicht nur miteinander. Gemeinsam schlugen sie auf GegendemonstrantInnen ein. Von der gegenüberliegenden Straßenseite warfen einige der 70 Demonstranten Steine auf das Hotel. Die Rechten griffen mit Tischen, Stühlen und Flaschen an. Die anwesenden Zivilpolizisten konnten eine Massenschlägerei nicht verhindern. Als ein Rechter einen am Boden liegenden Demonstranten mit einem Stuhl attackierte, gab ein Zivilbeamter zwei Warnschüsse ab. »Wir schlagen zurück«, erklärte Udo Voigt später unter Applaus im Festsaal.⁶

Vor Gericht müssen sich später mehrere NPD-Herren wie Ingo Stawitz verantworten. Im Jahre 2008 verurteilte das Landgericht Itzehoe sie zu einer Geldstrafe. Die Berichte wirkten in Schleswig-Holstein nach. Am Wahltag erreichte die NPD

5 Siehe Anm. 1.

6 Siehe weiter Andrea Röpke/Andreas Speit: NPD und »Freie Kameradschaften«. In: Dies. (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Berlin 2005, 2. akt. Auflage, S. 182–197.

1,9 Prozent. Der Landesverband hatte auf ein höheres Ergebnis gehofft, ahnte aber bereits, dass die Bilder von prügelnden NPDlern sie Wählerstimmen gekostet haben dürften. »Aufwärtstrend der NPD bestätigt« kann der Landesverband dennoch verkünden, da er seit seiner letzten Kandidatur mehr WählerInnen dazu bewegen konnte, ihr Kreuz bei ihm zu machen.

Am Abend des 27. Septembers 2009 war der Landesverband wieder leicht enttäuscht. In Ratzeburg, berichtet Bürgermeister Voß, kam Witte, um die Auszählungen »mitzuverfolgen« bzw. zu kontrollieren. »Man merkt, dass er von erfahrenen NPD-Kadern angeleitet wird«, sagt Ratzeburgs Stadtoberhaupt. Bei der Landtagswahl verlor die NPD allerdings knapp ein Prozent. Sie erreichte 0,95 Prozent – etwa 15 000 Stimmen. »Wahlziel verfehlt«, räumte Jens Lütke, NPD-Landesvize und einer der Spitzenkandidaten, ein. »Trotz Wirtschaftskrise und zusammengebrochener Chaos-Regierung«, führte er aus, »haben die Nationalen (...) damit rund die Hälfte der Stimmen im Vergleich zur letzten Landtagswahl verloren.« Und beklagte: »Besonders bitter ist, dass wir sogar aus der Parteienfinanzierung herausgefallen sind.« Lütke räumt ein: »Es ist uns offenbar nicht gelungen, den Bürgern zu vermitteln, dass nur eine konsequent nationale Politik für deutsche Interessen die Probleme des Landes lösen kann.«

Ganz so selbstkritisch ist aber nicht die gesamte Partei. Warum auch? Die Führung in Berlin hatte doch für das Superwahljahr festgelegt, dass sie sich auf die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg konzentrieren wollte. So leisteten auch nicht nur NPD-Kader aus Schleswig-Holstein im Osten Wahlkampfhilfe. Auch die »Aktionsgruppe Kiel« war dort präsent. Recht spät konnte der Landesverband dann erst im eigenen Land um die Stimmen ringen. Ihnen machte zudem zu schaffen, dass diese Wahlen wegen des Bruchs der CDU-SPD-Landesregierung eine vorgezogene war. Das endgültige Wahlergebnis bestätigt aber: Dort wo die NPD und die Freien Kameradschaften aktiv und präsent sind, ist die Wählergunst leicht höher als das landesweite Wahlergebnis. So erreichte die NPD mit Hilfe der Kameradschaften in den Wahlkreisen Ditmarschen und Steinburg-Ost 1,3 Prozent, in Neumünster 1,4 und in Lübeck-West 1,5 Prozent, in Kiel-Oste 1,5 Prozent und in Lauenburg in jedem Wahlbezirk über 1,2 bis 1,5 Prozent.

Schon beim Sommerfest der NPD in Bünsdorf-Wentorf hatte der Kieler NPD-Ratsherr Hermann Gutsche vor zu hohen Erwartungen bei der Landtagswahl gewarnt. Bei strahlendem Sonnenschein kamen am 8. August 2009 Parteimitglieder und Freunde hier neben einer Ferienhaussiedlung im Kreis Rendsburg-Eckernförde zusammen. Bereits in den Jahren zuvor fanden sich auf der Weide, die einem »alten Nazi« gehören soll, die rechten Kameraden mit Frauen und Kindern ein, erstanden im Schatten der NPD-Sonnenschirme die neueste Szenemode. Im Partyzelt wurden Bier und Bratwurst gereicht. »Die kommen hier öfters her«, sagt eine Spaziergängerin aus der Ferienhaussiedlung, und sie fügt hinzu: »Schön ist das nicht.« Im Internet schwärmt die NPD von früheren Sommerfesten, wo ein rechter Liedermacher auftrat, aber auch Wettbewerbe im Tauziehen stattfanden.

Ein geselliges Zusammensein, das nicht wie in anderen Bundesländern Nicht-Mitglieder anziehen soll. Im Norden möchte die Szene bei dem Event unter sich bleiben. »Von der Partei für die Partei und Bewegung« ist das Motto. »Hier waren schon viel mehr solcher Typen«, erzählt ein Anwohner. Und seine Frau berichtet von »schrecklichen Liedern« und »ekligem Gegröle«. An warmen Tagen würden »die« auch durch die Siedlung zum See zum Baden gehen. Proteste gegen die Feiern der NPD sind aus der Gemeinde jedoch noch nie erfolgt. Man habe mal versucht dem »alten Nazi« die Weide abzukaufen, was aber nicht gelungen sei, glaubt eine der Anwohnerinnen früher gehört zu haben. »Aber, genau weiß ich das nicht«, räumt sie ein.

Im Kreis Rendsburg-Eckernförde sind NPD- und Freie-Kameradschafts-Strukturen seit Jahren aktiv. Die »Freien Nationalisten Eckernförde« und ihr Umfeld bestehen aus einer »Misch-Szene« von aktiven Rechtsextremen und subkulturell geprägten Rechten, die gern an Märschen, Sonnenwendfeiern und Musikveranstaltungen teilnehmen. In Kosel unterhält der Rechtsextremist Dieter Kern den »Lundshof«. »Da ist immer was los«, wissen die AnwohnerInnen. Im Juni 2007 richteten rund 200 Kameraden dort eine Sonnenwendfeier aus. Bereits in der Nacht des 22. April des Jahres löste die Polizei dort eine rechte Veranstaltung auf. »Klar, kommen die da noch weiter hin«, erklärt eine Anwohnerin.

Nicht weit von Kosel, keine zehn Minuten Autofahrt entfernt, liegt Rieseby. In der beschaulichen Gemeinde fielen 2007 Aufkleber der NPD oder »Freien Nationalisten Eckernförde« an den Laternenmasten und Straßenschildern auf. »In unserer Gemeinde treten die Neonazis verstärkt auf«, sagt Dorit Indinger, damalige stellvertretende Bürgermeisterin (SPD). Der Ort aber wehrte sich: Lokale Initiativen wurden gegründet, in der Grund- und Hauptschule Rieseby setzten sich Lehrkräfte und Eltern gemeinsam mit den rechten Tendenzen der Kinder auseinander. Neben »Schni Schna Schnappi« stießen Lehrer auf MP3-Playern auch auf Rechtsrock-Songs mit Texten wie diesem: »Siehst du einen Türken (...)/dann stehst du einfach auf und haust ihm eine rein./Du ziehst dein Messer/und stichst 17-mal hinein«.

In der Region Lübeck arbeiten NPD und Freie Kameradschaften ebenso eng zusammen. Der stellvertretende Landesvorsitzende Jörn Lemke konnte die Szene zu einem höheren Aktionismus bewegen. Beste Kontakte pflegt Lemke auch nach Ratzeburg zu Witte. Die »Nationale Sozialisten Offensive Herzogtum Lauenburg« reiht sich denn auch beim jährlichen Aufmarsch wegen der Bombardierung der Hansestadt im Zweiten Weltkrieg ein. Verkleidet als Skelett, verteilten NPD und Freie Kameradschaften vor dem Marsch auch mal auf Wochenmärkten Flugschriften, in denen sie die heutige »Kriegspolitik der US-Amerikaner« ablehnen. Regelmäßig greifen sie in der Stadt lokale Themen auf wie zum Beispiel die Fahrpreiserhöhungen. Unregelmäßig wird eine »Bürgerzeitung« herausgegeben. Die NPD verteilte auch Flugblätter, in denen meist regionale Themen wie »Nein zur Erweiterung des Neustädter Müllheizkraftwerkes!« aufgegriffen werden.

In Kiel hat die NPD nicht erst 2008, seit dem Hermann Gutsche im Rathaus sitzt, lokale und soziale Themen für sich entdeckt. Diese Themen greift sie in ihrer »Bürgerzeitung« regelmäßig auf: eine DIN-A5-Publikation, die kostenlos verteilt wird, in der die Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Umbau der Schulstrukturen und die Verwaltungsgebietsreformen thematisiert wurden.

Keine bemüht bürgernahe Strategie verfolgt die »Aktionsgruppe Kiel«. Im Gegenteil: Die Gruppe, mit aufgebaut von dem früheren NPD-Landeschef Peter Borchert, fällt immer wieder durch Bedrohungen und Übergriffe auf. Am 18. April 2009 versuchte die sich als Autonome Nationalisten verstehende Gruppe in der Innenstadt ein Straßenfest des »Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus« anzugreifen. Der Angriff am Nachmittag misslang, doch aus der mit Holzknüppeln bewaffneten Gruppe heraus wurde ein zufällig vorbeikommender Mann brutal niedergeschlagen. Die Polizei sprach von »doppeltem Schädelbasisbruch«. »Mit Sorge« beobachtet der Verfassungsschutz mittlerweile die Gefahrenlage in der Landeshauptstadt. Ohne Namen zu nennen, räumt die Behörde ein, dass Borchert eine gewaltbereite Szene um sich geschart habe. Zehn Jahre verbrachte Borchert bereits hinter Gittern, unter anderem wegen eines Tötungsverbrechens. »Ich bin ein Verbrecher«, prahlte er bei einem Streit in der rechtsextremen Szene. Im Februar 2009 stand er vor Gericht, weil er zwei Mitglieder der »Hells Angels« niedergestochen hatte. Da alle Beteiligten schwiegen, sprach das Gericht Borchert frei. In Neumünster gehörte er lange zu den »Machern« des »Club 88«.

Seit über 13 Jahren ist in Neumünster zu erleben, was nun seit ein paar Jahren in Ratzeburg stattfindet. Dort, wo eigene Räumlichkeiten bestehen, reproduziert sich die Szene ständig, festigt sich und dehnt sich aus.⁷ Im Stadtteil Gardeland besteht der »Club 88«. Gleich gegenüber der Grund- und Hauptschule liegt das wohl älteste Neonazi-Zentrum Deutschlands. An der gesamten Vorderfront prangt in weißen Lettern der einschlägige Zahlencode für »Heil Hitler«. Am 4. Oktober 2008 konnte die Szene zwischen NPD und Freie Kameradschaften das 12-jährige Jubiläum feiern. Über 130 Club-FreundInnen kamen. Vor der Party erfolgte jedoch der Protest. Die Stadtverwaltung ahnte, dass zu diesem Termin wieder Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesland kommen könnten, hatten den jährlichen Geburtstag doch schon einmal über 600 neonazistische Aktivisten zusammen mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gefeiert. Das Ordnungsamt hatte daraufhin angekündigt, dieses Jahr, also 2008, in dem Club keine Feiern zuzulassen. Selbstbewusst meldete das Club-Team um Christiane Dolscheid sofort eine Versammlung an unter dem Motto »Schluss mit der Repression«. Nach dem Ende der Versammlung im Club brachen die Neonazis zum »Titanic« auf – eine Kneipe, nahe dem Bahnhof, die längst dank der Szenenähe des Wirtes zu einem weiteren Treff geworden ist. Keine fünfzig Meter entfernt findet im alternativen Jugendzen-

7 Siehe auch Uta Döring: Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden 2008.

trum eine Party gegen den Club statt. Im Autokonvoi fahren die Rechtsextremen vorbei – wollen provozieren. Auf der Neonazi-Website des »Aktionsbüros Norddeutschland«, das Tobias Thiessen betreibt, schrieben sie im Anschluss: »Wenn die Linken schon nicht zum Club kommen wollen, dann muss es eben umgekehrt laufen.«

Der »Club« brachte auch schon eine CD heraus. Die »Besten Hits«, die in den Räumen gerne gehört würden, heißt es gerüchteweise. Und es ist kein Gerücht, dass in den »Club« auch Jugendliche aus dem Stadtteil gehen. »Na, hier ist eben nicht viel los«, sagt ein Mädchen auf der Straße. Ihr Begleiter räumt aber selbst gleich ein: »Die sind da ganz okay, man kann halt abhängen.« In der Stadt haben Aktivisten der Szene zudem einen Sportclub und bieten Fußballturniere an. Immer wieder werden Übergriffe auf nicht-rechte Jugendliche verübt. Musikveranstaltungen gehören ebenso zum Repertoire. Rechtsrock verbindet auch im Land zwischen den Meeren die Szene. Eine der ersten Neonazi-Bands in Deutschland, »Kraftschlag«, kam aus dem benachbarten Kellinghusen. Mittlerweile erfreuen die schleswig-holsteinischen Bands »Einherje«, »Holsteiner Wölfe« und »Word of Anger« mit ihrer Musik bundesweit die Szene. In Neufeld veranstaltete die »Nationale Aktionsfront Ditmarschen« in einer ehemaligen Gaststätte mehrere Konzerte. Anfang Mai 2007 löste die Polizei ein Konzert auf. Bauauflagen, die eine weitere Nutzung verhinderten, folgten. Und im Oktober 2008 kaufte die Gemeinde das Gebäude.

In Ratzeburg ist der Verwaltungssitz des Kreises Herzogtum-Lauenburg. Nach der vergangenen Kommunalwahl sitzt Kay Oelke für die NPD im Kreistag. Mit 2,1 Prozent zog er 2008 ein und versprach: »Durch bürgernahe und sachorientierte Arbeit werde ich als Kreisrat in den nächsten fünf Jahren die Sorgen und Nöte in den Rat tragen.« Bereits vor der Wahl griff die Partei in der Region die »Themen der Mitte« auf – von »maroden Sportplätzen« bis zu »fehlendem Küstenschutz«.

Für die Szene selbst findet alljährlich ein Fußballturnier statt. Am 19. Juli 2008 kamen an die 200 Rechte zu dem Turnier in Reinbek zusammen. Unter »Nationale Offensive Lauenburg« tritt die nicht parteigebundene Szene auf, die auch eng mit den »Nationale Sozialisten Offensive Herzogtum Lauenburg« verwoben ist. Ihren Mandatsträger im Kreis sollen sie bei den Sitzungen hin und wieder begleiten. Im Kreistag, heißt es hinter vorgehaltener Hand, trete Oelke nicht ungeschickt auf. Hier fiel auch auf, dass Oelke von erfahrenen Parteikadern aus Mecklenburg-Vorpommern Unterstützung erhält. Im Herbst 2008 erklärte die NPD, dass sie eine »kommunalen Vernetzung im Dreiländereck an der Elbe« anstrebt. Die rechtsextremistischen Mandatsträger in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen aus den kommunalen Vertretungen sollen sich offensichtlich mit Tipps und Tricks gegenseitig unterstützen. Ziel des Bündnisses sei neben der Vernetzung, so die NPD, vor allem, »die Schlagkraft in der kommunalen Politik zu erhöhen und damit die politischen Gegner stärker als zuvor unter Druck zu setzen«.

Aus Mecklenburg-Vorpommern erfährt auch die »NS-Anlaufstelle« in Ratzeburg Unterstützung. »Wir wissen, dass die Herren da regelmäßige Kontakte pflegen«, sagt Voß. Pröpstin Eigen gibt sich keiner Illusion hin. »Diese Auseinandersetzung wird ein langfristige«, erklärt sie und betont, »nur gemeinsam mit allen, die sich gegen den Rechtsextremismus engagieren, kann es gelingen.« Dort wo in Schleswig-Holstein die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort geführt wird, wird sie von unterschiedlichen Initiativen getragen. Das Spektrum reicht vom Bündnis gegen rechtsextreme Aufmärsche über Projekte für zivilgesellschaftliches Engagement. Oft geben erst Antifa-Initiativen Impulse. »Manche stören sich daran«, weiß Eigen, doch »da muss das Gemeinsame betont werden«. In Ratzeburg stellt sich das Bündnis auf eine lange Auseinandersetzung ein. Das Haus räumen die Rechten nicht. »Eine Kündigung ist schwer auszusprechen«, sagt Alexandros Arawidis, Anwalt der Immobilienbesitzer. »Die Mieter halten sich an alle Mietregeln.«

Literatur

Bund der Deutschen Landjugend: Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Berlin 2009.

Döring, Uta: Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden 2008.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas: NPD und »Freie Kameradschaften«. In: Dies. (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Berlin 2005, 2. akt. Auflage, S. 182–197.

Speit, Andreas: Rechtsextremismus in Norddeutschland. Berlin 2007, S. 25–33.

Speit, Andreas: »Höchststrafe für das deutsche Parteiensystem«. In: Andrea Röpke/Ders. (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Berlin 2008, S. 14–39.

Andreas Speit: Naziüberfall in Ratzeburg, in: »Taz« v. 2. 1. 2008.

Autorenverzeichnis

Robert Andreasch studierte u. a. an der Ludwig-Maximilians-Universität München Humanmedizin, Soziologie, Sozialpsychologie und Pädagogik. Als Journalist recherchiert er für TV- und Radiomagazine, Print- und Onlinemedien über die süddeutsche Neonazi-Szene und veröffentlichte zahlreiche Beiträge in Büchern und Fachzeitschriften. Universitäten, Hochschulen und Bildungseinrichtungen im In- und Ausland laden ihn regelmäßig zu Vorträgen und Seminaren ein.

Friedemann Bringt ist Fachreferent und Projektleiter der Mobilien Beratungsteams im Kulturbüro Sachsen e.V. Er studierte in Dresden, Utrecht und Berlin Sozialpädagogik und Gemeinwesenarbeit und beschäftigt sich seit fünfzehn Jahren ehren- und später hauptamtlich mit der Beratung und Begleitung zivilgesellschaftlicher Arbeit für Demokratische Kultur und gegen »moderne Nazis« auf lokaler und überregionaler Ebene.

Friedrich Burschel, M.A., ist Historiker und Politologe und arbeitet als freier Publizist in München und Berlin. Er ist Mitautor des Buches »Nur ein Toter mehr ...« (2001 über den »Gubener Hetzjagdprozess«). Nach einem Einsatz in Gera als Berater von Rassismus-Opfern leitete er von 2003 bis 2006 die Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus beim Nichtkommerziellen Lokalsender Radio LOTTE Weimar. Den Job als Leiter der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jugendring gab er nach Querelen mit dem Landesverfassungsschutz auf. Seit März 2009 arbeitet er außerdem als Rechtsextremismus-Referent bei der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Gerd Dembowski lebt als freier Autor und Sozialwissenschaftler in Berlin. Er war lange Sprecher des »Bündnisses Aktiver Fußball-Fans« (BAFF) und von »Football Against Racism in Europe« (FARE). Er ist Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema: Diskriminierung und Antidiskriminierung im deutschen und englischen Fußball. Zuletzt erschienen von ihm: Zur Rolle von Fußballfans im Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung, in: Glaser, M./ Elverich, G. (Hrsg.): »Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball« (Deutsches Jugendinstitut Halle 2009) und »Tatort Stadion – Politische Bildung auf neuen Wegen, in: Praxis Politische Bildung, 13. Jg., Nr. 3 (Juli 2009).

Martin Endemann ist Diplom-Politologe und hat seine Abschlussarbeit zum Thema »Organisierter Rechtsextremismus im Fußballumfeld« geschrieben. Er lebt in Berlin, engagiert sich beim »Bündnis Aktiver Fußball-Fans« (BAFF) und »Football Against Racism in Europe« (FARE), schreibt ab und an für für das österreichische Fußballmagazin »Ballesterer« und sieht aufgrund seiner Keyboardertätigkeit für die Elektropunkkapelle »Egotronic« zu wenige Spiele seines Vereines Tennis Borussia Berlin.

Ulli Jentsch ist freier Journalist und Bildungsarbeiter. Seit 2001 ist er Mitarbeiter, derzeit Projektleiter, des »Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrum Berlin« (apabiz). Letzte Veröffentlichung: »PRO-Aktivitäten in Berlin und Brandenburg«, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

Michael Klarmann ist seit Mitte 2000 freischaffender Journalist in Aachen. Sein Arbeitsschwerpunkt ist Rechtsextremismus und Rassismus. Aktuelle Arbeiten für die »Aachener Nachrichten« (und andere Ausgaben des Zeitungsverlags Aachen), »Blick nach Rechts« und seinen eigenen Blog (<http://klarmann.blogspot.de/>). Arbeiten bisher außerdem für »Papy Rossa« (Buchverlag), Bundeszentrale für politische Bildung, Webportal »Mut gegen rechte Gewalt«, Friedrich-Ebert-Stiftung. Zudem ist er als Referent und Berater tätig: Referate u. a. an Schulen, für (Jugend-) Behörden und Stadtverwaltungen, Parteien, Gewerkschaften, Volkshochschulen und Kirchenbildungswerken. Des Weiteren ist er Berater für Redaktionen oder freie Kollegen, u. a. »Rheinische Post«, WDR, SWR, Zeitungsverlag Aachen. Sporadisch ist er Gast des Arbeitskreises Rechtsextremismusforschung am Institut für Politische Wissenschaften an der RWTH Aachen.

Heike Kleffner ist Journalistin und war von 2004 bis 7/2009 Leiterin der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Sie beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Rechtsextremismus und NS-Aufarbeitung. Derzeit ist sie Öffentlichkeitsreferentin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Susanne Lang war seit 1991 in ostdeutschen Kommunen aktiv an Demokratisierungsprozessen in der Region Brandenburg beteiligt. Zusammen mit Freunden konzipierte und organisierte sie verschiedene Kampagnen, Bildungsseminare und Fortbildungen gegen Neofaschismus und Rassismus. Von 2002 bis 2006 war sie für die Europäische Kommission an der Entwicklung und Erstellung der Europäischen Internetplattform für junge Menschen aus Europa beteiligt, die mit neuen Medien gegen Ausgrenzung und für Vernetzung aktiv sind (»D-A-S-H«). Sie absolvierte 2002 ihr Studium der Psychologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist seitdem freiberuflich tätig.

Doris Liebscher ist Volljuristin und Magistra des Europarechts. Seit 2005 ist sie im unabhängigen Antidiskriminierungsbüro Sachsen in Leipzig als Beraterin und Dozentin für Antidiskriminierungsrecht- und -kultur tätig. Sie ist Mitautorin der Studie »Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum« und arbeitete am EU-Forschungsprojekt »Right-wing youth violence prevention programmes (RYPP)« der Universität Leipzig mit. Zurzeit promoviert sie zu »Rasse«-Begriff und Rassismusverständnis im deutschen Recht.

Michael Natke ist Fachreferent für den Wissenschaft-Praxis-Transfer beim Kulturbüro Sachsen e.V. Er hat an der TU Dresden Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaft und Soziologie studiert. Seit mehreren Jahren beschäftigt er sich wissenschaftlich und in ehrenamtlichen Gruppen mit politischen Einstellungen und neonazistischen Strukturen in Sachsen.

Martina Renner ist Innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, Mitglied im Landesvorstand des VVN/BdA Thüringen, Autorin (u. a. in Der Rechte Rand) und Referentin.

Andrea Röpke ist Politologin und freie Journalistin. Ihre aufwendigen Insider-Recherchen im Neonazi-Milieu wurden in diversen Fernsehmagazinen (Panorama, Monitor, Spiegel TV) wie auch auf »Süddeutsche-Online« oder in der »taz« veröffentlicht. 2008 war sie eine der Preisträgerinnen des Otto-Brenner-Preises für kritischen Journalismus. 2009 erhielt sie den Preis der Lutherstädte »Das unerschrockene Wort« und wurde von der US-Botschaft in Berlin im Rahmen des »International Women of Courage Award« geehrt. Von ihr erschienen u. a. »Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis« (Hrsg. mit Andreas Speit), 2004, »Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft« (Hrsg. mit Andreas Speit), 2009 und »Ferien im Führerbunker«, 2008.

Christian Schmidt, Dr. phil., ist Dilthey-Fellow der VolkswagenStiftung am Institut für Philosophie der Universität Leipzig. 2007 veröffentlichte er gemeinsam mit Doris Liebscher im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die Studie »Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum«. Sein gegenwärtiger Forschungsschwerpunkt ist der Ereignischarakter sozialer Entwicklungen.

Andreas Speit ist freier Journalist, Autor in »taz«, »Freitag«, »jungle world«, »Der Rechte Rand«, »Blick nach rechts« und »Taz-Nord«-Kolumnist zum Thema Extreme Rechte. Er publizierte mehrere Bücher zu diesem Themenfeld. Seine jüngste Veröffentlichung ist »Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft« (Hrsg. mit Andrea Röpke) 2009.

Knut-Sören Steinkopf ist in nicht-staatlichen antifaschistischen Zusammenhängen in Berlin-Brandenburg aktiv, engagiert in Projekten emanzipatorischer Politik in Brandenburg und an der Schnittstelle von politischer Organisation und Bildung. In diesem Kontext konzeptionierte und setzte er beispielsweise ein dreijähriges »Modellprojekt zur Partizipationsförderung« des Landesjugendamtes Brandenburg um oder entwickelte Konferenzen und Tagungen des Jugendbildungsnetzwerkes bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit. Derzeit arbeitet er bei ver.di an der Entwicklung und Erprobung von betrieblichen Organisationskonzepten. Dem voraus gingen Ausbildungen und berufliche Tätigkeiten als Straßenwärter und Erzieher, gefolgt von einem abgeschlossenen Magisterstudium der Erziehungswissenschaften, neueren und neuesten Geschichte sowie Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Neben seiner beruflichen Tätigkeit beim Gewerkschaftsverbund ver.di gilt seine politische Initiative dem Netzwerk des Demokratischen JugendFORUM Brandenburg e.V.

Michael Weiss arbeitet für das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) in Berlin, schreibt regelmäßig über die extreme Rechte mit Schwerpunkt rechte Jugendkulturen, veröffentlichte 2002 »Deutschland im Herbst« im Sammelband »RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien« sowie zuletzt in Virchow/Dornbusch (Hrsg.): »88 Fragen und Antworten zur NPD«.

Rechtsextremismus in Europa

Texte

dietz berlin

Peter Bathke
Susanne Spindler
(Hrsg.)



Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa

Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien

rls

29

Unterdessen ein Klassiker über Rechtsextremismus in Europa. Die Aspekte: Modernisierter Rechtsextremismus – Zusammenhänge von Neoliberalismus und Rechtsextremismus; Verschärfung sozialer Ungleichheit, struktureller Rassismus und rechtsextreme Gesellschaftsentwürfe; Umgang der extremen Rechten mit neuen sozialen Unsicherheiten sowie die Haltung der Gewerkschaften.

Peter Bathke, Susanne Spindler (Hrsg.)
Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa.
Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien
225 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-320-02086-6

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536
info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

